

EINHEIT & KAMPF

Organ der Internationalen Konferenz Marxistisch-Leninistischer Parteien und Organisationen



IKMLPO

52

EINHEIT & KAMPF

Organ der Internationalen Konferenz Marxistisch-Leninistischer Parteien und Organisationen

Herausgeber

Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

Verlag Arbeit Zukunft **Postfach** 401051, 70410 Stuttgart **Web** www.arbeit-zukunft.de

Mail info@arbeit-zukunft.de **Tel.** 07159 - 4200174 **Fax** 07159 - 4200175

V.i.S.d.P.: D. Möller, c/o Verlag AZ, Postfach 401051, 70410 Stuttgart

Preis Deutschland 7,50 € - Österreich 7,50 € - Schweiz 8,50 CHF

Erste Auflage, Juli 2026

- 4 Eine grundlegende Aufgabe: Die Arbeiterklasse für die Revolution gewinnen**
Brasilien: Revolutionäre Kommunistische Partei (PCR)
- 7 Der Staat als wichtigster Partner der dänischen Kriegsökonomie**
Dänemark: Kommunistische Arbeiterpartei
Dänemark (APK)
- 12 Der deutsche Kriegskurs und eine neue, junge Antikriegsbewegung**
Deutschland: Organisation für den Aufbau einer kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands
- 18 Die revolutionäre Jugendarbeit in der heutigen Welt**
Dominikanische Republik: Kommunistische Partei der Arbeit (PCT)
- 21 Die revolutionäre Bewegung der Massen – die Verantwortung der Kommunisten**
Ecuador: Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei Ecuadors (PCMLE)
- 28 Kampf gegen die Militarisierung in Frankreich und Europa**
Frankreich: Kommunistische Arbeiterpartei Frankreichs (PCOF)
- 33 Genosse Vijay Singh (1946–2026) – Ein Leben im Kampf gegen den Revisionismus**
Indien: Revolutionäre Demokratie
- 42 Der Kampf gegen die Remigration – ein wichtiger Aspekt des Kampfes gegen den Imperialismus und die Reaktion**
Italien: Organisation für die kommunistische Partei des Proletariats
- 49 Bewertung der Regierung von Gustavo Petro und Perspektiven**
Kolumbien: Kommunistische Partei Kolumbiens (Marxistisch-Leninistisch)
- 57 Faschismus und Faschisierung - Was ist Faschismus?**
Mexiko: Kommunistische Partei Mexiko (Marxisten-Leninisten)
- 61 Die digitale Todesspirale des Techno-Kapitalismus**
Norwegen: Revolusjon
- 72 Das sich verschiebende globale Machtgleichgewicht und der Niedergang Amerikas**
Pakistan: Pakistanische Arbeiterfront
- 74 Wie der peruanische Kongress Macht konzentriert und die bürgerliche Hegemonie neu definiert**
Peru: Kommunistische Partei Perus (Marxisten-Leninisten) (PCP (ML))
- 78 Die Imperialismustheorie von Rosa Luxemburg**
Spanien: Kommunistische Partei Spaniens (Marxisten-Leninisten) (PCE (ML))
- 84 Die chinesische Wirtschaft im Lichte der leninistischen Merkmale des Imperialismus**
Tunesien: Partei der Arbeit Tunesien (POT)
- 93 Der imperialistische Angriff auf Iran und was er offenbart**
Türkei: Partei der Arbeit (EMEP)
- 102 Die Erfahrungen des sozialistischen Albaniens und die Gegenwart**
Uruguay: Revolutionäre Kommunistische Partei Uruguay
- 108 Die Zunahme von Intoleranz: Ein Verständnis des globalen Anstiegs von Xenophobie, Nationalismus und militärischer Annexion**
USA: Amerikanische Partei der Arbeit (APL)
- 111 Der Prozess der Faschisierung setzt sich weltweit fort**
Venezuela: Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei Venezuela (PCMLV)

BRASILien

Eine grundlegende Aufgabe: Die Arbeiterklasse für die Revolution gewinnen

von Luiz Falcão

„Die Arbeiter sind die entscheidende Kraft in England, wenn sie nur den Willen haben und ihren eigenen Willen kennen“¹

Obwohl unter den echten marxistisch-leninistischen Parteien kein Zweifel daran besteht, dass das Proletariat die wichtigste revolutionäre Klasse in der kapitalistischen Gesellschaft ist und dass die Hauptanstrengungen der revolutionären Kommunisten darauf gerichtet sein müssen, das Bewusstsein und die Organisation der Arbeiterklasse zu entwickeln und sie zur Ergreifung der politischen und wirtschaftlichen Macht zu führen, ist es doch eine Tatsache, dass eine unserer größten Schwächen die Arbeit unter den arbeitenden Massen ist.

Die tägliche Propaganda der Bourgeoisie in ihren Medien, insbesondere im Internet, trägt enorm zu dieser Situation bei, indem sie Maschinen und Technologie verherrlicht und die grundlegende Rolle der Arbeiterklasse herunterspielt. Bei dieser Kampagne zählen die Kapitalisten auf die begeisterte Unterstützung der kleinbürgerlichen Parteien, die keinen

Hehl daraus machen, dass es ihnen Freude bereitet, die absurde These zu verbreiten, dass „die Arbeiterklasse ausstirbt“. Sie schweigen jedoch, wenn es darum geht zu erklären, welche Klasse für die gigantische weltweite Warenproduktion verantwortlich ist, einschließlich der wachsenden Waffenproduktion durch die Monopole der Rüstungsindustrie.

Tatsächlich heißt es in dem Dokument „Die internationale Lage und unsere Aufgaben“ der Internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen (IKMLPO):

„Die Arbeiterklasse ist die einzige Klasse, die das Kapital durch ihre Arbeit vermehren lässt, die sich durch die Produktion selbst reproduziert, die als Klasse wächst und an Gewicht und Bedeutung gewinnt. Daraus folgt, dass sie die grundlegende Kraft ist und die gesellschaftliche Entwicklung und Umgestaltung lenkt.“

Kurz gesagt: Keine andere Klasse ist für das Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft so unverzichtbar wie die Arbeiterklasse, und keine technologische Erfindung und keine künstliche Intelligenz

¹ Friedrich Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England

besitzt die magische Kraft, diese Situation zu ändern. Diejenige Klasse, die für die Gesellschaft wirklich keine Bedeutung mehr hat, ist die Bourgeoisie, die sich zu einer Klasse von Parasiten gewandelt hat.

Die Aufgaben der Revolutionäre der Arbeiterklasse

Wie zudem die Geschichte aller großen sozialistischen Revolutionen der Welt zeigt, ist das Proletariat – neben der „wirtschaftlichen Beherrschung des zentralen Nervs des gesamten kapitalistischen Wirtschaftssystems“ – aufgrund seiner Organisationsfähigkeit, seiner Disziplin und seiner raschen Aneignung der Ideologie des Marxismus-Leninismus auch die politisch am weitesten entwickelte und revolutionärste Klasse. Folglich muss die grundlegende Aufgabe der Kommunisten in der Gesellschaft darin bestehen, die Arbeiterklasse für sozialistische Ideen zu gewinnen, wie W. I. Lenin in der 1897 verfassten Broschüre „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten“² klarstellte:

„Unsere Arbeit ist vor allem und hauptsächlich auf die Arbeiter in den Fabriken und Werken, auf die städtischen Arbeiter eingestellt. Die russische Sozialdemokratie darf ihre Kräfte nicht zersplittern, sie muß sich auf die Arbeit unter dem Industrieproletariat konzentrieren, das für die sozialdemokratischen Ideen am empfänglichsten, intellektuell und politisch am weitesten entwickelt und infolge seiner zahlenmäßigen Stärke und seiner Konzentration in den großen politischen Zentren des Landes am wichtigsten ist. Darum ist die Schaffung einer festen revolutionären Organisation unter den Industriearbeitern in den Städten die erste und dringendste Aufgabe der Sozialdemokratie, und es wäre im gegenwärtigen Moment im höchsten Grade unvernünftig, sich von dieser Aufgabe ablenken zu lassen. Wenn wir aber die Konzentration unserer Kräfte auf die Fabrikarbeiter für notwendig erachten und eine

Zersplitterung der Kräfte verwerfen, so wollen wir damit keineswegs sagen, daß die russische Sozialdemokratie die übrigen Schichten des Proletariats und der Arbeiterklasse Rußlands ignorieren soll.“³

In einem kapitalistischen Land wie Brasilien ist es unmöglich, an eine Revolution zu denken, wenn die wichtigste revolutionäre Kraft der Gesellschaft kein sozialistisches Bewusstsein besitzt und sich kaum an den zentralen politischen Ereignissen beteiligt. Und die Wahrheit ist, dass es uns trotz unserer Fortschritte und Siege in den letzten Jahren noch nicht gelungen ist, eine breite revolutionäre Arbeit unter dem Fabrikproletariat zu etablieren oder eine „dauerhafte Organisation unter den städtischen Arbeitern“ aufzubauen. Ein kurzer Rückblick auf die Geschichte der Parteien, denen es zumindest für einige Jahre gelang, „eine dauerhafte Organisation unter den arbeitenden Massen“ aufzubauen, wird uns helfen, die Bedeutung des Weges, den wir einschlagen müssen, besser zu verstehen. Die Phase des größten Wachstums der Kommunistischen Partei Brasiliens (PCB) in der brasilianischen Gesellschaft fällt genau mit der Arbeit zusammen, die diese Partei gemeinsam mit der Arbeiterklasse, insbesondere mit dem Fabrikproletariat, leistete.

Die Arbeiterpartei (PT) entwickelte sich ihrerseits in den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zur stärksten linken Partei. Wie wir wissen, waren der Ausgangspunkt für diesen Aufstieg der PT die Arbeiterstreiks in der ABC-Region von São Paulo im Jahr 1979, die Gründung der PT im Jahr 1980 und die Gründung des Vereinigten Arbeiterverbandes (CUT) im Jahr 1983. Professor Francisco Oliveira von der Universität von São Paulo (USP) zog in seinem Buch „Brasilien: Eine autorisierte Biografie“ folgende Analogie zwischen der Geschichte der PCB und der PT:

„Für die Geschichte der Linken in Brasilien und für die brasilianische Geschichte selbst ist es wichtig zu beachten, dass die PCB nach 1945 aus eben jenem Arbeiterdreieck stark hervorging, das 1980 die Wiege der PT sein sollte: den Arbeiterstädten der ABC-Region von São Paulo, die bereits in den 1940er Jahren den Industriegürtel der Hauptstadt bildeten. Es ist offensichtlich, dass die ‚Interpreten‘ der Neuartigkeit der PT vorgaben, diese Geschichte nicht zu kennen, und sogar so weit gingen, die PT als Vorläuferin der

2 Am 8. März 1918 schlug Lenin vor, den Namen der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Kommunistische Partei Russlands (Bolschewiki) zu ändern: „...die alten offiziellen sozialistischen Parteien in allen führenden europäischen Ländern haben sich noch immer nicht von ihrer Verblendung durch Sozialchauvinismus und Sozialpatriotismus befreit... Unsere Partei muss so entschieden, scharf, klar und unmissverständlich wie möglich erklären, dass sie die Verbindungen zu diesem alten offiziellen Sozialismus abgebrochen hat; zu diesem Zweck wird eine Änderung des Parteinamens das wirksamste Mittel sein.“ (W. I. Lenin. Außerordentlicher VII. Parteitag der RKP(B). 1918)

3 W. I. Lenin: Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten, Lenin Werke, Band 2, S.332

brasilianischen Arbeitergeschichte darzustellen.“

Wirtschaftliche und politische Agitation

Doch wie soll diese Arbeit innerhalb der Arbeiterklasse durchgeführt werden? Ist es richtig, sie allein auf wirtschaftliche Forderungen zu beschränken, oder umfasst sie als Teil dieser Aufgaben auch eine umfassende politische Agitation unter den Arbeitern? Schauen wir uns an, was Lenin zu dieser Frage in „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten“ geschrieben hat:

„Die sozialistische Arbeit der russischen Sozialdemokraten besteht darin, die Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus zu propagieren, unter der Arbeiterschaft das richtige Verständnis zu verbreiten für die gegenwärtige sozialökonomische Ordnung, für ihre Grundlagen und ihre Entwicklung, für die verschiedenen Klassen der russischen Gesellschaft, ihr Wechselverhältnis und den Kampf dieser Klassen untereinander, für die Rolle der Arbeiterklasse in diesem Kampf, ihr Verhältnis zu den untergehenden und zu den sich entwickelnden Klassen, zur Vergangenheit und zur Zukunft des Kapitalismus sowie für die historische Aufgabe... der russischen Arbeiterklasse... Wir haben die Aufgabe, unsere Tätigkeit aufs engste mit den praktischen Tagesfragen des Arbeiterlebens zu verbinden, den Arbeitern zu helfen, sich in diesen Fragen zurechtzufinden, die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf die größten Mißbräuche zu lenken, ihnen zu helfen, ihre Forderungen an die Unternehmer genauer und zweckmäßiger zu formulieren, in den Arbeitern das Bewußtsein ihrer Solidarität zu entwickeln, das Bewußtsein der gemeinsamen Interessen und der gemeinsamen Sache aller russischen Arbeiter als einer einheitlichen Arbeiterklasse, die ein Bestandteil der Weltarmee des Proletariats ist.“⁴

Viele von uns beschränken jedoch bei der Arbeit unter den Arbeitern unsere Tätigkeit auf wirtschaftliche Agitation und vernachlässigen die politische Agitation. Wir werden zu hervorragenden Gewerkschaftern und vergessen, dass wir Teil eines „Kollektivs erfahrener Agitatoren“ sind, das für die sozialistische Revolution kämpft. Durch dieses Vorgehen verlieren wir die revolutionäre Perspektive

und tragen nicht zur Hebung des politischen Bewusstseins der Arbeiter bei. Deshalb müssen unsere Aktionen stets wirtschaftliche und politische Agitation verbinden, da beide „gleichermaßen notwendig, und die ökonomische wie die politische Agitation sind gleichermaßen notwendig als Leitfaden für den Klassenkampf der russischen Arbeiter, denn jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf.“⁵ Lassen Sie uns klarstellen: Um die Partei des brasilianischen Proletariats zu werden, müssen wir die marxistisch-leninistische Definition ernst nehmen, dass in der modernen bürgerlichen Gesellschaft das Proletariat die wichtigste revolutionäre Klasse ist. Das bedeutet, dass wir uns mit Begeisterung den Aufgaben der Propaganda, Agitation und Organisation unter den Arbeitern widmen müssen. Es geht nicht darum, an einem Tag zu arbeiten und zu erwarten, am nächsten Tag die Ernte einzufahren; das ist naturgemäß unmöglich. Wir müssen uns der Tatsache bewusst sein, dass wir vor der Ernte den Boden vorbereiten, ihn düngen, die Samen säen und die Ausbreitung jeglicher Plage verhindern müssen, insbesondere die des Reformismus oder des „ergebnisorientierten Gewerkschaftswesens“.

Genossen, die Arbeiterklasse ist die Hauptkraft der sozialistischen Revolution, und wenn sie sich erhebt, reißt sie auch die anderen, von den Kapitalisten unterdrückten Schichten der Gesellschaft mit sich. Die moralische Autorität der Arbeiter vor der Gesellschaft ist eine Tatsache. Wenn die Arbeiter beginnen, für ihre Rechte zu kämpfen und politische Veränderungen in der Gesellschaft zu fordern, werden selbst die am stärksten marginalisierten Schichten, die ihrer Stärke skeptisch gegenüberstehen, ermutigt und beginnen zu glauben, dass die Revolution kein Traum, sondern Realität ist. Kurz gesagt: An dem Tag, an dem die Revolutionäre Kommunistische Partei die Arbeiter für den Sozialismus gewinnt, an dem Tag, an dem das Proletariat sich seiner Stärke und der Notwendigkeit der Durchführung der Revolution bewusst wird, haben der bürgerliche Staat und die Armee für immer verloren.

REVOLUTIONÄRE KOMMUNISTISCHE PARTEI (PCR)

⁴ W. I. Lenin. Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten, LW Bd. 2, S. 331f.

⁵ ebd., S. 335

DÄNEMARK

Der Staat als wichtigster Partner der dänischen Kriegsökonomie

Es besteht Bedarf nach einer klaren revolutionären Taktik, die sich am Klassenkampf orientiert. In der APK sind wir aktuell dabei, nach einem innerparteilichen Diskussionsprozess eine neue taktische Aktionsplattform für die kommende Periode fertigzustellen: „Die wichtigste taktische Aufgabe der Partei besteht darin, die antiimperialistische Einheit der Arbeiterklasse und die Volksfront auszubauen.“ Unsere derzeitige taktische Plattform stammt aus dem Jahr 2015. Seitdem haben sich sowohl die nationalen als auch die internationalen Bedingungen rasant weiterentwickelt.

Dieser Artikel ist Teil der Diskussion zu dieser Plattform, die auch unsere Forderungen und folgende Erklärung enthält: Die Zukunft gehört der Arbeiterklasse. Die Kräfte im Kampf der Arbeiterklasse müssen auf der Linie des Klassenkampfes vereint werden. Es muss eine starke, breite antiimperialistische Bewegung gegen den Krieg aufgebaut werden. Wir müssen gegen die Reaktion und ihre verschiedenen rechten und linken Strömungen kämpfen. Wir sind Teil des internationalen Kampfes gegen jeglichen Imperialismus. Und wir müssen der revolutionären Strategie und Taktik der marxistisch-leninistischen Parteien folgen.

Unter dem Deckmantel, ein „Sozialstaat“ zu bleiben, hat sich die dänische Klassengesellschaft von einem neoliberalen Minimalstaat und einer kriegerischen Nation in den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts zu einer Gesellschaft mit einer ausgeklügelten privat-staatlichen Kriegswirtschaft entwickelt. Unter Stichworten wie Sicherheits-, Energie- und Industriepolitik wird eine autoritäre Variante des staatlich-monopolistischen Kapitalismus aufgebaut, verbunden mit einer reaktionär-militaristischen Umstrukturierung des Klassenstaates.

Die wirtschaftliche, politische und ideologische Militarisierung der Gesellschaft nimmt zu. Regierung und Staatsmacht, auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene, ordnen ihre Haushalte, ihre Politik und ihre Verwaltungsformen den verstärkten Vorbereitungen auf neue und größere Kriege und militärische Auseinandersetzungen unter. Diese Entwicklung verstärkt die repressiven Aspekte der Staatsmacht, kriminalisiert nach und nach Proteste und normalisiert die militärische Präsenz in Bereichen, die zuvor als Teil der Zivilgesellschaft galten – wie Bildung, Forschung, Medien, Arbeitsstätten,

Infrastruktur und Energieversorgung –, und zwar auf eine immer durchdringendere Weise.

Der militärisch-industrielle Komplex ist einer der lukrativsten Sektoren des modernen Kapitalismus. Durch die dem Monopolkapital untergeordnete Staatsmacht sind Krieg, Kriegsproduktion und Kriegsbereitschaft zu einem wirtschaftlichen Motor der Volkswirtschaft geworden. Dänische Regierungen und Kriegsminister haben deutlich gemacht, dass Krieg nicht nur durch Rüstung und Soldaten gewonnen wird, sondern auch durch die zugrunde liegende Kriegsproduktion. Genau dorthin fließen nun offen und offiziell sehr hohe staatliche Investitionen in Forschung, Bildung und so weiter.

Die dänische Wirtschaft erklärt offen, dass sie sich auf einen Krieg vorbereitet – sowohl durch verstärkte Investitionen in die Kriegsproduktion als auch durch eine intensivere Zusammenarbeit zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor in einer Vielzahl von Bereichen.

Der Staat als Betreiber und Investor

Es hat eine verstärkte staatliche Zentralisierung gegeben, wobei der Staat als zentraler Akteur beim Aufbau der Kriegswirtschaft fungiert, die sich an den Prioritäten und Vorgaben der Monopole orientiert. Es wurden Gesetze erlassen, die im Interesse der Kriegsproduktion Vorrang vor anderen Gesetzen haben, wie beispielsweise das Gesetz über militärische Bauvorhaben der Regierung. Die Befugnis zur Anwendung dieses Gesetzes liegt direkt und allein in den Händen des Verteidigungsministers.

Ein großer Teil der Kriegswirtschaft erfolgt in Form versteckter staatlicher Subventionen über verschiedene öffentliche Investitionsfonds und öffentliche Bauvorhaben, mit denen die Infrastruktur an militärische Bedürfnisse angepasst wird, wie beispielsweise Häfen, Flughäfen, Straßen, Brücken und See-Bohrplattformen, während die Bedürfnisse der Bevölkerung vernachlässigt werden.

Unternehmen, die an der Entwicklung von Waffen, Überwachungssystemen und zivil-militärischer Dual-Use-Technologie beteiligt sind, sichern sich Aufträge in Milliardenhöhe durch ihren Einfluss auf

den Staat, dessen Politiker und hochrangige Beamte, wobei Korruption in Dänemark unter dem wohlklingenderen Begriff „Lobbyarbeit“ betrieben wird.

Die Fortsetzung des zwischenimperialistischen Krieges in Europa in den letzten vier Jahren hat zu einer massiven Nachfrage nach Dienstleistungen und Ausrüstung der Rüstungsindustrie geführt. Die Rüstungsindustrie entwickelt sich im Einklang mit der Aufrüstung in ganz Europa in einem beispiellosen Tempo. In Dänemark haben die Koalition und die Regierung bereits im Februar dieses Jahres fast die gesamten 365,1 Milliarden DKK (rund 48 Milliarden Euro) bereitgestellt, die für die Aufrüstung der dänischen „Streitkräfte“ bis 2033 vorgesehen sind.

Die Investitionen bei Terma, dem größten dänischen Rüstungskonzern, stiegen im vergangenen Jahr um 11,5 %. Das Unternehmen liefert Komponenten für das F-35-Kampfflugzeugprogramm sowie Radarsysteme, die unter anderem auf Kriegsschiffen sowie in Häfen und an Küsten installiert werden. Es produziert Drohnentechnologie, die sich während des zwischenimperialistischen Krieges in der Ukraine rasant weiterentwickelt hat und mittlerweile eine bedeutende Rolle in der Kriegsführung spielt. Terma unterhält Partnerschaften mit ukrainischen Unternehmen wie dem Drohnenhersteller Odd Systems. Terma wurde zudem zum Hauptlieferanten für das dänische Luft- und Raketenabwehrsystem ernannt, wo das Unternehmen für die Gesamtintegration und Wartung verantwortlich sein wird.

Der staatliche Pensionsfonds ATP (Zusatzrente für Arbeitnehmer) hat mehr als eine Milliarde Kronen (rund 134 Millionen Euro) aus den Rentengeldern der Arbeiter und Angestellten in Terma investiert. „Es liegt eine große innere Schönheit in der Tatsache, dass Dänemarks größter Fonds investiert, so dass wir alle als Dänen tatsächlich Teil der zukünftigen Entwicklung von Terma werden“, erklärte der CEO von Terma.

Auf EU-Ebene werden Milliarden Euro zur Förderung der Rüstungsindustrie umverteilt, beispielsweise über den Verteidigungsfonds. Schon vor der Abschaffung des dänischen Referendums, bei dem die Beteiligung am militärischen Aufbau der EU abgelehnt wurde, war Dänemark an der Aufrüstung

der EU-Kriegsindustrie beteiligt, die von dänischen Politikern und Behörden lediglich in „Industriepolitik“ umbenannt wurde.

Inflation und der verkümmerte grüne Kapitalismus

Die Kriegswirtschaft entwickelt sich mit erheblichen sozialen Folgen für die Arbeiterklasse und die Mehrheit der Bevölkerung. Mittel werden aus den Bereichen Sozialversicherung, Gesundheit, Bildung, Wohnungswesen und Klimaschutz abgezogen und zunehmend in die Militärhaushalte auf nationaler, EU- und NATO-Ebene umgeschichtet.

Doch nicht einmal diese massiven Kürzungen im Sozialen, die Umverteilung des Sozialvermögens und die Ausbeutung können die wahnwitzigen finanziellen Beiträge aufbringen, die erforderlich sind, um die Kriegsmaschinerie der NATO und der EU sowie deren Haushaltsbedarf am Laufen zu halten. Der Krieg wird mit geliehenem Geld geführt, unter anderem aus dem sogenannten „Wirtschaftsraum“ der Regierung, bei dem es sich um fiktives Geld handelt – ganz abgesehen davon, dass gemeinsame EU-Kredite (zum ersten Mal in der Geschichte der EU) die Schulden und Zinssätze in die Höhe treiben werden.

Im Rahmen der Kriegswirtschaft lenken Regierung und Staat große Summen aus den Steuereinnahmen der Gesellschaft in die Rüstung und in staatliche Subventionen für die Monopole um. Sie binden die Bevölkerung und künftige Generationen an gigantische Kredite für Rüstungszwecke und zur Unterstützung der Rüstungsindustrie.

Insbesondere die Arbeiterklasse und die ärmsten Bevölkerungsschichten haben den Rückgang ihrer Kaufkraft bei Löhnen und Sozialleistungen zu spüren bekommen. Kürzungen im öffentlichen Dienst, begleitet von einigen wenigen vorübergehenden Notlösungen und wiederholten negativen Tarifabschlüssen, haben zu einem jahrelangen Rückgang der Reallöhne geführt, die zudem ständig durch Inflation und Preissteigerungen weiter aufgezehrt werden.

Entgegen der bürgerlichen Lüge wird die Inflation jedoch nicht durch Lohnerhöhungen, steigende Öl- und Energiepreise oder Störungen in den Lieferket-

ten verursacht, die eine Preisspirale auslösen. Die Inflation hat einen eindeutigen Klassencharakter. Sie ist Ausdruck einer verschärften Ausbeutung der Arbeiterinnen sowie Arbeiter und großer Teile der Bevölkerung. Die Ursachen der Inflation liegen in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, den wirtschaftlichen Gesetzen und deren Widersprüchen.

Eine wesentliche Hauptursache ist die Militarisierung der Wirtschaft durch die Produktion von Waffen und militärischem Material für Lagerbestände, Kriege und den Unterdrückungsapparat. All diese unproduktiven Ausgaben führen zu chronischen Defiziten in den Staatshaushalten, die durch verstärkte Ausbeutung und Sozialkürzungen gedeckt werden müssen.

Mit der Kriegswirtschaft im Mittelpunkt schwindet der sogenannte „grüne Kapitalismus“. Der Ausdruck „um der Umwelt willen“ wurde durch „um der Sicherheit willen“ ersetzt, wenn es um die fortgesetzte Ausbeutung von Ressourcen, die Zerstörung der Natur, Kriege und die Rüstungsproduktion geht. Die sich beschleunigende Umweltzerstörung des Planeten wird verursacht durch das kapitalistische System. Heute äußert sich dies in immer extremeren klimatischen Umwälzungen: beispiellose Hitzewellen, verheerende Überschwemmungen, massive Waldbrände sowie ein sich beschleunigender Verlust an Artenvielfalt, die Zerstörung von Boden, Wasser und Luft sowie der menschlichen Lebensbedingungen. Krieg und Rüstungsproduktion sind die größte Quelle der Umweltverschmutzung auf dem Planeten.

Das Parlament und die Gewerkschaftsführer unterstützen und fördern diesen Kurs

Die SVM-Regierung (Sozialdemokraten, Liberale und Moderate) wurde im Dezember 2022 als Regierung der nationalen Einheit gebildet, wobei Mette Frederiksen nach ihrer vorherigen Regierungszeit mit der Sozialistischen Volkspartei und der rot-grünen Einheitsliste als unterstützenden Parteien weiterhin als sozialdemokratische Ministerpräsidentin im Amt blieb. Diese Regierung führte vom ersten Tag an einen Klassenkampf gegen die Arbeiter, die Jugend und die ärmsten Teile der Bevölkerung sowie eine zunehmend aggressive Kriegspolitik. Trotz

ihrer Politik und ihres Handelns konnte sie sich an der Macht halten, da die parlamentarische Opposition sowohl von links als auch von rechts nahezu unsichtbar war und die nationale Gewerkschaftsführung sowie die Arbeiteraristokratie die Kriegspolitik, die Kriegswirtschaft, die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und die Anhebung des Rentenalters auf 72 Jahre unterstützten.

Nicht zuletzt hat eine Partei wie die rot-grüne Einheitsliste, die mittlerweile offen als NATO-, EU- und Imperialismus freundliche Partei auftritt, keinerlei Kritik oder Widerstand geleistet – ganz zu schweigen von ihrer mangelnden Mobilisierung, um gegen die Kriegspolitik und die Wirtschaftspolitik der Regierung und des dänischen Imperialismus zu protestieren. Dennoch versucht sie, sich als parlamentarische Lösung und Alternative mit einer „roten Regierung“ zu präsentieren.

Wir müssen auch die Argumente der Gewerkschaftsführung und der Arbeiteraristokratie entlarven, die die Kriegswirtschaft mit der Begründung unterstützen, sie schaffe Arbeitsplätze. Was sie tatsächlich schafft, sind riesige Aktiendividenden, die das Vermögen der „Händler des Todes“ weiter vergrößern. Als größte Kapitalbesitzer des Landes stehlen sie den Arbeitern ihr hart verdientes Rentengeld, um es in globale Kriegsmonopole und die dänische Kriegsindustrie zu investieren. Wir lehnen die Klassenkollaboration des Nationalen Gewerkschaftsbundes bei den dreigliedrigen Verhandlungen (Arbeitgeber, Staat und Gewerkschaftsführung) über sogenannte sozial ausgewogene staatliche Rüstungshaushalte entschieden ab. Diese zielt darauf ab, dass der Widerstand seitens der Arbeiterklasse möglichst gering bleibt.

Der Beschäftigungsaspekt der Rüstungsindustrie spielt ebenso wie der Produktionsstandort eine politische Rolle, nicht zuletzt im Hinblick auf die Entwicklung der Randgebiete, die unter dem Kapitalismus wirtschaftlich und sozial benachteiligt sind. Dies wird sowohl von den kriegspolitischen Entscheidungsträgern als auch von der Industrie selbst erkannt und ausgenutzt, wenn es darum geht, über Verteidigungshaushalte zu diskutieren und zu verhandeln sowie bei den Wählern Unterstützung für höhere Militärausgaben zu gewinnen. Stattdessen müssen wir ganz andere zivile und soziale Investiti-

onen in ländlichen Gebieten fordern.

Ein auffälliges Merkmal des Reformismus und der Sozialdemokratie in all ihren Ausprägungen ist ihre Hetze zugunsten bestimmter Monopolgruppen in deren Rivalität und Wettbewerb mit anderen Monopolgruppen. Die Euro-Sozialdemokraten stehen nicht nur Wache über das europäische Monopolkapital, sondern propagieren den Arbeitern gegenüber direkt, dass die EU und der Euro einen Schutz vor dem US-amerikanischen (sowie dem chinesischen und russischen) Imperialismus und vor der US-Sicherheitsstrategie mit all ihren monströsen Folgen für die Völker der Welt darstellen. Sie haben die Arbeiter schon lange auf den Zug des wirtschaftlichen „Kriegs“ aufgespannt, in der Hoffnung, dass die EU-Monopole im Wirtschaftskrieg konkurrieren und sich als globale Supermacht behaupten können.

Die Sozialdemokraten, die reformistische Linke und die Arbeiteraristokratie, die die Gewerkschaftsbewegung kontrollieren, wiederholen den Verrat der Zweiten Internationale unter dem Deckmantel der Verteidigung der Werte des westlichen Imperialismus, verpackt in die Verteidigung der nationalen Heimat, wobei Arbeiter in den Krieg ziehen und gegen andere Arbeiter kämpfen.

Die Arbeiterklasse hat kein Interesse am imperialistischen Krieg der Monopole oder daran, Geld auf Kosten anderer Arbeiter zu verdienen, die in Kriegen sterben, die mit gestohlenen Rentenmitteln finanziert werden – für die Arbeiterklasse geht es darum, gegen den imperialistischen Krieg und die Folgen der Kriegswirtschaft zu kämpfen und sich für internationale Solidarität einzusetzen.

Antiglobalisierung und Protektionismus

Seit dem Zweiten Weltkrieg und dem Kalten Krieg hat sich das dänische Wirtschaftsmodell als exportorientiertes Modell unter dem Sicherheitsschirm der USA und später der EU entwickelt. Dies wurde durch Trumps Neuauslegung der Monroe-Doktrin ins Wanken gebracht, in deren Rahmen die USA einen auf die nationale Sicherheit ausgerichteten Protektionismus mit Zollschränken und Handelskriegen unter anderem gegen europäische Monopole eingeführt haben. Die Tatsache, dass die Globalisierung der US-Wirt-

schaft keine Nettogewinne mehr bescherte und sich als Stärkung ihrer geopolitischen Rivalen erwies, war eine der Haupttriebkkräfte für den Wandel in der bisherigen Globalisierungspolitik der USA, wobei die Trump-Regierung weitgehend ein neues Klassenbündnis aufbaute, das sich um das Industrie-, Fossilenergie-, Militär- und Technologiekapital dreht. Da die USA nach wie vor Dänemarks größter Exportmarkt sind, hat dieser Wandel Konsequenzen für die dänische Wirtschaft. Derzeit sind vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen betroffen, deren Exportproduktion in Dänemark angesiedelt ist, während die Monopole und die größten Unternehmen ihre Hauptproduktion bereits in die USA und in Länder mit billigeren Arbeitskräften verlagert haben und in ihren Gewinnen weniger stark beeinträchtigt sind, wie es beispielsweise bei Mærsk der Fall ist.

Hinter alldem verbergen sich eine Überproduktionskrise und Arbeitslosigkeit

Hinter der scheinbar robusten dänischen Wirtschaft verbirgt sich – wie in der EU und weltweit – eine schwere Wirtschaftskrise, die die Kriegswirtschaft in den Ländern, darunter auch in Dänemark, weiter verstärken wird. Hinter der Fassade der wechselnden Versprechungen und Drohungen der Minister und Experten, wonach wir es schaffen werden, wenn wir nur die Zähne zusammenbeißen, härter arbeiten und an der Kasse zahlen, wirken die Gesetze und inneren Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft.

Wiederkehrende Wirtschaftskrisen und Überproduktionskrisen sind der kapitalistischen Wirtschaft inhärent und unvermeidlich. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Überproduktionskrisen, bei denen mehr Güter produziert werden, als sich die Menschen angesichts ihrer sinkenden Kaufkraft leisten können. Entlassungen, Zusammenbrüche und Massenarbeitslosigkeit sind die Folge, und – was für den Monopolkapitalismus am wichtigsten ist – die Produktion muss dorthin verlagert werden, wo maximale Gewinne erzielt werden können, wodurch sich der Wettbewerb und der Kampf um Märkte und die Weltherrschaft verschärfen. In manchen Fällen geht dies so weit, dass es sich für den Monopolkapitalismus lohnt, die Produktionsmittel durch Krieg zu zerstören, um Märkte neu zu verteilen und einen neuen Produktionsapparat für größere Gewinne zu schaffen.

Die Arbeiter und die Bevölkerung sind nicht für die kapitalistischen Krisen und Schulden verantwortlich und sollten nicht dafür aufkommen müssen. Es sind die Arbeitgeber, die Reichen, die Parasiten und die Kriegstreiber, die dafür aufkommen müssen.

Durch die Schaffung einer Einheitsfront der Arbeiterklasse muss für wirtschaftliche und soziale Forderungen im Rahmen des Kampfes gegen die Militarisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, gegen die Kriegspolitik und jeglichen Imperialismus sowie für die Befreiung der Arbeiterklasse gekämpft werden.

KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI DÄNEMARKS (APK)

DEUTSCHLAND

Der deutsche Kriegskurs und eine neue, junge Antikriegsbewegung

Die aktuellen Zuspitzungen auf der Weltbühne lassen auch Deutschland das Tempo erhöhen, in dem aufgerüstet wird. Eine entscheidende Rolle nimmt dabei die EU ein. An der inneren Front wird die Kriegspropaganda erhöht – doch eine neue, junge Bewegung hat der Militarisierung den Kampf angesagt.

Eine neue internationale Situation

Mit der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA, die im letzten November veröffentlicht wurde, und den mit dieser Strategie in Zusammenhang stehenden, sich überschlagenden Ereignissen Anfang dieses Jahres verändert sich die Dynamik in den zwischenimperialistischen Konflikten mit einem neuen Tempo. Von Venezuela bis Grönland und Iran kann beobachtet werden, wie der US-Imperialismus die Weltordnung im Eiltempo nach seinem Bedarf umsortiert. Zur Schwächung des Hauptgegners China werden die Mittel und Wege zur Sicherung der US-Vormachtstellung je nach Schauplatz neu bestimmt. Nicht nur in Lateinamerika und dem Mittleren Osten ordnen die USA alle Verhältnisse nach

dem „America First“-Prinzip. Während unter Biden das transatlantische Bündnis noch als entscheidend für den Kampf gegen China und Russland gewertet wurde, ist es kein Wunder, dass die europäischen Imperialisten mit dem erneuten Amtsantritt Trumps in Panik verfielen. Denn dieser bestimmt die Mittel des Kampfes neu. Die Schwächung Russlands wird einerseits den europäischen Staaten überlassen (daher auch die Panik der Europäer, die USA würden sie mit dem Ukraine-Dilemma „alleine lassen“), andererseits wird durch Annäherung der USA an Putin versucht, das entstehende Bündnis zwischen Russland und China zu relativieren.

In Deutschland und Europa wurden die jüngsten Entwicklungen nicht gut verkraftet. Der deutsche Kanzler Merz formulierte im Januar vor dem Arbeitgeberverband der Metallindustrie (Gesamtmetall): „Das, was wir einmal den normativen Westen genannt haben, gibt es in dieser Form nicht mehr. Es ist allenfalls noch eine geografische Bezeichnung, aber keine normative Bindung mehr, die uns zusammenhält. [...] Wir sind in Europa nicht im Krieg, aber wir sind auch nicht mehr im Frieden.“ Trotz des drastischen Tons sind die Schlussfolgerungen und

Maßnahmen, die nun an den Tag gelegt werden, um sich an die neue Situation anzupassen, nicht neu: Deutschland nimmt die Zuspitzung der Konflikte zum Anlass, das Tempo der eigenen Aufrüstung und damit zusammenhängend der eigenen Unabhängigkeit vom US-Imperialismus weiter zu erhöhen. In diesen Anstrengungen nimmt die EU eine entscheidende Rolle ein.

Deutschland und die EU

Ökonomisch ist die Bundesrepublik Deutschland mittlerweile weltweit die Nummer 3 (BIP von 4,5 Billionen Dollar, 2023), hinter den USA (27,7 Billionen Dollar) und China (17,8 Billionen Dollar). Allerdings hat Deutschland nur ein Viertel der Wirtschaftsleistung Chinas und ein Sechstel der USA. Deutschland befindet sich in einer ähnlichen Liga wie Japan (4), Indien (5), Großbritannien (6) oder Frankreich (7). Damit ist es faktisch kein ernst zu nehmender Konkurrent der beiden größten Wirtschaftsmächte. Ganz anders sieht es aus, wenn man mit einem „Vereintes Europa“ unter Führung des deutschen Kapitals rechnet (19,8 Billionen Dollar). Dann könnte man mit China gleichziehen und wäre ökonomisch real eine Weltmacht. Ohne Europa ist Deutschland zwar eine starke Wirtschaftsmacht, aber immer abhängig von einem Bündnis mit einer stärkeren Macht und daher immer zu Kompromissen zu seinen Lasten gezwungen. Das kann man sehr gut in den Beziehungen zu den USA sehen, wo das deutsche Kapital zwar nach Eigenständigkeit strebt, aber immer wieder zur Unterordnung gezwungen ist. Aktuell wird auf Hochtouren daran gearbeitet, die EU zu einem dritten Akteur auf der Weltbühne zu machen, mit dem gerechnet werden muss. Dabei stehen für den deutschen Imperialismus ein paar Themen oben auf der Agenda:

Einerseits die wirtschaftliche Stärkung der EU, für die Mario Draghi, ehemaliger Chef der Europäischen Zentralbank, im Auftrag der EU 2024 ein Strategiepapier verfasst hat. Erklärtes Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der EU in Konkurrenz zu China und den USA zu stärken. Das Papier schlug dafür Maßnahmen mit Kosten von ca. 800 Milliarden Euro bis 2030 vor, mit denen die europäische Wirtschaft gestützt werden soll. Es ist diese Strategie, an der sich die Politik der EU-Kommission unter von der Leyen in vieler Hinsicht bereits hält. Auch in Bezug

auf Handelsbeziehungen, bei denen das deutsche Kapital auf Diversifizierung setzt, spielt die EU eine wichtige Rolle. So pocht Deutschland beispielsweise besonders auf die schnelle Umsetzung des EU-Handelsabkommens mit den MERCOSUR-Staaten, das vor allem im Interesse des exportorientierten Großkapital liegt, während es Arbeitsplätze, Umwelt und Kleinbauern in Europa und Lateinamerika gefährdet. Die Probleme des deutschen Kapitals bei der Ratifizierung des Abkommens in der EU ist jedoch auch Ausdruck des Kampfes zwischen den verschiedenen imperialistischen Mächten in der EU, der an allen Stellen aufblitzt.

Auch die „digitale Souveränität“ spielt eine entscheidende Rolle. Die Einschränkung von US-amerikanischen Tech-Giganten wie Meta und X, aber auch die geheimdienstliche Eigenständigkeit ist ein wichtiger Aspekt. Bereits Anfang Januar wurde in Deutschland ein Gesetz erlassen, das dem Bundesnachrichtendienst (BND) mehr Befugnisse gibt. Was beim NSA vor einigen Jahren oder in den Snowden-Enthüllungen noch zu einem Aufschrei führte, wird hier ganz offen legalisiert – alles im Sinne der geheimdienstlichen Unabhängigkeit. Wie kritisch diese Frage ist, sieht man an den Entwicklungen in der Ukraine – die ukrainischen Militäroperationen wurden seit Beginn des Krieges aus Wiesbaden gesteuert, wo ein Hauptquartier eingerichtet wurde, in dem mittels US-amerikanischer Geheimdienstinformationen die ukrainische Kriegsführung koordiniert wurde. Die europäische „Unterstützung“ der Ukraine wäre ohne diese Informationen kaum fruchtbar gewesen. Auch auf EU-Ebene soll jetzt bis Ende Juni eine neue Sicherheitsstrategie ausgearbeitet werden, bei der auch die engere Vernetzung der Geheimdienste bis hin zu einem europäischen Geheimdienst erwogen wird.

Und auch die direkte militärische Stärkung der EU wird auf Hochtouren vorangetrieben. Im Jahr 2025 betragen Militärausgaben der EU-Mitgliedstaaten 392 Milliarden Euro. Nun rechnet die EU-Kommission bei einer Umsetzung des 5 %-Ziels mit rund 900 Milliarden Euro. Die EU übernimmt dabei die Rolle, die unterschiedlichen Interessen der imperialistischen Akteure in der EU und der verschiedenen Kapitalgruppen auszutarieren und ein möglichst einheitliches Handeln zu ermöglichen. Das ist jedoch sehr schwierig, wie sich beispielsweise aktuell an dem Veto Ungarns zu weiteren Kriegskrediten

für die Ukraine zeigt. Das wird ebenso deutlich im Scheitern der Pläne für ein gemeinsames Kampfflugzeug (FCAS) aufgrund der Konkurrenz zwischen deutschen und französischen Rüstungskonzernen. Es ist offensichtlich, dass die beiden stärksten imperialistischen Mächte in Europa, Deutschland und Frankreich, um die Führung konkurrieren. Zudem arbeiten auch andere imperialistische Mächte daran, den Aufstieg der EU zu einer Weltmacht zu torpedieren. So ist sehr deutlich, dass die USA massiv daran arbeiten, ihren Konkurrenten niederzuhalten und entsprechende Kräfte wie den Rassemblement National in Frankreich oder die AfD in Deutschland mehr oder weniger offen unterstützen. Auch das imperialistische Russland unterstützt Kräfte wie Orban in Ungarn. Obwohl es angesichts des zunehmenden Kampfes der Großmächte USA, Russland und China immer schwieriger wird, die diversen Mächte in der EU unter einen Hut zu bringen, arbeitet die EU beständig daran. So hat sie bereits 2003 eine „Europäische Sicherheitsstrategie“ entwickelt und darin offen das Ziel gesetzt, die EU zu einem Global Player zu formen. In der Weiterentwicklung dieser Strategie von 2016 wurde noch offener der Aufbau „militärischer Spitzenfähigkeiten“ gefordert. 2022 wurde die „Rückkehr der Machtpolitik“ postuliert und neben Russland und China auch die USA als Konkurrent in den Fokus genommen. 2025 erschien das „Weißbuch zur europäischen Verteidigung“. Das Magazin „Wehrtechnik“ sah darin einen „Paradigmenwechsel“ der EU „von einem sicherheitspolitischen Juniorpartner zu einem strategischen Akteur“. Und tatsächlich legt das Weißbuch deutlich offen, worum es bei der Aufrüstung in den nächsten Jahren gehen soll. Im Entwurf des Weißbuchs steht dazu: „Die einzige Möglichkeit, diese Abhängigkeit zu überwinden besteht darin, die erforderlichen Kapazitäten über gemeinsame europäische Fähigkeitsprojekte zu entwickeln, besonders jetzt, da die USA ihre Herangehensweise überdenken und die Entscheidung in Betracht ziehen könnten, die Nutzung von Enablern [strategischen Kernfähigkeiten] einzuschränken oder sogar zu stoppen.“ (S. 4) Obwohl im EU-Vertrag in Artikel 41 (2) ausdrücklich Militärausgaben verboten sind, umgeht die EU dies, indem sie Rüstungsprogramme als „Industrieförderung“ auflegt. Unter kryptischen Namen wie EVF, EDIPRA, ASAP oder EDIP, die nur Insidern etwas sagen, hat sie Rüstungsförderungsprogramme mit

vielen Milliarden Euro geschaffen. Sie zielen darauf ab, eine starke und einheitliche europäische Rüstungsindustrie zu schaffen. Dabei wird gefordert, dass mehrere Konzerne aus mehreren EU-Ländern zusammenarbeiten, um eine Förderung zu erhalten. Das fördert die Konzentration und Monopolbildung. So wird mit ökonomischen Mitteln versucht, was im politischen Bereich derzeit nicht so gut gelingt, Stück für Stück über die Bildung großer europäischer Rüstungsmonopole durchzusetzen. Über die Profitinteressen der großen Monopole soll eine starke imperialistische EU geschaffen werden. Ein Ziel dabei ist „bis 2030 mindestens 50 % und bis 2035 60 % aller Verteidigungsinvestitionen in der EU zu tätigen.“ (Verordnung der EU zu EDIRPA, 18.10.23) Man will also Waffenkäufe in den USA reduzieren und eine eigene machtvolle Rüstungsindustrie aufbauen. Mit dem Programm ASAP will man „unsere Industrie jetzt in den Kriegswirtschaftsmodus“ bringen. (euractiv.com, 3.5.23). Wie schon ausgeführt, steht Deutschland innerhalb der EU an der Spitze, wenn es um Aufrüstung geht. In seiner ersten Regierungserklärung kündigte Bundeskanzler Friedrich Merz an, die Bundeswehr zur „konventionell stärksten Armee Europas“ auszubauen.

Die angestrebten Ziele haben das Potenzial, die EU auf dem militärischen Gebiet weit über das bisherige Maß hinaus zu einem Player zu machen.

Die Entwicklung der Kriegspropaganda

Während der Konflikt zwischen den USA und China im Weltmaßstab die Kulisse bildet, vor der die verschiedenen weiteren imperialistischen Mächte versuchen, ihre Position zu behaupten, nimmt die direkte Konfrontation mit China in Deutschland und der EU heute eine untergeordnete Rolle in der Diskussion ein. Russland steht nach wie vor im Vordergrund der Auseinandersetzungen, was aus geografischen Gründen und aufgrund der von den USA forcierten „Aufgabenteilung“ innerhalb der NATO, in der die europäischen Länder diese Flanke zu bedienen haben, naheliegt. Aber auch der öffentlichkeitswirksame Faktor der „Bedrohung aus Russland“ nimmt eine entscheidende Rolle ein. Die Verengung der Debatte auf einen möglichen Krieg mit Russland macht auch das Narrativ der Verteidigung glaubwürdiger und fördert somit ganz direkt die Zustimmung der Bevölkerung zur Aufrüstung. In

Deutschland beruht der Großteil der Legitimierung der aktuellen Aufrüstung auf der Behauptung, dass Russland nicht bei der Ukraine Halt machen wird und früher oder später auch NATO-Gebiet dran sein wird, wenn nicht abgeschreckt wird. Die Zahl, die dabei eine große Rolle spielt, ist das Jahr 2029 – das ist der Zeitpunkt, bis zu dem Deutschland „kriegstüchtig“ werden muss, denn 2029 könnte Russland angreifen. Ein nicht-öffentliches NATO-Dokument einerseits und Geheimdienstinformationen andererseits sollen die Quelle sein. Die Jahreszahl 2029 ist dabei eigentlich gar nicht exakt – schon 2028 sei Russland wohl in der Lage, der NATO militärisch das Wasser zu reichen. Doch die Zahl war nach einer bekannten Rede von Verteidigungsminister Pistorius im Sommer 2024 im Raum, und so beließ man es einfach dabei. Denn selbst Politologen geben offen zu, dass die Zahl 2029 „vor allen Dingen ein Kommunikationsmittel“ sei (Sarah Pagung...) Sprich: Die Zahl 2029 hat mehr eine öffentlichkeitswirksame Funktion, als eine tatsächliche Bedrohungseinschätzung zu sein. Sie soll die Bevölkerung darauf einstimmen, Verzicht und Kürzungen hinzunehmen und sich aufzuopfern, um die „Bedrohung in naher Zukunft“ abzuwenden. Genau dieses Ziel haben auch zahlreiche „Militärexperten“, die in den Medien seit Beginn des Ukraine-Krieges dauerpräsent sind. Der bekannteste von ihnen ist Carlo Masala. In seinem Buch: „Wenn Russland gewinnt. Ein Szenario“ beschreibt er mit viel Kreativität ein 2028, in dem Russland vortäuscht, auf Entspannung zu setzen und dann in einem Hinterhalt die NATO angreift, die sich nicht richtig vorbereitet hat. Die Schlussfolgerung: Jetzt muss aufgerüstet werden, damit es nicht so weit kommt. Dieses gänzlich unwissenschaftliche Buch war kurz nach seinem Erscheinen im März 2025 mehrfach ausverkauft, im März 2026 meldete der Verlag 100.000 verkaufte Exemplare. Auf der Grundlage von diesen mittlerweile in der Bevölkerung verbreiteten Erzählungen nimmt die Kriegspropaganda in der öffentlichen Debatte heute eine gewisse Eigenständigkeit an. Ein Beispiel dafür war zuletzt im Herbst 2025 die öffentliche Berichterstattung um angebliche russische Drohnenüberflüge und Spionageaktionen über Europa. Während in deutschen Medien tagelang über eine Welle von Drohnensichtungen über europäischen Flughäfen berichtet wurde, die allesamt in Verbindung zu Russland gesetzt wurden, konnte bei

fast allen dieser Fälle im Nachhinein ausgeschlossen werden konnte, dass es sich dabei um russische Drohnen handelte: Am 3. Oktober wurde der Frankfurter Flughafen wegen Drohnensichtung gesperrt – am 4. Oktober wurde von der Regierung klargestellt, dass dies ein Hobbypilot ohne Verbindungen zu Russland zu verantworten hatte. Am 4. Oktober wurde der Flughafen in Vilnius wegen Drohnensichtungen geschlossen – wenige Tage später wurde klar, dass es sich um Zigarettenschmuggler handelte. Und auch in Dänemark wurde bereits am 4. Oktober von einem Regierungsvertreter eingeräumt, dass man sich nicht mehr sicher sei, ob es sich tatsächlich um eine Drohne gehandelt habe. Russische Drohnenüberflüge oder Spionageaktionen sind keineswegs unmöglich, doch die Hysterie, die wir im letzten Herbst gesehen haben, zeigt sehr gut, wofür die Debatte nützt: die Korrekturen der Behauptungen von russischen Drohnenüberflügen wurden bei weitem nicht so publik wie die ersten Meldungen. Bei den meisten Menschen bleiben nur diese im Gedächtnis, die Erzählung der Bedrohung wird realer. Im Dezember wurde in Deutschland, passend dazu, ein neues Luftsicherheitsgesetz beschlossen und ein neues Drohnenabwehrzentrum öffentlichkeitswirksam eröffnet.

Es ist diese Dynamik, die heute dazu führt, dass viele Schritte hin zu Kriegsvorbereitung und Aufrüstung von wenig Widerstand begleitet werden. Eine Ausnahme stellt jedoch eine neue Bewegung dar, die Ende 2025 entstanden ist und einen öffentlichen Widerstand gegen die Militarisierung auf die Straße getragen hat: Die Jugendbewegung gegen die Wehrpflicht.

Eine neue Bewegung ist entstanden

Am 5. Dezember 2025 streikten 55.000 Schüler in ganz Deutschland gegen die Wehrpflicht, deren schrittweise Wiedereinführung das an diesem Tag im Bundestag beschlossene neue Wehrdienstgesetz beinhaltet. Am 5. März 2026 zeigte sich mit dem zweiten Streik, an dem erneut über 50.000 Schüler teilnahmen, dass dieser Streik keine einmalige Sache war und das Potenzial hat, zu einer längerfristigen Jugendbewegung zu werden.

Die Debatte rund um die Wehrpflicht war Ende 2025 dauerpräsent. Das Schwanken der Regierung, die immer wieder neue Vorschläge aufbrachte – von

sofortiger Pflicht für alle bis zu Losverfahren – war dabei kein Zufall. Einerseits gibt es tatsächlich unterschiedliche Bewertungen dazu, wie die Truppenstärke der Bundeswehr am effektivsten gestärkt werden kann. Einige Stimmen erklärten, dass ein Wehrdienst für alle zu teuer wäre und die Strukturen der Bundeswehr überlasten würde. Andere versuchen, gleich zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen und durch ein Gesellschaftsjahr auch dringend benötigte, billige Arbeitskräfte im sozialen Bereich gleich mitzubeschaffen. Doch dass diese verschiedenen Positionen öffentlich abgewogen wurden, hat auch einen weiteren Effekt: Die Reaktion wurde getestet. Denn wir wissen, dass es vor wenigen Jahren noch unvorstellbar gewesen wäre, mit dem Argument eines drohenden, großen Krieges die gesamte Jugend zu militärischem Dienst zu verpflichten. In der Zwischenzeit wurde ein gesellschaftliches Klima geschaffen, dass zahlreiche Tabus gebrochen hat. Denn es war nicht abzusehen, ob die Wiedereinführung der Wehrpflicht ohne großen Widerstand über die Bühne gehen würde. Und so wurde hin- und her diskutiert, der Aspekt der Freiwilligkeit immer weiter aus den Entwürfen gestrichen und sich am Ende auf einen Kompromiss geeinigt, der wie das geringere Übel aussehen soll: 260.000 Soldatinnen und Soldaten soll die Bundeswehr umfassen – das wären 80.000 mehr als heute. Dazu bekommen alle ab Jahrgang 2008 Fragebögen zugesandt (unter anderem zur Bereitschaft zum Wehrdienst), die von den Männern auch beantwortet werden müssen. In 24 noch aufzubauenden Musterungszentren sollen die Männer dann flächendeckend gemustert werden, sobald dafür die Kapazitäten geschaffen sind, und ihre Wehrfähigkeit so geprüft werden. Der eigentliche Wehrdienst bleibt dann vorerst freiwillig – sollte die gewünschte Truppenstärke der Bundeswehr so nicht erreicht werden, sieht das Gesetz eine schnelle und einfache Wiedereinführung der Wehrpflicht vor und die Freiwilligkeit ist schnell Geschichte.

In den Wochen und Monaten vor der Einführung dieses Gesetzes wurde in zahlreichen Städten in Bündnissen unter dem Namen „Nein zur Wehrpflicht“ ein Protest geplant. Dieser sollte mit einem Streik derjenigen verbunden werden, die von diesem Gesetz am direktesten betroffen sein werden: Der Schülerschaft. Die Bewegung nahm in den Wochen vor dem 5.12. an Fahrt auf. An zahlreichen Schulen bildeten sich Streikkomitees mit dem Ziel,

für den großen Schulstreik zu mobilisieren – bereits am 27. November verkündete das Bündnis, dass diese in 90 Städten bestehen. In einigen Bundesländern riefen Landesschülervvertretungen mit auf. Auch die GEW und die Gewerkschaftsjugenden unterstützten die Aktionen vielerorts, Studierendenvertretungen, Jugendorganisationen und auch die Linkspartei riefen mit auf. Auch in den sozialen Medien wurde der Streik ein immer größeres Thema, Videos zum Thema gingen viral. Grund genug für Verteidigungsminister Boris Pistorius, am Tag vorher ein Video aufzunehmen, in dem er lobte, dass die Meinungsfreiheit in Deutschland solche Streiks überhaupt zulässt und dass Staat und Demokratie eben verteidigt werden müssten – dafür sei der Wehrdienst da. Dass das nicht stimmt, spürten die Schüler der Streikkomitees häufig selbst: In Medien und an vielen Schulen wurde versucht, Schüler einzuschüchtern und mit Konsequenzen fürs Streiken bis hin zu Schulverweis gedroht. Auch wurden einige Streikkundgebungen und Zubringer Demos von Polizei und Versammlungsbehörde behindert und verboten oder die anwesenden Schüler eingeschüchtert. Doch die Streikenden ließen sich nicht beirren. Bereits am Vormittag kamen die ersten Meldungen: 10.000 in Berlin, 5.000 in Hamburg, am Vorabend 4.000 in München, 1.000 in Essen, 1.000 in Frankfurt, 1.500 in Göttingen, Stuttgart fast 1.000... Insgesamt waren 55.000 Schülerinnen und Schüler auf der Straße. Die Demozüge waren geprägt von Schildern und Bannern, die eine klare Haltung vermittelten: Gegen die Wehrpflicht, aber auch gegen den Krieg insgesamt. Viele Botschaften machten eine klare Klassenperspektive auf: „Merz, geh doch selbst an die Front“, „Ihre Kriege führen wir nicht“ oder „Die Reichen wollen Krieg, die Jugend eine Zukunft“. In vielen Städten sprachen neben Schülern aus den Streikkomitees auch Gewerkschaftsjugenden und Schülervertretungen oder solidarische Beschäftigte. So kamen in einigen Orten Lehrer mit ihren Schulklassen zum Streik und in München sprachen Beschäftigte der Straßenbahn, die sich weigern, Straßenbahnen mit Bundeswehr-Werbung zu fahren. Am 5.12. ist damit etwas an die Oberfläche gebrochen, was schon lange brodelte. Die Ablehnung der Jugend gegen die Wehrpflicht hat sich in Widerstand verwandelt – und das war erst der Anfang.

Die Bewegung beschloss einen zweiten Streik für den 5. März. Bei einer bundesweiten Streikkonferenz

gegen Wehrpflicht wurde eine antimilitaristische Haltung von den aus über 60 Streikkomitees anwesenden 250 Schülern und Schülerinnen klar formuliert: „bei der Einführung der Wehrpflicht geht es weder um Verteidigung noch um Werte „Freiheit“ oder „Demokratie“, wie es Verteidigungsminister Pistorius den Schülern vormachen möchte. Verteidigungsminister Pistorius will uns vormachen, dass die flächendeckende Wehrerfassung eines ganzen Jahrganges der Verteidigung der Demokratie diene. Doch wir sagen: Diesen Staat interessiert nicht unsere Freiheit oder unsere Meinung. Auslandseinsätze, Militarisierung und Wehrpflicht sind gegen unsere Interessen. Es geht bei der Einführung der Wehrpflicht weder um Verteidigung noch um Werte wie Freiheit oder Demokratie. Die Wehrpflicht ist Teil von Deutschlands Kampf um Macht in der Welt für Märkte, Ressourcen und Handelswege. Dafür werden immer wieder neue Milliarden für Aufrüstung beschlossen und so ein nächster großer Krieg vorbereitet. Währenddessen schießen die Aktienkurse von Rüstungsunternehmen wie Rheinmetall, ThyssenKrupp, KNDS & Co. in die Höhe. Wir aber haben von Aufrüstung und Krieg nichts zu gewinnen. Auch wenn der Wehrdienst heute noch freiwillig bleibt und vor allem durch Anreize Jugendliche ins Militär bringen soll, ist diese Freiheit keine positive. [...] Wir fordern:

1. Keine Wehrpflicht – Keine Zwangsdienste!
2. Geld für Bildung, Soziales und Umweltschutz statt für Aufrüstung und Kriegsvorbereitung!
3. Bundeswehr raus aus den Schulen! Kriegsdienstverweigerungsberatung für alle Abschlussjahrgänge!
4. Für den Aufbau von Streikkomitees an jeder Schule und ein Streikrecht für Schüler*innen
5. Abrüsten statt Aufrüsten! Verhandeln statt Schießen!“

In den Wochen und Monaten vor dem Streik im März hat die Bewegung sich verstetigt. Das Ergebnis: Am 5. Dezember waren es 55.000 Schüler aus über 90 Städten, am 5. März 50.000 aus über 130 Städten. Die Bewegung wurde in neue Orte getragen und konnte die Teilnahme verstetigen, obwohl das Thema in den Medien zu diesem Zeitpunkt kaum auf der Tagesordnung stand wie rund um den ersten Streik. Die Ursache für den Erfolg ist die kontinuierliche Arbeit der Bewegung in Form von Streikkomitees an den Schulen, die der entscheidende Faktor für die Mobilisierung waren. Auffällig war, dass besonders sehr junge Schülerinnen und Schüler auf der Straße waren. Der nächste Streiktermin steht bereits: Der 8. Mai. Es ist abzusehen, dass diese junge Bewegung einen langen Atem braucht. Der Widerstand gegen Krieg und Militarisierung ist schwer zu integrieren und in systemerhaltende Bahnen zu lenken, wie es bei der Umweltbewegung immer wieder versucht wurde. Mit der Zeitenwende wurde die Militarisierung hin zur Kriegstüchtigkeit zu einem der obersten Ziele des deutschen Imperialismus erklärt, um in der internationalen Konkurrenz die eigenen Interessen auch militärisch verteidigen zu können. Eine Bewegung, die dieses Ziel in Frage stellt, kann zu einem Problem für die Ziele des deutschen Imperialismus werden. Entsprechend entscheidend ist es heute, diese Bewegung zu stärken, zu verbreitern und zu verstetigen.

ORGANISATION FÜR DEN AUFBAU EINER KOMMUNISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

DOMINIKANISCHE REPUBLIK

Die revolutionäre Jugendarbeit in der heutigen Welt

von Oscarina Martinez

Die Jugend weltweit durchlebt gerade eine der schwierigsten und zugleich entscheidendsten Phasen der Geschichte. Man spricht von ihr, wenn es gerade passt, nutzt sie als Konsumenten aus, manipuliert sie mit leeren Phrasen über „Chancen“ und „Unternehmertum“, aber nur sehr selten hört man ihr und ihrer tiefen Wahrheit zu. Es gibt nicht die eine Jugend. Es gibt viele verschiedene, ungleiche, verwundete und rebellische Gruppen der Jugend.

Da sind die arbeitenden Jugendlichen, die die Last der prekären Lebensverhältnisse auf ihren Schultern tragen; die Studierende, die sich verschulden, um zu studieren, was eigentlich ein Recht sein sollte; die jungen Bauern, die von ihrem Land vertrieben wurden; die afro-stämmigen Jugendlichen, die unter strukturellem Rassismus leiden; die migrantischen Jugendlichen, die verfolgt werden, weil sie versuchen zu überleben; die Jugendlichen aus den Arbeitervierteln, umgeben von Gewalt und Arbeitslosigkeit; die LGBTIQ+-Jugendlichen, die nach wie vor der Diskriminierung durch konservativ geprägte Gesellschaften ausgesetzt sind.

Alle unterschiedlich, aber vereint durch denselben Ursprung: die Unterdrückung durch das kapitalistische System und den Imperialismus.

Der Jugend wird eine Lüge unter dem Deckmantel der Freiheit verkauft. Man sagt ihr, dass sie alles erreichen könne, dass es ausreiche, „an sich selbst zu glauben“. Doch hinter dieser Rhetorik verbirgt sich eine grausame Realität: Arbeitslosigkeit, die Privatisierung des Bildungswesens, unerschwingliche Lebenshaltungskosten, der ökologische Kollaps und staatliche Gewalt. Man drängt sie zur Migration und verurteilt sie anschließend dafür. Man spricht von Leistungsgesellschaft, verweigert ihnen aber die reale Möglichkeit, am Wettbewerb teilzunehmen. Man drängt ihnen das Unternehmertum als individuellen Ausweg auf, obwohl sie doch kollektive Gerechtigkeit brauchen.

Der Kapitalismus beutet nicht nur die Arbeitskraft der Jugend aus; er versucht, ihren Verstand, ihre Gefühle und ihre Träume zu kolonisieren. Die sozialen Netzwerke sind zu einem Schlachtfeld geworden, auf dem politische Gleichgültigkeit, grenzenloser

Wettbewerb und der Kult um den leeren Erfolg gefördert werden. Doch parallel zu dieser Verwirrung keimt auch etwas anderes auf: ein neues Bewusstsein, das Bewusstsein derer, die entdecken, dass ihr vermeintliches „persönliches Versagen“ keine individuelle Schuld ist, sondern die logische Folge eines Systems, das Reichtum konzentriert und Elend verteilt.

In Lateinamerika und der Karibik tragen die jungen Menschen die Last einer Geschichte, die von Kolonialisierung, Abhängigkeit und ausländischer Einmischung geprägt ist. Wir sind Völker, die reich an Kultur, Ressourcen aller Art, Kreativität und Kraft sind, aber durch die Strukturen, die uns beherrschen, verarmt wurden. Und dennoch: Wenn die Völker „Es reicht!“ gesagt haben, standen die jungen Menschen immer an vorderster Front. In Chile, Kolumbien, Haiti, Puerto Rico, der Dominikanischen Republik, in Europa, Afrika und darüber hinaus... hat die Jugend gezeigt: Wenn sie rebelliert, zittern die Mächtigen.

Die revolutionäre Arbeit begleiten, ausbilden und organisieren

Arbeit mit der Jugend bedeutet nicht, sie zu „rekrutieren“ oder von einer Bühne aus zu ihnen zu sprechen. Es bedeutet, mit ihnen gemeinsam den Weg zu gehen. Es bedeutet, ihre Nöte, ihre Ängste, ihre Wut, aber auch ihre Hoffnung zu verstehen. Es bedeutet, Empörung in Bewusstsein und Bewusstsein in Organisation zu verwandeln. Die revolutionäre Arbeit muss vom Respekt vor ihren Lebensrealitäten und von der Verpflichtung ausgehen, sie in ihrem Prozess des politischen Erwachens zu begleiten.

Marxistisch-leninistische Organisationen tragen eine Verantwortung, die keine Pause zulässt: den Aufbau einer lebendigen, bildenden und umwälzenden Jugendpolitik. Wir dürfen den Marxismus nicht als Dogma präsentieren, sondern als Werkzeug, um die Welt zu verstehen und zu verändern. Jede Schule, jedes Viertel, jede Fabrik, jeder digitale Raum oder jeder Ort der Freizeit kann eine Zelle des Bewusstseins sein, wenn der politische Wille und die ideologische Klarheit vorhanden sind.

Der digitale Raum darf nicht ignoriert werden. Auch dort wird um die Macht gekämpft. Die Konzerne prägen das Denken, lenken Wünsche und zensieren Widerstand. Doch genau dieser Raum kann zu einer Festung werden, wenn wir ihn mit Inhalten, Kreativität und revolutionären Worten füllen. Es geht nicht darum, der Logik des Marktes zu folgen, sondern sie von innen heraus zu durchbrechen, mit kritischem Denken und organisiertem Handeln.

In der Dominikanischen Republik bezeugt die Geschichte: Kein revolutionärer Prozess war möglich ohne den Einfluss der Jugend. Während des Widerstands gegen die Trujillo-Diktatur, beim Volksaufstand im April 1965, bei den Kämpfen an den Universitäten, bei den Straßenprotesten gegen Korruption, immer war es die Jugend, die als Erste ihre Stimme erhob.

Heute stehen die neuen Generationen denselben Feinden mit anderen Gesichtern gegenüber: Hungerlöhne, Unterdrückung, Diskriminierung, digitale Ausgrenzung, kulturelle Ausbeutung. Doch inmitten all dessen blüht auch eine neue Generation auf: rebellisch, kritisch, im Bewusstsein, dass es nicht darum geht, sich in das System „zu integrieren“, sondern es von Grund auf zu verändern.

Auch heute noch injiziert derselbe Feind sein ideologisches Gift in besonderer Weise in Teile der Jugend, die er durch Prozesse systematischer Entfremdung zu manipulieren vermag. Deshalb stellt der Kampf der jugendlichen Massen zwischen dem Ideal der Revolution und des Sozialismus einerseits und der Bourgeoisie sowie allerlei reaktionären und neofaschistischen Optionen andererseits in der heutigen Zeit eine echte Herausforderung für die revolutionären Aktivisten und die kommunistische Partei dar.

Die Revolution wird mit der Jugend stattfinden oder gar nicht

Die Jugend ist nicht die Zukunft: Sie ist die Gegenwart, die atmet, die kämpft, die standhält.

Wir marxistisch-leninistischen Parteien müssen die breiten Massen der Arbeiter- und Volksjugend entschlossen und mutig dabei begleiten, revolutionäre Kräfte zu bündeln und Volksmacht von unten auf-

zubauen. Denn erst wenn sich die Jugend als Arbeiterklasse, als Volk, als politisches Subjekt erkennt, wird die Revolution kein Traum mehr sein, sondern Wirklichkeit werden.

Ohne die Jugend wird es keine nationale und soziale Befreiung geben.

Und es wird keine wirklich freie Jugend geben, solange der Kapitalismus weiterhin die Regeln der Welt diktiert.

Die Herausforderungen unserer Zeit sind gewaltig, aber klar: die verschiedenen Ausdrucksformen des Jungseins in eine kollektive, bewusste und organisierte Kraft zu verwandeln. Den Sozialismus nicht als ferne Utopie aufzubauen, sondern als dringende, menschliche und mögliche Notwendigkeit.

Denn die Revolution ist keine Erinnerung an die Vergangenheit. Sie ist eine lebendige Aufgabe der Gegenwart. Und die Jugend der Welt beginnt bereits, sie zu schreiben, mit jedem Akt der Rebellion, mit ihrer Kritik und ihrem Hinterfragen der kapitalistischen Unterdrückung und Herrschaft. Damit das enorme rebellische Potenzial, das in der arbeitenden, studierenden und großen Teilen der Jugend

schlummert, tatsächlich im Sinne der nationalen Befreiung und der sozialen Revolution im Dienste des Sozialismus kanalisiert wird, ist die politische und ideologische Arbeit der kommunistischen Partei von grundlegender Bedeutung. Diese Arbeit schreitet voran oder gerät ins Stocken, je nach dem Fortschritt der revolutionären Propaganda unter den Jugendlichen. Das ist eine echte Herausforderung in diesen Zeiten, in denen es dringend notwendig ist, geeignete Kommunikationsformen zu entwickeln, die das Ideal des Sozialismus und den Kampf für den sozialen Wandel mit den Vorstellungen und Erwartungen an den Wandel verbinden, die junge Menschen seit jeher und zu allen Zeiten gehegt haben.

Das ist unsere Herausforderung als marxistisch-leninistische Parteien und Organisationen: die Arbeit, die wir in unseren jeweiligen Ländern unter den Jugendlichen leisten, besser zu gestalten und immer weiter zu stärken. Kreativität, Beharrlichkeit und Mut, um die Köpfe und Herzen breiter Massen der Jugend zu gewinnen, ihre Kämpfe und Forderungen zu fördern und ihnen eine Perspektive für den revolutionären Wandel der kapitalistischen Gesellschaft, für die nationale Befreiung und den Sozialismus – den einzigen wahren Wandel – zu vermitteln.

KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI (PCT)

ECUADOR

Die revolutionäre Bewegung der Massen – die Verantwortung der Kommunisten

von Pablo Miranda

Für die Bourgeoisie und ihre Verteidiger ist das kapitalistisch-imperialistische System das Ergebnis wirtschaftlichen Fortschritts und wirtschaftlicher Entwicklung; es entspringt der „kreativen Natur des Kapitalismus“. Nach dieser Auffassung liegt die Zukunft der Menschheit in der unaufhaltsamen Weiterentwicklung des Kapitalismus.

Wir proletarischen Revolutionäre, aufgeklärt durch die revolutionäre Theorie, den Marxismus-Leninismus, vertreten die Auffassung, dass das kapitalistisch-imperialistische System als Folge der Entwicklung der Produktivkräfte existiert, des Mehrwerts, der von Milliarden von Arbeitern in allen Ländern erwirtschaftet wird. Es ist das Ergebnis der Ausbeutung natürlicher Ressourcen, der imperialistischen Herrschaft und Unterdrückung. Das kapitalistisch-imperialistische System ist Ausdruck des Reichtums und der Allmacht einer kleinen Gruppe von Industrie- und Finanzmonopolen, einiger weniger imperialistischer Länder, ihrer Partner und Handlanger, der Bourgeoisien der jeweiligen Länder, und es ist zugleich Ausdruck der Aneignung des von Milliarden von Arbeitern auf allen Kontinenten

geschaffenen Reichtums. Es führt zur fortwährenden Verarmung der Arbeiterklasse, zu Arbeitslosigkeit, Hunger, zum Elend der Arbeiter und zur Unterwerfung abhängiger Länder.

Der Kapitalismus hat die Probleme der Arbeiter nicht gelöst und kann sie unter keinen Umständen lösen. Der Imperialismus wird niemals in der Lage sein, den unabhängigen Fortschritt und die Entwicklung von Ländern und Nationen zu bewirken.

Die soziale Revolution ist die Alternative

Der triumphale Aufstieg des Kapitalismus wurde durch den Sieg der Oktoberrevolution 1917 in Russland gebremst. Dieses große Ereignis eröffnete eine neue Etappe für die Menschheit: die Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Weitere revolutionäre Prozesse führten die Arbeiterklasse und die Völker in Europa, Asien und Lateinamerika an die Macht und bestätigten damit die Möglichkeit, die Revolution zu organisieren und durchzusetzen.

Es ist eine Tatsache, dass die Revolution und der Sozialismus in der UdSSR und anderen Ländern eine

Niederlage erlitten haben, dass die wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiter und Völker rückgängig gemacht wurden und dass der Kapitalismus erneut die Herrschaft übernahm.

Es ist aber auch eine Tatsache, dass die Rückkehr des Kapitalismus die Ketten der Ausbeutung der Lohnarbeiter wiederherstellte, wodurch die Ketten der Ausbeutung und der imperialistischen Herrschaft erneut gefestigt wurden. Die Ereignisse untergruben die propagandistische Predigt der Kapitalisten, die die Befreiung der Arbeiter und Völker vom kommunistischen Totalitarismus verkündeten. Sie offenbarten erneut den Kapitalismus und seine Geißeln: die Ausbeutung der Lohnarbeit, Armut, Hunger und Elend, Arbeitslosigkeit.

Die Niederlage dieser revolutionären Prozesse muss als Teil des spiralförmigen Verlaufs der Geschichte verstanden werden, als Ausdruck eines schweren Rückschlags, der den Arbeitern und Völkern, den Revolutionären und Kommunisten zugefügt wurde. Dies sind Schlachten, die das Proletariat im Kampf um seine Emanzipation verloren hat, doch sie bedeuten nicht, dass Sozialismus und Revolution vernichtet wurden.

Die Geißeln des Kapitalismus, die Ketten der Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend sowie die imperialistische Plünderung sind nicht beendet. Tatsächlich haben sie sich auf alle Teile des Planeten ausgebreitet. Sie werden nicht von selbst enden. Sie müssen zerstört, beseitigt werden. Und ihre Totengräber werden die Arbeiter selbst sein.

Der von den Kapitalistenklassen angehäuften und konzentrierten Reichtum ist das Ergebnis der Arbeit von Millionen von Arbeitern, die durch die soziale Revolution unweigerlich zu ihren Totengräbern werden.

Die Notwendigkeit und Wahrscheinlichkeit der Revolution und des Sozialismus

Das 20. Jahrhundert wurde von großen Kämpfen der Proletarier und Völker für die Revolution und den Sozialismus erschüttert. Die Völker haben einen guten Teil dieser revolutionären Kriege gewonnen. Diese Tatsachen zeigen, dass es möglich ist, die Revolution zu organisieren und zum Sieg zu führen; sie machen auch deutlich, wie notwendig es ist, sie zu verteidigen.

Diese Ereignisse sind Teil der historischen Entwicklung der Menschheit. Es handelt sich um Erfahrungen, die untersucht und als Bezugspunkt für die Fortsetzung des revolutionären Kampfes herangezogen werden müssen. Sie sind Ausdruck der Entschlossenheit der Proletarier und kommunistischen Revolutionäre, dem Kapitalismus und der Reaktion die Stirn zu bieten, sowie ihrer Fähigkeit, Rückschläge hinzunehmen, neue Kämpfe zu führen und den Sieg zu erringen. Zu den historischen Lehren, die wir als proletarische Revolutionäre im 21. Jahrhundert aufgreifen, gehören das Erbe der Proletarier und Kommunisten sowie die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin hinsichtlich der Notwendigkeit und Durchführbarkeit der Revolution.

Die Revolution und der Sozialismus sind eine Notwendigkeit, aber sie lassen sich nicht voluntaristisch, allein durch den Wunsch und den Willen der Menschen organisieren. Es bedarf spezifischer Bedingungen, die berücksichtigt werden müssen.

Der Hunger, das Elend und die Ausbeutung von Milliarden von Arbeitern verstärken die Notwendigkeit der Revolution, doch sie erfordern konkrete Träger, jene sozialen Subjekte, die zu Protagonisten ihrer Entwicklung, des Prozesses der Organisation, ihrer Übernahme und ihrer Führung zum Sieg werden. Sie erfordern zudem objektive und subjektive Bedingungen, die miteinander im Einklang stehen. Die Arbeiterklasse und die anderen arbeitenden Schichten in Stadt und Land sind unzufrieden mit der materiellen Lage, unter der sie leiden; sie sehnen sich nach einer Veränderung dieser Verhältnisse, sie lehnen sich gegen sie auf und kämpfen dafür, sie zu ihren Gunsten zu wenden.

Die Streiks, die Kämpfe für unmittelbare Forderungen zeigen die Uneinigkeit, sie bringen den Wunsch nach Veränderung zum Ausdruck, doch im Grunde stehen sie den Vertretern des Klassenfeindes im Unternehmen, in der Verwaltung und zu bestimmten Zeiten und an bestimmten Orten im Land in einzelnen konkreten Situationen gegenüber.

Wenn sich der Kampf der arbeitenden Massen und der Jugend allgemein entwickelt, wenn er in einem großen Teil des Landes stattfindet, wenn er darauf abzielt, die Gesamtsituation zu verändern, und wenn er an Intensität und Breite gewinnt, kann er Teil dessen sein, was man eine revolutionäre Situation nennt. Nach den Lehren Lenins ist es notwendig, dass die Massen unzufrieden mit ihrer Lage sind,

sich aber gleichzeitig – zumindest in ihren fortschrittlichen Reihen – über die Notwendigkeit einer Veränderung im Klaren sind.

Damit der soziale Kampf nicht nur auf den konkreten Arbeitgeber, sondern auf die Klasse der Arbeitgeber ausgerichtet und entsprechend bewertet werden kann, ist es notwendig, dessen Ziele und Absichten zu verdeutlichen. Er muss nämlich den Kampf für die Volksmacht entwickeln.

Lenin erklärte „Für den Ausbruch einer Revolution genügt es gewöhnlich nicht, dass „die Unterschichten nicht mehr den Willen haben“, sondern es ist auch noch erforderlich, dass „die Oberschichten nicht mehr die Fähigkeit haben“, es in der alten Weise weiter zu treiben. 2. Verschärfung der Not und des Elends der unterdrückten Klassen über das gewohnte Maß hinaus. 3. Beträchtliche – aus den angeführten Ursachen sich herleitende – Steigerung der Aktivität der Massen, die sich in einer „friedlichen“ Epoche wohl ruhig ausplündern lassen, in stürmischen Zeiten aber durch die Gesamtheit der Krisen Verhältnisse, ebenso aber auch durch die „Spitzen“ selbst zu selbständigem historischen Auftreten angetrieben werden.“¹

Die historische Erfahrung zeigt, dass die Organisation und Führung der sozialen Revolution des Proletariats bestimmte Voraussetzungen und Akteure erfordert. Unverzichtbar sind die Existenz und Entwicklung einer revolutionären Massenbewegung, bewaffneter Streitkräfte des Volkes, die den politischen Kampf mit militärischen Mitteln führen können, sowie die revolutionäre Partei des Proletariats, die kommunistische Partei, die diese organisiert und anführt.

Wir haben bereits mehrfach auf die Rolle der Partei des Proletariats hingewiesen; in diesem Artikel werden wir uns mit dem Aufbau der revolutionären Massenbewegung befassen.

Die Massen sind die Protagonisten der Geschichte

Ein Grundsatz des historischen Idealismus besagt, dass Geschichte eine Folge des Handelns von Persönlichkeiten ist: von Kaisern und Königen, Präsidenten und Caudillos.

Offensichtlich ignoriert diese Auffassung die Tatsache, dass sowohl große historische Ereignisse als auch die Geschehnisse des Alltags dem Bestreben entspringen, materielle, soziale und politische Bedürfnisse zu befriedigen und zu lösen. Der Kampf um die Verwirklichung dieser Ziele mobilisiert die Massen und Persönlichkeiten dazu, sich zu organisieren und dabei nach Führung sowie nach persönlichem oder gruppenbezogenem Nutzen aus ihren Handlungen zu streben.

Seit dem Aufkommen des Privateigentums und der gesellschaftlichen Klassen haben die arbeitenden Massen eine führende Rolle in der Entwicklung der Geschichte gespielt; sie waren Akteure der großen Umwälzungen und Revolutionen. Doch am Ende dieser Errungenschaften waren es die ausbeuterischen Persönlichkeiten sowie andere Gruppen und gesellschaftliche Klassen, die von diesen Ergebnissen profitierten und zu den neuen Herren wurden. Diese historische Entwicklung änderte sich grundlegend, als die soziale Revolution des Proletariats ausbrach und sich Millionen von Arbeitern am Kampf für den Wandel beteiligten und ihn zu ihrem eigenen Vorteil anführten. Die Revolution war zum ersten Mal das Werk der großen Mehrheit zum Wohle ihrer selbst. Dies war die soziale Revolution des Proletariats. Sie fand zum ersten Mal im damaligen Russland statt.

Große gesellschaftliche Ereignisse und Revolutionen beziehen die arbeitenden Massen in ihre Entwicklung und ihren Ausgang mit ein. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die arbeitenden Massen in diesen Prozessen die Befriedigung ihrer unmittelbaren und mittelfristigen materiellen und geistigen Bedürfnisse sehen; bei der Verfolgung dieser Ziele beteiligten sie sich weitgehend freiwillig.

In der Epoche des Imperialismus, in den abhängigen Ländern, darunter Ecuador, setzen sich die arbeitenden Massen aus der Arbeiterklasse, den armen und mittleren Bauern, den Selbstständigen und den Halbproletariern zusammen.

Die soziale Bewegung der Arbeiter und der Jugend in eine revolutionäre Massenbewegung verwandeln

Die Arbeiterklasse ist unmittelbar an der Produktion beteiligt; ohne ihre Tätigkeit gäbe es keine materiellen und immateriellen Güter, die die Menschheit für ihren Fortbestand und ihre Entwicklung benötigt.

¹ Lenin, „Der Zusammenbruch der Zweiten Internationale“, Sämtliche Werke, Band 18, Wien-Berlin 1929, S. 313

Sie, die Arbeiterklasse, hat keinen Anteil am Eigentum an den Produktionsmitteln und -instrumenten; daher hat die Arbeiterklasse, wie Marx und Engels im Manifest der Kommunistischen Partei sagten, im revolutionären Kampf nichts zu verlieren als ihre Ketten.

In den abhängigen Ländern gehören die armen und mittelständischen Bauern zu den arbeitenden Schichten; sie werden vom Kapital und der Kapitalistenklasse, von der bürgerlichen Regierung, von deren Gesetzen und Institutionen ausgebeutet und unterdrückt. Solange sie ein Interesse an der Befriedigung ihrer Bedürfnisse haben, können sie in ihren fortschrittlichen Schichten zur Einsicht gelangen, dass ein Kampf für den gesellschaftlichen Wandel notwendig ist; sie können Teil der revolutionären Massenbewegung werden.

Lehrer bilden einen bedeutenden Teil der Arbeiterklasse; im Wesentlichen sind sie intellektuelle Arbeiter. Sie sind eines der Mittel zur Vermittlung der Ideen und Vorschläge des Imperialismus und der Kapitalisten an die denkende Arbeiterklasse in Stadt und Land. Lehrer an öffentlichen Schulen bilden einen sozialen Teil der Bevölkerung, der über ein hohes Maß an Organisation und eine lange Tradition des Kampfes für ihre Interessen und Rechte sowie zur Verteidigung des öffentlichen Bildungswesens, der Demokratie, der Freiheit und der nationalen Souveränität verfügt. Auch Lehrer im privaten Bildungswesen gehören zum Berufsstand der Lehrkräfte und sind der direkten Ausbeutung durch ihre Arbeitgeber ausgesetzt. Die ecuadorianischen Lehrer spielen seit jeher eine Rolle im Kampf der Arbeiter und Völker.

Kleine Selbstständige in Stadt und Land gehören ebenfalls zur Arbeiterklasse. Sie sind selbstständig, sie sind unabhängige Produzenten, sie stehen nicht in direkter Konfrontation mit einem Arbeitgeber, sie haben einen Anteil am Eigentum an den Produktionsmitteln, der es ihnen ermöglicht, am Wirtschaftsleben der Gesellschaft teilzunehmen. Sie sind in die kapitalistische Gesellschaft integriert, sie leiden unter Unterdrückung und Ausbeutung durch die kapitalistischen Klassen. Sie sind dem Wettbewerb großer Industrieller und Kaufleute ausgesetzt. Sie tragen die Last bürgerlicher Institutionen. Ihre fortschrittlichen Teile können in den Kampf für den gesellschaftlichen Wandel eingebunden werden. Sie verfügen über ein hohes Maß an Organisation, über

Vereine und Komitees sowie über provinzielle und nationale Verbände. Sie müssen ständig kämpfen, um ihre Existenzgrundlage zu sichern; ein Teil von ihnen ist in die Organisation und den Kampf der Gewerkschafter und des Volkes eingebunden.

Ein großer Teil der arbeitenden Massen gehört zu den Halbproletariern; es gibt Zehntausende von Arbeitern, die über bestimmte Mittel und Produktionsinstrumente verfügen, mit denen sie arbeiten, die jedoch nicht genügen, um ihre Bedürfnisse zu decken, und daher auf Gelegenheitsarbeit in der Stadt und auf dem Land zurückgreifen müssen. Ein Teil ihrer Produktionstätigkeit wird auf eigene Rechnung ausgeübt, ein anderer Teil erfolgt durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft. Sie leben in Armut, haben keinen uneingeschränkten Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung und sind durch die Lebensumstände gezwungen, um ihren Lebensunterhalt zu kämpfen; sie gehören zu den arbeitenden Massen in Stadt und Land.

Die armen und mittelständischen Bauern, die kleinen und mittleren Selbstständigen sowie die Halbproletarier gehören zu den arbeitenden Schichten, da sie die Produktionsmittel und -instrumente besitzen; zum größten Teil gehören sie zum Kleinbürgertum und zu den arbeitenden Schichten.

Der Bevölkerungsteil, der sich aus Schülern der Oberstufe und Studenten zusammensetzt, hat eine wichtige Bedeutung in der Gesellschaft. Die Schüler und Studenten stammen zum größten Teil aus den Arbeiterklassen der Stadt und des Landes. Ein großer Teil von ihnen schafft es nicht, sein Studium abzuschließen; sie brechen die Schule ab, um Arbeit zu suchen, finden diese aber nicht und vergrößern so die Gruppe der Arbeitslosen. Jungen und Mädchen, denen es gelingt, die Sekundarstufe abzuschließen, haben aufgrund fehlender Mittel und der Beschränkung der Studienplätze an öffentlichen Hochschulen insgesamt keinen Zugang zu den Universitäten. Ein bedeutender Teil der Jugend arbeitet weder noch studiert er; sie sind Opfer des Systems, haben keine Perspektive und ihre Hoffnungen schwinden – sie verschwinden. Sie leiden unter Alkoholismus und Drogenmissbrauch. Einige von ihnen werden von Banden rekrutiert.

Die studentische Jugend blickt auf eine lange Tradition des Kampfes zurück. Sie mobilisiert sich zur Verteidigung ihrer Interessen und Bestrebungen,

engagiert sich aber auch in den allgemeinen Kämpfen der Arbeiter und des Volkes. Im Kampf für Demokratie, gegen imperialistische Herrschaft, auf den Barrikaden gegen autoritäre Regierungen und Diktaturen bilden sie kämpferische Sturmtruppen. Ihre fortschrittlichen Teile können durch die Arbeit der revolutionären Partei des Proletariats zu Teilen der Kräfte werden, die für die Revolution und den Sozialismus kämpfen. Die überwiegende Mehrheit von ihnen wird sich jedoch als intellektuelle Kräfte dem System anschließen und so zur ideologischen Stütze der Herrschaft des Kapitals beitragen.

Eine Frage von großer Bedeutung für die Stärkung der sozialen Bewegung der arbeitenden Massen, für ihren Sprung auf die Bühne der revolutionären Kräfte, ist die Einheit. Einheit im Kampf für ihre Interessen und Rechte. Einheit im Kampf gegen die Kapitalistenklasse und ihre Regierung, ihre Gesetze und ihre Repression. Einheit im Kampf für sozialen Wandel, für die Revolution und den Sozialismus.

Die revolutionäre Bewegung der arbeitenden Massen und der Jugend setzt sich seit Jahrzehnten für die Einheit ein.

Einheit zur Verteidigung der Interessen und Rechte der Arbeiter, Einheit im Kampf gegen die Bosse und die Regierung der Kapitalisten, gegen die repressiven Gesetze und die arbeiterfeindliche Politik, Einheit zum Aufbau einer kämpferischen Arbeiterbewegung, Einheit im Kampf für eine neue Gesellschaft, für die Revolution und den Sozialismus – das sind die Fahnen, die von den Kommunisten jeden Tag und insbesondere während des Streikkampfes hochgehalten werden müssen.

Einheit drückt sich in erster Linie in den Gewerkschaften und den Basisorganisationen aus, in den Bauerngemeinden, in den Vereinen und Komitees. Sie konkretisiert sich in der Arbeit zum Aufbau einer vereinten und kämpferischen Gewerkschaft.

Eine zweite Ebene der Einheit zeigt sich im Leben der Kantonal- und Provinzverbände, die sich auf die nationalen Branchenverbände und die Gewerkschaftsverbände auswirkt.

Die Volksfront ist ein konkreter Ausdruck der Einheit der Arbeiter und des Volkes; sie vereint die Gewerkschaft UGTE (Unión General de Trabajadores del Ecuador), den Dachverband FEUNASSC (Federación Única de Afiliados a la Seguridad Social Campesina), die in der UNE organisierten Lehrer, die Nationale Koordination der Kleinunternehmer CU-

COMITAE, die Nachbarschaftscoordination Ecuadors CUBE, den Verband der Sekundarschüler FESE und den Verband der Universitätsstudenten FEUE. Sie sind ein Ort der Debatte, der Koordination und der Führung des Kampfes eines wichtigen Teils der revolutionären Massenbewegung. Sie beteiligen sich am allgemeinen Kampf gegen die repressive Politik der amtierenden Regierungen, gegen Ausbeutung und imperialistische Herrschaft. Sie sind Teil des Dachverbands der Gewerkschaften FUT.

Darüber hinaus hat die ecuadorianische Gewerkschaftsbewegung die Einheit unter den klassenkämpferischen Gewerkschaftsverbänden in der Einheitsfront der Arbeiter, in der FUT, gestärkt. Es handelt sich um eine Organisation, die im Laufe mehrerer Jahrzehnte im Kampf entstanden ist und die für die Verteidigung der Interessen und Rechte der Arbeiter, gegen die Arbeitgeber insgesamt sowie gegen die bürgerlichen Gesetze und Institutionen kämpft. Sie war die treibende Kraft hinter wichtigen nationalen Streiks.

Wir haben oben darauf hingewiesen, dass der revolutionäre Prozess voranschreiten und den Sieg erringen kann, wenn es ihm gelingt, die Arbeiterklasse und die Jugend als Protagonisten einzubinden, und wenn in dieser Entwicklung die kommunistische Partei die Rolle übernimmt, revolutionäres Bewusstsein in das Denken und Handeln der arbeitenden Massen und der Jugend zu tragen.

Beim Aufbau der revolutionären Bewegung der arbeitenden Massen muss bedacht werden, dass die Partei durch ihre Tätigkeit die entscheidenden Teile der Arbeiterklasse für eine revolutionäre Politik und revolutionäres Handeln gewinnen muss. Wird dieses Ziel erreicht, wird es möglich sein, auch die anderen Teile der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land für den Kampf um die Revolution zu gewinnen.

Die soziale Revolution des Proletariats, der Kampf für die Volksmacht und den Sozialismus, ist eine große Leistung, an der Millionen von Menschen freiwillig teilnehmen. Sie muss jedoch von Arbeiterinnen und Arbeitern organisiert werden, die das Verständnis und die Überzeugung entwickeln, für ihre Ziele, für den Sozialismus und den Kommunismus zu kämpfen, und die Teil der kommunistischen Partei sind.

Die Revolution und der Sozialismus sind strategische Ziele, die im Alltag der Kommunisten ver-

wirklicht werden. Es handelt sich um einen zickzackförmigen Prozess, der die Lage der arbeitenden Massen, das Kräfteverhältnis in ihrer Entwicklung, die Formen der Herrschaft der Kapitalistenklasse, die vorherrschenden Ideen der Gesellschaft sowie die Sehnsüchte und Wünsche der Arbeiter, die Unzufriedenheit der Jugend und die Notwendigkeit, ihnen Orientierung und Führung für ihre Einbindung in den revolutionären Kampf zu bieten, berücksichtigen muss.

Die Kommunistische Partei muss berücksichtigen, dass die gesamten arbeitenden Massen unter dem Einfluss der Ideen der herrschenden Klassen stehen. Daher wird es nicht möglich sein, sie als Ganzes in den Kampf für den revolutionären Umsturz einzubeziehen. Unter den arbeitenden Massen gibt es rückschrittliche Schichten, die ihre Situation akzeptieren, weil sie schon immer so war und auch weiterhin so bleiben wird – trotz ihrer Armut und der Missstände, unter denen sie leiden. Aber natürlich gibt es einen mittleren Teil, auf den revolutionäre Politik Einfluss nehmen kann und muss. Vor allem aber müssen wir uns auf die fortschrittlichen Teile stützen, auf diejenigen, die unzufrieden sind, die sich nach Veränderung sehnen und die zunächst für die Lösung ihrer unmittelbaren Bedürfnisse kämpfen.

Wir haben oben gesagt, dass die Arbeiterklasse ihre Rolle als Vorhut der Revolution nur dann erfüllen kann, wenn sie durch ihre eigene Ideologie gestärkt wird. Das wird nicht von selbst, nicht spontan geschehen. Damit dies geschieht, ist die praktische Arbeit der Partei des Proletariats notwendig.

Die Kommunistische Partei muss revolutionäre Politik in den Reihen der Arbeiterklasse, in den Gewerkschaften und Betriebsräten, in den Fabriken und an den Orten ihrer Konzentration und Mobilisierung verbreiten. Die Flugblätter, die die Situation, die Missbräuche und die Willkür der Arbeitgeber und Behörden sowie die Gesetze und Vorschriften der Institutionen anprangern; die Verbreitung der Parteizeitung und die Agitation für ihre Ziele sind, neben anderen, die Aktivitäten, die von den kommunistischen Militanten regelmäßig durchgeführt werden müssen.

Es ist die tägliche Aufgabe der Partei-Aktivisten, Vereinigungen zu organisieren und die im Kampf erprobten Arbeiter in den Aufbau und die demokratische Führung der Gewerkschaften einzubinden.

Sie müssen die Debatte über die Probleme der Klasse, die Lage des Landes und internationale Ereignisse vorantreiben sowie die Ideen der Revolution, des Sozialismus und des Kommunismus – das Ziel der klassenlosen Gesellschaft – verbreiten.

Der Großteil der Arbeiterklasse im Land ist unorganisiert; ein Teil unterliegt direkt den Arbeitgebern oder über die Arbeitgeberverbände bzw. die gelben Gewerkschaften; und nur ein kleiner, aber wachsender Teil gehört den klassenkämpferischen Gewerkschaften an, die ihre Interessen sowie die des Volkes und des Landes verteidigen.

Das Ziel eines einheitlichen Arbeiterverbands ist eine Parole, die von der Basis mitgetragen wird; zu bestimmten Zeiten ist sie für große Teile zu einem Slogan geworden und es ist ein berechtigtes Motto, das wir weiterhin hochhalten müssen.

Diese Ideen und Vorstellungen müssen in die Organisation und den Kampf der restlichen Arbeiterklasse in Stadt und Land eingebracht werden.

Die ecuadorianische Bauernschaft war Protagonistin wichtiger Kämpfe für ihre Interessen und Rechte. Sie ist derzeit in Vereinigungen, Komitees und Genossenschaften organisiert, und ihre Hauptforderungen sind faire Preise für Saatgut, Produktionsmittel und Produktpreise, Gesundheitsversorgung und Bildung sowie Bewässerung, Dorfstraßen und Verkehr. Ein wichtiger Aspekt der Organisation der Bauernschaft ist die FEUNASSC, der Zehntausende von Bauern angehören, die bei der Sozialversicherung für Landwirte versichert sind, und die wichtige Kampftage für ihre konkreten Forderungen organisiert hat; sie ist am Kampf der anderen Arbeiter für Freiheit und Demokratie beteiligt. Die Kommunisten müssen die Fahnen der Revolution und des Sozialismus weiter hochhalten und das Agrarprogramm der Partei unter den Bauern verbreiten.

Wir Kommunisten müssen weiterhin mit den Selbstständigen zusammenarbeiten. Es gibt Hunderttausende ecuadorianischer Selbstständiger, die in Handwerksbetrieben oder kleinen Unternehmen arbeiten; sie sind Besitzer von Kleinvermögen, das es ihnen ermöglicht, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Sie sind Teil der Schattenwirtschaft, sie haben keine Sicherheit, sie haben keine Sozialversicherung. Sie werden von den Stadtverwaltungen und den großen Handelskonzernen schikaniert. Ein großer Teil von ihnen ist in den Kampf für ihre Interessen und ihre Organisation eingebunden; sie

engagieren sich in der Gewerkschafts- und Volksbewegung.

Eine Forderung von Hunderttausenden von Arbeitern in der Stadt und auf dem Land ist menschenwürdiger Wohnraum. Im Land besteht ein Defizit von mehr als 800.000 Wohnungen. Der Kampf der Obdachlosen ist ununterbrochen, und wir engagieren uns in verschiedenen Formen dieses Kampfes. Die Partei muss diese dringende Forderung der arbeitenden Massen in den verschiedenen Provinzen aufgreifen.

Zu den Forderungen der arbeitenden Massen gehört nach wie vor der uneingeschränkte Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung. Diese Fahnen müssen von den Aktivisten entschlossen hochgehalten werden.

Der Aufbau der revolutionären Massenbewegung ist ein fortlaufender Prozess; er muss jetzt im Kampf um die Macht und später im Prozess des Aufbaus der Gesellschaft der Arbeiter, des Sozialismus, fortgesetzt werden.

MARXISTISCH-LENINISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI ECUADORS (PCMLE)

FRANKREICH

Kampf gegen die Militarisierung in Frankreich und Europa

Die Militarisierung wohnt dem kapitalistischen System inne und nimmt in der Phase des Imperialismus beträchtliche Ausmaße an.

Der französische Imperialismus ist ein typisches Beispiel dafür, mit einem militärisch-industriellen Komplex, der erheblichen Einfluss auf die Wirtschaft sowie auf nationale und internationale politische Entscheidungen ausübt.

Der Begriff des militärisch-industriellen Komplexes bezieht sich auf die Verflechtung der Monopole innerhalb der industriellen und technologischen Verteidigungsbasis, der Streitkräfte, die die Waffen einsetzen, und des Staates, insbesondere der Exekutive, die Entscheidungen über die Beschaffung von Rüstungsprogrammen trifft. Dies ist ein ausschließliches Vorrecht der Exekutive und insbesondere des Staatsoberhauptes, wobei das Parlament erst nachträglich über wichtige Entscheidungen informiert wird.

Diese Streitkräfte sind mit Waffen ausgestattet, die von den „primitivsten“ bis zu den hochentwickeltesten reichen und von etwa zehn Rüstungsmonopolen (Land-, See-, Luft-, Satelliten- und

Kommunikationswaffen) sowie deren 4.000 gelegentlichen oder langjährigen Zulieferern hergestellt werden. Sie sind in den großen Industrie-Regionen angesiedelt (20 % in Rhône-Alpes-Côte d’Azur, 12 % in Île-de-France, 11 % in der Bretagne, 10 % in Centre-Val de Loire).

Dies ist der einzige Sektor, in dem der Staat sowohl der praktisch einzige Abnehmer dieser Produktion – die vollständig in den Händen einiger weniger Monopole liegt – als auch die Regulierungsbehörde für alle Exporte ist, die 30 % der Produktion ausmachen. Im Jahr 2024 war Frankreich laut Daten des als maßgeblich geltenden SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) der zweitgrößte Waffenexporteur der Welt.

Das Bild des Staatsoberhauptes, das als reisender Handelsvertreter für die Waffenmonopole auftritt und deren Führungskräfte sowie hochrangige Militärs auf seine Verhandlungsreisen zum Verkauf von Flugzeugen mitnimmt, ist mittlerweile ein wiederkehrendes Motiv.

Die Militarisierung ist kein neues Phänomen, doch ihr Ausmaß gibt Anlass zu großer Sorge

Der französische Imperialismus zeichnet sich dadurch aus, dass er praktisch alle von seinen Streitkräften eingesetzten Waffentypen selbst herstellt und diese auf nationalem Boden, in seinen Kolonien,¹ in einer Reihe von Neokolonien in Afrika, auf Stützpunkten im Nahen Osten² sowie bei internationalen Militäroperationen³ unter der Schirmherrschaft der NATO, der EU und der UNO einsetzt.

Die Produktion und Kontrolle der meisten Waffentypen, die in weiten Teilen der Welt stationierten Streitkräfte sowie die Mitgliedschaft im weltweit größten Militärbündnis, der NATO, machen den französischen Imperialismus zu einer der am stärksten militarisierten und aggressivsten imperialistischen Mächte, die gegen die Völker vorgeht.

Seine Aggressivität hängt mit den wachsenden Schwierigkeiten zusammen, die er bei der Aufrechterhaltung seiner Position gegenüber anderen imperialistischen Mächten hat. Zu diesen Schwierigkeiten gehört die Ablehnung seiner militärischen Präsenz durch die Völker, insbesondere in Afrika,⁴ was zu Rückzügen aus mehreren Ländern geführt hat; dies bedeutet jedoch weder das Ende der Herrschaft des französischen Imperialismus über diese Länder noch das Ende der Ausbeutung ihrer natürlichen Ressourcen. Doch das Ende der Präsenz französischer Streitkräfte in diesen Ländern öffnet das Feld stärker für Rivalen: den russischen Imperialismus, aber auch den US-amerikanischen, deutschen und chinesischen Imperialismus sowie eine ganze Reihe regionaler Mächte wie die Türkei.

Militarisierung auf europäischer Ebene

Macron strebte an, bei der beschleunigten Militarisierung Europas eine Führungsrolle einzunehmen. Französische Rüstungsmonopole haben zahlreiche Verbindungen zu den Monopolen der imperialistischen EU-Mitgliedstaaten geknüpft. In allen Bereichen wurden mehrere große gemeinsame Projekte ins Leben gerufen: Landwaffen (Panzer), Raketen aller Kaliber (Marschflugkörper usw.), Raumfahrt (Ariane), Drohnen, Marine (Korvetten) und Luftfahrt (zivile und militärische Airbus-Flugzeuge), an denen die Monopole der verschiedenen Staaten beteiligt sind.

Die Militarisierung auf europäischer Ebene mobilisiert beträchtliche Geldsummen. Sie schreitet in rasantem Tempo voran: Der französische Imperialismus ist eine ihrer treibenden Kräfte, doch der deutsche Imperialismus – der seine militärischen Fähigkeiten rasch ausbaut und Milliarden in die Entwicklung deutscher Monopole von Weltklasse steckt – wetteifert um die Führungsrolle.

Die Ambitionen des französischen Imperialismus stoßen zudem auf eine Realität: die Abhängigkeit der EU von US-Rüstungsmonopolen. Die Käufe von US-Waffen durch EU-Staaten stiegen zwischen 2020 und 2024 von 52 % auf 64 %, was einem Anstieg von 50 Milliarden US-Dollar auf 70 Milliarden US-Dollar entspricht.⁵ Dies zeigt, dass all das Gerede über die Notwendigkeit, die europäische Verteidigung zu stärken, nur ein einziges Ziel verfolgt: eine langfristige Politik der Militarisierung zu rechtfertigen und diese weiterhin in die Stärkung der NATO einzubetten, obwohl der US-Imperialismus, der seine eigenen Interessen über alles andere stellt, seine Verbündeten dazu zwingt, immer höhere Preise für seine Beteiligung an ihrer Verteidigung zu zahlen.

Der Krieg in der Ukraine hat in allen EU-Mitgliedstaaten zu einem erheblichen Anstieg der Rüstungsausgaben geführt. Die Europäische Kommission unter der Leitung von Ursula von der Leyen hat Initiativen ergriffen, um finanzielle Mittel für den Kauf von Waffen zu mobilisieren und diese im Namen der EU an die Ukraine zu liefern.

Zudem hat sie finanzielle Mechanismen geschaffen, um die Mitgliedstaaten dazu anzuregen, ihre Verteidigungshaushalte zu erhöhen, und um die Militarisierung ihrer Volkswirtschaften sowie der EU voranzutreiben.

1 Antillen (FAA): 1.100 Militärangestellte, Französisch-Guayana (FAG): 2.650 Militärangestellte, Mayotte/Réunion (FAZSOI): 2.100 Militärangestellte, Neukaledonien (FANC): 2.200 Militärangestellte, Französisch-Polynesien (FAPF): 1.000 Militärangestellte

2 Elfenbeinküste: 80 Militärangestellte, Gabun: 100 Militärangestellte, vorstationierte Truppen in Dschibuti: 1.500 Militärangestellte, in den Vereinigten Arabischen Emiraten: 750 Militärangestellte. Dies entspricht insgesamt 2.430 Militärangestellten.

3 Im Irak, Operation CHAMMAL, 1.100 Soldaten; in Estland: 350 Soldaten, Rumänien: 1.400 Soldaten, in den baltischen Staaten, im Kosovo; bei internationalen Einsätzen: 2.500 Soldaten im Rahmen der NATO; EU-Missionen: 600 Soldaten; bei UN-Missionen: Daman (Libanon): 800 Soldaten, in der Sahara, der Zentralafrikanischen Republik, der Demokratischen Republik Kongo.

4 Abzug französischer Truppen: Mali (17.02.2022), Burkina (19.02.2022), Niger (22.12.2023), Tschad (31.01.2025), Elfenbeinküste (15.02.2025), Senegal (17.07.2025).

5 Zahlen basieren auf Berechnungen des SIPRI.

Dieser Trend setzt sich seit dem Vertrag von Lissabon fort, der das „Nein zum ECT“⁶ außer Kraft setzte und die „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) einführte.

Ein „EU-Militärstab“ wurde eingerichtet: „der Embryo eines Hauptquartiers der EU-Streitkräfte“, so die Website „touteurope.eu“. Dann folgte die Europäische Verteidigungsagentur (2004), „um die industrielle und technologische Basis Europas im Verteidigungssektor zu stärken und einen wettbewerbsfähigen europäischen Markt für Verteidigungsgüter zu schaffen“.

Im März 2025 legte die Kommission einen 800-Milliarden-Euro-Plan (ReArm Europe) vor, der einen Kreditmechanismus für EU-Länder vorsieht, um diese zur Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben zu ermutigen. Diese Summen werden bei der Berechnung des „übermäßigen“ Haushaltsdefizits nicht berücksichtigt, was eine erhebliche Abweichung vom unantastbaren „Stabilitätspakt“ darstellt. (*Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist das gemeinsame Regelwerk der EU, das die staatliche Neuverschuldung auf maximal 3 % und den Gesamtstaatsschuldenstand auf 60 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) begrenzt, Anm. d. Übers.*)

Von der Leyen kündigte diesen Plan genau an dem Tag an, an dem die Trump-Regierung die Aussetzung ihrer Militärhilfe für die Ukraine bekanntgab. In gewisser Weise setzte sie damit Trumps Forderung um, dass die europäischen Staaten die Bereitstellung von Militärhilfe für die Ukraine übernehmen sollten.

Die sich beschleunigende Militarisierung steht natürlich im Zusammenhang mit der Verschärfung der zwischenimperialistischen Widersprüche, die sich in regionalen Konflikten und Kriegen mit internationalen Folgen Bahn brechen, wie es beim imperialistischen Angriffskrieg gegen den Iran der Fall ist.

Die Militarisierung spiegelt sich auch in der Wirtschaft wider. Sie stellt die Arbeiter- und Gewerk-

schaftsbewegung vor die Notwendigkeit, sie richtig zu verstehen und Stellung zu beziehen, insbesondere indem sie ihre Ablehnung von Militarisierung und Krieg bekräftigt.

Klassenorientierte Gewerkschaftsarbeit angesichts der Militarisierung der Wirtschaft

Branchen, die direkt oder indirekt an der Rüstungsproduktion beteiligt sind, beschäftigen Hunderttausende von Menschen. Die Militarisierung der Wirtschaft ist ein Thema, dem sich die Gewerkschaftsbewegung nicht entziehen kann; sie muss sich mit zahlreichen Fragen auseinandersetzen, Formen des Widerstands organisieren und erheblichem Druck standhalten.

Die Rüstungsproduktion wird als große Chance zur Ankurbelung der Wirtschaft und zur Schaffung von Arbeitsplätzen dargestellt.

Im April 2024 lobte Macron bei einem Besuch in der Dordogne zur Einweihung einer Erweiterung des Eurenco-Werks, das Schießpulver für Munition herstellt, die Wiederbelebung einer Industrie, die „Wohlstand schafft“. Der Bürgermeister der Stadt (LR) fügte sogleich hinzu, dass „die gesamte lokale Wirtschaft von der Wiederaufrüstung Frankreichs profitieren wird, da wir wissen, dass es indirekte Arbeitsplätze geben wird“.

Der Druck auf die Gewerkschaftsbewegung ist enorm.

Am 12. Dezember 2024, als Sophie Binet (Generalsekretärin der CGT) die Fonderie de Bretagne im Morbihan besuchte, vertrat sie dieselbe Haltung zur Verteidigung von Arbeitsplätzen. Dies brachte ihr unerwartetes Lob vom Werksleiter ein, der erklärte:

„Ich stimme nicht immer mit der CGT überein, aber in dieser speziellen Frage haben wir ein gemeinsames Ziel ..., wir teilen eine gemeinsame Sichtweise in dieser Frage, nämlich die Sicherung von Arbeitsplätzen und Qualifikationen“.

Im Mai 2025, nach der Übernahme des Standorts durch Europlasma und der Umstellung dieses ehemaligen Renault-Zulieferers auf die Herstellung von Gehäusen, lobte S. Binet „einen Sieg, [der] den Wert der Gewerkschaftsbewegung beweist“ und „eine Quelle der Hoffnung für viele Arbeitnehmer

6 Während der Debatten über den Entwurf der Europäischen Verfassung (TCE), für den sich Giscard einsetzte und der von Mitterrand und der Oligarchie unterstützt wurde, wurde das Thema der europäischen Verteidigung im Rahmen der breiten Bewegung „Nein zur Verfassung“ diskutiert – die am 29. Mai 2005 siegte.

Der Verfassungsentwurf hatte darauf abgezielt, die Idee einer an die NATO angeglichenen europäischen Verteidigungspolitik zu fördern (der fast alle EU-Mitgliedstaaten angehören). Dies war eines der Argumente für die Forderung nach einem „Nein“.

in anderen Teilen Frankreichs“. Der Sekretär der Gewerkschaft CGT bei den Fonderies de Bretagne stellte klar, dass diese Umstellung auf die Herstellung von Granaten „kein Grund zum Stolz, sondern eine Notwendigkeit ist, damit 266 Familien ihre Kühlschränke gefüllt halten können“.

Die kapitalistische Ausbeutung verschärft sich in Unternehmen, die für das Militär arbeiten

Die „Kriegswirtschaft“, wie sie von Macron und Lecornu – der, bevor er Premierminister wurde, lange Zeit sein engagierter Verteidigungsminister war – bezeichnet wird, führt zu dringenden Forderungen nach mehr und größerer Produktion. Dies bedeutet verstärkte Ausbeutung, höhere Produktionsraten, längere Arbeitszeiten, die flächendeckende Einführung von Durchgangsschichten und eine Verschärfung des „Managements“. Dies ist das Hauptschlachtfeld für klassenkämpferische Gewerkschafter bei der Verteidigung der Interessen derjenigen, die „gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um zu überleben“⁷ In diesen Unternehmen wie auch in allen anderen darf der Kampf um Löhne und Arbeitsbedingungen sowie der Widerstand gegen die Verschärfung der Arbeitsbedingungen nicht nachlassen.

„Moralische“ Verurteilungen von außerhalb der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sind inakzeptabel. In der kapitalistischen Produktionsweise tritt der Gebrauchswert der Waren hinter ihren Tauschwert zurück; nicht die Arbeiter haben die Kontrolle darüber, was sie produzieren. Nur wenige von denen, die lediglich ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben, können sich ihren Arbeitgeber „aussuchen“, geschweige denn die Art der Produktion, an der sie beteiligt sein werden.

Produktion ausschließlich zur Gewährleistung der Landesverteidigung?

In ihrem Grundsatzpapier für den 53. Kongress erklärte die CGT, dass „Waffen keine Ware sind“ und dass „ihr Handel tatsächlich reguliert und von den

Marktkräften ausgenommen werden muss“. Darin wird präzisiert, dass Frankreich aus der NATO austreten müsse und dass „die Militärhaushalte in Frankreich und weltweit auf das absolute Minimum reduziert werden müssen, um ausschließlich die Verteidigung und Sicherheit des Staatsgebiets zu gewährleisten“ sowie dass „die dadurch freigesetzten Mittel insbesondere in die Bereiche Bildung, Gesundheit und Kultur umgeleitet werden müssen“. Dieser letzte Punkt, der sich in Slogans wie: „Geld für Schulen, Gesundheitsversorgung, soziale Dienste ..., nicht für Aktionäre und nicht für den Krieg“ widerspiegelt, ist eine berechtigte Forderung, die bei Protesten gegen Sparhaushalte auf vielfältige Weise zum Ausdruck gebracht wurde.

Doch die Vorstellung, dass Waffen ausschließlich zur „Verteidigung“ hergestellt werden, ist illusorisch. Die Realität ist, dass Frankreich ein imperialistisches Land ist, ein Schlüsselakteur im globalen imperialistischen System, das von einer brutalen Verschärfung der interimperialistischen Widersprüche geprägt ist: Es beteiligt sich am Wettrüsten, um seine Interessen als imperialistische Macht im Kontext des erbitterten Wettbewerbs der imperialistischen Mächte um die Neuverteilung strategischer Ressourcen und Märkte zu verteidigen.

Die Realität ist auch, dass die französische Rüstungsindustrie in einer Marktwirtschaft – nachdem sie das uns bekannte technologische Niveau und Investitionsniveau erreicht hat – ohne Waffenexporte, bei denen Frankreich weltweit führend ist, nicht überleben kann.⁸

Der Kampf klassenbewusster Gewerkschafter gegen die „Kriegswirtschaft“

Dieser Kampf ist ein kollektiver gewerkschaftlicher Kampf gegen die Verschärfung der kapitalistischen Ausbeutung, Kontrolle und Unterdrückung der Arbeiter*innen in diesen Sektoren.

Es ist ein Kampf, der auch eine politische und ideologische Dimension hat. Ein Widerstandskampf gegen diejenigen, die jede Debatte über den politischen Zweck der hergestellten Waffen und Kompo-

⁷ „Unter Bourgeoisie verstehen wir die Klasse der modernen Kapitalisten, die Eigentümer der gesellschaftlichen Produktionsmittel sind und Lohnarbeit einsetzen. Unter Proletariat verstehen wir die Klasse der modernen Lohnarbeiter, die, ihrer eigenen Produktionsmittel beraubt, gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um zu überleben.“ Anmerkung von Engels zur englischen Ausgabe des Kommunistischen Manifests von 1888.

⁸ Dies ist ein Punkt, der im Bericht an das Parlament über französische Waffenexporte aus dem Jahr 2025 hervorgehoben wird. Unter Betonung „der wesentlichen Rolle der Exporte für die Nachhaltigkeit der industriellen und technologischen Basis der Verteidigungsindustrie“ heißt es in dem Bericht: „Eine solche Industrie ist allein mit Inlandsaufträgen nicht lebensfähig“.

nenten ablehnen und sich hinter einem engstirnigen und streng korporatistischen Ansatz verstecken. Ein Kampf gegen diejenigen, die versuchen, die Arbeiter in einer nationalen Gewerkschaft hinter den Kriegstreibern zu vereinen, um sie zu willigen Komplizen der imperialistischen Politik zu machen.

In diesem Klassenkampf geht es darum, das Bewusstsein für den politischen Charakter des französischen Staates zu schärfen, der den Reichen, den Bossen und den Waffenhändlern dient; für den Charakter des kapitalistisch-imperialistischen Systems; und für die Notwendigkeit, diesem System ein Ende zu setzen und den Sozialismus zu errichten, denn dies ist die einzige Lösung, die den Arbeitnehmern die Kontrolle über das gibt, was sie produzieren.

In mehreren Ausgaben von „La Forge“ haben wir uns mit der Frage befasst, „die Normalisierung und weit verbreitete Akzeptanz der direkten und indirekten Waffenproduktion sowie all dessen, was zur Entwicklung des militärisch-industriellen Komplexes beiträgt, anzuprangern und ihr Widerstand zu leisten.“ In diesem Zusammenhang haben wir die wichtige Rolle hervorgehoben, die die Mobilisierungen gegen Waffenlieferungen an den zionistischen Staat Israel spielen, die „maßgeblich zur Entwicklung eines antiimperialistischen Bewusstseins innerhalb der Gewerkschaftsbewegung beitragen“.

Das Beispiel der italienischen Hafenarbeiter

Gerade in diesem Land waren die Mobilisierungen der Arbeiter*innen und eines Teils der Gewerkschaftsbewegung am stärksten. Wir werden hier nicht ins Detail gehen: Wir verweisen auf die Texte von Genoss*innen der Organisation für die Kommunistische Partei des italienischen Proletariats. Wir möchten jedoch die Bedeutung der Streiks hervorheben, insbesondere des Generalstreiks am 28. November gegen Niedriglöhne, den Sparkurs und

die Kriegspolitik, auf den am nächsten Tag mächtige Demonstrationen in Rom und Mailand in Solidarität mit dem palästinensischen Volk folgten – mit starker Beteiligung von Teilen der Arbeiterklasse, insbesondere der Hafenarbeiter, an den Streiks, den Demonstrationen und den Blockaden von Militärlieferungen, die für den Völkermordstaat Israel bestimmt waren!

In Frankreich verhinderten die Hafenarbeiter von Fos-sur-Mer im vergangenen Juni die Ausfuhr von französischem Militärgerät nach Israel. Sie weigerten sich, Teile für Maschinengewehre des in Marseille ansässigen Unternehmens Eurolinks auf ein Schiff mit Ziel Haifa zu verladen.

Am 6. Februar 2026 fand unter dem Motto „Hafenarbeiter arbeiten nicht für den Krieg“ ein internationaler Hafenarbeiterstreik in rund zwanzig Häfen in Italien, Griechenland, Spanien, der Türkei, Frankreich und Marokko statt.

Im verarbeitenden Gewerbe haben mehrere Gewerkschaften Informations- und Mobilisierungskampagnen durchgeführt, um die direkte oder indirekte Beteiligung ihrer Unternehmen an dem von Israel gegen das palästinensische Volk geführten Völkermordkrieg anzuprangern.

Dies war insbesondere bei der CGT-STMicroelectronics der Fall: Als Reaktion auf den Aufruf palästinensischer Gewerkschaften im Oktober 2023 führte die Gewerkschaft umfangreiche Recherchen durch, um die zahlreichen Verbindungen des Konzerns zu Israel aufzudecken, bevor sie die Unternehmensleitung zur Rede stellte, das Thema im Gesamtbetriebsrat zur Sprache brachte und schließlich im April 2025 eine Kundgebung vor dem Standort Crolles (38) organisierte. Ähnliche Arbeit wurde auch von der CGT-Thalès und der CGT Airbus geleistet...

Dies ist ein konkreter Weg, um ein antiimperialistisches Bewusstsein innerhalb der Gewerkschaftsbewegung und der Arbeiterklasse zu entwickeln.

KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI FRANKREICH (PCOF)

INDIEN

Genosse Vijay Singh (1946–2026) Ein Leben im Kampf gegen den Revisionismus

von CN Subramaniam

Genosse Vijay Singh, unser Gründer und Herausgeber, ist nach einem zweimonatigen Kampf gegen den Krebs verstorben. Selbst in seinen allerletzten Tagen galt seine Energie noch der Fortführung dieser Zeitschrift und dem Druck der aktuellen Ausgabe, die er bereits gewissenhaft für die Veröffentlichung vorbereitet hatte. Trotz seiner nachlassenden Gesundheit war er jeden Tag bei der Arbeit, prüfte Dokumente, Übersetzungen und Artikel für die Veröffentlichung, kontaktierte Mitwirkende der Zeitschrift und antwortete Genossen, die mit Fragen an ihn herantraten. Seine Liebe und Fürsorge reichte weit über seine eigene Familie hinaus und umfasste einen sehr großen Kreis von Freunden und Genossen; er war überaus großzügig, spornte uns aber stets dazu an, unermüdlich für die von uns gewählte Sache zu arbeiten.

Vijay Singh lehrte Geschichte an der Universität von Delhi. – Er war ein sehr rücksichtsvoller Lehrer, der mit relativ leiser Stimme sprach, sich aber mit großem Engagement für seine Studierenden einsetzte. An der Universität engagierte er sich unermüdlich dafür, den Geschichtslehrplan sinnvoll und politisch relevant zu gestalten, für die legitimen Rechte der

Lehrenden und des Universitätspersonals zu kämpfen und gleichzeitig auf fachlicher Rechenschaftspflicht zu bestehen. Er war ein furchtloser Verfechter der demokratischen Rechte aller unterdrückten Menschen: Der Dalits, Adivasis, Frauen, religiösen Minderheiten, revolutionären Aktivisten, kaschmirischen Aktivisten sowie der Arbeiter und Bauern. Vor allem führte er unermüdliche, aber zutiefst respektvolle Dialoge und Debatten mit revolutionären Genossen auf der ganzen Welt. Sein Internationalismus spiegelte sich in seinen herzlichen Beziehungen zu Genossen aus Pakistan, Bangladesch, Nepal und anderen Ländern wider. Sein einziges Bestreben war es, die Grundsätze des Marxismus-Leninismus und das Werk der KPdSU (b) unter Josef Stalin zu wahren und gegen alle Formen des Revisionismus zu kämpfen, die diese Grundsätze untergraben wollten. Zu diesem Zweck durchforstete er Bibliotheken und Archive auf allen Kontinenten, insbesondere die russischen Archive, um relevante Dokumente aufzuspüren, welche er mit seinen wissenschaftlichen Anmerkungen und Einleitungen veröffentlichte. Er brachte die hohen fachlichen Standards eines gewissenhaften Historikers in diese Arbeit ein und stellte

so die Zuverlässigkeit dieser Veröffentlichungen sicher. Vijay Singh hatte ein tiefes und kritisches Verständnis für verschiedene Kunstformen entwickelt: Literatur, Malerei, Film, Architektur sowie klassische Musik, Jazz, Blues und die revolutionäre Musik der arbeitenden Völker. Als überzeugter Kommunist mit starkem moralischen Charakter verkörperte er den dem Kommunismus innewohnenden Humanismus durch sein sanftes und ruhiges Auftreten und seine völlige Abwesenheit von Egoismus oder Selbstbezogenheit.

Vijay Singh wurde am 27. Oktober 1946 in Rawalpindi vor der Teilung Indiens geboren. Die Familie wanderte während der Teilung des Landes nach Delhi aus. Sein Vater trat in den Dienst der indischen Hochkommission in London ein, und Vijay zog 1950 mit seinen Eltern nach England. Dort besuchte er die Haberdasher's School, eine renommierte Privatschule, und anschließend das Christ's College in Cambridge. Bereits als Schüler war er der Jugendorganisation der Labour-Partei beigetreten und radikalisierte sich während der Kämpfe gegen den Vietnamkrieg Ende der 60er Jahre. Zu dieser Zeit wandte er sich dem Marxismus-Leninismus zu und wurde durch Organisationen wie der Indian Marxist Leninist Association (IMLA) und der Marxist Leninist Organisation of Britain (MLOB) geprägt; außerdem pflegte er enge Kontakte zu Aktivisten wie Mike Baker und Bill Bland und zur Künstlerin Mauriene Scott. Anfang der 1970er Jahre lernte er Tripta Wahi kennen, die damals Doktorandin an der School of Oriental and African Studies (SOAS) war. Die beiden heirateten. Sie beschlossen, nach Indien zurückzukehren, um dort ihre politische Arbeit fortzusetzen. Beide begannen ihre Laufbahn als Geschichtsdozenten in Punjab und zogen anschließend nach Delhi, wo sie über Jahrzehnte hinweg Hunderte von Studenten unterrichteten. Sie haben zwei Töchter.

Die MLOB war ein Produkt der „Großen Debatte“ und stand der Politik der KPdSU seit 1956 kritisch gegenüber; sie kam zu dem Schluss, dass in der UdSSR der Kapitalismus wiederhergestellt worden sei. Gleichzeitig stand sie auch der Kommunistischen Partei Chinas und Mao kritisch gegenüber, den sie als bürgerlichen Nationalisten betrachtete. Sie wies zudem syndikalistische und linksradikale Tendenzen auf, weshalb sie die Thesen zur Einheitsfront des VII. Kongresses der Komintern sowie die von

G. Dimitrov vertretene Politik ablehnten. Obwohl Vijay Singh einige Aspekte ihrer Kritik an der KPdSU und der KPCh würdigte, distanzierte er sich von ihren linksradikalen Positionen.

Vijay Singh begann seine politische Arbeit in Indien Anfang der 1970er Jahre. Mit der Ausrufung des Ausnahmezustands wurden demokratische Rechte stark eingeschränkt und der Staat übernahm außerordentliche Befugnisse. Es waren schwierige Zeiten für politische Aktivisten. In dieser Phase gründete er zusammen mit einem weiteren Genossen den „Stalinist Nucleus of India“ (SNI) und begann, Gespräche mit verschiedenen Strömungen der indischen Linken zu führen. Es lag nahe, enger mit den verschiedenen Gruppen zusammenzuarbeiten, die links von der CPI-M entstanden waren und weitgehend als „ML“ oder Anhänger der „Mao-Tse-Tung-Gedanken“ zusammengefasst wurden. Sie standen der KPdSU kritisch gegenüber, verteidigten den sozialistischen Aufbau unter Stalin und entschieden sich für einen revolutionären Weg anstelle des „parlamentarischen“ Weges, den die beiden großen kommunistischen Parteien verfolgten. Vijay Singhs Hauptkritik an diesen Gruppen bestand jedoch darin, dass sie die Arbeit mit dem städtischen Proletariat aufgegeben und ihre Aufmerksamkeit auf den Aufbau „ländlicher Stützpunkte“ gerichtet hatten, was theoretisch damit begründet wurde, den Feudalismus als den „Hauptwiderspruch“ zu identifizieren. Er war zudem der Ansicht, dass diese Gruppen durch die vollständige Abkehr von der Teilnahme am parlamentarischen Prozess einen links-extremistischen Fehler begingen. Einige dieser Gruppen betrieben zudem „revolutionären Terror“, den die marxistisch-leninistische Bewegung als kontraproduktiv verurteilt hatte und der letztlich die Festigung des reaktionären Staates ermöglichte.

Es war auch die Zeit, in der die Differenzen zwischen der KPCh und der Partei der Arbeit Albaniens (PdAA) offen zutage traten, als letztere die KPCh offiziell dafür kritisierte, dass sie an der Drei-Welten-Theorie festhielt und sich den USA öffnete. Enver Hoxha von der PdAA trat als Verfechter des Marxismus-Leninismus und des Werks von J. W. Stalin auf.

Vijay Singh war maßgeblich am Aufbau der „India Albania Friendship Association“ im Oktober 1978 beteiligt, deren Ziel es war, die Standpunkte der PdAA und die Errungenschaften des sozialistischen

Aufbaus in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien bekannt zu machen. Der Verein gab in den Jahren 1978–79 eine Monatszeitschrift mit dem Titel „Socialist Albania“ heraus. Die Zeitschrift trug maßgeblich dazu bei, politische Gruppen zusammenzubringen, die sowohl von der Mainstream-Linken als auch von der ML-Politik desillusioniert waren. Im Zuge dieser Diskussionen knüpften Genosse Lashkar Singh aus Punjab, Genosse Moni Guha, ein langjähriger kommunistischer Revolutionär, und Vijay Singh einen fruchtbaren Dialog über die Geschichte des Revisionismus und die antirevisionistischen Kämpfe, die von mehreren weitsichtigen Persönlichkeiten der indischen kommunistischen Bewegung geführt wurden. Das Ergebnis war die Veröffentlichung einer neuen Reihe von „Proletarian Path“ unter der gemeinsamen Herausgeberschaft von Moni Guha, Lashkar Singh und Vijay Singh im Jahr 1981. Die letzte Ausgabe der Zeitschrift unter dieser Redaktion erschien 1982 und widmete sich ausschließlich der Entstehung der „Solidarność“ in Polen. Vijay Singh zeichnete in einem gründlich recherchierten Artikel den Abbau des sozialistischen Wirtschaftssystems in Polen und die Wiederherstellung des Kapitalismus nach, was zu den schweren Wirtschaftskrisen führte, die die Bewegung in den Jahren 1981–82 auslösten.

In den 1980er Jahren engagierte sich Vijay Singh intensiv in der Lehrerbewegung an der Universität Delhi, nahm an den Wahlen zur Delhi University Teacher's Association (DUTA) teil und spielte eine wichtige Rolle bei den von der DUTA ausgerufenen Streikaktionen, die zu erheblichen Errungenschaften für die Lehrkräfte führten. Er war zudem an den Bemühungen des Fachbereichs Geschichte der Universität beteiligt, die Lehrpläne für Bachelor- und Masterstudiengänge zu überarbeiten, um sie an aktuelle Themen anzupassen und stärker an die marxistische Analyse der Sozialgeschichte anzulehnen. Neben seiner Lehrtätigkeit an einem College hielt er auch Vorlesungen zur europäischen sowie zur russischen und sowjetischen Geschichte an der Universität. Unzählige Studierende erinnern sich gerne an seinen intensiven Unterricht und auch an sein Engagement für das Wohl der Studierenden. Oft hielt er seine Vorlesungen auf Hindi, damit die Studierenden ihn besser verstehen konnten, obwohl die Universität keinen Unterricht in Hindi anbot. Er setzte sich aktiv dafür ein, dass den Studierenden

hochwertige Lehrmaterialien in Hindi zur Verfügung standen, und unterstützte dabei einen Ausschuss der Universität, der für die „Einführung von Hindi“ eintrat.

In den 1980er Jahren kam es in Indien zu einer Bekräftigung ethnischer Identitäten; Kasten-, Sprach- und Religionszugehörigkeit begannen, eine wichtige Rolle in der Massenpolitik zu spielen. Unterdrückte Kasten wie die Dalits sowie Kasten, die ihren wirtschaftlichen Status in den letzten Jahrzehnten verbessert hatten, strebten nach einem Anteil an der politischen Macht. Als Gegenreaktion wurden rechtsgerichtete hinduistische und muslimische Identitäten aufgehetzt. Die Linke befand sich in einer Zwickmühle, da sie nur über recht schwache theoretische Rahmenkonzepte verfügte, um den neuen Herausforderungen zu begegnen. Zu dieser Zeit stand Vijay Singh fest auf der Seite der unterdrückten Kasten und in Opposition zum aufkommenden religiösen Fanatismus.

Ebenfalls in diesem Jahrzehnt schrieb sich Vijay Singh bei Prof. Parthasarathy Gupta für ein formelles Promotionsstudium ein, um Zugang zu Archivmaterialien zur sowjetischen Geschichte zu erhalten. Er begann, Bibliotheken und Archive in Westeuropa und später auch in Russland zu besuchen, als die Archive der KPdSU 1991–1992 für Wissenschaftler geöffnet wurden. Vijay Singh nutzte diese Gelegenheit, um wichtige Dokumente zu politischen Debatten und Entscheidungen in der Nachkriegszeit ausfindig zu machen, darunter Dokumente zu Debatten über die Strategien der Volksdemokratien sowie der kommunistischen und Arbeiterparteien in verschiedenen Ländern usw. Jahr für Jahr besuchte Vijay Singh die Archive und sammelte wertvolles Material. Das Material konnte er dabei selbst studieren, da er inzwischen Russisch gelernt hatte. Außerdem wählte er die wichtigsten Dokumente aus, um sie übersetzen zu lassen und der gesamten Bewegung zugänglich zu machen. Vor diesem Hintergrund erkannte Vijay Singh die Notwendigkeit einer theoretischen Zeitschrift, die sich mit den komplexen Erscheinungsformen des Revisionismus auseinandersetzte, die längst vergessenen alten Debatten jüngeren Genossen zugänglich machte und sie nutzte, um die aktuellen Probleme der Bewegung zu verstehen. Die Zeitschrift sollte eine Brücke zwischen der Vergangenheit der weltweiten kommunistischen Bewegung und der Ge-

genwart sein – eine Brücke, die von der heutigen Generation errichtet würde, um Erkenntnisse aus der Vergangenheit zu gewinnen. So begann der einzigartige Dialog, den „Revolutionary Democracy“ (RD) seit ihrer Gründung im Jahr 1995 führt. Anschließend schloss er sich mit einer Reihe von Genossen zusammen, um die gleichnamige Website „Revolutionary Democracy“ ins Leben zu rufen, die zu einer für alle leicht zugänglichen Online-Sammlung wichtiger Dokumente zur weltweiten kommunistischen Bewegung wurde.

Vijay Singh hatte enge Kontakte zu gleichgesinnten Genossen und Organisationen in mehreren Ländern geknüpft und war aktives Mitglied mehrerer internationaler Organisationen wie der IKMLPO. In all seinen Gesprächen war er bestrebt, das zu vermitteln, was er als marxistisch-leninistische Positionen ansah, die von Stalin, der KPdSU unter seiner Führung, der Komintern und dem Kominform vertreten wurden. Im Folgenden fassen wir einige seiner wichtigsten Positionen zusammen.

Das Wertgesetz und der Sozialismus

Einer der frühesten in „Revolutionary Democracy“ veröffentlichten Artikel befasst sich mit einem Thema, das Vijay Singh stets beschäftigte: die Restauration des Kapitalismus in der UdSSR. Er stützte sich dabei auf eine umfangreiche Literatur zu diesem Thema, die mit der „Großen Debatte“ begann, aber in den 1960er und 1970er Jahren von der Irish Communist Organisation, MLOB, Red Star usw. sowie von marxistischen Wissenschaftlern wie Martin Nicolaus weiterentwickelt wurde. Auch mehrere Marxisten in Indien hatten sich damit beschäftigt, und ihre Arbeiten fanden später schließlich breitere Beachtung. Vijay Singh baute darauf auf, drang jedoch viel tiefer in die Wurzeln der kapitalistischen Restauration sowie in den Prozess ein, durch den diese vollzogen wurde. Zu diesem Zweck nutzte er sowohl russische Bibliotheken als auch die kurz darauf geöffneten Archive der KPdSU und des GOSPLAN. Als Historiker, der den Revisionismus untersuchte, verfolgte er die Kontinuität des revisionistischen Denkens von Bogdanow über Bucharin und Trotzki bis hin zu den führenden sowjetischen Ökonomen zur Zeit Stalins und danach.

So gelang es ihm, die starken ideologischen Wurzeln des sowjetischen Revisionismus aufzuzeigen,

der nicht nur in der UdSSR, sondern im gesamten Block der Volksdemokratien eine wichtige Rolle bei der kapitalistischen Restauration spielen sollte.

Vijay Singhs wesentliches Argument hierzu lässt sich wie folgt zusammenfassen:

i. Die Grundlagen des Sozialismus waren in der UdSSR bis Ende der 1930er Jahre gelegt worden, da die gesamte industrielle Produktion im staatlichen Sektor stattfand, der von der Diktatur des Proletariats kontrolliert wurde, und die landwirtschaftliche Produktion teils unter staatlicher, teils unter kollektiver Verwaltung stand, also einer Art Gemeinschaftseigentum. Die Kollektivfarmen besaßen dabei nicht die Produktionsmittel, also weder das Land, das verstaatlicht worden war, noch die Maschinen, Traktoren usw., die sich im Besitz des Staates befanden. Sowohl der staatliche Sektor als auch der Sektor der Kollektivbetriebe unterlagen einer zentralisierten Planung, durch die die Ressourcen zugeteilt wurden. Die Ressourcenzuteilung basierte nicht wie im kapitalistischen System auf dem Wertgesetz, sondern auf den vom proletarischen Staat festgelegten Gesamtbedürfnissen. Ein deutlicher Indikator hierfür war die hohe Zuweisung von Ressourcen an den Wirtschaftssektor, der Produktionsgüter herstellte (d.h. Abteilung I), im Vergleich zum Sektor, der Konsumgüter produzierte (Abteilung II). Dies war für ein nachhaltiges Wachstum der sozialistischen Wirtschaft von entscheidender Bedeutung.

ii. Dies stellte lediglich die erste Phase des Aufbaus des Sozialismus und des Kommunismus in der UdSSR dar. Es gab weitreichende Debatten und Diskussionen über die Aufgabe, die vor dem proletarischen Staat lag, um diesen Prozess voranzutreiben. Ein Argument lautete wie folgt: da die Grundlagen des Sozialismus geschaffen wurden, würde es nun lediglich darum gehen, die Produktion zu rationalisieren und zu steigern. Eine solche Rationalisierung der Produktion sollte unter Anwendung des Wertgesetzes erfolgen, das den relativen Preis der verschiedenen in der Wirtschaft produzierten Waren festlegte. Das Wertgesetz spielte und sollte eine entscheidende Rolle bei der Verteilung der Produktionsressourcen (Produktionsmittel) auf verschiedene Sektoren bzw. Unternehmen spielen. Die Vorläufer dieser Sichtweise gingen auf vorrevolutionäre Theoretiker wie Bogdanow und Bucharin zurück.

iii. Im Gegensatz zu der oben genannten Argumentationslinie hatte Stalin geltend gemacht, dass der

Übergang zum Kommunismus eine tiefgreifende Umstrukturierung der sowjetischen Gesellschaft erfordere und nicht bloß eine „Rationalisierung der Produktion“. Da die sowjetische Wirtschaft auf einer dualen Eigentumsstruktur beruhte – dem staatlichen Sektor einerseits und der Vielzahl von gruppengesteuerten Kollektivbetrieben andererseits –, erforderte der Übergang zu einer höheren Form des Sozialismus die „Aufwertung“ der Kollektivbetriebe zu Staatsbetrieben. Diese Vielfalt der Eigentumsformen bildete die Grundlage der Warenproduktion und des Wirkens des Wertgesetzes, wenn auch in abgeschwächter Form. Es ging nicht darum, den Wirkungsbereich des Wertgesetzes bei der Zuteilung der Produktionsmittel zu erweitern, sondern darum, diesen Wirkungsbereich durch die Vereinheitlichung der Eigentumsformen und der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse im Land weiter einzuschränken.

iv. Stalin hatte ferner argumentiert, dass der Abteilung I mehr Ressourcen zugewiesen werden müssten, um das künftige Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten, das eine wesentliche Voraussetzung für die Bewältigung der zuvor skizzierten Aufgaben sei.

v. Da Politik der konzentrierte Ausdruck der Wirtschaft ist, konnte dieser Prozess nur durch eine weitere Festigung der Diktatur des Proletariats gesteuert werden, ohne diese zu verwässern. Das Proletariat (sowohl in den Städten als auch auf dem Land) musste diese endgültige Umwandlung der sowjetischen Bauernschaft in das sowjetische Proletariat anführen.

vi. Die Debatten über die sowjetische Planwirtschaft zwischen 1941 und bis zur Veröffentlichung von Stalins Werk „Wirtschaftliche Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ sowie die Veränderungen in der Führung der wichtigsten Wirtschaftsgremien wie dem GOSPLAN verdeutlichen, worum es dabei ging. Im Nachhinein scheint es, dass die Denkschule der „Rationalisierung der Produktion durch das Wertgesetz“ sowohl unter Ökonomen als auch in der politischen Führung breite Unterstützung fand. Es waren Stalins Autorität und die Unterstützung einiger seiner standhaften Genossen, die diese Strömung in Schach hielten.

vii. Nach Stalins Tod (der möglicherweise mit dieser Debatte in Zusammenhang stand oder auch nicht) kam es fast unmittelbar zum Rückzug der Pläne und zur Einführung einer Politik, die darauf abzielte, den

Wertgesetzen in der UdSSR freien Lauf zu lassen. Vijay Singh dokumentierte diesen Prozess detailliert, beginnend mit den Tagen unmittelbar nach Stalins Tod, dem 20. Parteitag der KPdSU und darüber hinaus. Für Vijay Singh kam die bedeutendste Wende mit dem Verkauf der Maschinen-Traktor-Stationen an die Kollektivfarmen im Jahr 1958, was im Wesentlichen bedeutete, dass nun in der UdSSR die Produktionsmittel zu Waren geworden waren und somit die Verteilung der Produktionsmittel dem Wertgesetz unterlag – einem wesentlichen Merkmal des Kapitalismus.

Einige seiner wegweisenden Artikel zu diesem Thema sind die folgenden:

1. „Stalin und die Frage des ‚Marktsozialismus‘ in der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg“, RD, April 1995
2. Einleitung zu „Zwei Briefe von Friedrich Engels“, RD, September 1995
3. „Die KPdSU(B), der Gosplan und die Frage des Übergangs zur kommunistischen Gesellschaft in der Sowjetunion 1939–1953“, RD, April 1997
4. Stalin und die Entstehung der politischen Ökonomie des Sozialismus, RD, September 1998
5. Einige Überlegungen zu „Chruschtschow hat gelogen“ von Grover Furr, RD, September 2022
6. Vorwort zu „Über den neuen Brief von Jarschenko“, RD, April 2023
7. Die Ausarbeitung des Entwurfs des Dritten Programms der KPdSU(b) von 1947, RD, Oktober 2023
8. Einleitung zu K. Ostrowitjanows „Waren, Produktion und das Wertgesetz im Sozialismus“, April 2025

Volksdemokratie

Ein damit zusammenhängendes Thema, das Vijay Singh sehr am Herzen lag, war die Volksdemokratie. In der marxistischen Literatur werden diese Länder im Allgemeinen als „sozialistisch“ oder einfach als ein weiteres kapitalistisches Land betrachtet, das sich dem „sowjetischen Imperialismus“ angeschlossen hat. Diese Kategorie war gegen Ende des antifaschistischen Krieges entstanden und wurde weithin als Ergebnis breiter nationalistischer Einheitsfronten angesehen, die gegen die Achsenmächte kämpften und deren theoretische Grundlagen auf

die Einheitsfront-Thesen des VII. Kongresses der Komintern zurückgehen. Denjenigen, die mit der Großen Debatte vertraut sind, ist recht gut bekannt, dass Jugoslawien unter der Führung von Marschall Tito einen Weg einschlug, der im Widerspruch zu dem stand, den die Kominform und die KPdSU unter Stalin empfahlen. Zu den wichtigsten Ereignissen im Zusammenhang mit den osteuropäischen Volksdemokratien zählten der ungarische Aufstand von 1956, die sowjetische Invasion in der Tschechoslowakei im Jahr 1968 sowie in der Folge die Entstehung der Solidarność-Bewegung in Polen und der endgültige Fall der Berliner Mauer. Die Partei der Arbeit Albaniens unter der Führung von Enver Hoxha schloss sich zunächst der KPCh unter Mao an, stand dieser jedoch später kritisch gegenüber, als China beschloss, sich dem US-Imperialismus zu öffnen. Eine Gruppe von Ländern Südostasiens wie Vietnam, Kambodscha und Nordkorea sowie China und Kuba werden ebenfalls der Kategorie der Volksdemokratien zugeordnet, wobei sich die meisten von ihnen heute als sozialistisch bezeichnen. Vijay Singh ging über die bloßen Bezeichnungen hinaus und untersuchte das Konzept der Volksdemokratie als Weg zum Sozialismus sowie die tatsächliche Praxis in den Ländern, die diesen Namen tragen. Bei der Untersuchung sowjetischer Archivmaterialien – insbesondere der Dokumente der Kominform sowie der stenografischen Aufzeichnungen von Gesprächen und des Schriftwechsels mit brüderlichen kommunistischen Parteien und der sowjetischen Führung unter Stalin – erkannte Vijay Singh, dass die KPdSU die Volksdemokratie nicht nur in halbkapitalistischen oder kolonialisierten Ländern, sondern auch für fortgeschrittene imperialistische Länder wie Japan, die USA und Großbritannien als wichtigen Weg zur sozialen Revolution betrachtete. Die Untersuchung politischer Konsultationen mit der Führung der KPdSU und der programmatischen Dokumente der meisten Länder aus der Zeit um 1951 zeigte deutlich, dass Stalin und die KPdSU die Volksdemokratie als bevorzugten Weg für den Wandel dieser Länder befürworteten. Breit angelegte Bündnisse, die echte Demokratien etablieren würden, in denen die Interessen der breiten Massen die treibende Kraft wären, um die Macht der Überreste des Feudalismus wie Monarchien, Großgrundbesitz, Leibeigenschaft, nationale und ethnische Diskriminierung sowie den Einfluss von „Monopolen“ zu be-

seitigen. Dies sollte die erste Etappe im Übergang zum Sozialismus sein. Angesichts der sehr großen Vielfalt der Länder, denen diese Form der Revolution empfohlen wurde, gab es viel theoretische Verwirrung. Vijay Singh versuchte, die Schlüsseldokumente zu untersuchen, um die verschiedenen Modelle der Volksdemokratien sowie die Etappen, über die sie zum Sozialismus übergehen sollten, und die tatsächlich von ihnen eingeschlagenen Wege zu entschlüsseln.

Einer seiner frühesten Artikel zu diesem Thema (eine Fallstudie über Polen) erschien 1982 in der Ausgabe von „Proletarian Path“, die der Solidarność-Bewegung in Polen gewidmet war. Er griff dieses Thema 1999 erneut auf, dem Jahr des fünfzigsten Jahrestags der chinesischen Revolution. Er untersuchte die Diskussion in der sowjetischen Wissenschaft über den historischen und politischen Charakter der Volksdemokratien, die verschiedenen Entwicklungsstadien, unterschiedliche Modelle der Volksdemokratien usw., wobei er auch die Übertragbarkeit des chinesischen Modells auf andere asiatische Länder wie Indien berücksichtigte. Hervorgehoben wurde, dass Volksdemokratien unter der besonderen Voraussetzung entstanden, dass die UdSSR als Bastion des Sozialismus und der proletarischen Diktatur existierte, was es Ländern mit relativ schwach entwickelten proletarischen Bewegungen ermöglichte, die Aufgaben der demokratischen und nationalen Revolution zu erfüllen und den Aufbau des Sozialismus voranzutreiben. Auch Fälle wie die Mongolei wurden betrachtet, in der es scheinbar überhaupt keine proletarische Klasse gab.

Vijay Singh wies darauf hin, dass die KPdSU und Stalin um 1950/51 umfangreiche Gespräche mit kommunistischen Parteien aus verschiedenen Ländern führten und ihnen dabei halfen, überarbeitete Parteiprogramme zu formulieren, die die Erfahrungen aus den antifaschistischen Kämpfen und die neuen Realitäten der Nachkriegswelt berücksichtigten. Dazu gehörte natürlich die überwältigende Präsenz der UdSSR sowie die Tatsache, dass ganz Osteuropa und China zu Volksdemokratien geworden waren und den Weg zum Aufbau demokratischer und sozialistischer Gesellschaften eingeschlagen hatten. So hatten die meisten kommunistischen Parteien um 1951–52 neue Programme ausgearbeitet. Die oben erwähnte Konferenz der sowjetischen Wissenschaft war ebenfalls Teil genau dieses Prozesses.

Aus diesen Dokumenten geht hervor, dass Stalin und die KPdSU zu der Ansicht gelangt waren, dass Kommunisten und Arbeiter unter den neuen Bedingungen der Nachkriegswelt versuchen sollten, die unvollendeten demokratischen Aufgaben in ihren Ländern zu identifizieren, wozu auch die Konzentration der Kämpfe gegen die Monopolkapitalisten jener Länder gehören könnte, die als Hauptverfechter imperialistischer Politik angesehen wurden. Dies würde bedeuten, breite Bündnisse nicht nur mit anderen arbeitenden Menschen wie Bauern und Handwerkern, sondern auch mit Kleinunternehmern wie Händlern und Kleingewerbetreibenden zu schmieden, die angeblich von den Monopolkapitalisten unterdrückt wurden. Zwar sollte die Führung fest in den Händen der Arbeiterklasse liegen, doch handelte es sich nicht um eine „Diktatur“ des Proletariats, sondern um eine Machtteilung zwischen dem Proletariat und anderen Klassen. Ebenso bedeutete dies nicht zwangsläufig eine sowjetische Form der Demokratie, sondern konnte auch parlamentarische Formen der Demokratie umfassen (ein durch allgemeines Wahlrecht gewähltes Parlament). Ein solcher Staat würde durch einen revolutionären Prozess entstehen. Sollten die reaktionären Klassen (Großgrundbesitzer, Monopolisten, Kapitalisten) zu Gewalt oder Sabotage greifen, würde der Staat sie mit aller Härte niederschlagen. Diese Maßnahmen wurden jedoch als Übergangsmaßnahmen betrachtet, in dem Sinne, dass nach Abschluss der demokratischen Aufgaben ein nahtloser Übergang zur sozialistischen Stufe erfolgen sollte, was die Enteignung der Bourgeoisie und der ländlichen Kulaken sowie den Übergang zur Kollektivierung in der Landwirtschaft bedeutete. Von Bedeutung ist, dass diese Aufgaben von ein und demselben Staat erfüllt werden sollten: „Das demokratische Volksregime erfüllt die Funktionen der Diktatur des Proletariats im Kampf um den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus.“ Vijay Singh interpretierte dies so, dass auch innerhalb des Staates die Parteien, die die Bourgeoisie vertraten (kleine, mittlere, nationalistische usw.), entlarvt und aus den Machtpositionen entfernt werden sollten.

Im Jahr 2007 verfasste Vijay Singh einen umfassenden Artikel über das Programm der Kommunistischen Partei Großbritanniens (CPGB) von 1951, in dem er dessen Unterschiede zum vorherigen Programm von 1935 sowie die nach 1956 eingeführten

Änderungen aufzeigte. Er wies auf die im Anschluss an den XX. Parteitag der KPdSU vorgenommenen Änderungen hin, die eine radikal neue Interpretation der Volksdemokratie lieferten und den Weg für einen „friedlichen parlamentarischen Weg“ ebneten. Einige Jahre später griff er das Thema erneut auf und verfasste einen längeren Artikel, der auf seinen Untersuchungen zu bestimmten Grundformulierungen im Zusammenhang mit den Volksdemokratien in Osteuropa, China, Korea usw. basierte („Einige Fragen zur Diktatur des Proletariats und zu den Volksdemokratien“, RD, April 2022). Einer seiner letzten Artikel war schließlich eine Reaktion auf einen Verteidiger Nordkoreas und Kim Il Sung („Einige Probleme der volksdemokratischen Revolution in der DVRK“, RD, Oktober 2025).

Vijay Singh argumentierte, dass die Volksdemokratien Osteuropas nach 1948 die sozialistische Phase eingeleitet hätten, während Korea und China dabei waren, die Aufgaben der demokratischen Revolution zu vollenden (Abschaffung des Großgrundbesitzes, Landumverteilung, Enteignung der proimperialistischen Kapitalisten und der im Besitz der japanischen Kolonialregierungen befindlichen Güter usw.). Daher galten China und Korea als Formen der „demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“, bei der die Macht mit patriotischen Kräften geteilt wurde. Er wies ferner darauf hin, dass sich nach 1953–56 die meisten Volksdemokratien – mit der bemerkenswerten Ausnahme Albaniens – davon zurückzogen, zur zweiten Phase überzugehen, d.h. zur sozialistischen Umgestaltung. Sie gingen umgekehrt zur Dekollektivierung der Landwirtschaft oder zur Aufnahme bürgerlicher Elemente in die Genossenschaften oder Kollektivbetriebe sowie zum Verzicht auf den Ausschluss bürgerlicher Elemente aus dem Staat über. Tatsächlich vollzog außer Albanien keine der Volksdemokratien den Übergang von der demokratischen zur sozialistischen Phase. Alle behaupteten nach 1958 ohne jegliche Rechtfertigung, sozialistisch zu sein. Für Vijay Singh war dies somit Teil des Prozesses des globalen Angriffs des Revisionismus und der Zerschlagung des Sozialismus. Er betrachtete daher die Verteidigung der Partei der Arbeit Albaniens unter der Führung von Enver Hoxha als eine wichtige Aufgabe der Kommunisten, die sich auch in der Gründung der bereits in diesem Nachruf erwähnten Indisch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft widerspiegelte.

In diesem Zusammenhang lohnt es sich, Vijay Singhs Sichtweise auf Maos Beiträge zur kommunistischen Bewegung näher zu betrachten. Er vertrat die Auffassung, dass Mao bis 1953 im Großen und Ganzen marxistisch-leninistischen Prinzipien folgte und danach entweder eine links-extremistische oder eine rechts-revisionistische Linie einschlug. Tatsächlich konnte er darauf hinweisen, dass die frühen Veröffentlichungen von Maos Werken, die vor 1953–1954 erschienen, Formulierungen enthielten, die in späteren Auflagen entweder gestrichen oder überarbeitet wurden. Trotz dieser Vorbehalte betrachtete Vijay Mao jedoch als Revolutionär.

Ein revolutionäres Programm für Indien

Obwohl Vijay Singh vorgehabt hatte, eine umfassende Darstellung der Entstehung des Programms der CPI von 1951–1952 zu verfassen, war es ihm lediglich gelungen, sehr wichtige Archivmaterialien zu den Diskussionen zwischen der Führung der KPdSU – darunter Stalin – und den verschiedenen Strömungen innerhalb der Führung der CPI ausfindig zu machen. Er verfasste wichtige Anmerkungen zur Einführung in diese Dokumente, von denen die meisten erstmals auf Englisch zugänglich gemacht wurden. Nach einer gründlichen Analyse dieser verschiedenen Strömungen war er zu dem Schluss gekommen, dass das Programm von 1951 das geeignetste sei und dass es für die indische kommunistische Bewegung bis heute relevant bleibe.

Als Vijay Singh Anfang der 1970er Jahre seine politische Arbeit in Indien aufnahm, fiel dies mit einem Aufschwung der Arbeiterbewegung zusammen, da die organisierten Streikaktionen kurz vor der Ausrufung des Ausnahmezustands durch die Regierung unter Indira Gandhi ihren Höhepunkt erreicht hatten. Dies ging mit einer Art Rückgang des Programms der Agrarrevolution einher, das von der sogenannten Naxalbari-Bewegung¹ initiiert worden war. Er sah die Notwendigkeit, in einen Dialog mit den Naxalbari-Strömungen zu treten, da diese offenbar mehrere Schlüsselbereiche der revolutionären Arbeit vernachlässigten und sich fälschlicherweise auf den Aufbau ländlicher und in der Folge

waldbasierter Stützpunkte konzentrierten. Er war überzeugt, dass eine revolutionäre Bewegung von der organisierten Arbeiterklasse unter der Führung einer kommunistischen Partei angeleitet werden müsse und dass der Aufbau von Stützpunkten, die von Bauern oder Stammesvölkern getragen wurden, nicht ausreiche – insbesondere im Kontext eines konsolidierten, einheitlichen indischen Staates, der vom Imperialismus gestützt wurde. Er war der Ansicht, dass kommunistische Organisationen ihre Arbeit mit der Bauernschaft und mit der Organisation und Führung der städtischen Arbeiter verbinden müssten. Er sah auch die Notwendigkeit, legale und parlamentarische Arbeit als Teil der revolutionären Strategie einzubeziehen, da die Aufgabe dieser Arbeit das Feld den Reformisten, Revisionisten und den Befürwortern des „parlamentarischen Weges“ überließ. Vijay Singh lehnte zudem die Praxis des individuellen Terrorismus ab, der im Namen der Beseitigung von „Klassenfeinden“ ausgeübt wurde und seiner Ansicht nach langfristig nur den Staatsapparat stärkte. Diskussionen darüber führten, wie bereits dargelegt, zur Gründung der gemeinsamen Redaktion von „Proletarian Path“. Die Zusammenarbeit ließ jedoch nach, als Moni Guha und seine Genossen zu argumentieren begannen, dass sich die Revolution in Indien nun in der sozialistischen und nicht mehr in der demokratischen Phase befinde und dass Kommunisten auf die Diktatur des Proletariats hinarbeiten müssten. Vijay Singh lehnte diese Formulierung entschieden ab, woraufhin eine Polemik zwischen „Proletarian Path“ und „Revolutionary Democracy“ entbrannte. Er vertrat die Ansicht, dass Indien weiterhin halbkolonial sei, mit Überresten des Großgrundbesitzertums, anhaltender Unterdrückung auf der Grundlage von Stammeszugehörigkeit und Kasten sowie der Unterdrückung nationaler und ethnischer Minderheiten. Die materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus, d.h. eine starke industrielle Basis mit Schwerpunkt auf der Produktion von Produktionsgütern („Abteilung I“), waren in Indien nicht gegeben. Daher müsse die Arbeiterklasse ein Bündnis mit der unterdrückten Bauernschaft, den unteren Kasten, den Stämmen und den nationalen Minderheiten eingehen, um die demokratischen Aufgaben zu vollenden und anschließend unter der Diktatur des Proletariats zum sozialistischen Aufbau überzugehen. Er war somit überzeugt, dass die Revolution weiterhin

¹ Die Naxalbari-Bewegung war ein bewaffneter Bauernaufstand im Jahr 1967 in dem Dorf Naxalbari (Westbengalen, Indien). Sie forderte Land für die Ärmsten und lehnte sich gegen reiche Grundbesitzer auf. Die Bewegung löste den bis heute andauernden Naxaliten-Konflikt in Indien aus.

auf einer demokratischen Stufe stehe, die durch ein breites Bündnis aus Proletariat und Bauernschaft erreicht werden müsse.

Etwa zu dieser Zeit begann Vijay Singh, die Archive der KPdSU zu durchforsten, wo er wichtige Stenogrammprotokolle und Briefe entdeckte, die sich auf den Austausch zwischen der zersplitterten Führung der indischen kommunistischen Bewegung und der von Stalin angeführten KPdSU bezogen. Diese Dokumente wurden gesammelt, sorgfältig übersetzt, mit Anmerkungen versehen und über mehrere Jahre hinweg in der Zeitschrift veröffentlicht. Sie werfen ein umfassendes Licht auf die internen Debatten innerhalb der CPI und die bedeutenden Beiträge der KPdSU zur Lösung dieser Debatten und zur Weichenstellung für die Zukunft. Das Ergebnis dieser Gespräche waren die 1951 veröffentlichten Grundsatzdokumente, darunter das neue Programm der CPI, die „Taktische Linie“ und die „Politische Erklärung“. Vijay Singh setzte sich energisch für dieses Programm ein und führte weitreichende Diskussionen mit Genossen der indischen Linken.

Die oben genannten Diskussionen machen deutlich, warum Vijay Singh so sehr daran interessiert war, J. W. Stalin und sein Werk sowie die UdSSR, die KPdSU, die Komintern und den Kominform unter dessen Führung zu verteidigen. Für ihn mündete eine Abweichung von dem von Stalin vorgezeichneten klaren Weg in den Revisionismus und in die letztendliche Zerschlagung des Sozialismus – nicht nur in der UdSSR und den Volksdemokratien, sondern auch des sozialistischen Traums weltweit. Daher war es für ihn unerlässlich, Stalin gegen alle Verleumdungen und Falschdarstellungen zu verteidigen, die von der imperialistischen, liberalen und revisionistischen Presse verbreitet wurden. Dies war sowohl notwendig, um Stalins Ruf zu rehabilitieren, als auch um den von ihm vertretenen revolutionären Weg zu beleuchten. Die Zeitschrift veröffentlichte eine große Anzahl solcher Artikel, jedoch stets nach sorgfältiger Prüfung der Authentizität der Informationen und der Fakten.

Man muss fairerweise festhalten, dass Vijay Singhs Denkweise und Methode nicht ohne gewisse Schwächen waren. Erstens war seine historische Methode meiner Meinung nach sehr stark auf Dokumente, Druckwerke und Archivmaterialien ausgerichtet. Dieses an Ranke² angelehnte Vertrauen auf Archive und Dokumente vermittelt uns zweifellos ein sehr fundiertes Verständnis der Themen, doch bleibt die Tatsache bestehen, dass sie weder die gesamte Realität noch die tatsächlichen Komplexitäten des Lebens widerspiegeln. Zweitens wandte er seine fundierten Analysemethoden selten auf die heutige Welt und ihre Probleme an, sondern überließ dies anderen. Er ging fast davon aus, dass die grundlegenden Parameter von Konflikten seit den 1950er Jahren konstant geblieben seien. Ich halte es nun für umso wichtiger, dass wir seine Methoden und Perspektiven nutzen, um die heutige Welt zu untersuchen.

Der polemische Stil von Vijay Singh war auf seine Weise einzigartig. Er versuchte nicht, seine Gegner herabzuwürdigen oder lächerlich zu machen. Stattdessen begegnete er denjenigen, mit denen er nicht einer Meinung war, mit größtem Respekt und Würde. Er versuchte lediglich aufzuzeigen, dass die Argumente des Gegners nicht den Tatsachen entsprachen oder nicht im Einklang mit den Werken von Marx, Engels, Lenin oder Stalin standen. Und in vielen Fällen zeigte er, wie die Ansichten der Gegner eher den verschiedenen revisionistischen Strömungen entsprachen, die im Laufe der Bewegung entstanden waren und von den klassischen Autoritäten kritisiert worden waren. Eine solch würdevolle Polemik ermöglichte es ihm, den Dialog auch dann fortzusetzen, wenn die Meinungsverschiedenheiten offensichtlich waren.

Die unermüdliche Arbeit des Genossen Vijay Singh erhellt unseren Weg hin zu Demokratie und Sozialismus!

Es lebe der Genosse Vijay Singh!!

Es lebe die Revolution!!!

REVOLUTIONÄRE DEMOKRATIE

2 Leopold von Ranke (1795-1886), Historiker des 19. Jh. und „Vater der wissenschaftlichen Geschichte“

ITALIEN

Der Kampf gegen die Remigration – ein wichtiger Aspekt des Kampfes gegen den Imperialismus und die Reaktion

Das Migrationsphänomen und seine Ursachen

Die Verschärfung der allgemeinen Krise des internationalen kapitalistischen Systems, welches einhergeht mit der Zuspitzung des Kampfes zwischen Monopolgruppen und imperialistischen Mächten um Rohstoffquellen und fremde Territorien, hat die wirtschaftliche und soziale Destabilisierung weitreichender Regionen des Planeten hervorgerufen. Ganze Landstriche wurden durch Konflikte, Bürgerkriege, Angriffe sowie den Raub von Millionen Hektar Land und Bodenschätzen seitens der multinationalen Konzerne und der von ihnen kontrollierten Regierungen der reichsten Länder völlig verwüstet. Hinzu kommen die Erpressungen durch räuberische Organe wie den IWF und die Weltbank, die fortwährende Plünderungspolitik des globalen Finanzkapitals sowie die systematische Umweltzerstörung – mit tragischen Konsequenzen, die mittlerweile für alle unübersehbar sind. Elend und Hunger, Massenarbeitslosigkeit, Raubkriege und reaktionäre Regimes sind die Ursachen, die Millionen von Menschen dazu bewogen haben auszuwandern.

Die Widersprüche des kapitalistisch-imperialistischen Systems haben zu einem exponentiellen Exodus von Millionen Migranten aus den ärmsten und schwächsten Ländern geführt. Der Imperialismus drängt Proletarier, Halbproletarier und arme Bauern einerseits zur Emigration; andererseits lockt er sie als billige Arbeitskräfte unter demütigenden Bedingungen in die reichsten Metropolen und „Sonderwirtschaftszonen“. Dort werden sie hauptsächlich in Bereichen eingesetzt, die von einheimischen Arbeitern abgelehnt werden, welche wiederum durch reaktionäre Propaganda dazu getrieben werden, in Konkurrenz zu den eingewanderten Arbeitern zu treten. Die Massenzuwanderung hat somit stetig zugenommen, was sich in einem sprunghaften Anstieg der Zahl internationaler Migranten widerspiegelt: von rund 150 Millionen zur Jahrtausendwende auf über 300 Millionen im Jahr 2024. Die Zielländer gehörten naturgemäß größtenteils der OECD an und konzentrierten sich insbesondere auf Nordamerika, die EU und die EFTA-Staaten, Ostasien und Ozeanien. Russland, Saudi-Arabien und die Golfstaaten bilden weitere wichtige Zielgebiete.

Lenin über die Migration der Arbeiter

Das durch die anhaltenden Aggressionen des Weltimperialismus hervorgerufene Migrationsphänomen wurde im revolutionären marxistischen Denken umfassend analysiert. In einer Schrift vom Oktober 1913 mit dem Titel „Der Kapitalismus und die Arbeiterimmigration“ hebt Lenin hervor, dass

„Der Kapitalismus hat eine besondere Art der Völkerwanderung entwickelt. Die sich industriell rasch entwickelnden Länder, die mehr Maschinen anwenden und die zurückgebliebenen Länder vom Weltmarkt verdrängen, erhöhen die Arbeitslöhne über den Durchschnitt und locken die Lohnarbeiter aus den zurückgebliebenen Ländern an.

Hunderttausende von Arbeitern werden auf diese Weise Hunderte und Tausende Werst weit verschlagen. Der fortgeschrittene Kapitalismus zieht sie gewaltsam in seinen Kreislauf hinein, reißt sie aus ihrem Krähwinkel heraus, macht sie zu Teilnehmern an einer weltgeschichtlichen Bewegung, stellt sie der mächtigen, vereinigten, internationalen Klasse der Industriellen von Angesicht zu Angesicht gegenüber.

Es besteht kein Zweifel, dass nur äußerstes Elend die Menschen veranlasst, die Heimat zu verlassen und dass die Kapitalisten die eingewanderten Arbeiter in gewissenlosester Weise ausbeuten.“¹

Lenin beleuchtet die ökonomische Basis der Einwanderung, die in der ungleichen Entwicklung des Kapitalismus besteht, und zeigt auf, dass es der fortgeschrittenere Kapitalismus ist, der Millionen von Arbeitern aus den rückständigeren Ländern herausreißt. Unter Berufung auf Einwanderungsstatistiken der USA und Deutschlands zeigt Lenin, dass die Migrationsbewegungen der Proletarier unaufhörlich wachsen, sich ihre Struktur jedoch zwischen 1880 und 1890 verändert hat. Während in der vorherigen Periode die europäische Auswanderung hauptsächlich aus den „alten zivilisierten Ländern“ (England und Deutschland) stammte, in denen sich der Kapitalismus am schnellsten entwickelt hatte, sind es nun die „rückständigen“ Länder (beginnend mit Osteuropa), die Amerika und andere fortgeschrittene kapitalistische Länder mit immer weniger qualifizierten Arbeitern versorgen. Auf diese Weise, so Lenin weiter,

„wird den zurückgebliebenen Ländern der Alten Welt, die in ihrer ganzen Lebensordnung die meisten Überreste der Leibeigenschaft bewahrt haben, sozusagen gewaltsam Zivilisation beigebracht“²

Vom ökonomischen auf den rein politischen Bereich übergehend, stellt Lenin fest, dass die russischen Arbeiter in dieser Hinsicht zwar rückständiger, dafür aber fortschrittlicher im Kampf gegen die Versuche der Bourgeoisie sind, die Arbeiter rassistisch zu spalten. In diesem Sinne hebt Lenin in „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ (1916) bei der Analyse der Widersprüche des letzten Entwicklungsstadiums des Kapitalismus – gekennzeichnet durch „Parasitismus und Fäulnis“ – die politischen Folgen hervor. Diese sind charakterisiert durch die „Tendenz des Imperialismus, die Arbeiter zu spalten, den Opportunismus unter ihnen zu stärken und eine zeitweilige Fäulnis der Arbeiterbewegung hervorzurufen“.³ Die Aktualität von Lenins Analyse zeigt, wie sehr die Einwanderung und die Lebensbedingungen der eingewanderten Arbeiter im Rahmen der Imperialismustheorie betrachtet werden müssen, ohne die die heutigen Formen dieses Phänomens abstrakt und unverständlich blieben.

Migration und extreme Rechte in Europa

Im gegenwärtigen Szenario, das von immer massiverer Migration von Millionen Proletariern aus den ärmsten und am stärksten verwüsteten Regionen des Planeten geprägt ist, verzeichnen die imperialistischen Länder angesichts der zyklischen Wirtschaftskrisen des Kapitalismus und der Tendenz zum Krieg um eine Neuaufteilung der Welt einen stetigen Zuwachs an nationalistischen, neofaschistischen und fremdenfeindlichen Formationen und Parteien. Das Gefühl des Hasses gegenüber dem „Migranten“, angefacht durch schandbare Desinformationskampagnen der bürgerlichen Presse mit der Absicht, das Proletariat zu spalten und die Arbeiter in Konkurrenz zueinander zu setzen, hat sich in den letzten Jahrzehnten rasch in einen soziopolitischen Prozess verwandelt, der unter dem Begriff „Remigration“ bekannt ist. Dieser Prozess, der sich zunächst in Westeuropa, insbesondere in Frankreich und Deutschland, entwickelte, sieht die Ausweisung durch Zwangsdeportation von einer Vielzahl Migranten der ersten, zweiten oder dritten

¹ Lenin, Werke Bd. 19, S. 447

² ebd. S.448

³ Lenin Werke, Bd.22, S.288

Generation in ihre „Herkunftsländer“ vor. Es handelt sich um eine gewaltsame Antwort des globalen Kapitalismus auf die systemischen Ungleichheiten und die von ihm selbst erzeugten Plagen.

Das Konzept der „Remigration“ taucht in seiner zeitgenössischen Version in den 1990er-Jahren im imperialistischen Frankreich innerhalb rechtsextremer Kreise auf. Diese verbreiteten es auch in den Banlieues, in denen seit Jahrzehnten einheimische Arbeiter und Einwanderer – meist der zweiten Generation und Nachkommen von Migranten aus den ehemaligen französischen Kolonien – zusammenlebten. Die von der französischen Bourgeoisie künstlich geschaffene Spaltung zwischen den Proletariern hatte zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Arbeitern geführt, die in den Unruhen in den Banlieues von 2005 gipfelten. In diesem Kontext kanalisierte sich der wachsende Hass auf Migranten, gestützt durch hetzerische Pressekampagnen und den Aufstieg fremdenfeindlicher Bewegungen, rasch in der rechtsextremen Partei Front National, die sich 2018 in Rassemblement National umbenannte. Flankiert wurde dies von der Theorie des „Großen Austauschs“, vorangetrieben von dem Autor Renaud Camus, einem Vertreter der White-Supremacy-Ideologie. Diese postuliert eine vermeintliche „Mutation“ Frankreichs infolge einer „Kolonisierung“ durch islamische Migranten aus dem Nahen Osten und Afrika. Der Aufstieg des Neofaschismus in Frankreich konkretisierte sich in den letzten Jahren zudem durch die Gründung der politischen Partei Reconquête, die einen Sitz im Europäischen Parlament erlangte.

Auf der Welle der wachsenden Fremdenfeindlichkeit und der steigenden Wahlerfolge der extremen Rechten war die Politik der französischen Regierungen in den letzten Jahren von einer Verschärfung gegenüber den Migrationsströmen geprägt. Einerseits wurden sogenannte „Rückkehrhilfen“ eingeführt, die finanzielle Anreize für diejenigen bieten, die das Land verlassen wollen, andererseits wurden immer restriktivere Maßnahmen ergriffen. Für den Familiennachzug sind beispielsweise nun 24 Monate Aufenthalt erforderlich, im Vergleich zu den 18 Monaten vor der Reform vom Dezember 2023. Während das imperialistische Frankreich einerseits ein bevorzugtes Ziel für afrikanische Migranten auf der Flucht vor der Verzweiflung bleibt, erleben wir andererseits Tag für Tag den geplanten Abriss des

französischen „Assimilationsmodells“, das auf der formalen Gleichheit aller Bürger – ob einheimisch oder eingewandert – vor dem Gesetz basierte.

In Deutschland werden die Tendenzen zur Rückführung von Migranten hauptsächlich von zwei rechtsextremen Gruppen getragen: der AfD unter Alice Weidel und Tino Chrupalla sowie der Identitären Bewegung Deutschland, dem Zwilling der gleichnamigen österreichischen Gruppe um Martin Sellner. Beide zeichnen sich durch die enthusiastische Befürwortung einer Politik der Massenausweisung von Asylbewerbern und „nicht assimilierten“ Staatsbürgern aus. Unter dem Slogan „Nur die Remigration kann Deutschland retten“ betreibt die AfD (die mit 29% laut neuesten Umfragen stärkste Partei ist) seit geraumer Zeit eine aggressive politische Propaganda. Diese erstreckt sich über weite Teile des Landes: von Potsdam, wo 2024 ein Treffen mit der Identitären Bewegung und anderen neonazistischen Gruppen zum Thema Migranten stattfand, bis nach Karlsruhe, wo sie im Januar 2025 Handzettel in Form von „Abschiebe-Tickets“ in die Briefkästen von Einwanderern werfen ließ.

Auf derselben Ebene lässt sich auch die fremdenfeindliche Kampagne mit der Parole „Remigration ungebeter Ausländer“ einordnen, die in Österreich von der FPÖ unter Herbert Kickl gestartet wurde. Gestützt auf die 29,2 %, die bei den letzten Parlamentswahlen erzielt wurden, droht er in naher Zukunft österreichischer Kanzler zu werden. Es ist kein Zufall, dass die „internationale“ Demonstration der extremen Rechten zum Thema Remigration und „Stopp der Islamisierung“ im vergangenen Sommer in Wien stattfand.

Trump und die Jagd auf Einwanderer

In den letzten Jahrzehnten war die Migrationspolitik in den USA angesichts der Massenankunft von Tausenden Einwanderern aus Mexiko und anderen lateinamerikanischen Ländern (sowie aus Asien, dem Nahen Osten und Westafrika) durch den Bau einer Grenzmauer („Mauer der Schande“) entlang der mexikanischen Grenze gekennzeichnet. Dieser Bau begann unter der Administration von George W. Bush Sr. im Jahr 1990 und wurde von den nachfolgenden Präsidenten (Clinton, George W. Bush Jr., Obama und Trump) fortgeführt. Heute, unter der zweiten Präsidentschaft Trumps, nimmt der

US-amerikanische Imperialismus zweifellos die Rolle des Anführers und der Speerspitze bei der Verfolgung einer immer reaktionärer, aggressiver und kriegstreiberischer Politik ein. Mit chauvinistischer Rhetorik und geprägt von plumpem Nationalismus hat Trump die sogenannte „amerikanische Strategie“ skizziert. Dabei handelt es sich um ein Bündel von Bestimmungen und Leitlinien, das sich einerseits durch Interventionismus – direkt oder indirekt – in allen internationalen Fragen auszeichnet, bei denen entscheidende Eigeninteressen auf dem Spiel stehen. Solche Aggressionen, Einmischungen und Operationen werden unter dem Deckmantel humanitärer Notlagen, nuklearer Bedrohung oder dem Kampf gegen den Drogenhandel maskiert. Andererseits richtet sich diese Strategie gegen sogenannte „Massenmigration“, die laut Trumps ausdrücklicher Erklärung eines der auszurottenden Hindernisse darstellen, um die Verteidigung der Grundrechte und Freiheiten der amerikanischen Bürger zu gewährleisten.

Unter dem falschen Vorwand die „innere Sicherheit“ voranzutreiben, ist die Remigration so zu einem Eckpfeiler der von Donald Trump in seiner zweiten Amtszeit geförderten Politik geworden und nahm im Laufe des Jahres 2025 konkrete Formen an. Sie beschränkt sich nicht auf die Deportation „irregulärer“ Einwanderer, sondern zielt auf eine Deportation in großem Maßstab ab, die auch Personen mit legalem Status, Flüchtlinge, Personen mit Schutzstatus oder solche, die als „nicht assimiliert“ gelten, einschließt. Parallel zur Remigration hat die Trump-Administration die Einwanderungsanträge aus verschiedenen Ländern ausgesetzt, die als „Hochrisikoländer“ eingestuft wurden. Die Massendeportation von Einwanderern ist somit zu einem Programm gigantischen Ausmaßes geworden. Trump hat versprochen, Millionen von Menschen (Schätzungen sprechen von 10 bis 20 Millionen) aus den USA auszuweisen.

Zur Verfolgung dieser Ziele hat die Trump-Administration die föderalen Kontrollbehörden weiter gestärkt, wie etwa die berüchtigte ICE (Immigration and Customs Enforcement). Diese hat sich zu einer bewaffneten Miliz rassistischen und faschistischen Charakters entwickelt, die in jedem Winkel des Landes von der Leine gelassen wird, um die repressiven und diskriminierenden Vorgaben der Bundesregierung umzusetzen. Sie nimmt täglich

Tausende Verhaftungen vor. Obwohl sie bereits unter der Biden-Präsidentschaft umfassend operierte, wurden die Befugnisse und Interventionsmöglichkeiten der ICE unter der zweiten Trump-Administration enorm ausgeweitet. Dies zeigte sich in mehreren Bundesstaaten, von Oregon bis Minnesota, wo die gewaltsame Kontrolltätigkeit ein Ausmaß an Brutalität erreichte, die im völlig ungerechtfertigten Mord an mehreren US-Bürgern durch ICE-Agenten gipfelte: Keith Porter in Los Angeles im Dezember 2025, Renée Nicole Good und Alex Jeffrey Prett in Minneapolis im Januar 2026. Gleichzeitig kam es zu einer drastischen Zunahme von Abschiebezentren für Migranten (von Aligator Alcatraz bis Guantanamo), wobei Familien ausgewiesener Einwanderer getrennt wurden. Die Strategie zielt darauf ab, ein Klima der Angst zu schaffen, das Einwanderer zur „Selbstdeportation“ treibt.

Die US-Exekutive verfolgt mit ihrer terroristischen Jagd auf Migranten politische Ziele: Sie will die Verantwortung für die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen, für Verarmung und Prekarisierung breiter Schichten der Arbeiterklasse auf die Migranten abwälzen. Es handelt sich um ein Manöver, das darauf abzielt, die arbeitenden Massen von den realen Problemen abzulenken und die Interessen der Finanzoligarchie zu sichern, die den Niedergang des US-Imperialismus dominiert. Trump verfolgt diese Ziele direkt, aggressiv und rücksichtslos gegenüber dem Leben der Bevölkerung sowie dem Schicksal von Millionen Migranten, Flüchtlingen und Proletariern, unter Verletzung des Völkerrechts, der Menschenrechte und der US-Verfassung selbst. Der massenhafte Widerstand, der sich in den Twin Cities (Minneapolis-Saint Paul) und anderen Städten der USA gegen die Vertreibungen durch ICE, für Solidarität und den Schutz von Migranten, gegen die Gewalt und Deportation von Einwanderern sowie nationalen Minderheiten und gegen die Korruption lokaler Behörden entwickelt hat, stellte einen wichtigen Moment des Kampfes dar, um die rassistische Politik der Trump-Administration zu stoppen. Auf der Grundlage dieser Erfahrung wird die Arbeiterbewegung zu höheren Phasen des Kampfes gegen kapitalistische und faschistische Unterdrückung übergehen können.

Die Migrationspolitik in Italien

Das „Modell Trump“ hat neofaschistische und chauvinistische Organisationen in Europa, und insbesondere in Italien, ermutigt. Diese haben begonnen, denselben Ansatz zu importieren, der sich nahtlos in die seit langem von der Bourgeoisie verfolgte Migrationspolitik einfügt. In den letzten Jahrzehnten hat das imperialistische Italien, um die durch die Massenmigration bedingten Widersprüche zu bewältigen, nach dem Vorbild anderer imperialistischer und kapitalistischer Mitgliedstaaten der „Festung Europa“ eine Politik der Eindämmung, Zurückweisung und Diskriminierung von Asylsuchenden eingeführt – beispielsweise durch die Strategie der „Externalisierung“ der Grenzen. Dies bedeutet, die Kontrolle der Grenzen und Migrationsströme außerhalb des eigenen Territoriums zu verlagern und an abhängige Länder zu delegieren. Es wurden Mechanismen zur fortschreitenden Delokalisierung von Kontrollen, Überwachung und Inhaftierung geschaffen, die den Polizeikräften und Milizen afrikanischer Regimes (wie Libyen, Tunesien, Niger) anvertraut werden. Diese haben die Aufgabe, Migranten – darunter viele Frauen und Kinder – an der Ankunft in Italien zu hindern, indem sie sie in einem immer größer werdenden Netz von Konzentrations- und Sammellagern festhalten, die nicht selten von Menschenhändlern betrieben werden. Das imperialistische Italien spielte im Prozess der Grenzexternalisierung eine tragende Rolle, mit der grundlegenden Zustimmung der europäischen Institutionen und der sie bildenden imperialistischen Staaten.

Mit dem Amtsantritt der Meloni-Regierung hat die Migrationspolitik noch reaktionärere Züge angenommen, angeheizt durch eine zügellose wie demagogische Propaganda über eine „Invasion“. Migranten werden zunehmend zu Sündenböcken für alle sozialen Übel gemacht, die dieselbe Regierung durch ihre Spar- und Kriegspolitik verschärft. Tag für Tag werden diese Sündenböcke auf die Titelseiten gezerrt und jeglicher Missetaten bezichtigt: Sie brächten Kriminalität, Drogen, Prostitution und Krankheiten. Sie werden als gravierende Gefahr dargestellt, die mit allen Mitteln zu beseitigen sei. Die von der Meloni-Regierung ergriffenen harten Maßnahmen im Bereich der Einwanderung umfassen: die Seeblockade unter Einsatz der Marine,

um Boote auf dem Mittelmeer abzufangen (Resultat: 600 tote Migranten in den ersten Monaten des Jahres); das Einfahrtsverbot in Territorialgewässer; das Vorgehen gegen NGOs, denen die Begünstigung illegaler Einwanderung vorgeworfen wird; Schnelabschiebungen und Zwangsrückführungen; internationale Abkommen mit Tunesien, Libyen sowie extraterritoriale Internierungslager außerhalb der EU (in Albanien); und eine Steuerung der legalen Einreisen, die strikt an den Bedarf an Arbeitskräften in bestimmten Sektoren (Erntehelfer, Pflegekräfte etc.) gekoppelt ist.

Das faschistische Projekt zur Remigration in Italien

In den letzten Monaten hat sich die politische Debatte über Einwanderung und Remigration weiter verschärft, geprägt durch das politische „Auftreten“ von General Roberto Vannacci, der der populistischen und fremdenfeindlichen Rechten militär-faschistischer Prägung angehört. Vannacci war anfangs mit der Lega von Matteo Salvini verbunden, deren stellvertretender Sekretär er wurde, trat später jedoch aus, um „Futuro Nazionale“ zu gründen – eine Partei von extrem chauvinistischem Schlag, die im Straßburger Parlament in derselben Fraktion wie die AfD sitzt. In einer italienischen Realität, die bereits von einer rechten, pro-zionistischen und den Diktaten der USA und der EU untergeordneten Regierung dominiert wird, stellt Vannaccis Eintritt in die politische Arena ein weiteres „Brecheisen“ dar, das von der imperialistischen Bourgeoisie genutzt wird, um die Einführung neuer repressiver Maßnahmen gegen Massenbewegungen, Arbeitsmigranten und das einheimische Proletariat zu beschleunigen. Die politische Auseinandersetzung über dieses Thema in Italien erfuhr eine weitere Beschleunigung und Polarisierung durch den Anfang 2026 vorgelegten Gesetzentwurf aus einer Volksinitiative namens „Remigration und Rückerobung“ (Remigrazione e Riconquista). Dieser Vorschlag ging aus einem Organisationskomitee hervor, das sich aus den Neofaschisten von CasaPound und drei weiteren nationalistischen und rechtsextremen Gruppierungen (Rete dei Patrioti, VFS und Brescia ai Bresciani) zusammensetzt. Er besteht aus 24 Artikeln, die nach Absicht der Initiatoren darauf abzielen, die irreguläre Einwanderung und die Ausbeutung ausländischer

Arbeiter zu bekämpfen. Der faschistische, fremdenfeindliche und rassistische Charakter dieser Bestimmungen, die sich in aggressiven, unmenschlichen und außerhalb jeglicher verfassungsmäßigen und internationalen Legitimität stehende Akte niederschlagen, zielt in Wahrheit weder auf Sicherheit noch auf den Kampf gegen die Ausbeutung von Migranten ab – für letzteres müsste man nämlich jene Unternehmen ins Visier nehmen, die durch die billigen Arbeitskräfte der eingewanderten Proletarier hohe Gewinne erzielen.

Der vorgelegte Text enthält Normen, die proletarische Familien treffen, durch immer strengere Vorschriften beim Familiennachzug, restriktivere Kontrollsysteme im Leben der Migranten, verschärfte Ausweisungs- und Abschiebeverfahren sowie eine stärkere Institutionalisierung der Abschiebehaftanstalten (CPR) – wahre Lager, in denen der „Aufenthalt“ der Migranten zu einer verlängerten Inhaftierung unter freiem Himmel wird. Das wahre Ziel der „Souveränisten“ der Meloni-Regierung, die das nationale Remigrationsprogramm unterstützen – unterstützt von der US-amerikanischen Rechten (wie aus Trumps Nationaler Sicherheitsstrategie hervorgeht) –, besteht darin, den Klassenkampf durch einen ethnischen Konflikt zu ersetzen. Sie rufen zu einem Bündnis zwischen italienischen Arbeitern und Chefs gegen alle Einwanderer auf, um eine noch stärker marginalisierte und erpressbare Arbeiterschaft zu schaffen, die sich intensiver ausbeuten lässt (in Italien stellen Einwanderer etwa 10,5 % der Erwerbsbevölkerung, was rund 4 Millionen Arbeitern entspricht). Dieses politische Ziel, das von den aggressivsten und chauvinistischsten Fraktionen der Industrie-, Agrar- und Finanzbourgeoisie verfolgt wird, sucht heute Massenkonsens in den durch kapitalistische Krisen und Monopolpolitik erdrückten und verarmten Mittelschichten, die ihren Groll auf die Migranten statt auf das herrschende Gesellschaftssystem projizieren. Der Gesetzentwurf hat die notwendigen Unterschriften für die Einreichung beim Kassationshof (der obersten gerichtlichen Instanz) gesammelt. Seine eventuelle Annahme wird nicht nur von der Unterstützung abhängen, die er innerhalb des bürgerlichen Blocks gewinnen kann, sondern vor allem von der Mobilisierung der proletarischen und populären Massen, die aufgerufen sind, gegen diese weitere autoritäre und rassistische Maßnahme zu kämpfen.

Die Migrantenfrage steht im Zentrum der Entwicklung des Klassenkampfes

Angesichts dieses gefährlichen Szenarios, das sich in den imperialistischen Ländern abzeichnet, muss lautstark erklärt werden: Das, was als bloßer Versuch zur Regulierung von Migrationsströmen dargestellt und mit dem „schmückenden“ Begriff „Remigration“ versehen wird, ist in Wirklichkeit ein Projekt der erzwungenen Massendeportation auf ethnischer, kultureller und sozialer Basis. Dieses Projekt muss mit allen den Proletariern und anderen Arbeitern aller Länder zur Verfügung stehenden Waffen bekämpft werden. Ein Projekt, das darauf abzielt, die Arbeiter zu spalten, sie erpressbar zu machen und die Ausbeutung der Arbeitskraft – sowohl der eingewanderten als auch der einheimischen – zu steigern. Die Frage der Verteidigung der eingewanderten Arbeiterinnen und Arbeiter ist eine der relevantesten Fragen unserer Zeit, die vollends in die Politik der proletarischen Einheitsfront sowie der antifaschistischen und antiimperialistischen Einheitsfront integriert werden muss.

Wenn Bosse und Regierungen zu jedem Mittel greifen, um die einheimischen Proletarier gegen die eingewanderten aufzubringen und Barrieren des Unverständnisses und Hasses zwischen ihnen zu errichten, ist es unsere Aufgabe, die Deckungsgleichheit der fundamentalen Interessen zwischen einheimischen und eingewanderten Arbeitern in den Vordergrund zu stellen und die schwächsten, erpressbarsten und ärmsten Sektionen des Proletariats zu verteidigen. Es ist unsere Pflicht, zum Kampf und zur Einheit der Migranten beizutragen, ihre Integration in die Kampforganisationen der einheimischen Arbeiter zu unterstützen sowie ihre Teilnahme am Klassenkampf der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter zu fördern. Dabei gilt es, eine würdevolle und die Rechte der Migranten respektierende Aufnahmepolitik, die Legalisierung sowie Entgeltgleichheit und Gleichberechtigung einzufordern, ebenso wie die Abschaffung rassistischer Gesetze und Maßnahmen gegen Migranten, der Abschiebezentren, der „Verwaltungshaft“ und anderer Teilforderungen.

Es gilt, Massenkampagnen zu starten, um die Verabschiedung rassistischer und diskriminierender Gesetzesentwürfe (wie in Italien) zu vereiteln, alle Formen der Repression in den imperialistischen

Staaten – beginnend mit den USA unter Trump – entschieden zu verurteilen und Unterstützungsnetzwerke für eingewanderte Arbeiter zu organisieren. Die Demonstrationen in der Toskana gegen die Provokationen des „Remigrationskomitees“ unter dem Ruf „Kein Platz für Faschisten“ und „Wir können sie stoppen“ waren ein wichtiges Kampfbeispiel, bei dem eingewanderte Arbeiter eine entscheidende Rolle spielten. Die Faschisten und die privaten faschistischen und rassistischen Milizen müssen aus unseren Städten vertrieben werden, nicht die Arbeiter aus anderen Ländern! Es gilt, die Entlarvung und Verurteilung des kapitalistischen und imperialistischen Systems auszuweiten, das die Verwüstung ganzer Länder verursacht und damit die Massene migration und die Flucht vor dem Elend von Millionen der „Verdammten dieser Erde“ begünstigt, die danach bis aufs Blut ausgebeutet, unterdrückt und in schandbare Haftzentren deportiert werden.

Die Mobilisierung gegen die Anti-Migranten-Politik muss im größtmöglichen Maßstab erfolgen, wie die großen Kämpfe zeigen, die sich in den Vereinigten Staaten selbst entwickelt haben. Dabei muss der Kampf gegen die Remigration mit dem Kampf gegen die Kriegsgefahren und den aufkeimenden Faschismus in verschiedenen Ländern verknüpft und beide in den allgemeineren Kampf für eine neue Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Rassismus und ohne Raubkriege eingebettet werden. Auf ideologischer Ebene ist es unsere Aufgabe, gegen den Chauvinismus anzukämpfen und die Arbeiter sowie die ausgebeuteten und unterdrückten arbeitenden Massen im Geiste des proletarischen Internationalismus und der internationalen Solidarität der Arbeiter und Völker zu erziehen.

ORGANISATION FÜR DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI DES PROLETARIATS

KOLUMBIEN

Bewertung der Regierung von Gustavo Petro und Perspektiven

Wenige Monate vor dem Ende seiner vierjährigen Präsidentschaftsperiode bestätigen die Fakten – entgegen dem, was der Algorithmus in den sozialen Medien und die Mainstream-Medien suggerieren – neben der Inkonsistenz der sogenannten “Regierung des Wandels” ihr offenes und klares Engagement für die mächtigen bürgerlichen Eliten (darunter aufstrebende Sektoren, die einen Platz im Kampf um die Hegemonie innerhalb der bürgerlichen Macht suchen). Angesichts des Scheiterns und der Ablehnung der in mehr als 60 Jahren politischer Gewalt umgesetzten Politik setzen sie darauf, ihre Krise einzudämmen, sich zu erneuern, sich der nationalen und internationalen Öffentlichkeit anzubieten und zu versuchen, das Vertrauen und die Autorität eines wirtschaftlichen und politischen Systems wie dem vorherrschenden wiederzugewinnen. Es liegt aber im Sterben und hat durch all die Korruption, Ungerechtigkeit und antidemokratischen Handlungen, die aus allen seinen Poren quillt, an Glaubwürdigkeit verloren. Das Glücksspiel der kolumbianischen Oligarchie ist schwierig und ziemlich riskant, wobei ein Sieg über den Gegner nichts anderes bedeutet, als vor ihm

niederzuknien und den Wunsch des kolumbianischen Volkes nach Wohlstand und Freiheit zu besiegen. Andererseits würde die Niederlage der Oligarchie den Zusammenbruch und die Zerstörung ihres wirtschaftlichen und sozialen Systems bedeuten. Gegenwärtig zeigen die Kämpfe, die ausgetragen werden, eine tödlich verwundete Oligarchie, die mehrere Karten spielt und versucht, ihren Totenkampf hinauszuzögern. Manchmal werden solche Karten gespielt, die versuchen, das Herz, den Verstand und die Hoffnungen der Massen und Kräfte zu überzeugen und zu gewinnen, die den Wandel fördern, indem sie konkret zur Zusammenarbeit, zur Vereinbarung, zur gemeinsamen Arbeit für die Erreichung eines humaneren und prosperierenderen Kapitalismus aufrufen. Zu anderen Zeiten sind die gespielten Karten keine anderen als Gewalt, das Verschwinden und/oder die Beseitigung des Gegners. In Kolumbien sind die Kombination von Zuckerbrot und Peitsche Strategien, die im Bestreben der Bourgeoisie gefördert und eng miteinander verbunden sind, ihre Profite und Vorteile auszuweiten sowie ihr wirtschaftliches und politisches System zu relegitimieren.

In Kolumbien werden aus verschiedenen Perspektiven kontinuierlich alle möglichen Diskurse wiederholt, die zur Stärkung der partizipativen Demokratie und zum Engagement der Gemeinschaften für die institutionelle Ordnung aufrufen. Allerdings zeigen der Anachronismus und die Antidemokratie, die das aktuelle kolumbianische politische System charakterisieren, die großen Hindernisse, die die Volksmehrheit überwinden muss, um ein höheres Maß an Wohlstand, Gleichheit, sozialer Gerechtigkeit und politischer Freiheit zu erreichen.

Zurück zum Fall Gustavo Petro und der sogenannten "Regierung des Wandels": Ein erster Aspekt, der betont werden muss, ist, dass die Errungenschaften dieser Regierung ein beispielloses historisches Ereignis mit großen politischen Auswirkungen zeigen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Republik einigten sich die organisierten und mobilisierten Massen, angeführt von einer Gruppe von Kräften aus dem Volks-, demokratischen und linken Lager, auf ein demokratisches Programm, wählten einen Präsidenten der Republik und machten sich daran, wichtige demokratische Reformen zu erreichen.

Der zweite Aspekt, der betont werden muss, ist, dass der sozialdemokratische Geist von Gustavo Petro und seine beharrlichen Aufrufe, für einen humaneren Kapitalismus und eine nationale Vereinbarung zu arbeiten, die die Verfassung von 1991 weiterentwickelt, intelligent vom Imperialismus und der Oligarchie ausgenutzt und kapitalisiert wurde. Einerseits, um diesen Schrei der aufgewühlten Volksmassen nach Wandel in andere Kanäle zu lenken. Andererseits, um die demokratischen Reformen zu blockieren, für die das kolumbianische Volk seit mehreren Jahren kämpft.

Ein dritter Aspekt ist, dass die Sozialdemokratie eine nützliche Karte war, die es der Oligarchie erlaubt hat, wieder von Stabilität und Wirtschaftswachstum, von der Wiedererlangung des Friedens, der Sicherheit und der politischen Ordnung sowie von Reformen des aktuellen wirtschaftlichen und politischen Systems zu sprechen. Allerdings wurde ihr Ziel, den sozialen Kampf einzudämmen und die soziale Bewegung zu zwingen, auf ihre Veränderungsvorschläge zu verzichten, nicht erreicht; die soziale Konflikt geht weiter und der Klassenkampf wächst, die soziale Konfrontation auf den Straßen setzt sich fort und zeigt interessante Tendenzen in der sozialen Mobilisierung.

Ein vierter Aspekt, den wir betonen möchten, ist das Schwanken der Sozialdemokratie, ihre Meinungsschwenks und die Inkonsequenz, die sie gezeigt hat. Die Instabilität und Unsicherheit ihres politischen Handelns, entlarvt sie jeden Tag als eine Kraft, die mit demokratischem Wandel und Reformen unvereinbar ist; sie ist eine Kraft, die offen mit der Verteidigung des Status quo, der neoliberalen Politik und der Theorie der nationalen Sicherheit und des inneren Feindes zusammenarbeitet, und die die Politik und Maßnahmen der Befriedung im Land getragen haben. Dieses Verhalten der sozialdemokratischen Führer, das sich negativ auf ihre Führung auswirkt, zeigt, dass die in der Gegenwart erzielten politischen Erfolge nicht von Dauer sein werden. Wenn wir nun berücksichtigen, dass viele von ihnen in Unterschlagung und Korruption verwickelt waren, können wir darauf hinweisen, dass ihre Zukunft nicht vielversprechend ist.

Ausgehend von diesen Merkmalen der kolumbianischen politischen Situation möchten wir durch die folgenden Bewertungen dieser Regierung betonen, dass neben der Nichtanwendung struktureller Maßnahmen zur Eindämmung der schweren wirtschaftlichen und sozialen Verschlechterung des Landes die Kapitulation und die ständigen Verletzungen der nationalen Souveränität Probleme sind, die die Regierung von Gustavo Petro zutiefst betreffen, ihre Inkonsequenz mit dem im Juni 2022 erteilten Volksmandat zeigen und die Legitimität schmälern, mit der die Regierung von Gustavo Petro begann.

In administrativen Angelegenheiten überwog die Ineffizienz und Instabilität eines Regierungsteams aus Technokraten der traditionellen Parteien

Der Präsident war nicht in der Lage, ein stabiles Regierungsteam zu bilden, denn bis heute hat er bei einem Kabinett aus 19 Ministern 62 Ressortchefs und eine ähnlich hohe Anzahl von Vizeministern und Leitern nationaler Behörden ausgewechselt – eine hohe Rate politischer Veränderung, die dazu dient, seine goldene Regel des Regierens anzuwenden: nämlich „die nationale Vereinbarung“, die Transaktionen und Pakte mit traditionellen politischen Kräften beinhaltet. Es sollte angemerkt werden, dass die in einigen jüngsten Umfragen gezeigten Zustimmungswerte zur Petro-Regierung die Auswirkung

gen unmittelbarer Maßnahmen wie der signifikanten Erhöhung des Mindestlohns widerspiegeln und nicht eine allgemeine Bilanz ihrer Entscheidungen.

Demokratischer Wandel steht noch aus und bleibt eine große Herausforderung

Unter den Fakten, die Umfragen nicht zeigen, betonen wir die Überschuldung und die disziplinierte Zahlung der Auslandsschulden durch diese Regierung; das große Haushaltsdefizit, das aus der übermäßigen Verschuldung resultiert, mit Maßnahmen wie der massiven Ausgabe von Staatsanleihen unter Nutzung des wirtschaftlichen Notstands und der Erhöhung des Kriegsbudgets. Korruption ist eine offene Ader im allgemeinen Haushalt der Nation mit äußerst skandalösen Ereignissen wie denen in der Nationalen Einheit für Katastrophenrisikomanagement (UNGRD), wo laut Ermittlungen das verlorene Geld anderthalb Milliarden Pesos übersteigt, was bereits zwei wichtige ehemalige Minister (Inneres und Finanzen) hinter Gitter brachte. Dazu kommt Korruption im FOMAG, dem millionenschweren Sozialfonds für Lehrer, der mit Bürokratie überschwemmt wurde und keine Erfolge vorzuweisen hat. Weiter nennen wir die fehlende Kontrolle bei Steuerhinterziehung und -vermeidung sowie Schmuggel; die übertriebene Bürokratie bei der Strukturierung des neuen Ministeriums für Gleichstellung und anderer Bereiche der Exekutive sowie die Verringerung der nationalen Einnahmen.

Hinzu kommt das chaotische Handeln zur Verhinderung des Zusammenbruchs des Gesundheitssystems, die schlechten Ergebnisse in Bildung, Wohnungsbau, Transport und insbesondere die Ineffektivität bei der Eindämmung der Plünderung des Einkommens der Menschen durch die Kosten der öffentlichen Dienstleistungen sowie bei der Minimierung der Auswirkungen, die Trumps neue Zölle auf die nationale Wirtschaft haben, die offenen Auflagen des US-Imperialismus gegenüber einem abhängigen Land wie Kolumbien, bei denen die fehlende Reaktion oder Manövrierfähigkeit dieser Regierung gegenüber dem Yankee-Imperialismus sichtbar wird. Die häufigen Verweise der Regierung auf die Unterstützung der OECD für ihre Wirtschaftsführung haben die Debatte über die besorgniserregenden Daten zum Dezember 2025 verdunkelt: die drängenden

Gesundheitsprobleme, bei denen das System mit einem prognostizierten Defizit von 20 Milliarden Dollar und kumulierten Betriebsverlusten von 7,3 Milliarden Dollar endete; eine angesammelte Staatsschuld gegenüber dem Elektrizitätssektor von 9,2 Milliarden Dollar laut dem Intergewerkschaftlichen Energiekomitee; eine Inflationsrate von 5,2%, über dem Ziel von 3%; wachsende informelle Arbeitskräfte (55,7%); die hohe Auslandsverschuldung (246,801 Milliarden US-Dollar, 53,8% des BIP); der unausweichliche Anstieg des Haushaltsdefizits (117,8 Milliarden Dollar, 6,4% des BIP). Darüber hinaus gibt es einen DIAN-Portfoliobericht [Nationale Direktion für Steuern und Zoll] von 50,91 Milliarden Dollar, die ausstehenden Steuern und Einnahmen entsprechen, von denen 16,6 Milliarden Dollar als schwer einzutreiben eingestuft wurden. Dies ist weit entfernt vom Nationalen Entwicklungsplan, der nach der Ausrufung von „verbindlichen Dialogen“ als Form der Bürgerbeteiligung genehmigt wurde, der zwar weitgehend akzeptiert, aber von der Regierung kaum aufgegriffen wurde.

Die Politik der Regierung von Gustavo Petro und die neuen Fakten zeigen die wirtschaftliche Dynamik mit klaren Anzeichen einer Rezession und die Politik einer Welt, die von der Verzweiflung der Yankees angesichts ihrer klaren Anzeichen eines allgemeinen Niedergangs geprägt ist. Dies wurde bereits am Samstag, dem 28. März, auf den Straßen von acht Millionen Demonstranten gesehen, die „KEINE KÖNIGE“ riefen. Sie deuten auf eine starke Vertiefung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise im Land hin, die sich in den Streikaufrufen der Lehrer, der Gemeinden kleiner und mittlerer Bergleute, der afro-kolumbianischen Gemeinschaften, der Arbeiter des öffentlichen Dienstleistungssektors und Teilen der Jugend abzuzeichnen beginnt. Das sind soziale und politische Ereignisse, die über die Wahlergebnisse hinaus die großen Diskussionen über die Politik und das Management der Regierung zeigen, zusätzlich zu dem sich verändernden Umfeld und der Neuordnung auf internationaler Ebene, der schwierigen Situation der Ungleichheit und der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ausgrenzung, unter der Kolumbien leidet.

Die wirtschaftlichen Aussichten für Kolumbien bis 2026 sind nicht ermutigend; die negativen Auswirkungen auf die kolumbianische Wirtschaft des Krieges im Nahen Osten, der mit den Angriffen Israels

und der Vereinigten Staaten auf den Iran wieder aufgenommen wurde, sind verheerend. Der in die Höhe schießende Ölpreis, der bereits 110 Dollar pro Barrel übersteigt, wirkt sich negativ auf Sektoren der kolumbianischen Wirtschaft aus, wie Transport, Landwirtschaft, Lebensmittelpreise und andere wirtschaftliche Kennziffern, was die Inflation erhöhen und das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen wird. Die in den ersten Monaten 2026 verzeichneten Daten belegen dies.

Die kolumbianische Wirtschaft startete das Jahr mit einem leichten Wachstum von 1,5% laut DANE [Nationales Administratives Amt für Statistik], angetrieben hauptsächlich vom Dienstleistungssektor, während andere produktive Zweige wie Industrie und Bauwesen negative Ergebnisse zeigten. Der Agrar- und Viehzuchtsektor begann 2026 mit Anzeichen einer Verlangsamung und einem Umfeld, das von der Kältewelle im Winter geprägt war, mit 55 Notfällen zwischen Ende Januar und Anfang Februar. Dies zwang die Regierung, einen wirtschaftlichen Notstand auszurufen, um sich um die Opfer zu kümmern; aber dies war nicht genug, da das investierte Geld unzureichend war, um die Katastrophen und die angehäuften Sozialschuld zu bewältigen.

Zu diesen wirtschaftlichen Zahlen müssen die Zugeständnisse hinzugefügt werden, die die Regierung von Gustavo Petro dem Yankee-Imperialismus gemacht hat: die Cauca-Mission, eine militärische Strategie, die mit einigen sozialen Projekten getarnt ist, um den Krieg gegen den Drogenhandel im Departement Cauca zu gewinnen. Diese zielt darauf ab, eine neue US-Militärbasis zu installieren (im Corregimiento del Plateado – Gemeinde Argelia-Cauca) und die Kontrolle über das Territorium an die USA zu übergeben. Es gibt auch den Plan Vida, der als gemeinsamer Plan zwischen der US-Regierung und Kolumbien beworben wird, eine neue Version des Plan Colombia. Es gibt auch die gemeinsamen Militärübungen im Pazifik, mit der Vereinbarung, zwei weitere Militärbasen in Kolumbien zu installieren, eine im Amazonasgebiet und die andere auf der Insel Gorgona, wo bereits Bauarbeiten und der Aufbau Kommunikationsnetzen voranschreiten und den Status der Insel als „ökologisches Heiligtum“ ernsthaft gefährden.

Einige der Ergebnisse des Trump-Petro-Treffens, das am 3. Februar 2026 in Washington stattfand, sind

ebenfalls klar, angeblich um die verbale Konfrontation zwischen den beiden Führern zu entschärfen. Die Wahrheit ist, dass die Zugeständnisse an den Yankee-Imperialismus angesichts der Verpflichtungen der kolumbianischen Regierung, zur Begasung mit Glyphosat zurückzukehren, unter Verletzung von Entscheidungen des Verfassungsgerichts und ungeachtet der Krankheiten und aller negativen Auswirkungen dieses Herbizids auf die Bevölkerung, das Territorium, die Gewässer und die Natur, fortgesetzt wurden. Die demokratischen Elemente der Politik der Kultursubstitution traten in den Hintergrund; wahllose Bombardierungen wurden fortgesetzt, wie jene, die im Oktober und November 2025 in Guaviare stattfanden und zur Tötung von Kindern und Jugendlichen führten; die Entwicklung gemeinsamer Operationen gegen den Aufstand an den Grenzen zu Venezuela, die sich von der politischen Behandlung des bewaffneten Konflikts auf der Suche nach einer Lösung entfernen, die auf der Idee des Friedens mit sozialer Gerechtigkeit basiert. Alle diese Aktionen stellen neben den Auflagen des US-Imperialismus eine Kapitulation und Verletzung der nationalen Souveränität, der politischen Unabhängigkeit und der Selbstbestimmung der Völker dar.

Nicht weniger wichtig ist der Wandel der Petro-Regierung in ihrer internationalen Haltung zum Nahen Osten; nachdem sie korrekterweise die Beziehungen zu Israel wegen des Völkermords in Gaza abgebrochen hatte, verurteilte sie bei der jüngsten Abstimmung bei den Vereinten Nationen den Iran „wegen seines Angriffs auf arabische Länder“. Dabei enthält die UN-Resolution keine Ablehnung der militärischen Aggression der Vereinigten Staaten und Israels gegen den Iran.

Wir stimmen mit den demokratischen und linken Sektoren überein, die darauf hinweisen, dass diese von der Regierung betriebene Politik dem Volksmandat widersprechen, das im Regierungsprogramm 2022-2026 enthalten ist, mit dem Präsident Gustavo Petro in einem klaren Wahlsieg mit mehr als 11 Millionen Stimmen gewählt wurde.

Der kolumbianische Wahlprozess

In einem Kontext, der von der Zersplitterung und starken Ausrichtung und ideologischen Neuausrichtung der politischen Kräfte geprägt ist, hat der kolumbianische Wahlprozess nicht aufgehört, den

Anachronismus der Normen, die ihn regeln, sowie seinen antidemokratischen Charakter zu zeigen.

Allerdings wird die kolumbianische politische Landschaft jeden Tag komplexer angesichts der großen Meinungsverschiedenheiten in wirtschaftlichen, politischen und militärischen Angelegenheiten. Einerseits betonen wir das starke Interesse des US-Imperialismus, sich in die kolumbianischen Wahlen einzumischen, wie er es in anderen Ländern getan hat, um seine Dominanz zu konsolidieren und das Land zu einer starken Säule seiner expansionistischen und neokolonialen Politik in Lateinamerika zu machen. Andererseits der starke Versuch der Oligarchie und ihrer Eliten, die Regierung zurückzugewinnen, die durch den Volksimpuls verloren ging, der durch die Bürgerstreiks von 2019 und die 45 Tage des Volksaufstands im April 2021 entstanden war. Dies spiegelte sich im Wahlergebnis vom Juni 2022 wider, bei dem Gustavo Petro mit Unterstützung einer demokratischen, Volks- und linken Wahlvereinbarung namens "Historischer Pakt" zum Präsidenten gewählt wurde. Dieser wurde nun angegriffen, um ihn in eine „Einheitspartei“ zu verwandeln, die die breite vereinte Front, die sie bildete, zerbrach. Das andere Merkmal ist der starke Kampf um die Kontrolle der Politik, die in Kolumbien umgesetzt wird.

Das Panorama wird durch das verwirrende Umfeld kompliziert, in dem die politische Debatte im Land stattfindet, sowie durch die politische Gewalt, die den kolumbianischen Konflikt charakterisiert hat. Es muss gesagt werden, dass die Ermordungen von Volksführern, Politikern, demobilisierten Guerilleros und Menschenrechtsverteidigern weiterhin anhalten. Verschwinden und politische Drohungen in den verschiedenen Regionen des Landes haben nicht aufgehört.

Ein weiteres Thema ist die Politikausübung, die in Kolumbien stattgefunden hat und die eine andere Einstellung und Art der Beziehung zur Wählerschaft durch die Mehrheit der politischen Kräfte zeigt. Damit muss auf die großen Investitionen hingewiesen werden, die über Vetternwirtschaft und politische Einrichtungen getätigt werden, um die Stimmen der Kolumbianer zu gewinnen. Es gibt die akzentuierte politische Werbung, die die verschiedenen Kandidaten als Bestseller in der kolumbianischen Politik formt und verkauft; die Bedeutung der virtuellen und sozialen Netzwerke in der Ent-

wicklung der Politik; die Förderung von Narrativen, die die Realität verfälschen und verzerrte, dogmatische, personalistisch-messianische und emotionale Gedanken betonen, denen es an Objektivität fehlt; Bemühungen, die politische Debatte zu trüben und/oder sie durch Pseudokommunikation zu ersetzen. Das wirkt sich nicht sehr positiv aus, weil politische Entscheidungen von Emotionen und Impulsen geleitet werden. Der Populismus und Pragmatismus, der in den Reden herrscht, die taktische Stimme und der Kauf und Verkauf von Stimmen überwiegen. Sie sind auch starke Tendenzen und Merkmale, die das Handeln der meisten politischen Kräfte in dieser Wahlzeit charakterisieren.

Was die Ergebnisse betrifft, stellen wir den starken Verfall sowie die schwache Führung der bürgerlichen Parteien fest. Sie stellen keine Präsidentschaftskandidaten in ihrem Namen auf. Sie knien weiterhin vor dem Yankee-Imperialismus und jetzt vor Trumps Plänen, obwohl sie sich als unabhängige politische Akteure zeigen wollen, losgelöst von dem Druck Washingtons. Da vermeiden sie, den zu untersucht und abzulehnen. Bei den Kongresswahlen am 8. März wurden die Diktate des US-Imperialismus an die kolumbianische Oligarchie in ihren verschiedenen Fraktionen sichtbar. Sie finanzierten, vorbereiteten und führten einen Betrug großen Ausmaßes durch, der darauf abzielte, ihre rechten Mehrheiten im Kongress der Republik zu erweitern. Man muss betonen, dass das Wahlergebnis nicht das einzige Maß für das Kräfteverhältnis im Kampf zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern ist; dies ist nur eine der Formen des politischen Kampfes.

Die demokratischen und linken Sektoren zeigten einen Zuwachs an Sitzen, der weit von dem Sprung in der Anzahl entfernt ist, der von der Präsidentschaft proklamiert wurde. Daher hat die Debatte über die Notwendigkeit begonnen, eine Nationale Verfassunggebende Versammlung demokratischen Volkscharakters als Kampfinstrument einzuberufen, um das Kräfteverhältnis in diesem Bereich zu ändern.

Was die Mehrparteienkonsultationen betrifft, die gleichzeitig durchgeführt wurden, um die Präsidentschaftskandidaturen zu bestimmen, scheuten mehrere oligarchische Sektoren, die die Stärkung des Investorenvertrauens, der demokratischen Sicherheit und des Korporatismus forderten, nicht davor zurück, Betrug bei der Konsultation der pro-Urbe-Rechten anzuwenden. Dies ermöglichte den Sieg

der aktuellen Senatorin des Centro Democrático, Paloma Valencia, die nun klar als die Präsidentschaftskandidatin erscheint, die der Favorit der Trump-Regierung ist. Dies ist auf die überraschenden mehr als fünf Millionen Stimmen zurückzuführen, die ihr eine vorteilhafte Position verschafft haben. In der öffentlichen Vorstellung erscheint sie damit als aussichtsreiche Kandidatin, ihre politische Arbeit fortzusetzen, während Umfragen sie im Aufwind sehen und ihre Konkurrenten stagnieren oder an Unterstützung verlieren.

Die Volks-, demokratischen und linken Sektoren setzen ihre Kampfbereitschaft fort

Im laufenden Wahlprozess stellen wir auch die Stärkung verschiedener Kampfformen und der Massenmobilisierung fest, ein Zeichen der wachsenden Unzufriedenheit und Ablehnung, die unter den verschiedenen Teilen des Volkes vorherrschen. Das angesichts der neoliberalen Politik, die vom System auferlegt und noch nicht von der Regierung von Gustavo Petro beseitigt wurde, die trotz der starken Aufrufe aufsteigender Sektoren und Volkskräfte nicht in der Lage war, sich von imperialistischen Auflagen, Günstlingswirtschaft, Korruption und der fehlerhaften Politik der nationalen Vereinbarung mit den oligarchischen Sektoren zu befreien. Inmitten der Komplexität der kolumbianischen politischen Landschaft betonen wir, dass die Volks-, demokratischen und linken Sektoren ihre Kampfbereitschaft für demokratischen Wandel und die Erringung struktureller Reformen des wirtschaftlichen und politischen Modells des Landes aufrechterhalten, die Wohlstand, politische Freiheit und soziale Gerechtigkeit für die Mehrheit des kolumbianischen Volkes ermöglichen würden. Als Gegentrend zum Obigen muss auch die Offensive der Sozialdemokratie und des Opportunismus erwähnt werden, um soziale Organisationen zu vereinnahmen und die Kontrolle über sie zu erlangen, indem sie ihnen Konsens, Günstlingswirtschaft und Versöhnung als Werte und Hauptrichtungen des Handelns aufzwingen und einer Praxis der extrem eingeschränkten sozialen Mobilisierung. In vielen Fällen wird sie von der Regierung für ihre Manöver und Gruppenziele genutzt, wie es mit dem gescheiterten Aufruf zur Einberufung des Volksreferendums und den Verschiebungen des

Aufrufs zu einer Nationalen Verfassungsgebenden Versammlung geschah. Angesichts der Fortschritte und Errungenschaften, die in verschiedenen sozialen Sektoren erzielt wurden, sind wir weiterhin der Ansicht, dass die Arbeit der Sozialdemokratie und des Opportunismus mit großer Entschlossenheit bekämpft werden muss, weil sie ein Hindernis für die weitere Entwicklung der Volksbewegung darstellt.

Wir werden daher weiterhin darauf bestehen, dass der beste Weg, der Sozialdemokratie und dem Opportunismus entgegenzutreten, darin besteht, den sozialen Kampf zu stärken, der heute in den verschiedenen Kampfformen zu sehen ist, in Mobilisierungen, Streiks, sektoralen, regionalen und nationalen Protesten. Die Erfahrung zeigt, dass im Allgemeinen das beste Gegenmittel gegen Opportunismus die Stärkung der Organisation und des Kampfes des Volkes ist, in unserem Fall die Stärkung der Antworten des Volkes auf die wirtschaftliche und politische Krise, auf die Vertiefung der Abhängigkeit, auf die kapitalistische Herrschaft und Ausbeutung, auf das Wachstum von Armut und sozialer Ungleichheit.

Wir betonen die Komplexität der Situation und berücksichtigen, dass die Manöver der Bourgeoisie zur Wiedererlangung der Regierung jeden Tag größer werden. Die Revolutionäre, die gesamte Linke und die demokratischen Sektoren müssen sich den großen und unzähligen Herausforderungen stellen, die die Vertiefung des Kampfes gegen die Kriegsgefahr und die vom Imperialismus und den verschiedenen Fraktionen der lakaienhaften Oligarchie geförderte Faschisierung beinhalten. Sie müssen auch die nationale Souveränität verteidigen und bessere Lebensbedingungen für die ausgegrenzte Mehrheit erreichen.

Die große Herausforderung besteht darin, auf die Einheit des Volkes, auf eine möglichst breite Einheit hinzuarbeiten, eine Einheit, die die Interessen und Bestrebungen der Frauen, der Jugend, der Arbeiter, der Bauernschaft und allgemein der breitesten und vielfältigen Teile des Volkes verteidigt. Wir haben die Aufgabe, auf die Bildung einer großen Volksfront hinzuarbeiten, die für eine Republik und eine demokratische Regierung kämpft, die die nationale Souveränität verteidigt und die strukturellen Veränderungen vornimmt, die sich die ausgegrenzte Mehrheit des Landes wünscht.

Diese große Aufgabe anzunehmen, impliziert und erfordert, mit Entschlossenheit und Enthusiasmus für die Einheit und politische Stärkung aller Kräfte des Volklagers, der Linken und der demokratischen Sektoren zu arbeiten und zu versuchen, dem Uribismus und der gesamten pro-Trump-Rechten bei diesen Präsidentschaftswahlen eine schwere Niederlage zuzufügen. Diese letztere Kraft, die eine große Gefahr für die demokratischen Bestrebungen des Volkes darstellt, hat sich erneuert und versucht, ihr Wiederaufleben bei den Wahlen am 8. März zu stärken und es zu übertreffen, bis sie den Sieg bei den Präsidentschaftswahlen erringt. Der Betrug, die Demagogie und die Manipulation der Wählerschaft, indem sie sich als „Zentrums“-Kraft präsentiert, ist bei der pro-Uribe-Präsidentschaftskandidatin Paloma Valencia und ihrem Vizepräsidenten in Sicht, der auch ein Neoliberaler ist, der ehemalige Direktor von DANE, Juan Daniel Oviedo, der sich nun fälschlicherweise als Kritiker des Uribismus ausgibt.

Wir müssen berücksichtigen, dass der Fortschritt der demokratischen, linken und revolutionären Sektoren, der bei den Wahlen am 8. März erzielt wurde, als ein neuer Kongress der Republik gewählt wurde, nicht ausreicht. Während der Historische Pakt seine parlamentarische Vertretung erweiterte, behielt die Grüne Allianz ihre Vertretung nicht bei und die Partei Comunes verlor 10 Abgeordnete, indem sie aufhörte, am sogenannten Havanna-Abkommen teilzunehmen. So wird der neue Kongress der Republik weiterhin mehrheitlich rechts sein, und die neu gewählte Legislative wird weiterhin ein Hindernis für die Annahme demokratischer Reformen sein, die von der Mehrheit des Volkes bei den Präsidentschaftswahlen am 31. Mai und im Juni im Falle einer zweiten Runde gefordert werden.

Eine Vereinbarung der Volks- und demokratischen Einheit ist unerlässlich

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist als taktisches Element eine umfassende Vereinbarung der programmatischen Einheit der demokratischen und linken Kräfte unerlässlich, um die Präsidentschaft zu gewinnen, beginnend mit der Mobilisierung von unten, von der Volksbasis, von Parolen und Aufträgen in Bezug auf Arbeit, Gesundheit, Bil-

dung, Beschäftigung, Renten, Agrarreform, öffentliche Dienstleistungen, Wohnungsbau, Frauen, Jugend, Menschenrechte und Sicherheit der Volkssektoren, der schwarzen und indigenen Völker und der Territorien. Kurz gesagt, es muss eine ernsthafte und klare Abgrenzung vom politischen, wirtschaftlichen und sozialen Modell (Neoliberalismus) geben, das in unserem Land seit mehr als drei Jahrzehnten vorherrscht, mit Blut und Feuer umgesetzt wurde und Arbeitslosigkeit, Armut, Elend, soziale Ungleichheit und Krieg gegen das Volk schafft.

Nur so wird es möglich sein, sich um ein Programm zu vereinen, das die Hauptforderungen der ausgebeuteten Mehrheiten zusammenführt, die Bildung einer großen Breiten Politischen Massenfront sicherstellt, die antioligarchisch, antifaschistisch und antiimperialistisch ist und auf die Gewinnung der demokratischen Regierung hinarbeitet, nach der sich die Volksmassen sehnen.

Ein großer Schritt vorwärts für diese Breite Politische Massenfront beinhaltet die Forderung nach einer neuen Verfassung sowie die Bildung einer Nationalen Verfassungsgebenden Versammlung demokratischen Volkscharakters, die neben der Abschaffung des Neoliberalismus die Öffnung des Landes für die volle Ausübung der politischen Freiheiten und der wirtschaftlichen und sozialen Rechte des Volkes festlegt.

Die revolutionären, demokratischen und linken Kräfte haben die große Herausforderung, sich von unten, an der Basis, mit und aus den Volks- und demokratischen Kräften und Organisationen auf einen einzigen Kandidaten zu einigen, der ein Programm mit der breitesten Volksunterstützung schaffen und uns zum Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 2026 führen kann.

All das Obige erfordert die Erhöhung des politischen und organisatorischen Niveaus der Massen mit einer Vision, die Macht zu ergreifen. Die Volksversammlungen, Gewerkschaften, die Widerstand leisten, Stadträte, Versammlungen und andere organisatorische Formen, die berücksichtigt werden müssen, müssen sich demokratisch koordinieren und ihre Forderungen inmitten der Protesttage und Streiks präsentieren, die von den verschiedenen sozialen, ethnischen und Volkssektoren vorangetragen werden.

Als Partei werden wir weiterhin in den vordersten Reihen für die Einheit des Volkes stehen

Unsere Partei hat immer dafür gekämpft, eine wahrhaft demokratische Regierung zu erreichen, die die Rechte und Freiheiten des kolumbianischen Volkes garantiert, für eine demokratische, freie, souveräne und unabhängige Heimat, die eine Republik fördert, die die freie Teilnahme von Regionen, Nationalitäten und Völkern für eine demokratische föderale Ordnung verteidigt und gegen den von der Oligarchie auferlegten Zentralismus, der die Forderungen der Regionen und der ethnischen Gemeinschaften erstickt. Diese Republik muss sich der Stärkung der Bürger- und Volksbeteiligung an der Verteidigung und dem Schicksal der Nation verpflichtet fühlen. Jetzt, mehr denn je, werden wir hart arbeiten, um die Einheit des Volkes zu erreichen und die Oligarchie und die pro-Trump-Rechte bei diesen Präsidentschaftswahlen zu besiegen.

Als Partei sind wir definitiv dem Erreichen der Neuen Republik verpflichtet; dafür werden wir kämpfen und alle möglichen Anstrengungen unternehmen, um im Rahmen der breitesten Einheit und des Kampfes des Volkes eine Regierung zu erreichen, die die demokratischen Wünsche der Arbeiter, der Jugend, der Frauen, der Bauern, der afro-kolumbianischen Menschen und der indigenen Kolumbianer Wirklichkeit werden lässt.

Für eine Demokratische und Nationale Verfassunggebende Volksversammlung!

Hochhalten und gewinnen - eine Demokratische Regierung Jetzt!

Solidarität mit den Völkern des Iran, Palästinas, Venezuelas und Kubas!

Es lebe der Volkskampf!

KOMMUNISTISCHE PARTEI KOLUMBIENS (MARXISTISCH-LENINISTISCH)

MEXIKO

Faschismus und Faschisierung Was ist Faschismus?

Der Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution im Jahr 1917 markierte einen historischen Wendepunkt. Zum ersten Mal ergriff das Proletariat die Macht und untergrub damit das Fundament des weltweiten kapitalistischen Systems. Von diesem Zeitpunkt an trat der Kapitalismus in seine Epoche der allgemeinen Krise ein. Das heißt, zusätzlich zum wirtschaftlichen Bereich, der sich in den wiederkehrenden zyklischen Krisen der Überproduktion, der Massenarbeitslosigkeit und der Zerstörung der Produktivkräfte äußerte, erlangte die Krise auch einen politischen und ideologischen Charakter. Der Aufstieg der revolutionären Arbeiterbewegung und die Stärkung der kommunistischen Parteien brachten die Bourgeoisie in eine beispiellose Lage. Unter diesen Bedingungen zeigte die bürgerliche Demokratie ihre Grenzen als Instrument zur Sicherung der Reproduktion des Kapitals. In diesem Zusammenhang entstand der Faschismus. Der Faschismus ist die Antwort der Bourgeoisie, insbesondere ihres reaktionärsten, mit dem Finanzkapital verbundenen Sektors, auf die sich verschärfenden Widersprüche des kapitalistisch-imperialistischen Systems und die damit verbundene Gefahr

einer proletarischen Revolution. Wie Dimitroff in seinem Bericht an den Siebten Kongress der Kommunistischen Internationale im Jahr 1935 definierte, ist „der Faschismus die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“¹ Dimitroffs eigentlicher Beitrag bestand nicht in der Definition selbst, sondern in der darauf aufbauenden strategischen und taktischen Weiterentwicklung: der Politik der proletarischen Einheitsfront – der Volksfront –, die ab 1935 zur neuen Linie der Kommunistischen Internationale werden sollte. Dimitroff fügte darüber hinaus eine ergänzende Charakterisierung hinzu: „Der Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst. Das ist die Organisation der terroristischen Abrechnung mit der Arbeiterklasse und dem revolutionären Teil der Bauernschaft und der Intelligenz. Der Faschismus in der Außenpolitik ist der Chauvinismus in seiner brutalsten Form, der einen tierischen Hass gegen die anderen Völker kultiviert.“²

¹ Georgi Dimitroff: Bericht auf dem VII. Weltkongress der Komintern, 2. August 1935. In: Georgi Dimitroff – Ausgewählte Schriften 1933-1945. Verlag Rote Fahne, 1976, S. 97

² ebenda, S.97

Diese Definition ordnet den Faschismus als eine spezifische Form politischer Herrschaft unter den Bedingungen einer tiefen Krise ein. Der Faschismus stellt die Übernahme der Staatsmacht durch die Finanzoligarchie dar, die die traditionellen parlamentarischen Mechanismen aufgibt und zum offenen Terror greift, um die Organisationen der Arbeiterklasse zu zerschlagen, die demokratischen Freiheiten zu beseitigen und den Fortbestand des Systems der kapitalistischen Ausbeutung zu sichern.

Faschismus und der kapitalistische Staat

In Zeiten wirtschaftlichen Wohlstands kann die Bourgeoisie ihre Herrschaft durch demokratische Mechanismen aufrechterhalten. Sie hat dann keine Notwendigkeit, zu offen terroristischen Herrschaftsformen zu greifen. Wenn sich die Widersprüche jedoch verschärfen und der Aufstieg der revolutionären Bewegung die bestehende Ordnung bedroht, greift die Bourgeoisie auf den Faschismus als Instrument zur Sicherung ihrer Herrschaft zurück. In diesem Sinne stellt der Faschismus die offenste, konzentrierteste und gewaltsamste Form der Diktatur der Bourgeoisie dar.

Der Staat ist das Ergebnis des unversöhnlichen Charakters der Klassenwidersprüche und bildet das Organ, durch das eine Klasse ihre Herrschaft über eine andere ausübt. Die bürgerliche Demokratie ist eine Form der Diktatur der Bourgeoisie, da sie ihrem Wesen nach die kapitalistischen Produktionsverhältnisse aufrechterhält und die Herrschaft des Kapitals über die Arbeit sichert. Der Faschismus hingegen ist jene andere spezifische Form, zu der der bürgerliche Staat greift. Er ist gekennzeichnet durch die Aufgabe der demokratischen Formen und die Errichtung einer offenen terroristischen Diktatur im Dienste des Finanzkapitals.

Die Diktatur des Proletariats wiederum stellt die politische Macht der Arbeiterklasse dar, die auf die Abschaffung der Ausbeutungsverhältnisse und den Aufbau einer neuen klassenlosen Gesellschaft abzielt. Dies geschieht durch die proletarische Demokratie, die eine wirksame, bewusste und reale Beteiligung der Arbeiterklasse sowie der breiten Volksmassen am wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Leben ermöglicht.

Die Ursprünge des Faschismus

Das Verständnis des Klassencharakters des Staates ermöglicht es uns, liberale Interpretationen zu widerlegen, die Faschismus und Sozialismus als gleichwertige Phänomene unter der abstrakten Kategorie des „Totalitarismus“ darstellen. Besonders einflussreich war in diesem Zusammenhang Hannah Arendts *Die Ursprünge totaler Herrschaft* (1951), in dem sie die Auffassung vertritt, Faschismus und sowjetischer Kommunismus stellten ihrem Wesen nach ähnliche Herrschaftsformen dar. Diese Interpretation ignoriert jedoch die materiellen Grundlagen und den Klassencharakter beider Systeme. Die Gleichsetzung beider beseitigt den grundlegenden Unterschied zwischen einem Staat, der auf die Aufrechterhaltung der Ausbeutung ausgerichtet ist, und einem Staat, der auf deren Abschaffung abzielt. An die Stelle einer wissenschaftlichen Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse tritt ein formaler Vergleich, der sich ausschließlich auf die äußere Form der politischen Herrschaft stützt.

Die historische Entwicklung des Faschismus in Italien und Deutschland bestätigt in vollem Umfang seinen Charakter als Herrschaftsinstrument des Finanzkapitals unter den Bedingungen einer tiefen Krise des Kapitalismus. In Italien leitete das Ende des Ersten Weltkriegs eine Phase tiefgreifender wirtschaftlicher Krise, politischer Instabilität und des Aufschwungs der Arbeiterbewegung ein. Diese Periode, bekannt als das „*Biennio Rosso*“ („Zwei Rote Jahre“, 1919–1920), war geprägt von Massenstreiks, Fabrikbesetzungen und einer zunehmenden Radikalisierung des Proletariats. Angesichts der realen Gefahr einer sozialistischen Revolution begannen breite Teile der italienischen Bourgeoisie, die von Benito Mussolini geführten faschistischen Organisationen zu unterstützen und finanziell zu fördern. Diese paramilitärischen Organisationen entwickelten eine systematische Terrorkampagne gegen Gewerkschaften, Arbeiterparteien und Bauernorganisationen und zerschlugen die Strukturen der Arbeiterbewegung mit physischer Gewalt. Zugleich gelang es dem Faschismus, Teile des Kleinbürgertums zu mobilisieren, insbesondere verarmte Kaufleute, Freiberufler, Kleingrundbesitzer und ehemalige Soldaten, die von der Krise schwer getroffen worden waren und ihre Proletarisierung fürchteten. Mithilfe einer Ideologie, die auf extremem Nationalismus, Antikommunismus und dem Versprechen

der Wiederherstellung der gesellschaftlichen Ordnung beruhte, lenkte der Faschismus die Unzufriedenheit dieser gesellschaftlichen Schichten in die Verteidigung des Kapitalismus.

Mussolinis Machtübernahme im Jahr 1922, mit der Rückendeckung von König Viktor Emanuel III. und der Unterstützung der herrschenden Kreise des italienischen Kapitals, markierte den Beginn des Wandels des Staates zu einer offenen faschistischen Diktatur, deren Ziel die Zerschlagung der Arbeiterbewegung und die Festigung der Herrschaft des Monopolkapitals war. Ein ähnlicher Prozess vollzog sich in Deutschland, allerdings unter noch schärferen Bedingungen einer wirtschaftlichen und sozialen Krise. Die Niederlage im Ersten Weltkrieg, die Bestimmungen des Versailler Vertrags und der durch die Weltwirtschaftskrise von 1929 verursachte wirtschaftliche Zusammenbruch führten zum Ruin großer Teile des Kleinbürgertums und zu einer tiefgreifenden Destabilisierung des politischen Systems.

In diesem Kontext gelang es der Nationalsozialistischen Partei, durch eine Ideologie, die extremen Nationalismus, Rassismus und Antikommunismus miteinander verband, eine bedeutende Massenbasis unter verarmten Teilen des Kleinbürgertums und der industriellen Reservearmee aufzubauen. Diese Ideologie lenkte die gesellschaftliche Unzufriedenheit auf erfundene Feindbilder, während sie die grundlegenden Verhältnisse des kapitalistisch-imperialistischen Systems unangetastet ließ.

Adolf Hitlers Machtübernahme im Jahr 1933 war das Ergebnis einer bewussten Entscheidung der herrschenden Kreise des deutschen Kapitals, die im Faschismus das notwendige Instrument zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung und zur Stabilisierung ihrer Herrschaft sahen. Nach der Machtübernahme beseitigte das NS-Regime alle politischen Freiheiten, verbot die Arbeiterparteien, zerschlug die Gewerkschaften und errichtete eine offene terroristische Diktatur, die unmittelbar den Interessen des deutschen Monopolkapitals diene. Die historischen Erfahrungen Italiens und Deutschlands zeigen, dass der Faschismus entsteht, wenn die Bourgeoisie angesichts einer tiefen Krise zur Umgestaltung des Staates in Form einer offenen terroristischen Diktatur greift, um das kapitalistische System zu bewahren. Obwohl es dem Faschismus gelingt, Teile des Kleinbürgertums und anderer von der Krise betrof-

fener gesellschaftlicher Schichten zu mobilisieren, besteht seine historische Funktion nicht darin, deren Interessen zu vertreten, sondern die Herrschaft des Finanzkapitals zu sichern.

Der Prozess der Faschisierung

Georgi Dimitroff betonte in seiner Analyse des Faschismus und der Aufgaben des Proletariats, dass der Faschismus nicht nur als ein gefestigtes politisches Regime verstanden werden dürfe, sondern auch als eine innerhalb des imperialistischen Kapitalismus entstehende Tendenz. Zwischen der bürgerlichen Demokratie und der offenen faschistischen Diktatur besteht ein Übergangsprozess, in dem die Bourgeoisie den Repressionsapparat des Staates verstärkt, demokratische Rechte einschränkt, die Verfolgung von Organisationen der Arbeiterbewegung verschärft und eine reaktionäre Ideologie fördert, die darauf abzielt, die Massen zu spalten und zu desorganisieren. Dieser Prozess spiegelt das Bestreben der Bourgeoisie wider, ihre Herrschaft unter Bedingungen zu bewahren, in denen traditionelle Formen politischer Kontrolle zunehmend unwirksamer werden.

Die Rolle der Sozialdemokratie im Prozess der Faschisierung

Ein zentrales Element des Prozesses der Faschisierung, das häufig unterschätzt wird, ist die Rolle der Sozialdemokratie. Wie auf dem XII. Plenum des EKKI (Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale) im Jahr 1932 festgestellt wurde, stellt die Faschisierung der Sozialdemokratie ein spezifisches Phänomen dar, bei dem sie die Sprache und Grundsätze des Faschismus übernimmt, eine ideologische Annäherung an faschistische Kräfte entwickelt und sich an gemeinsamen Praktiken beteiligt, wie etwa der Unterdrückung der kommunistischen Bewegung, der Erleichterung faschistischer Staatsstreiche und sogar der Bildung gemeinsamer Regierungen mit faschistischen Gruppen. Obwohl die auf den XII. und XIII. Plenen des EKKI vertretene Linie des Sozialfaschismus später durch die von Dimitroff auf dem VII. Kongress der Komintern geförderte Politik der proletarischen Einheitsfront und Volksfront abgelöst wurde – wobei anerkannt wurde, dass die Sozialdemokratie nicht mit dem Faschismus iden-

tisch ist und dass ein gemeinsames Handeln mit sozialdemokratischen Arbeitern zur Bekämpfung des Faschismus notwendig ist –, bleibt die Analyse der objektiven Rolle der Sozialdemokratie im Prozess der Faschisierung weiterhin gültig. Der Rechtsruck der Sozialdemokratie ist einer der Mechanismen, durch die sich die bürgerliche Demokratie zunehmend reaktionären Positionen annähert. Wenn die Sozialdemokratie die Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse aufgibt und sich den Forderungen des Finanzkapitals unterordnet, indem sie neoliberale Strukturreformen akzeptiert, die Militarisierung unterstützt und sich an der Unterdrückung der Arbeiterbewegung beteiligt, ebnet sie objektiv den Weg für Reaktion und Faschismus. Die gegenwärtige Entwicklung des Kapitalismus bestätigt die Tendenz zur Faschisierung. Die globale Wirtschaftskrise, die im Jahr 2008 begann, und ihre durch die COVID-Pandemie weiter verlängerten Folgen sowie geopolitische Spannungen haben die Widersprüche des kapitalistischen Systems vertieft. Die Zunahme der sozialen Ungleichheit, die Verschlechterung der Lebensbedingungen breiter Teile der Arbeiterklasse und die wachsende Prekarisierung der Arbeit haben eine tiefgreifende gesellschaftliche Unzufriedenheit hervorgerufen. Angesichts dieser Situation hat die Bourgeoisie ihre Offensive gegen soziale und arbeitsrechtliche Errungenschaften verstärkt und zugleich den Repressionsapparat des Staates ausgebaut.

Faschismus und Wirtschaftskrisen

Eine quantitative Studie, in der 20 Industrieländer und mehr als 800 Parlamentswahlen über einen Zeitraum von 140 Jahren analysiert wurden, hat gezeigt, dass rechtsextreme Parteien ihren Stimmenanteil in den fünf Jahren nach einer Finanzkrise um durchschnittlich 30 % steigern. Dieser Effekt bestätigt sich in den Erfahrungen Europas nach 2008, wo es Parteien, die sich durch extremen Nationalismus, eine migrationsfeindliche Politik und offe-

nen Antikommunismus auszeichnen, gelungen ist, bei Wahlen an Einfluss zu gewinnen. Gleichzeitig ist das internationale Umfeld geprägt von der Verschärfung imperialistischer Konflikte, steigenden Militärausgaben und einer zunehmenden Militarisierung der internationalen Beziehungen. Kriege, die aktuellen bewaffneten Konflikte und wachsende Bedrohungen spiegeln die Verschärfung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten um die Kontrolle über Ressourcen, Märkte und Einflussphären wider und gehen mit einer Stärkung des militärischen und repressiven Apparats der Staaten einher.

IKMLPO: Aufbau einer weltweiten antifaschistischen und antiimperialistischen Einheitsfront!

Angesichts dieser Entwicklungen ist der Kampf gegen den Faschismus und die Faschisierung eine zentrale Aufgabe der revolutionären Arbeiterbewegung. Die historische Erfahrung hat gezeigt, dass der Faschismus die organisierte Mobilisierung der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen erfordert. Aus diesem Grund gewinnt der praktische und konkrete Aufbau einer breiten antifaschistischen und antiimperialistischen Einheitsfront weltweit und in jedem einzelnen Land sowie die Weiterentwicklung der Internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen hin zur marxistisch-leninistischen Kommunistischen Internationale entscheidende Bedeutung.

Die Vereinigung der Arbeiter-, Volks- und demokratischen Kräfte gegen imperialistische Kriege, für den Frieden, für die Verteidigung der Rechte der Arbeiter und für internationale Solidarität zwischen den Völkern ist eine dringende Aufgabe. Nur durch die bewusste und organisierte Mobilisierung der Massen unter der Führung des Proletariats und seiner revolutionären Organisationen wird es möglich sein, dem Vormarsch der Reaktion entgegenzutreten, den Faschismus in all seinen Formen zu besiegen und den Weg für die revolutionäre Überwindung des kapitalistischen Systems sowie den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft zu öffnen.

KOMMUNISTISCHE PARTEI MEXIKO (MARXISTEN-LENINISTEN)

NORWEGEN

Die digitale Todesspirale des Techno-Kapitalismus

Der Imperialismus greift in seiner verzweifelten Endphase auf Methoden zurück, die an den Feudalismus erinnern. Dennoch herrscht nach wie vor der Monopolkapitalismus. Wir stehen nicht vor einer neuen feudalen Produktionsweise, sondern vor dem Monopolkapitalismus in seiner zerstörerischsten Form.

In seinem Werk „Imperialismus“ zeigte Lenin auf, wie Bank- und Industriekapital zu einer Finanzoligarchie verschmelzen, die unter dem Imperialismus das wirtschaftliche und politische Leben kontrolliert. Dies war – und ist – die Klassendiktatur der Monopolkapitalisten, in der die kleineren Kapitalisten sich damit abfinden müssen, eine untergeordnete Rolle zu spielen. Die ersten beiden Punkte in Lenins kurzer Definition des Imperialismus lauten:

- „1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen;
2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses „Finanzkapitals““.¹

Etwas mehr als hundert Jahre später ist dies offensichtlich immer noch die Realität, nur dass die Konzentration des Kapitals und die Dominanz des neuen Finanzkapitals weitaus umfassender geworden sind, als es zu Lenins Zeiten der Fall war. Nun tritt diese Diktatur teilweise in einer neuen Form und mit einer neuen Elitenschicht innerhalb der Klasse der monopolistischen Kapitalisten in Erscheinung.

Das Zeitalter der Tech-Oligarchen

„Tech-Oligarch“ war laut dem norwegischen Sprachrat der neue Begriff des Jahres 2025. Bei der Amtseinführung von Donald Trump als 47. Präsident der Vereinigten Staaten im Januar 2025 war die VIP-Tribüne mit den mächtigsten dieser Tech-Oligarchen besetzt. Selten war die direkte Verbindung zwischen dem Regierungsapparat und dem Finanzkapital offensichtlicher.

Elon Musk, Jeff Bezos, Mark Zuckerberg, Tim Cook usw. repräsentieren eine Technologiebranche, die andere Kapitalisten, Arbeiter und das Kleinbürgertum in eine einzigartige symbiotische Beziehung zwingt. Dies ist ein neues Phänomen und ein neues

¹ Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW, Bd.22, S.270 f.

Merkmal der imperialistischen Phase des Kapitalismus, das sich weder Marx noch Lenin hätten vorstellen können. In Ermangelung eines besseren Begriffs werden wir es Techno-Kapitalismus nennen. Die personelle Verflechtung bzw. Personalunion zwischen den Spitzen des Finanzwesens, der Industrie und des Staatsapparats ist selbst in den demokratischsten Ländern überdeutlich. Die Vertreter des Monopolkapitals gehen durch die Drehtüren zwischen Banken, Finanzwesen, Industrie und Regierungsämtern ein und aus. Dies ist auch in Norwegen der Fall. Es handelt sich um eine Finanzoligarchie, die untereinander Rollen und Verträge tauscht.

Dennoch geschieht mit der technologischen KI-Revolution etwas Neues. Die neuen Oligarchen, insbesondere in den USA, machen sich nicht einmal die Mühe mit Drehtüren und Rollenwechseln. Sie versuchen nicht, die Tatsache zu verbergen, dass sie Politiker, Industrie und Finanzmärkte fest im Griff haben. Sie prahlen sogar damit.

Bedeutet neue Technologien und künstliche Intelligenz (KI), dass wir in eine postkapitalistische Produktionsweise eintreten, also in eine völlig neue Art sozialer Produktionsverhältnisse, die weder kapitalistisch noch sozialistisch ist? Mehrere „sozialistische“ Theoretiker und Ökonomen behaupten, dass dies der Fall sei.

Wenn dem so ist, dann lagen Marx und Lenin falsch, da sie glaubten, dass die sozialistische (kommunistische) Gesellschaft der notwendige nächste Schritt nach dem Kapitalismus sei. Zwar würde der qualitative Sprung zum Sozialismus und Kommunismus in verschiedenen Ländern unterschiedliche Übergangsformen durchlaufen, jedoch ohne zwischengeschaltete Wirtschaftssysteme oder Produktionsweisen.

Der ehemalige griechische Finanzminister und Vorsitzende von Diem25 (Democracy in Europe Movement 2025, deutsch: Bewegung Demokratie in Europa 2025), Yanis Varoufakis, gehört zu denen, die am lautesten behaupten, dass „der Kapitalismus tot ist“. Seiner Ansicht nach treten wir in Produktionsverhältnisse ein, die den Kapitalismus durch etwas noch Schlimmeres ersetzen und die kaum Hoffnung auf Sozialismus bieten. Seiner Meinung nach starb der Kapitalismus im Jahr 2008, und seine endgültige Beerdigung fand während der Pandemie statt.

„Die Menschheit wird nun von etwas übernommen, das ich nur als eine technologisch fortgeschrittene Form des Feudalismus beschreiben kann. Ein Technofeudalismus, der weit von dem entfernt ist, was wir uns als Ersatz für den Kapitalismus erhofft hatten.“

schreibt er in seinem Buch „Technofeudalismus“.² Das Buch verdient eine eigene Rezension, für die hier jedoch kein Platz ist. Varoufakis, der sich selbst als „liberalen Marxisten“ bezeichnet, macht viele wichtige und interessante Beobachtungen. Doch seine Schlussfolgerung über das Ende des Kapitalismus ist falsch und verfrüht – und daher eine gefährliche Ablenkung. Er hat keine anderen Antworten zu bieten als „dezentrale Märkte“ und „Selbstverwaltung“, was nichts anderes ist als eine Wiederholung von Defätismus und reformistischen Illusionen.

Die verschwundenen Gemeingüter

Das Internet, das World Wide Web, digitale Plattformen, künstliche Intelligenz (KI); gegen Ende des 20. Jahrhunderts schien es, als hätte die Menschheit neue Gemeingüter gewonnen, die allen zur Verfügung stehen. Das meiste davon war kostenlos oder fast kostenlos und für jeden zugänglich, der über einen PC und eine Internetverbindung verfügte. Ironischerweise trug das Pentagon, wegen der Möglichkeiten Informationen zu beschaffen sowie Informationen zu Forschungszwecken auszutauschen, zur Schaffung eines neuen globalen Gemeinguts (engl. commons) bei.

Wenn etwas zu gut erscheint, um wahr zu sein, gibt es meistens einen Haken. Wir erleben derzeit eine Wiederholung dessen, was mit dem Aufkommen des Kapitalismus in England und Schottland im 16. und 17. Jahrhundert mit den Gemeingütern geschah – nur in einer weitaus raffinierteren und teilweise „unsichtbaren“ Form.

Was einst offenes und bebaubares Gemeinschaftsland war, wurde eingezäunt und privatisiert. Arme Bauern wurden ihrer Lebensgrundlage beraubt und konnten nun nur noch als Proletarier in den Fabriken des aufkommenden Kapitalismus oder als Landarbeiter ihren Lebensunterhalt mühsam bestreiten.

² Yanis Varoufakis: Technofeudalismus. Was den Kapitalismus tötete

„Namentlich der systematisch betriebne Diebstahl des Gemeindeeigentums (half) jene großen Pachten anschwellen, die man im 18. Jahrhundert Kapital-Pachten²⁰⁵ oder Kaufmanns-Pachten²⁰⁶ nannte, und das Landvolk als Proletariat für die Industrie „freisetzen““³

Ähnliche Prozesse in Form von „Landraub“ und Privatisierung von Gemeingut haben in jüngerer Zeit in großem Umfang in der ehemaligen Sowjetunion stattgefunden, insbesondere in Russland und der Ukraine.

Heute geschieht etwas Ähnliches mit den Gemeingütern, die wir als das Internet kennen, mit seinen Glasfaserkabeln, Serverparks, Internetdiensteanbietern, Suchmaschinen, Apps, Streaming-Diensten usw. Die sogenannte „Cloud“, die Millionen Tera-byte an Daten speichert – also physische Rechenzentren und Serverparks –, wird bereits von Unternehmen wie Apple, Meta, Google und Amazon monopolisiert.

Viele der Rechenzentren befinden sich in Norwegen, da dort eine reichliche Stromversorgung und günstige Temperaturbedingungen für die Serverparks herrschen. Im August 2025 waren laut der norwegischen Kommunikationsbehörde (Nkom) 73 solcher Zentren in Norwegen registriert. Dies entsprach einem Anstieg von 25 % gegenüber dem Vormonat (58).

Die Rechenleistung, die erforderlich ist, um die Anforderungen der energie- und datenintensiven künstlichen Intelligenz (KI) und der Kryptowährungen in ihren vielfältigen Formen zu erfüllen, ist enorm – und dies hat die Aktienkurse von Unternehmen wie Nvidia und Intel an der New Yorker Börse in astronomische Höhen getrieben. Dadurch steigen die ohnehin schon schwindelerregenden Investitionskosten für die neue Technologie noch weiter an.

Allein die Investitionen in KI machen mittlerweile 40 Prozent des gesamten Wachstums des US GDP (US Gross Domestic Product, deutsch: Bruttoinlandsprodukt der USA) aus. Ganze 80 % des gesamten Aktienwachstums in den USA sind auf die Investitionen der größten Technologieunternehmen in KI zurückzuführen. Eine aktuelle Studie des MIT (Massachusetts Institute of Technology) hat gezeigt, dass 95 % der 300 größten KI-Unternehmen in den USA

bislang eine Rendite von null Dollar erzielt haben.⁴ Das klingt nach einer Blase. Doch der Investitionsrausch hält vorerst an.

Google investiert über 6 Milliarden norwegische Kronen in den Bau eines der weltweit größten Rechenzentren und der dazugehörigen Infrastruktur in Skien auf einem 500 acre (=202 Hektar) Gelände.⁵ Das Zentrum soll ab 2026 in Betrieb gehen. Solche Pachtverträge haben in der Regel eine Laufzeit von 20 bis 30 Jahren. Der Bezirksrat rechnet mit Pachteinnahmen in Höhe von mehreren zehn Millionen Nkr pro Jahr, die genauen Zahlen sind jedoch nicht öffentlich. Die Höhe der Investition, die jährlichen Pachtkosten und etwaige Steuerverbindlichkeiten geben einen Hinweis auf die Einnahmen, die Google mit der Anlage erwartet.

Dies ist in doppeltem Sinne eine Form der Privatisierung von kommunalem Eigentum. Rechenzentren sind privat betriebene Cloud-Speichereinrichtungen, für die man bezahlen muss, um Daten in einem Bereich zu speichern oder darauf zuzugreifen, die eigentlich als digitales Gemeingut dienen sollten. Darüber hinaus beanspruchen sie Wasserfälle und Strom, die ebenfalls gemeinsames Eigentum der Bevölkerung sein sollten, was dazu führt, dass der Spotpreis auf dem dysfunktionalen Strommarkt in der gesamten betreffenden Bietzone (Region) in die Höhe getrieben wird.

Eine einzige Anlage im Bezirk Telemark wird, wenn sie voll ausgebaut ist, fünf Prozent des norwegischen Stromverbrauchs absorbieren.

Grundbesitzer und Rentiers

Grundrente und Profit sind unterschiedliche ökonomische Kategorien, die beide aus dem geschaffenen Mehrwert stammen. Sie sind siamesische Zwillinge in der „neo-feudalen“ Version des Imperialismus. Das ist die neue Realität, nicht etwa, dass der kapitalistische Profit „verschwindet“. Die massiven Investitionen in digitale Infrastruktur in Form von Kabeln und Rechenzentren unterscheiden sich im Prinzip nicht von der Situation, als britische, schwedische und französische Unternehmen zu Beginn des letzten Jahrhunderts Anteile an norwegischen Wasserfällen erwarben. Das Ziel war damals wie

⁴ “\$30 billion down the drain? MIT says 95% of companies see no returns from Generative AI.” The Economic Times, August 2025.

⁵ <https://telemarkfylke.no/no/aktuelt/gigantinvestering-til-telemark/>

³ Marx: Das Kapital, MEW, Bd. 23, S. 753

heute, sich zukünftige Grundrente zu sichern und einen Vorsprung gegenüber der Konkurrenz zu verschaffen. Das Gleiche gilt für das norwegische „oil adventure“ (norwegisch: norsk oljeeventyr, deutsch: Öl Abenteuer) mit riesigen kapitalistischen Investitionen in Plattformen und Pipelines, um eine Grundrente zu ernten, die infolge der Investitionen enorm ansteigt. Ein wesentlicher Unterschied im Fall Norwegens besteht jedoch darin, dass die Privatisierung der Wasserressourcen und des Meeresbodens dank Konzessionsgesetzen und Rückfallrechten nur vorübergehender Natur war. Für die Tech-Unternehmen wurden keine derartigen Rückfallrechte als Bedingungen festgelegt.

In vielen Fällen sind die Kommunen die formellen Grundstückseigentümer und können eine bestimmte Pacht verlangen. Schattenmonopole wie Google haben sich jedoch im Voraus Garantien gesichert, dass die Pacht niedrig ausfällt – im Gegenzug für das Versprechen einer Handvoll Arbeitsplätze und „Wirtschaftsförderung“. Oft haben sie sich zudem mit der Energiebranche verbündet oder sich in diese eingekauft, insbesondere in die Windkraftbranche, die ebenfalls riesige Flächen an Gemeinschaftsland beansprucht. Verhandlungen zwischen Kommunen und Entwicklern finden oft im Geheimen statt, angeblich um „wettbewerbsrelevante Informationen“ zu schützen. In Narvik wurden die Vereinbarungen heimlich mitten in der Nacht geschlossen.

Eine Umfrage von E24 [einer norwegischen Online-Zeitung – Anmerkung des Übersetzers] zeigt, dass mehr als die Hälfte der Rechenzentren in Norwegen in ausländischem Besitz sind. Wir haben Google bereits erwähnt. Aker plant in Zusammenarbeit mit dem britischen Unternehmen Nscale ein Rechenzentrum außerhalb von Narvik mit Kosten in Höhe von 10 Milliarden NOK. Dieses Rechenzentrum für künstliche Intelligenz (KI) wird als „Europas größtes Gehirn“ bezeichnet. Es kann so viel Strom verbrauchen wie die gesamte norwegische Hauptstadt Oslo. Das Zentrum wird Hardware von Nvidia nutzen und OpenAI hat bereits einen Vertrag über Rechenkapazitäten unterzeichnet. Es sind umfangreiche Erweiterungen geplant. Aker Nscale hat sich zehn Standorte in Nordnorwegen gesichert, darunter in Fauske und Korgen. Das Motiv liegt auf der Hand. Der „gebundene“ Strom in Nordnorwegen (Preiszone NO4) kostet weit weniger als Strom weiter südlich im Land.

Green Mountain befand sich ursprünglich im norwegischen Besitz des Familienunternehmens Smedvig. Heute gehört es zu 100 Prozent der israelischen Azrieli Group Ltd.⁶ und errichtet und betreibt Rechenzentren nach einem Geschäftsmodell, bei dem das Unternehmen gleichzeitig der Grundstückseigentümer ist. Green Mountain errichtet und betreibt große Rechenzentren in Rjukan, Østfold, Akershus und in der Nähe von Hamar. Das gesamte OSL-Rechenzentrum [Norwegens Hauptflughafen] in der Nähe von Hamar ist für einen einzigen Kunden reserviert, nämlich die chinesische Medienplattform TikTok.

Was in Norwegen geschieht, ist nur ein Teil einer rasanten internationalen Expansion. Die Technologiegiganten (Apple, Meta, Alphabet, Google usw.) übernehmen im Zuge zweier Krisen – der sogenannten Subprime- oder „Finanzkrise“ im Jahr 2008 und der Pandemie im Jahr 2020 – zunehmend das digitale Gemeingut, also die Cloud.

Während diese Krisen die Industrie lahmlegten oder industrielle Investitionen auf Eis legten, gelang es den digitalen Aristokraten dennoch, zu wachsen und zu florieren. Wie war das möglich? Weil die Zentralbanken im gesamten Westen die Gelddruckmaschinen auf Hochtouren laufen ließen und „kostenloses“ Geld in den Finanzsektor pumpeten, um die Banken zu retten und „die Räder am Laufen zu halten“. Dies geschah parallel zu drastischen Kürzungen bei Sozialleistungen und Löhnen, was die Auswirkungen der Krise nur noch verschärfte.

Es war eine Zeit der Rezession, aber dennoch eine Goldgrube an den Aktienmärkten nach 2008 – eine Börsenrallye, die die nächsten zehn Jahre andauerte. Da die Anleger wussten, dass die Zentralbanken ständig neues (Fiat-)Geld in Umlauf brachten, konnten sie in völlig bedeutungslose Aktien investieren, in der Gewissheit, dass das im Überfluss vorhandene Geld den Papierwert weiter in die Höhe treiben würde.

Den digitalen Giganten gelang es, Milliarden einzustreichen. Sie nutzten ihre zinslosen Kredite, um Aktien ihrer eigenen Unternehmen zu kaufen. So konnten sie ihren Marktwert und ihre Boni in die Höhe treiben. Denselben Unternehmen gelang es zudem, einen Teil der massiven Subventionen für den „grünen Wandel“ abzuschöpfen, sowohl direkt als auch in enger Zusammenarbeit mit den Wind-

⁶ „Israeli company signs billion-kroner deal in Norway“, TV2, no. 31 December 2025.

kraftbaronen der Energiebranche. Was sie zusätzlich als Entschädigung für die Weitergabe sogenannter Verhaltensdaten an die Geheimdienste erhielten – wie Edward Snowden in seinem Buch „System Failure“ enthüllte –, dürfte in den Bilanzen kaum zum Ausdruck kommen.

Pacht statt Profit

Die Technologiegiganten und ihre Rechenzentren müssen eine gewisse Grundrente zahlen – es sei denn, sie haben das Grundstück, auf dem sich die Rechenzentren befinden, gekauft.

Im Gegenzug erheben sie von allen Nutzern der Speicherdienste eine Gebühr in Form von Miete. Es handelt sich um einen Markt, der exponentiell wächst, da immer mehr in „der Cloud“ stattfindet. Waren und Dienstleistungen, die wir früher kaufen konnten, können wir heute nur noch mieten. Wer nicht zahlt, hat nach Ablauf der Laufzeit keinen Zugriff mehr auf das Produkt oder kann es nicht mehr nutzen.

Dieselbe Cloud wird zunehmend von Behörden genutzt, um unendliche Mengen an Gesundheits- und Steuerdaten über Bürger zu speichern. Der Speicherplatz ist alles andere als kostenlos. Und für eine Gemeinde ist es keine leichte Sache, den Speicherranbieter zu wechseln, wenn die Miete dazu beiträgt, die kommunalen Kassen bis auf den letzten Cent zu leeren. Softwareanbieter, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen müssen – mit oder ohne Zwischenhändler – Miete an die Eigentümer der Rechenzentren zahlen, damit ihre Systeme betriebsbereit sind.

Sie – und wir – haben daher nur ein zeitlich begrenztes Recht auf die Nutzung des Produkts oder der Dienstleistung. Diese Berechtigung gilt so lange, wie wir diese Miete (oder Zinsen) für einen Tag, einen Monat oder ein Jahr zahlen, ohne zu wissen, ob die Miete zum nächsten großen Fälligkeitstermin verdoppelt werden könnte. Dies ist bei einer Reihe von Streaming-Diensten, Filmen, Musik, Anwendungen und Software der Fall.

Auch Autobesitzer stellen mittlerweile fest, dass sie keine uneingeschränkten Nutzungsrechte für die von ihnen gekauften und bezahlten Fahrzeuge haben. Neue Elektroautos erfordern ständige Updates der Fahrzeugsoftware, und das Verriegeln, Aufladen usw. wird über eine App auf dem Handy gesteuert.

Es stellt sich heraus, dass der Besitzer, wenn er eine bestimmte Funktion des Autos behalten möchte, plötzlich für ein Update der App bezahlen muss. Das ist wahrscheinlich erst der Anfang. Volkswagen hat bereits den Schritt unternommen, den Besitzern einen monatlichen Aufpreis in Rechnung zu stellen, wenn sie die volle Motorleistung nutzen wollen.⁷ Alles wird über die App gesteuert, was es dem Hersteller ermöglicht, Funktionen einzuschränken, wenn der Kunde nicht zahlt. Dies ist eine der Methoden, mit denen Hersteller die ständig steigenden Grundmieten kompensieren können, die sie an die „Sky-Barone“ und die von diesen kontrollierten Rechenzentren zahlen müssen.

Dies ist kein reiner Profit im üblichen Sinne. Profit und Grundrente, zwei völlig unterschiedliche ökonomische Kategorien, verschmelzen infolge der Monopolisierung bis zu einem gewissen Grad miteinander. Dieser Trend ist nicht neu. Er hat sich lediglich mit der Entwicklung des Imperialismus in Form des Monopolkapitalismus verstärkt.

„Eine besonders gewinnbringende Transaktion des Finanzkapitals ist auch die Spekulation mit Grundstücken in der Umgebung schnell wachsender Großstädte.“ schrieb Lenin. „Das Bankmonopol verschmilzt hier mit den Monopolen der Grundrente und des Verkehrswesens, denn das Steigen der Preise für Grundstücke, die Möglichkeit, diese in Parzellen günstig zu verkaufen u.a.m., hängt vor allem von der guten Verkehrsverbindung mit dem Zentrum der Stadt ab, und diese Verkehrsmittel befinden sich in den Händen großer Gesellschaften, die durch das Beteiligungssystem und die Verteilung von Direktorenposten mit ebendenselben Banken verbunden sind.“⁸

Was in dem obigen Zitat hervorgehoben wird – nämlich wie das Monopol des Finanzkapitals in unserer Zeit mit dem Monopol auf die Grundrente verschmilzt –, ist entscheidend für das Verständnis der enormen Macht der neuen Giganten.

Die Grundrente macht einen zunehmenden Anteil der drei Wertkomponenten (Grundrente, Profit und Löhne) auf Kosten der beiden anderen aus. Dies liegt daran, dass die an digitale Grundbesitzer gezahlte Rente auf Kosten der Profite der produktiven

7 <https://elbil.no/vw-krevert-manedlig-betaling-for-full-motoreffekt>

8 Lenin: Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (LW, Bd. 22, S.239)

Kapitalisten geht.

Und nicht nur das. Jedes Mal, wenn wir als Verbraucher mit diesen Diensten interagieren, müssen wir mehr oder weniger viele persönliche Daten preisgeben, die dann dazu genutzt werden, unser Verhalten zu beeinflussen und uns enger an den einen oder anderen der Cloud-Giganten zu binden. Dies ist eine Form „freiwilliger“ unentgeltlicher Arbeit, die wir leisten und die die Algorithmen verfeinert und deren Tauschwert gegenüber konkurrierenden Monopolen steigert.

Tech-Giganten wie Google verbinden hohe Investitionen in Forschung, Entwicklung und Anlagekapital mit Monopolen, die es ihnen ermöglichen, Grundrente zu erpressen.

In manchen Fällen tritt die Grundrente in Kombination mit anderen Zinsen und Fremdkapital auf, was eine Unterscheidung zwischen ihnen erschwert. Wenn ein kommerzielles Rechenzentrum über eigene Grundstücke und Gebäude (oder Berghallen) mit eigenem Serverpark verfügt, berechnet es seinen Kunden sowohl Grundrente als auch Darlehenszinsen (Miete). Die Grundrente ergibt sich aus dem begrenzten Zugang zu Rechenzentren mit der erforderlichen Infrastruktur, während die Darlehenszinsen bzw. Miete aus der Nutzung von Speicherplatz auf dem Anlagekapital in Form von Servern und dem Verschleiß der Maschinen resultieren. Lässt man regelmäßige technische Wartungsarbeiten und Upgrades außer Acht, findet durch menschliche Arbeit nur eine minimale Wertschöpfung statt. Man kann daher nicht von reinem Profit im üblichen Sinne sprechen, sondern vielmehr von Grundrente, Monopolrente und Geldrente.

„Competition is for losers“

Der Gründer von PayPal und des berühmten Spyware-Unternehmens Palantir, Peter Thiel, hat es unverblümt auf den Punkt gebracht: „Competition is for losers“, schrieb er 2014.⁹ „If you want to create and secure lasting value, get a monopoly.“ Das war noch einige Jahre vor Beginn der KI-Revolution. Grundlegend für den Kapitalismus ist, dass es einen Markt geben muss und dass der Wettbewerb um An-

⁹ Peter Thiel: „Competition Is for Losers.“ *Wall Street Journal*, 12 September 2014. Auf Deutsch: „Konkurrenz ist für Verlierer.“ Und „Wenn sie dauerhafte Werte schaffen und sichern wollen, dann machen sie ein Monopol.“

teile an diesem Markt für diejenigen, die den Wettbewerb überstehen, ein profitables Geschäft schafft. Über den alten Kapitalismus lässt sich viel sagen, doch das Streben nach Gewinnen auf einem Markt hat zu Innovation, technologischem Fortschritt und zunehmend rationalen Arbeitsmethoden geführt. Dieser innewohnende Drang nach Erneuerung, nach der Überwindung alter Barrieren und der Schaffung neuer Dinge machte den Kapitalismus im Vergleich zur stagnierenden Feudalgesellschaft zu einer historisch fortschrittlichen Triebkraft.

Wenn der Markt monopolisiert wird, geht ein Großteil dieser Motivation verloren. Bei Ideen und Patenten geht es eher darum, Nischen in bestehenden Monopolstrukturen zu füllen, in der Hoffnung, zum Übernahmekandidaten zu werden. Am deutlichsten zeigt sich dies bei der Vielzahl der Mobilfunkbetreiber und Stromversorger. Preismodelle und unterschiedliche Niveaus des Kundenservices sind das, was sie voneinander unterscheidet. Es handelt sich um leicht unterschiedliche Verpackungen von mehr oder weniger denselben Produkten und Dienstleistungen, die über die Infrastruktur von Monopolen wie Telenor und Telia, Lyse und Elvia bereitgestellt werden.

Profit als Ergebnis von im Produktionsprozess geschaffenen Mehrwert, der durch unbezahlte Arbeit der Arbeiter während eines bestimmten Teils des Arbeitstages realisiert wird, ist charakteristisch für den Kapitalismus. Dies unterscheidet sich von der Ausbeutung im Feudalismus, wo ein Pächter oder Pächnehmer den Grundbesitzer in Form von Arbeitsrente, Naturrente oder Geldrente bezahlen musste. Im Feudalsystem war die Ausbeutung offen und transparent, im Gegensatz zu den Bedingungen der kapitalistischen Produktion, unter denen Arbeiter scheinbar für ihre Arbeit bezahlt werden.

Bei Industriemonopolen in verschiedenen Branchen lässt sich beobachten, dass ein immer geringerer Anteil der Profite aus dem Mehrwert pro massenproduzierter Einheit stammt. Ein wachsender Teil der Wertsteigerung erfolgt bereits vor der Massenproduktion selbst, das heißt, relativ mehr Mehrwert wird in der Forschung und Entwicklung des herzustellenden Produkts sowie in den Anweisungen (Algorithmen) für den Produktionsprozess selbst geschaffen. Zudem wächst der Anteil der Gewinne in Form verschiedener Arten von Zinserträgen. Dies ist ein Trend, der das Zeitalter des modernen

Monopolkapitalismus kennzeichnet. Kaum ein Industriekonzern ist heute noch ausschließlich in der Industrie tätig. Der Industriegigant Siemens beispielsweise gilt als Finanzunternehmen, das nebenbei auch industrielle Aktivitäten betreibt.

Cloud-basierte Dienste schaffen wenig neuen (Tausch-)Wert, da sie nur wenig menschliche Arbeit erfordern. Abgesehen davon, dass sie einen Teil ihres Wertes durch Abschreibungen weitergeben, tragen sie dazu bei, den Kapitalumlauf zu beschleunigen und die Kapitalumlaufzeit zu verkürzen, d. h. die Zeit, die von der Investition in Produktionsmittel, Rohstoffe und Arbeit bis zur Verwertung der Waren oder Dienstleistungen auf dem Markt in Geldform vergeht, sodass diese wieder reinvestiert werden können.

Adam Smiths alter Traum vom freien Markt setzt frei handelnde Individuen und Akteure voraus, bei denen niemand Käufe und Verkäufe – oder die Gedanken der Markttakteure – manipulieren kann. Dieser Traum hat sich nie ganz erfüllt. Heute ist dieser Traum weniger wahr als je zuvor.

Das liegt daran, dass sich das neue Techno-Kapital nicht damit begnügt, den Markt mit anderen Methoden und in einem völlig anderen Ausmaß als zuvor zu manipulieren (etwa durch Werbung und Produktplatzierung). Es bindet eine Armee freiwilliger und unfreiwilliger digitaler Diener und „Cloud-Proletarier“ an sich; dies geschieht jedoch nicht unter normalen Marktbedingungen. Der Markt ist kein Markt mehr. Die Eigentümer dieser Dienste und des Grundes, auf dem sie stehen, erwirtschaften nicht in erster Linie Gewinne, sondern Zinsen und Rente. Und wie wir sehen werden, ziehen sie diese Rente in mehreren Stufen und von allen sozialen Schichten ein.

Rente in verschiedenen Formen

Rente nimmt je nach Branche und Art der Produktion verschiedene Formen an. Für den Kapitalisten kommen (monetäre) Zinsen zum Unternehmensgewinn hinzu und sind im Durchschnittsgewinn enthalten. Dies hängt mit der Vorauszahlung von Geldkapital für den Produktionsprozess sowie mit „Gehältern“ für Direktoren und Aufseher zusammen, die nicht an der eigentlichen Produktion beteiligt sind. Hier interessieren uns andere Formen der Rente.

Die Grundrente ist im Wesentlichen ein feudales Überbleibsel, bei dem Grundherren und Landbesitzer ein völlig unverdientes Einkommen erzielen, indem sie ihr Eigentum an produktive Tätigkeiten vermieten, die von Bauern oder Kapitalisten ausgeübt werden. Investitionen und Verbesserungen, die Pächter an dem Grundstück oder Land vornehmen (Bewässerungssysteme, Bodenverbesserung usw.), ermöglichen es dem Landbesitzer, mehr Pacht zu verlangen, ohne einen Finger rühren zu müssen.

„Grundbesitz hat nichts mit dem eigentlichen Produktionsprozess zu tun. Seine Rolle beschränkt sich darauf, einen Teil des produzierten Mehrwerts aus den Taschen des Kapitals in seine eigenen zu übertragen“,

schreibt Karl Marx in „Das Kapital“ (Band III, 48. Kapitel). Marx erläutert anschließend die differentielle Grundrente:

„Überall, wo Naturkräfte monopolisierbar sind und dem Industriellen, der sie anwendet, einen Surplusprofit sichern, sei es ein Wassergefälle, oder ein reichhaltiges Bergwerk, oder ein fischreiches Wasser, oder ein gutgelegener Bauplatz, fängt der durch seinen Titel auf einen Teil des Erdballs zum Eigentümer dieser Naturgegenstände Gestempelte diesen Surplusprofit dem fungierenden Kapital in der Form der Rente ab“¹⁰

Zusätzlich zur absoluten Grundrente können Grundbesitzer eine Differenzgrundrente ernten, d. h. eine zusätzliche Rente für besonders fruchtbares Land oder Grundstücke in besonders attraktiven Lagen. Dasselbe würde für den Grundbesitzer eines Serverparks mit besonders günstigen Temperaturbedingungen gelten. Extrem schnelle Prozessoren und eine größere Rechenleistung als die der Wettbewerber würden zusätzlich zur Grundrente Mehrgewinne generieren – siehe das Geschäftsmodell von Green Mountain.

Darüber hinaus entsteht in bestimmten Branchen eine Monopolrente, wenn sich ein oder eine Handvoll Oligarchen (oder deren transnationale Konzerne) Exklusivrechte an bestimmten Produktionsprozessen, Formeln oder Patenten gesichert haben. Dies lässt sich beispielsweise in der Pharmaindustrie beobachten. Gleiches gilt zunehmend auch für digitale Supermärkte wie Amazon, Google Play und den Apple Store.

¹⁰ 46. Kapitel, MEW, Bd. 25, S.781

In manchen Fällen sind diese Handelsplattformen für den Verkauf des Hauptprodukts notwendig und oft unverzichtbar, damit das Produkt effektiv genutzt werden kann oder so „benutzerfreundlich“ wie möglich ist. Der Hersteller muss daher einen Teil der Wertschöpfung unter anderem an Google abtreten, damit das Produkt „funktionsfähig“ ist. Schließlich gibt es noch das, was man als „Markenrente“ bezeichnen könnte. Geschicktes Marketing, ein einheitliches Design und die Integration verschiedener Produkte ziehen Verbraucher an und binden sie an die Marke. Apple ist ein Paradebeispiel dafür, wie dein Handy, dein iPad, all die Fotos, die du in Apples Cloud-Diensten speicherst, usw. dich in einem synchronisierten digitalen Gehege aus nahtlosen Diensten gefangen halten, die letztendlich dein Leben kontrollieren. Gleichzeitig fütterst du unbewusst den „Gefängniswärter“. Jedes Mal, wenn du etwas streamst, eine Nachricht verschickst, ein Video hochlädst oder Gesundheitsdaten eingibst, damit Apple dir raten kann, mehr Treppen zu steigen, deine Kalorienaufnahme zu reduzieren usw., hilfst du Apple dabei, das digitale Netz um dich herum zu perfektionieren und die Maschenweite immer kleiner zu machen – und das kostenlos. Monopol- und Markenkapitalisten ernten die beiden letztgenannten Formen der Rente, während die erste Form – die Grundrente – dem Grundbesitzer zufließt.

„Die Rente bildet dann einen Teil des Werts, spezieller des Mehrwerts der Waren, der nur statt der Kapitalistenklasse, die ihn aus den Arbeitern extrahiert hat, den Grundeigentümern zufällt, die ihn aus den Kapitalisten extrahieren..“¹¹

Dieses kostenerhöhende Element ist im Endpreis des Produkts enthalten, doch der Kapitalist muss die Grundrente auf Kosten seines eigenen Gewinns an den Grundbesitzer abtreten.

Vasallen und Pächter

Tech-Unternehmen sind offenbar zu den neuen Feudalherren geworden, wie beispielsweise Varoufakis glaubt, während die produktiven Kapitalisten in bestimmten Branchen zu Vasallen und Pächtern degradiert werden. Das Industriekapital muss sich den Tech-Giganten unterwerfen. Automobilherstel-

ler wie Volkswagen, BYD, Toyota und Ford sind zunehmend von Tech-Unternehmen wie Apple, Google und dem chinesischen Baidu abhängig. Das Auto wird durch Algorithmen gesteuert, und die Handlungen des Fahrers werden durch Sensoren und Kameras überwacht. Die Software wird drahtlos über das Internet aktualisiert – solange der Anbieter dies wünscht oder zulässt. Der Autobesitzer steuert Funktionen wie Verriegelung, Aufladen und Fernparken über eine mobile App. In den meisten Fällen muss diese App aus dem Apple Store oder von Google Play heruntergeladen werden. Wenn die Apps nicht mehr verfügbar sind, gehen viele der Betriebsfunktionen des Autos verloren und sein Marktwert sinkt drastisch. Die Hersteller gleichen die Gewinnabschöpfung durch die Tech-Unternehmen aus, indem sie den Nutzern zusätzliche Kosten in Form von kreativen Nutzungsgebühren auferlegen.

Die an das „Cloud-Kapital“ (d.h. diejenigen, die Server und Infrastruktur besitzen und betreiben) gezahlte Miete wird von den Nutzern oder direkt von den Herstellern und App-Entwicklern eingezogen, die – soweit sie dazu in der Lage sind – eine Entschädigung von der Industriegruppe fordern. Doch das ist nur die eine Seite der Medaille.

Andererseits trägt künstliche Intelligenz zur Produktentwicklung für Industrieunternehmen bei, und diese leisten im Gegenzug ihren Beitrag. Das schwedisch-chinesische Unternehmen Volvo hat sich eng mit Alphabet (dem Eigentümer von Google) verzahnt und ist der Hauptentwickler von automobilbezogener Software auf der Android-Plattform.¹² Eine solche Produktentwicklung ist offensichtlich eine produktive Wertschöpfung.

Aus Sicht der Monopolkapitalisten wäre es im Idealfall optimal, die Kontrolle über alle Glieder der Kette zu erlangen, wie es Elon Musk zu erreichen versucht. Wettbewerb ist etwas für Verlierer, um den Palantir-Chef noch einmal zu zitieren. Doch der Traum vom vollständigen Verschwinden des Wettbewerbs bleibt für die Monopolbourgeoisie ein Wunschtraum. Im Gegenteil, der Wettbewerb wird sogar noch aggressiver, zum Beispiel zwischen Technologieunternehmen in den USA und China. Die Plünderung der digitalen Gemeingüter scheint in gewisser Weise das Gegenteil der Plünderung von Gemeindeland während der ursprünglichen Kapitalakkumulation zu sein. Damals wurden die Pächter

¹¹ MEW, Bd. 25, S.780

¹² “Google, Volvo Cars deepen partnership to develop Android software for vehicles” Reuters, 21 May 2025.

zu Proletariern; heute werden die Proletarier ebenfalls zu einer Art Pächtern. Selbst Softwareentwickler werden nach und nach zu Plattformarbeitern oder Cloud-Proletariern degradiert.

Die einzelnen Nutzer der Technologie – von Spotify-Hörern bis hin zu Autobesitzern – sind zu unbezahlten Pächtern geworden, die Vasallen und Monopolisten in „der Cloud“ mit den persönlichen Daten versorgen, die sie preisgeben müssen, um Zugang zu den verschiedenen Diensten zu erhalten. Diese Daten fließen als unbezahlte Produktverbesserungen in die Algorithmen ein. Trotzdem müssen Nutzer in der Regel Nutzungsgebühren zahlen, um diese Dienste in Anspruch nehmen zu können – zumindest, wenn sie nicht jede Minute durch Werbung unterbrochen werden wollen. Zahlen sie die Gebühr nicht, verlieren sie das Recht, ihr „digitales Stück Land“ zu nutzen, ganz ähnlich wie die Pächter von einst.

Diese Nutzungsbedingungen betreffen alle Menschen in der Gesellschaft, unabhängig von ihrer sozialen Schicht. Die Arbeiterklasse ist am stärksten betroffen, da die Kosten für diese Abonnementdienste ihr am meisten zusetzen. Bei einigen dieser Dienste kann man sich abmelden, aber nicht bei allen.

Auch Kapitalisten und das Kleinbürgertum spüren die Auswirkungen. Die zahlreichen digitalen Cloud-Dienste sind unverzichtbar, wenn ein Unternehmen überhaupt hoffen will, sich zu positionieren, seine Logistik zu sichern und auf dem Markt relevant zu bleiben. Selbst ein Landwirt oder Bauer wird nach und nach zu einem Pächter, der den digitalen Baronen unterworfen ist, da er Saatgut von Großhändlern kaufen oder Gurken an diese verkaufen muss – über digitale Dienste und Algorithmen, auf die er keinerlei Einfluss hat.

Früher zahlten Pächter dem Grundbesitzer entweder Arbeitspacht, Naturpacht oder Geldpacht. Die heutigen Pächter zahlen sowohl Arbeitspacht als auch Geldpacht.

Noch schlimmer wird es mit den neuen KI-Agenten, die in Betriebssystemen für Mobiltelefone und PCs integriert sind. Während KI vom Typ ChatGPT noch bis zu einem gewissen Grad der Kontrolle durch den Nutzer unterliegt – das heißt, es ist der Nutzer, der einen Befehl oder eine Aufforderung zum Handeln gibt –, kehren sich bei KI-Agenten die Rollen um. Nun ergreift der KI-Agent die Initiative und bittet den Nutzer um Bestätigung. Er sammelt kontinuier-

lich Informationen darüber, was Sie gerade tun und wo Sie gewesen sind, indem er alle paar Sekunden Screenshots Ihres Bildschirms macht. Ein harmloses Beispiel könnte lauten: „Ist es nicht an der Zeit, dass Sie Ihrer älteren Mutter ein Foto Ihrer Enkelkinder schicken und ihr Blumen schenken? Möchten Sie, dass ich das für Sie organisiere?“

Das mag praktisch und bequem klingen. Es ist jedoch ebenso leicht vorstellbar, welche anderen Handlungsaufforderungen man erhalten könnte – basierend auf dem, was man einst für sein Privatleben gehalten hat.

Kapitalismus oder Techno-Feudalismus?

Leben wir in dem, was Varoufakis als Techno-Feudalismus bezeichnet, einem neuen oligarchischen Unterdrückungssystem, das auf einer postkapitalistischen Produktionsweise basiert? Haben wir den Kapitalismus hinter uns gelassen, nur um in einem neuen und noch schlimmeren Albtraum zu landen, der den Sozialismus noch weiter in die Ferne rückt und unerreichbar macht? Oberflächlich betrachtet mag es so erscheinen, doch das wäre eine gefährliche und falsche Schlussfolgerung, die den Kampf für ein anderes Gesellschaftssystem zum Scheitern bringen würde.

Glaubt man Elon Musk, wird Arbeit in naher Zukunft optional werden. „„In less than 20 years – maybe even in just 10 or 15 years – advances in artificial intelligence and robotics will take us to a point where working becomes optional,“ sagte Musk in einem interessanten Podcast mit „People by WTF“ am 1. Dezember 2025.¹³

Was er in dem langen Interview nicht im Detail erklärt, ist, wie die Menschen ihren Lebensunterhalt bestreiten werden, wenn sie keine einkommensschaffende Arbeit haben. Er geht auch nicht auf das heikle Problem ein, dass ohne menschliche Arbeit kein neuer Mehrwert und kein Gewinn für Musk & Co. geschaffen wird.

Das ist es, was Marx als sinkende Profitrate bezeichnete. Da nur lebendige Arbeit neuen (Mehr-)Wert schafft, bedeuten weniger Arbeiter und mehr Maschinen, dass der Gewinn pro produzierter Einheit sinkt. Kapitalisten ergreifen eine Reihe von Gegenmaßnahmen, um diesen Trend zu verlangsamen, doch der Trend selbst ist unumkehrbar.

¹³ People by WTF 1 December 2025. t.ly/Ln2SH

„Die Steigerung der Produktivität der Arbeit besteht eben darin, daß der Anteil der lebendigen Arbeit vermindert, der der vergangen Arbeit vermehrt wird, aber so, daß die Gesamtsumme der in der Ware steckenden Arbeit abnimmt; daß also die lebendige Arbeit um mehr abnimmt als die vergangne zunimmt.“¹⁴

Im Vorangegangenen haben wir gesehen, wie digitale Oligarchen und Cloud-Barone heute zu den mächtigsten und einflussreichsten Menschen der Welt zählen. Sie haben direkten Zugang zu Präsidenten und Regierungsämtern und verfügen über eine Macht, die jene übertrifft, die der alte Adel und die Kleinfürsten im Verhältnis zur Kirche oder zur königlichen Macht hatten. Ein Mann wie Musk kommt und geht mehr oder weniger ungehindert im Büro von Präsident Donald Trump ein und aus. Er gewährt sich selbst eine „Gehaltszulage“ von zehn Milliarden Dollar. Die Vorstandsmitglieder von Tesla akzeptieren dies, ohne mit der Wimper zu zucken. Auch in bestimmten Branchen sind feudale Züge wieder aufgetaucht. In den letzten zwanzig Jahren sind Arbeitskräfte aus anderen Ländern zu neuen Leibeigenen geworden, die im Gegenzug für mickrige Löhne, Verpflegung und Unterkunft vollständig der Willkür von Zeitarbeitsfirmen oder Auftragnehmern ausgeliefert sind. Da ihnen ihre Pässe abgenommen wurden und sie keinerlei Rechte haben, befinden sie sich in einer noch prekäreren Lage als Leibeigene, die das Anwesen nicht verlassen dürfen, ohne zuvor die Erlaubnis des Grundbesitzers einzuholen. Die kapitalistische Freiheit, seine Arbeitskraft an wen auch immer man will zu verkaufen, wurde Zehntausenden von Arbeitnehmern genommen. Die neuen sogenannten (digitalen) Plattformarbeiter bilden eine eigene Kategorie. Sie haben völlige „Freiheit“, Liefer- und Transportdienste im Auftrag digitaler kapitalistischer „Auftraggeber“ wie Foodora, Wolt, Uber, Bolt usw. zu erbringen. Plattformarbeiter ähneln eher Wanderarbeitern, die dann beschäftigt werden, wenn sie am dringendsten gebraucht werden und wenn die Algorithmen (Akkordarbeit) mehr als die üblichen Hungerlöhne bieten. Die Auftragnehmer (wie Wolt) ihrerseits müssen 15–30 % des Transaktionsbetrags an den App Store oder den Google Play Store sowie Transaktionsgebühren an Banken und Kreditkartenunternehmen abführen. Der relativ bescheidene Restbetrag, der nach Abzug

des tatsächlichen Werts der Waren und der Transportdienstleistung verbleibt, wird zwischen dem Gewinn des Auftragnehmers und der Vergütung des „unabhängigen“ Plattformarbeiters aufgeteilt.

In dieser Form sehen wir, dass der Kapitalismus in seiner imperialistischen Ära in mehreren Bereichen Strukturen mit feudalen Zügen wieder einführt – Strukturen, die die junge kapitalistische Bourgeoisie in der Vergangenheit aufbrechen musste.

Der Imperialismus hält an

Dieses Paradoxon widerlegt nicht, sondern bestätigt vielmehr, dass der Imperialismus ein sterbender, parasitärer und verfallender Kapitalismus ist. In seinen Todeskrämpfen erstickt der Imperialismus alle fortschrittlichen und demokratischen Ideale der Anfänge des Kapitalismus und kehrt sie um – jene Ideale, als die junge Bourgeoisie im Kampf gegen mittelalterlichen Despotismus und Stagnation hervortrat. Das kapitalistische System und die kapitalistische Produktionsweise bestehen nach wie vor. Neu ist, dass die Monopolbourgeoisie eine neue, dominierende Fraktion von Techno-Kapitalisten und Tech-Oligarchen eingeführt hat, die andere Fraktionen verdrängen. Jahrzehntlang ist es dem Handelskapital gelungen, dem Industriekapital einen größeren Anteil am Mehrwert abzuringen. Nun sind die Techno-Kapitalisten dabei, Teile des alten Handelskapitals zu verdrängen und das Industriekapital fest im Griff zu haben. All dies geschieht in Symbiose mit dem Bank- und Finanzwesen.

Moderne Technologie wird eingesetzt, um ein im Verfall begriffenes System aufrechtzuerhalten und zu verteidigen.

Was wir erleben und unter dem wir leiden, ist kein neues System und keine neue Produktionsweise. Es ist der zerfallende kapitalistische Imperialismus (Monopolkapitalismus) in seiner zerstörerischsten Form. Moderne Technologie wird eingesetzt, um ein System im Verfall aufrechtzuerhalten und zu verteidigen. Es befindet sich auf einem Kurs, der geradewegs in den Faschismus, die totale Kontrolle – und verheerende Kriege – führt.

Bedeutet das, dass wir alle Hoffnung verlieren und jeden Traum vom Sozialismus aufgeben sollten? Müssen wir uns damit begnügen, Einfluss auf den Einsatz von Technologie und die Verteilung des Reichtums zu fordern, in der Hoffnung, dass die Oli-

¹⁴ Marx: Das Kapital, Band III, Kapitel XV, Abschnitt IV, S.271

garchen früher oder später zur Vernunft kommen? Die Antwort lautet: Nein. Künstliche Intelligenz und andere neue Technologien bieten fantastische Perspektiven für ein Gesellschaftssystem ohne Kapitalisten und Ausbeuter. Eine Gesellschaft, in der die notwendige Arbeitszeit auf ein Minimum reduziert ist und der „Bereich der Freiheit“ in greifbarer Nähe liegt.

In den Händen der Monopolbourgeoisie droht der Sprung in der Entwicklung der Produktivkräfte jedoch, der gesamten Zivilisation ein Ende zu bereiten. Revolution und Sozialismus stehen daher auf der Tagesordnung. Was fehlt, ist das subjektive Bewusstsein dafür, was nötig ist. Die Arbeiterklasse steht vor neuen Herausforderungen und Anforderungen in Bezug auf politische Bildung, Mobilisierung und Organisation.

REVOLUSJON (NORWEGEN)

PAKISTAN

Das gnadenlose Urteil der Geschichte: Das sich verschiebende globale Machtgleichgewicht und der Niedergang Amerikas

Shaukat Ali Chaudhry (Generalsekretär, Pakistan Mazdoor Mahaz)

Die Geschichte zeigt, dass sie von ständigen Phasen des Aufstiegs und Niedergangs geprägt ist. Ob es nun die Größe des antiken Griechenlands, die Eroberungen Alexanders des Großen, die Vorherrschaft des Römischen Reiches oder die lange Herrschaft der Araber in Spanien war – wann immer eine Macht ihre eigenen Grenzen durch Ausdehnung und in Arroganz überschritt, wurde an ihr ein historisches Exempel statuiert. Die heutige globale Lage, insbesondere das Bündnis zwischen den USA und Israel im Nahen Osten, scheint an einem ähnlichen historischen Wendepunkt zu stehen, an dem oft der Zerfall großer Reiche beginnt.

Der Nahe Osten ist zu einem strategischen Sumpf geworden und die größte Krise des laufenden Jahrhunderts ist die direkte Intervention der USA in der Region. In der Vergangenheit sicherten sich die Vereinigten Staaten ihre Vorherrschaft meist durch Stellvertreterkriege, was eine Illusion ihrer militärischen Unbesiegbarkeit kultivierte. Die direkte Konfrontation mit dem Iran hat diese Illusion jedoch zunichte gemacht. Der Iran hat sich trotz jahrzehntelanger Sanktionen zu einer bedeutenden Militärmacht entwickelt, die dazu

in der Lage ist, einer Supermacht wie den Vereinigten Staaten einen Dämpfer zu verpassen.

Im achtjährigen Iran-Irak-Krieg traten die USA lediglich als Unterstützer auf, heute sind sie jedoch unmittelbar selbst Kriegspartei und an vorderster Front in der Auseinandersetzung. Sie begehen damit denselben Fehler, den die Sowjetunion mit ihrem direkten Eingreifen in Afghanistan begangen hat – eine Entscheidung, die letztendlich zu ihrem eigenen Zusammenbruch beitrug.

Als ein weiterer, potenziell schwerwiegender strategischer Fehler der Vereinigten Staaten könnte sich ihr Machtmissbrauch in Lateinamerika erweisen. Der Angriff gegen die venezolanische Regierung und die Versuche, die Ölreserven des Landes zu kontrollieren, stellen für die gesamte Region ein Alarmsignal dar. Und wann immer eine Supermacht die Souveränität anderer Nationen verletzt, schafft sie sich damit Feinde in ihrem eigenen „Hinterhof“. Diese Situation drängt Lateinamerika näher an China und Russland heran, was die globale Isolation der USA weiter verschärfen könnte.

Die verwundete Schlange und die Stärke der Ameisen

Es gibt ein Sprichwort aus der Politik: „Ist eine Schlange erst einmal verwundet, können selbst Ameisen, die einst unbedeutend schienen, sie schließlich töten“. In der aktuellen Entwicklung werden der Iran, Venezuela, Kuba und andere Teile des widerständischen Blocks zu jenen „Ameisen“, die der „verwundeten Schlange“ der Weltordnung, den USA, langsam die Macht entziehen. Gleichzeitig sind die Vereinigten Staaten im Nahen Osten, in der Ukraine und in Taiwan verstrickt und veteilen damit ihre wirtschaftliche und militärische Stärke an mehreren Fronten.

Die neue Weltordnung und BRICS

Es ist ein unerbittliches Gesetz der Geschichte, dass, wenn eine alte Ordnung in sich zusammenbricht, eine Neue an ihre Stelle tritt. Die schwindende Glaubwürdigkeit Amerikas und der Einsatz des US-Dollars als politische Waffe haben viele Länder dazu gezwungen, nach Alternativen zu ihr zu suchen. Bündnisse wie BRICS sind nicht mehr nur Wirtschaftsblöcke; sie entwickeln sich zur Grundlage eines neuen globalen Finanz- und Politiksystems, in dem sich das Machtzentrum offenbar von Washington weg in Richtung Peking, Moskau und Teheran verlagert.

Präsident Donald Trump und die amerikanische Regierung scheinen derzeit in einer Situation gefangen zu sein, in der jede falsche Entscheidung die Sicherheit der USA gefährden könnte. Die bedingungslose Unterstützung Israels und die Missachtung des Friedens auf der Welt, treiben die Vereinigten Staaten in eine Sackgasse, aus der eine Rückkehr möglicherweise unmöglich wird. Wenn die USA weiterhin auf Vorherrschaft pochen und sie nicht ihr Überleben zum strategisch wichtigsten Ziel erklären, laufen sie Gefahr weiter an Bedeutung zu verlieren. Ähnlich wie Großbritannien, das nach dem Zweiten Weltkrieg wieder auf seine Inselgrenzen reduziert wurde.

Das Urteil der Zeit ist unvermeidlich: Ist die Illusion der Macht einmal zerbrochen, kann sie niemals wirklich wiederhergestellt werden.

Angeichts der sich weiter verschärfenden Spannungen zwischen dem Iran und den Vereinigten Staaten scheinen die USA derzeit entschlossen, den Iran dazu zu drängen, ein Abkommen zu Washingtons Bedingungen zu akzeptieren. Gleichzeitig drohen sie weiterhin mit erneuten militärischen Angriffen, sollte ein solches Abkommen nicht zustande kommen. Auf der einen Seite lehnt die iranische Führung die Verhandlungen zwar nicht gänzlich ab, scheint jedoch auch nicht bereit dazu, die amerikanischen Bedingungen zu akzeptieren.

Kriegsstrategen argumentieren, dass es für die USA nach dem Waffenstillstand zwischen dem Iran und den Vereinigten Staaten nicht mehr einfach sein wird, einen weiteren Angriff auf den Iran zu starten. Zudem hat der Iran wahrscheinlich während des Waffenstillstands zum einen ein viel deutlicheres Verständnis dafür gewonnen, welchen Schaden die USA und Israel anrichten können als auch, wie er sich wirksamer verteidigen kann. Darüber hinaus hat sich die öffentliche Meinung weltweit – auch innerhalb der Vereinigten Staaten – in dieser Zeit zunehmend gegen die amerikanische Politik gewandt. Länder wie Russland und China, deren wirtschaftliche, politische, handelspolitische und regionale Interessen eng mit dem Iran verbunden sind, scheinen sich ebenfalls in Opposition zu Washington an Teheran anzunähern. Unter solchen Umständen wäre ein weiterer amerikanischer Angriff auf den Iran kein leichtes Unterfangen.

Angeichts der sich entwickelnden Lage lässt sich sagen, dass der jüngste Besuch von Präsident Trump in China auch Gespräche über eine friedliche Lösung dieses Konflikts umfasste, auch wenn die vollständigen Details möglicherweise nicht sofort an die Öffentlichkeit gelangen. Es wird jedoch immer deutlicher, dass die Krise im Nahen Osten in der kommenden Zeit wahrscheinlich eine entscheidende Wende nehmen wird. Sollte der Konflikt nicht gelöst werden und stattdessen weiter eskalieren, könnten letztlich die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten den größten Schaden davontragen.

PERU

Vom Präsidentialismus zum Parlamentarismus: Wie der peruanische Kongress Macht konzentriert und die bürgerliche Hegemonie neu definiert

Wahlen 2026:

Die am 12. April 2026 abgehaltenen Wahlen waren ein weiterer Ausdruck des Klassenkampfs in Peru, mit 36 Präsidentschaftskandidaten – ein historischer Rekord, der den Niedergang der Demokratie und die Strategie des mafiösen Komplotts zur Stimmenaufteilung widerspiegelt. Der Wahlprozess verlief normal, vor allem in den Provinzen; in Lima gab es jedoch einige Komplikationen bei der Einrichtung der Wahllokale; etwa 266 Wahllokale wurden nicht geöffnet. Obwohl diese Zahl statistisch gesehen unerheblich ist, beschloss die Nationale Wahlkommission (JNE) unter dem Druck des Wahlbündnisses, gegen die Wahlgrundsätze zu verstoßen und die Wahl um einen weiteren Tag zu verlängern.

Die vom ONPE [Nationales Amt für Wahlprozesse] begangenen Unregelmäßigkeiten sollen von der extremen Rechten ausgenutzt werden, um eine Betrugsgeschichte zu konstruieren und damit die für den rechtsextremen Kandidaten López Aliaga ungünstigen Ergebnisse in Frage zu stellen. Der Kandidat der „Erneuerung fürs Volk“ reagierte, nachdem er von den Hochrechnun-

gen für die Stichwahl erfahren hatte, wütend und drohte, dem Präsidenten der JNE Schaden zuzufügen und einen „Aufstand“ zu inszenieren, sollten keine Nachwahlen für diejenigen stattfinden, die am Wahltag nicht gewählt hatten. Zudem führte der Druck der Medien und der Kräfte des Wahlbündnisses zum rechtswidrigen Rücktritt des Präsidenten des ONPE mitten im Wahlprozess. Nun muss der vom Fujimorismus kontrollierte Kongress einen neuen Präsidenten der ONPE wählen, der die Leitung für die zweite Runde übernimmt. Die bürgerlichen Institutionen werden bei jedem Wahlprozess zunehmend delegitimiert, während die bürgerlichen Medien lautstark nach einem Staatsstreich rufen, um eine mögliche linke Regierung zu verhindern. Dem Stand der Auszählung im Protokoll zufolge wird sich die zweite Runde zwischen dem Fujimorismus und dem Castellismus entscheiden [Bezugnahme auf die Anhänger der ehemaligen Präsidenten Fujimori und Castillo – Anmerkung des Übersetzers]. Auf der einen Seite steht Keiko Fujimori, die Anführerin des Fujimorismus, an der Spitze dieses Bündnisses, das vom Kongress aus regiert, und Roberto Sánchez, der die Partei „Gemeinsam für Peru“ anführt und die

Stimmen der Anhänger von Pedro Castillo erhalten hat. Roberto Sánchez ist Kongressabgeordneter und enthielt sich im Verfahren zur Amtsenthebung von Pedro Castillo der Stimme. Er hielt sich im Verlauf der Kämpfe, die das Volk führte und die mehr als 70 Todesopfer forderten, an der Seitenlinie. Dies ist relevant, da die Amtsenthebung von Castillo verfassungswidrig war und nicht die für seine Amtsenthebung erforderlichen Stimmen erreichte. Vor diesem Hintergrund wecken die Handlungen von Roberto Sánchez bei einigen linken Kräften kein Vertrauen; es ist jedoch wahrscheinlich, dass es ihm aufgrund der breiten Anti-Fujimori-Stimmenbasis im Land gelingen wird, einen Konsens in verschiedenen Bereichen herzustellen. Es ist daher zu erwarten, dass er seinen Ton mäßigen wird und dass von ihm die Unterzeichnung eines „Fahrplans“ gefordert wird, ähnlich wie es bei Ollanta Humala der Fall war, um die makroökonomische Politik nicht zu beeinträchtigen.

Die Ergebnisse für Senatoren und Abgeordnete sind weitaus besorgniserregender; die Mehrheit der gewählten Senatoren gehört weiterhin den Parteien des mafiösen Paktes an, nämlich Fuerza Popular [Volkskraft] (22 Senatoren) und Renovación Popular [Volkserneuerung] (8 Senatoren), was verhindern würde, dass eine mögliche Regierung unter Roberto Sánchez die gesamte fünfjährige Amtszeit überstehen könnte. Durch die Neugestaltung des Staatswesens verfügt der Senat über weitaus mehr Macht als der Präsident; diese Wahlen waren daher von entscheidender Bedeutung.

Vom Präsidentialismus zum Parlamentarismus

Was heute in Peru geschieht, ist nicht einfach nur eine weitere politische Krise oder eine institutionelle Dysfunktion. Es handelt sich um eine Neugestaltung des bürgerlichen Staates, die von einem Bündnis verschiedener Fraktionen vorangetrieben wird, die – unfähig, durch Konsens und Hegemonie zu regieren – auf eine direkte und autoritäre Kontrolle des Staatsapparats zusteuern. Somit ist der Übergang vom Präsidentialismus zum De-facto-Parlamentarismus keine demokratische Entwicklung, sondern eine verzweifelte Maßnahme der Bourgeoisie.

Wie in anderen Ländern ist der Aufstieg neuer autoritärer Rechter auf die Krise des Kapitals zurückzuführen; da die herrschende Klasse nicht in der Lage ist, die Stabilität der Machtausübung durch traditionelle Mechanismen zu gewährleisten, greift sie auf eine Änderung der Regierungsform zurück. Genau das geschieht derzeit in Peru: Der Kongress ist zum faktischen Machtzentrum geworden, hat die Exekutive abgelöst und die autonomen Behörden unter seine Kontrolle gebracht. Dies ist nichts anderes als eine Operation zur Absicherung der bürgerlichen Macht, getarnt als Reform des politischen Systems. Wir stehen vor einer Krise des Systems, in der die herrschenden Klassen nicht mehr wie bisher regieren können und die unteren Klassen es nicht mehr hinnehmen, auf die bisherige Weise regiert zu werden. Peru erlebt diese Krise seit Jahren, geprägt vom Zusammenbruch der Parteien, der Delegitimierung der Exekutive, der Diskreditierung des Kongresses und zeitweiligen sozialen Unruhen.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der Unhaltbarkeit der demokratischen Farce, die auf den Fujimorismus folgte, hat sich die Bourgeoisie für eine autoritäre Lösung entschieden: die Verlagerung der Politik vom Wahlkampf auf die institutionelle Ebene. Denn wie sich 2021 gezeigt hat, birgt der Präsidentialismus, selbst in geschwächter Form, immer ein Risiko, nämlich die Volksabstimmung. Andererseits haben sie gelernt, dass der Parlamentarismus es ihnen de facto ermöglicht, die Macht aus einer von ihnen kontrollierten Position heraus zu verwalten, in der Geld, Lobbyisten und Geschäftsbeziehungen mehr zählen als der Volkswille. Wir stehen einer vom Kongress angeführten restaurativen Kraft gegenüber, die das politische System ohne Beteiligung des Volkes neu ordnet – durch Reformen, die zwar administrativ erscheinen, deren Ziel es jedoch ist, sicherzustellen, dass der parlamentarische Block die Macht behält, selbst wenn er die Straße, die Wahlurne oder die gesellschaftliche Legitimität verliert. Politik bringt stets die materiellen Interessen sozialer Klassen und ihrer Fraktionen zum Ausdruck. Und genau deshalb lohnt es sich, diejenigen zu identifizieren, die die Parteien vertreten, welche den derzeitigen Kongress kontrollieren:

- Fujimorismus: Hauptfraktion der Exportwirtschaft, mit starker Präsenz in der Agrarindustrie, im Importgeschäft, bei großen Transportun-

ternehmen und in Sektoren, die von regulierter informeller Arbeit leben.

- „Popular Renewal“: konservative, moralistische Immobilien- und Finanzbourgeoisie, die jeglichem modernen Staatsprojekt zutiefst ablehnend gegenübersteht.
- „Avanza País“ (Vorwärts, Land): neoliberale Wirtschaftstechnokratie, verbunden mit Unternehmenskanzleien, Wirtschaftsverbänden und dem Finanzkapital.
- „Allianz für den Fortschritt“: aufstrebende regionale Bourgeoisie, konzentriert auf private Bildung, das Baugewerbe und Vetternwirtschaftsnetzwerke.

Diesem Block schloss sich die Partei „We Are Peru“ an, die den Vorsitz innehat. Diese Partei fungiert seit Jahren als politisches Sprachrohr mittelständischer Unternehmer, Kommunalpolitiker, Bauunternehmer und lokaler Akteure, die mit dem Bereich der öffentlichen Bauvorhaben und städtischen Dienstleistungen verbunden sind. Es handelt sich nicht um die große Finanzbourgeoisie oder die traditionelle Elite; es ist die Mittelbourgeoisie, machthungrig, pragmatisch, opportunistisch und für das herrschende Bündnis äußerst nützlich, das zu allem fähig ist, um bei den Machthabern gut dazustehen. Deshalb verändert ihre Präsenz im Präsidentenamt das parlamentarische Projekt nicht, da eine schwache Exekutive, angeführt von einer Partei ohne nationales Projekt und abhängig von Bündnissen im Kongress, die ideale Exekutive für jeden Übergang hin zu einem oligarchischen Parlamentarismus ist. In den letzten 25 Jahren hat sich gezeigt, dass das Präsidialsystem die peruanische Bourgeoisie dem Risiko aussetzt, dass alle fünf Jahre neue Akteure (Außenseiter) auftauchen könnten, die ihre eigene Agenda verfolgen. Der Kongress hingegen ermöglicht es, die Macht zu übernehmen, ohne über eine gesellschaftliche Mehrheit oder ein Projekt für das Land zu verfügen. Wir werden untersuchen, welche Maßnahmen das gemäßigte Präsidialsystem in der peruanischen Politik verändern und die Macht auf das Parlament verlagern.

1. Die Abschaffung oder Einschränkung des Misstrauensvotums: Dies zerstört das wichtigste Instrument, mit dem eine schwache Exekutive die Macht des Kongresses ausgleichen könnte. Es gibt keine politische Kontrolle über den Kongress mehr.

2. Die Regelungen, die eine Disqualifizierung und Amtsenthebung erleichtern: Sie zielen darauf ab, den Präsidenten einem permanenten System politischer Erpressung auszusetzen. Ein Präsident, der jederzeit abgesetzt werden kann, regiert nicht, er gehorcht.
3. Kontrolle über Ernennungen: Verfassungsgericht, Ombudsstelle, Nationaler Justizrat, Wahlgermien usw. Das ist die eigentliche Beute. Denn wer die Ernennungen kontrolliert, kontrolliert die Justiz, die Aufsicht, die Wahlen und letztlich den „tiefen Staat“. Auf diese Weise übernehmen sie den gesamten Staatsapparat.
4. Systematische Blockade der Gesetzgebungsfugnisse und der Steuerreform: Die peruanische Bourgeoisie will keinen Staat, der [Gelder] einnimmt oder [Ausgaben] plant. Sie will einen schwachen Staat, der unfähig ist, ihre Geschäfte zu regulieren.

Ohne eine verfassungsgebende Versammlung fungiert der Kongress bereits als oberste Macht, da er entscheidet, überwacht, sanktioniert, blockiert und Bedingungen stellt.

Wie bei jedem autoritären Projekt hat die konservative Fraktion der Bourgeoisie einen kulturellen Feind geschaffen, um den gesunden Menschenverstand so zu verändern, dass die Bevölkerung die Zerstörung des Staates als moralische Rückerobung betrachtet. Ihr „Anti-Kaviar“-Diskurs dient dazu, den demokratischen gesunden Menschenverstand zu zerstören und durch einen autoritär-korporatistischen zu ersetzen, in dem jede Einschränkung der parlamentarischen Macht als „ideologische Verschwörung“ dargestellt wird. Jemanden des Kaviarverzehr oder des Terrorismus zu bezichtigen – je nach der Klassenzugehörigkeit des Gegners oder der Farbe seiner Haut – ist zum Vorwand geworden, um die Übernahme von Institutionen zu rechtfertigen.

Wir stehen nicht vor einer abstrakten Debatte zwischen Präsidialismus und Parlamentarismus. Vielmehr gilt es zu verstehen, welche Klasse den Staat lenkt und zu welchen Zwecken. Der Parlamentarismus, der heute in Peru aufgebaut wird, ist nicht der europäischen Sozialdemokratie oder einer fortgeschrittenen Demokratie. Es ist ein oligarchischer Parlamentarismus, der so konzipiert ist, dass die konservative Bourgeoisie regiert, ohne Wahlen zu gewinnen, ohne gesellschaftlichen Konsens und ohne ein nationales Projekt.

In diesem Zusammenhang besteht die Aufgabe der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Avantgarde nicht darin, den Präsidialismus abstrakt zu verteidigen, sondern den Klasseninhalt dieses Übergangs zu entlarven, die betroffenen Klassen zu organisieren und die Hegemonie anzufechten, in der die Bourgeoisie heute nur noch Kontrolle und systemische Gewalt zu bieten hat. Denn wenn das Parlament ohne das Volk zum Machtzentrum wird, folgt darauf keine Stabilität, sondern bürgerlicher Autoritarismus mit einer legalen Fassade.

Das Verständnis, dass die Bourgeoisie beabsichtigt, die Krise mit noch mehr Autoritarismus zu lösen und sich dabei hinter Straffreiheit zu verstecken, rückt uns in den Mittelpunkt des politischen Streits. Denn die Arbeiterklasse und ihr historisches Bestreben, durch den Aufbau einer neuen politischen Macht, die auf einer echten Demokratie beruht, eine gerechtere Gesellschaft zu schaffen, ist die einzige Kraft, die sich der Niederträchtigkeit der Bourgeoisie und ihrem System aus Hunger und Gewalt wirklich entgegenstellt.

KOMMUNISTISCHE PARTEI PERUS (MARXISTEN-LENINISTEN) (PCP (ML))

SPANIEN

Die Imperialismustheorie von Rosa Luxemburg

von Carlos Hermida

Zwischen 1870 und 1914 machten sich die großen europäischen kapitalistischen Mächte, zusammen mit den Vereinigten Staaten und Japan, daran, Afrika und Asien zu erobern. In dieser Zeit teilten die imperialistischen Länder 25 Millionen Quadratkilometer unter sich auf, wobei Frankreich und England die Hauptprofiteure dieser territorialen Plünderung waren. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebten 63 % der Menschheit unter imperialistischer Herrschaft.¹

Dieses Phänomen war Gegenstand der Analyse durch die Parteien der Zweiten Internationale und die wichtigsten Theoretiker der Sozialdemokratie beteiligten sich an einer fruchtbaren Debatte, aus der unter anderem bemerkenswerte Werke von Lenin, Hilferding, Otto Bauer und Rosa Luxemburg her-

vorgingen.² Und das konnte auch gar nicht anders sein, denn die genaue Charakterisierung des Imperialismus, seines Wesens und seiner Herrschaftsmechanismen war für die sozialdemokratischen Parteien von grundlegender Bedeutung, um eine korrekte taktische und strategische Linie auf dem Weg zur proletarischen Revolution zu entwerfen.

1. Die erweiterte Kapitalreproduktion

Im Jahr 1913 veröffentlichte Rosa Luxemburg „Die Akkumulation des Kapitals“, ihr wichtigstes Werk zur politischen Ökonomie, in dem sie Marx' mathematische Schemata zur Kapitalakkumulation revidierte. Dabei handelte es sich zweifellos um eine gewaltige Aufgabe, welcher sie sich mit einer aufrichtigen Haltung annahm. Wenn wir hier den Begriff „revidieren“ verwenden, tun wir dies nicht in dem Sinne, wie wir ihn zur Beschreibung von Bernsteins Werk verwenden, sondern im Sinne einer Analyse marxistischer Konzeptionen aus revolutionärer Perspektive.

¹ Besonders interessant sind die folgenden Werke zum Thema imperialistische Aufteilung: ACOSTA SÁNCHEZ, José: El imperialismo capitalista. Concepto, períodos y mecanismos de funcionamiento. (Kapitalistischer Imperialismus. Konzept, Epochen und Funktionsmechanismen). Barcelona, Blume, 1977; FIELDHOUSE, David: Economics and Empire 1830–1914. Cornell University Press, Ithaca, New York, 1973 und HOBBSBAWM, Eric: The Age of Empire, 1875–1914. Weidenfeld & Nicolson, Vereinigtes Königreich, 1987.

² Zu den verschiedenen Theorien zum Imperialismus siehe J. M. VIDAL VILLA: Teorías del imperialismo. (Theorien des Imperialismus) Barcelona, Anagrama, 1976.

Das Werk ist in drei Teile beziehungsweise Abschnitte gegliedert. Der erste („Das Problem der Reproduktion“) befasst sich mit den Problemen der einfachen und der erweiterten Kapitalreproduktion. Der zweite Teil („Geschichtliche Darstellung des Problems“) befasst sich mit den ökonomischen Kontroversen zwischen verschiedenen Autoren und im dritten Teil („Die geschichtlichen Bedingungen der Akkumulation“) entwickelt sie ihre eigene Theorie und versucht aufzuzeigen, inwiefern die Invasion in weniger entwickelte Wirtschaftssysteme eine notwendige Voraussetzung für die kapitalistische Entwicklung ist und durch welchen Prozess diese dabei zerstört werden.

Das Buch erntete eine Reihe Kritiken aus verschiedenen Kreisen der Sozialdemokratie, darunter auch von Lenin, der die in diesem Text enthaltenen Ideen zur erweiterten Reproduktion des Kapitals, zu Krisen und zum Imperialismus als grundsätzlich falsch beurteilte.

Um den Grund für die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden zu verstehen, muss man von Marx' Konzeption der Entwicklung des Kapitalismus ausgehen. Die Ursachen von Überproduktionskrisen sind untrennbar mit der inneren Dynamik der kapitalistischen Produktion sowie mit der Entstehung und Aneignung des Mehrwerts verbunden und sollten nicht in Faktoren außerhalb des Produktionsprozesses gesucht werden. Mit den Worten von Marx und Engels:

„Seit Dezennien ist die Geschichte der Industrie und des Handels nur die Geschichte der Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die modernen Produktionsverhältnisse, gegen die Eigentumsverhältnisse, welche die Lebensbedingungen der Bourgeoisie und ihrer Herrschaft sind. Es genügt, die Handelskrisen zu nennen, welche in ihrer periodischen Wiederkehr immer drohender die Existenz der ganzen bürgerlichen Gesellschaft in Frage stellen. In den Handelskrisen wird ein großer Teil nicht nur der erzeugten Produkte, sondern der bereits geschaffenen Produktivkräfte regelmäßig vernichtet. In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, welche allen früheren Epochen als ein Widersinn erschienen wäre – die Epidemie der Überproduktion. Die Gesellschaft findet sich plötzlich in einen Zustand momentaner Barbarei zurückversetzt; eine Hungersnot, ein allgemeiner Vernichtungskrieg scheinen ihr alle Lebensmittel abgeschnitten zu haben; die Industrie, der Handel

scheinen vernichtet, und warum? Weil sie zuviel Zivilisation, zuviel Lebensmittel, zuviel Industrie, zuviel Handel besitzt. Die Produktivkräfte, die ihr zur Verfügung stehen, dienen nicht mehr zur Beförderung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse.; im Gegenteil, sie sind zu gewaltig für diese Verhältnisse geworden, sie werden von ihnen gehemmt; und sobald sie dies Hemmnis überwinden, bringen sie die ganze bürgerliche Gesellschaft in Unordnung, gefährden sie die Existenz des bürgerlichen Eigentums. Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen. – Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.“³

In Band II von „Das Kapital“ werden die einfache und die erweiterte Reproduktion des Kapitals analysiert. Marx unterteilt die gesamte Produktion der kapitalistischen Gesellschaft in zwei Sektoren: Sektor I, die Produktion der Produktionsmittel, und Sektor II, die Produktion von Konsumgütern. Marx beginnt mit der Analyse der Gleichgewichtsbedingungen für den Austausch zwischen den beiden Sektoren unter den Bedingungen der einfachen Reproduktion (d. h. ohne Akkumulation) und kommt zu dem Schluss, dass bei der einfachen Reproduktion die Summe aus variablem Kapital (das in Löhne investiert wird) und Mehrwert in Sektor I, also bei der Produktion von Produktionsmitteln, dem konstanten Kapital in Sektor II, also bei der Produktion von Konsumgütern, entsprechen muss. Im Falle der erweiterten Reproduktion (Akkumulation) ändern sich die Bedingungen. Ausgangspunkt ist, dass die Akkumulation einen Überschuss an Produktionsmitteln erfordert, einen Überschuss, der die Umwandlung eines Teils des Mehrwerts, welchen sich die Kapitalisten aneignen, in Kapital voraussetzt. Mit anderen Worten: Unter den Bedingungen der Akkumulation übersteigt der Zuwachs an Produktionsmitteln den Zuwachs an Konsumgütern; Sektor I muss daher schneller wachsen als Sektor II. Marx' mathematische Diagramme zeigten, dass eine solche Akkumulation in einer kapitalistischen Ge-

3 Karl Marx & Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei [Marx-Engels-Werke; Band 4; Dietz-Verlag Berlin; 1977; Seite 467-468]

sellschaft trotz der Unverhältnismäßigkeit zwischen den beiden Produktionssektoren möglich war.

Ausgehend von diesen Prämissen vertrat Rosa Luxemburg die Ansicht, dass Marx' mathematische Modelle zur erweiterten Reproduktion des Kapitals nicht zutreffend seien und wies auf eine Reihe von Voraussetzungen hin, welche für den Akkumulationsprozess erforderlich sein sollen: 1) Die Gesellschaft müsse über eine wachsende Menge an Arbeitskraft verfügen, die eingesetzt werden könne; 2) In jeder Periode müssen die unmittelbaren Bedürfnisse der Gesellschaft es zulassen, dass ein Teil der Produktion zur Vermehrung des gesellschaftlichen Kapitals verwendet wird, das heißt, dass nicht die gesamte Menge der Produktionserzeugnisse für die Konsumtion genutzt wird (die Möglichkeit der Ersparnis); 3) Die Produktion von Produktionsmitteln muss ausreichend sein, damit das gesellschaftliche Kapital materiell vergrößert werden kann (die Möglichkeit der Investition) und 4) Auch die tatsächliche Nachfrage sollte wachsen, da ihr Vorhandensein eine *conditio sine qua non* [Anm. d. Redaktion: lateinischer Rechtsbegriff, wörtlich: „Bedingung, ohne die nicht“] dafür ist, dass Kapitalisten sich zu Investitionen entschließen. Ihre Frage würde also lauten: Woher kommt diese ständig steigende tatsächliche Nachfrage, die neue Investitionen sicherstellt, das heißt, die einen Anreiz für die Kapitalisten insgesamt schafft, die globale Produktion auszuweiten? Diese Nachfrage muss außerhalb des Rahmens der kapitalistischen Wirtschaft gesucht werden, nämlich in der Eroberung und Beherrschung jener Gebiete der Welt, in denen nichtkapitalistische Formen vorherrschen. Aus diesen Regionen würde die Nachfrage kommen, um die Probleme zu lösen, die sich aus der erweiterten Kapitalakkumulation ergeben:

„Auf diese Weise breitet sich der Kapitalismus durch den Austausch mit nichtkapitalistischen Gesellschaften und Ländern immer weiter aus und akkumuliert Kapital auf deren Kosten, während er dieses gleichzeitig untergräbt und verdrängt, um es zu ersetzen. Doch je mehr sich die kapitalistischen Länder auf diese Jagd nach Akkumulationsräumen begeben und je knapper die nichtkapitalistischen Räume werden, die für die Expansionsbewegungen des Kapitals erobert werden können, desto schärfer und rasender wird der Wettbewerb zwischen den Kapitalen, wodurch sich dieser Expansionsfeldzug auf der Weltbühne in eine ganze Kette von wirt-

schaftlichen und politischen Katastrophen, Weltkrisen, Kriegen und Revolutionen verwandelt.

„Auf diese Weise bereitet das Kapital seinen Bankrott auf zweierlei Weise vor. Einerseits, weil es sich durch seine Expansion auf Kosten aller nichtkapitalistischen Produktionsformen auf den Zeitpunkt zubewegt, an dem die gesamte Menschheit ausschließlich aus Kapitalisten und Arbeitern bestehen wird, wodurch jede weitere Expansion und folglich jegliche Akkumulation unmöglich wird. Auf diese Weise verschärft der Kapitalismus, in dem Maße wie diese Tendenz vorherrscht, die Klassenantagonismen und die internationale politische und wirtschaftliche Anarchie derart, dass lange bevor die endgültigen Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung eintreten, das heißt lange bevor das absolute und einheitliche System der kapitalistischen Produktion der Welt aufgezwungen wird, der Aufstand des internationalen Proletariats kommen wird, der dem kapitalistischen System zwangsläufig ein Ende bereiten wird.“⁴

Der Imperialismus wäre nicht in einer bestimmten Phase der kapitalistischen Entwicklung entstanden, sondern wäre das Ergebnis der Widersprüche, die sich aus der Kapitalakkumulation ergaben, das heißt aus ihrer Reproduktion in erweiterter Form:

„Der Imperialismus ist der politische Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus. [...] Bei der hohen Entwicklung und der immer heftigeren Konkurrenz der kapitalistischen Länder um die Erwerbung nichtkapitalistischer Gebiete nimmt der Imperialismus an Energie und an Gewalttätigkeit zu, sowohl in seinem aggressiven Vorgehen gegen die nichtkapitalistische Welt wie in der Verschärfung der Gegensätze zwischen den konkurrierenden kapitalistischen Ländern. Je gewalttätiger, energischer und gründlicher der Imperialismus aber den Untergang nichtkapitalistischer Kulturen besorgt, um so rascher entzieht er der Kapitalakkumulation den Boden unter den Füßen. Der Imperialismus ist ebenso sehr eine geschichtliche Methode der Existenzverlängerung des Kapitals wie das sicherste Mittel, dessen Existenz auf kürzestem Wege objektiv ein Ziel zu setzen.“⁵

4 R. LUXEMBURG: La acumulación del capital. México, Ed. Grijalbo, 1966, p. 380. Übersetzt aus dem Spanischen.

5 Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals [Gesammelte Werke; Band 5; Dietz-Verlag Berlin; 1975; 31. Kapitel]

Die leninsche Kritik

Der grundlegende Fehler der polnischen Revolutionärin bestand darin, die Lösung für die Probleme der erweiterten Reproduktion des Kapitals im Bereich des Marktes und des Konsums durch die Eroberung nichtkapitalistischer Regionen der Welt zu suchen. Der Imperialismus wäre somit eine Teillösung für die Krisen, für die Unmöglichkeit, Mehrwert in den imperialistischen Zentren zu realisieren. Dieser Ansatz impliziert, dass der Kapitalismus irgendwann zusammenbrechen würde. Wenn es keine nichtkapitalistischen Gesellschaften mehr gäbe, wäre Akkumulation unmöglich und folglich würde das System zusammenbrechen.

Die Realität hat gezeigt, dass der Zusammenbruch des Kapitalismus nicht eingetreten ist, selbst bei so katastrophalen Krisen wie denen von 1929, 1973 und 2008. Der Kapitalismus birgt tiefe Widersprüche in sich, aber auch die Mechanismen, die es ihm ermöglichen, diese vorübergehend zu überwinden: Mechanismen wie imperialistische Kriege, die Ausbeutung der Arbeiter und Völker in den abhängigen Ländern. Das heißt, Leid und soziale Katastrophen begleiten die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, doch diese wird nicht verschwinden, solange sie nicht durch das bewusste Handeln des Proletariats und der Volksklassen gestürzt wird.⁶

Wie Lenin zeigte, findet imperialistische Expansion dann statt, wenn der Kapitalismus ein bestimmtes Entwicklungsstadium erreicht. Das Streben nach höheren Profitraten, die durch den Export des Kapitalüberschusses aus den genannten Zentren realisierbar werden, ist Ursache für die Eroberung der afro-asiatischen Welt, die zwischen 1870 und 1914 stattfand.

Der grundlegende Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise liegt im Bereich der Produktion und nicht im Bereich des Umlaufs. In seiner Polemik gegen die wirtschaftlichen Konzeptionen der Populisten ging Lenin auf diese Frage ein und zeigte dabei die theoretischen Unzulänglichkeiten und Irrtümer des Populismus auf:

„Wenn die Volkstümpler versichern, der äußere Markt sei der „Ausweg aus der Schwierigkeit“, die der Kapitalismus sich bei Realisation des Produkts

schaft, so bemänteln sie mit dieser Phrase nur den traurigen Umstand, daß der „äußere Markt“ für sie der „Ausweg aus der Schwierigkeit“ ist, in die sie geraten, weil sie die Theorie nicht verstehen [...] nicht nur die Produkte, die in Form von Konsumtionsmitteln existieren, sondern auch die Produkte, die in Form von Produktionsmitteln existieren, sie werden alle in gleicher Weise nur unter „Schwierigkeiten“, unter ständigen Schwankungen realisiert, die mit der weiteren Entwicklung des Kapitalismus immer stärker werden, in einer wütenden Konkurrenz, die jeden Unternehmer zwingt, nach schrankenloser Ausdehnung der Produktion zu streben, indem er die Grenzen des betreffenden Staates überschreitet und sich auf der Suche nach neuen Märkten Ländern zuwendet, die noch nicht in die kapitalistische Warenzirkulation einbezogen sind. Jetzt sind wir auch bei der Frage angelangt, warum der äußere Markt für ein kapitalistisches Land notwendig ist. Durchaus nicht darum, weil das Produkt in der kapitalistischen Ordnung überhaupt nicht realisiert werden kann. Das ist Unsinn. Der äußere Markt ist notwendig, weil der kapitalistischen Produktion das Streben nach schrankenloser Ausdehnung eigen ist - im Gegensatz zu allen alten Produktionsweisen, die durch die Grenzen der Dorfgemeinde, des Erbguts, des Stammes, des territorialen Gebiets oder des Staates gebunden waren. Während in allen alten Wirtschaftsordnungen die Produktion jeweils in der gleichen Form und in dem gleichen Ausmaß wie vorher fortgesetzt wurde - wird in der kapitalistischen Gesellschaft diese Fortführung in gleicher Form unmöglich, und die schrankenlose Ausdehnung und dauernde Vorwärtsbewegung wird zum Gesetz der Produktion.“⁷

Die Ursache des Fehlers von Rosa Luxemburg – den nicht nur sie begeht – liegt darin, dass sie der These der Unterkonsumtion in Marx' Theorie eine vorrangige Rolle einräumt, anstatt ihr eine nachgeordnete Rolle zu geben. Der Widerspruch zwischen der Produktion und der Verwertung der Ware ist zwar Teil der Funktionsweise des Kapitalismus, doch hängt das Entstehen von Krisen mit tiefer liegenden Faktoren zusammen, wie etwa mit dem tendenziellen Fall der Profitrate. Die Theorie der Unterkonsumtion wurde auch von Lenin kritisiert:

⁶ Henryk Grossmann: Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems (zugleich eine Krisentheorie) [Erstausgabe 1929 auf Deutsch]

⁷ Lenin: Zur Charakteristik der ökonomischen Romantik [Gesammelte Werke; Band 2; Dietz-Verlag Berlin; 1961; Seite 157-158]

„Die wissenschaftliche Analyse der Akkumulation in der kapitalistischen Gesellschaft und der Realisation des Produkts untergrub alle Grundlagen dieser Theorie und wies außerdem nach, daß gerade in Zeiten, die den Krisen vorausgehen, die Konsumtion der Arbeiter steigt, daß es Unterkonsumtion (die angeblich die Krisen erklärt) bei den verschiedensten Wirtschaftsordnungen gegeben hat, während die Krisen das Unterscheidungsmerkmal nur eines Systems sind, des kapitalistischen. Diese Theorie [Anm. d. Redaktion: die Theorie des Marxismus] erklärt die Krisen aus einem anderen Widerspruch, nämlich dem Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion (die durch den Kapitalismus vergesellschaftet worden ist) und der privaten, individuellen Aneignungsweise. [...] Die erste Theorie erklärt sie aus dem Widerspruch zwischen der Produktion und der Konsumtion der Arbeiterklasse, die zweite aus dem Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem privaten Charakter der Aneignung. Die erste sieht also die Wurzel der Erscheinung außerhalb der Produktion [...] die zweite sieht sie gerade in den Produktionsbedingungen. [...] Es fragt sich aber: Bestreitet die zweite Theorie etwa die Tatsache eines Widerspruchs zwischen Produktion und Konsumtion, die Tatsache der Unterkonsumtion? Selbstverständlich nicht. Sie erkennt diese Tatsache durchaus an, weist ihr aber als einer Tatsache, die sich nur auf eine Abteilung der gesamten kapitalistischen Produktion bezieht, den ihr zukommenden, untergeordneten Platz an.“⁸

In seinem großartigen Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ geht Lenin auch indirekt auf Rosa Luxemburgs Irrtum ein, insofern, als die Welt zwar bereits physisch aufgeteilt ist, jedoch nicht endgültig, da eine Neuaufteilung möglich ist:

„Die Kapitalisten teilen die Welt nicht etwa aus besonderer Bosheit unter sich auf, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen; dabei wird die Teilung „nach dem Kapital“, „nach der Macht“ vorgenommen – eine andere Methode der Teilung kann es im System der Warenproduktion und des Kapitalismus nicht geben. [...] das Charakteristische dieser Periode [ist] die endgültige Aufteilung der Erde, endgültig nicht in dem Sinne, daß eine Neuaufteilung unmöglich wäre –

im Gegenteil, Neuaufteilungen sind möglich und unvermeidlich –, sondern in dem Sinne, daß die Kolonialpolitik der kapitalistischen Länder die Besitzergreifung unbesetzter Länder auf unserem Planeten beendet hat. Die Welt hat sich zum erstenmal als bereits aufgeteilt erwiesen, so daß in der Folge nur noch Neuaufteilungen in Frage kommen, d.h. der Übergang von einem „Besitzer“ auf den anderen, nicht aber die Besitzergreifung herrenlosen Landes.“⁹

Bei der Neuaufteilung ging es nicht um die Akkumulation von Kapital, sondern um das Ziel, größere Profite und Vorteile zu erzielen. Mit der Zweiten Industriellen Revolution verschärfte sich der Wettbewerb zwischen den Großmächten und die enorme industrielle Entwicklung machte es notwendig, Rohstoffe in großem Umfang und zu niedrigen Preisen zu beschaffen. Territoriale Eroberungen wurden zum Mittel, um diese Versorgung sicherzustellen. Darüber hinaus ist die Möglichkeit, durch Kapitalinvestitionen in neuen Gebieten hohe Gewinne zu erzielen, ein entscheidender Faktor für das Verständnis des Interesses der Banken und der Großindustrie an der kolonialen Expansion, da einheimische Arbeitskräfte der Kolonialländer stärker ausgebeutet werden konnten als europäische Arbeiter, die bereits über bedeutende Gewerkschaftsorganisationen verfügten.

Der Imperialismus ist ein Produkt der Widersprüche des Kapitalismus. Wenn der Kapitalismus eine bestimmte Entwicklungsstufe erreicht, der – wie Lenin in dem oben zitierten Buch definiert – durch Monopole, die Entstehung des Finanzkapitals sowie die Konzentration und Zentralisierung des Kapitals gekennzeichnet ist, entwickelt er zwangsläufig imperialistische Tendenzen, wodurch eine Struktur von Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen entsteht, die bis heute fortbesteht.

Schlussfolgerungen

Rosa Luxemburgs Theorie hat den Test der empirischen Überprüfung nicht bestanden. Seit geraumer Zeit erstrecken sich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse über den gesamten Planeten und weder die Kapitalakkumulation ist zum Stillstand

⁸ Lenin: ebenda [Seite 160-161]

⁹ Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus [Gesammelte Werke; Band 22; Dietz-Verlag Berlin; 1971; Seite 257-259]

gekommen, noch hat sich die Entwicklung der Produktivkräfte verlangsamt, auch wenn es stimmt, dass der Kapitalismus derzeit weniger auf einer produktiven Basis als vielmehr auf einem massiven Zustrom an parasitärem Spekulationskapital beruht. Und das in einem solchen Ausmaß, dass dieses Finanzkapital sich von der produktiven Sphäre abkoppelt und eine eigene Dynamik entwickelt.

Auf der Grundlage einer marxistischen Analyse zeichnet sich der Imperialismus im 21. Jahrhundert durch folgende Aspekte aus:

1) Der Imperialismus stellt ein Geflecht von Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen zwischen zwei verschiedenen Gruppen von Ländern dar: jenen, die das Zentrum des kapitalistischen Systems bilden (die entwickelten Länder) und jenen, die die Peripherie des Systems bilden (die unterentwickelten Länder).

2) In jeder dieser Gruppen von Ländern verschärft sich der Klassenkampf. Sowohl in den entwickelten als auch in den abhängigen Ländern stehen sich die Volksklassen und die herrschenden Klassen gegenüber. Angesichts der Klassenkollaboration müssen Kommunisten das Banner des proletarischen Internationalismus hochhalten.

3) Die sogenannte Globalisierung hat weder einen Superimperialismus geschaffen noch die Grenzen des Nationalstaates aufgehoben. Die Internationalisierung des Kapitals hat die imperialistischen Rivalitäten nicht geschwächt, die sich, wie offensichtlich ist, tendenziell verschärfen. Wie zu Lenins Zeiten bleibt der Kampf um die Kontrolle über Märkte und Rohstoffquellen das Ziel der großen imperialistischen Mächte.

4) Die Widersprüche des Kapitalismus vertiefen sich immer mehr und reformistische Politik ist nicht in der Lage, den sozialen Verfall aufzuhalten. Es ist offensichtlich, dass die parlamentarische Demokratie allmählich zu einem Hindernis für die Herrschaft der Bourgeoisie selbst wird und faschistische Herrschaftsformen in verschiedenen Ländern an Auftrieb gewinnen.

5) Die Gefahr eines Weltkrieges ist real und die herrschenden Klassen setzen bereits Kommunikationsstrategien ein, um diese Botschaft zu verbreiten und die Massen auf eine militärische Konfrontation vorzubereiten.

6) Unter diesen Umständen ist die ideologische und politische Stärkung der IKMLPO eine dringende und vorrangige Aufgabe. In weiten Teilen unserer Gesellschaften herrscht ein Gefühl der Resignation und des Fatalismus, als sei die kapitalistische Ordnung von Dauer und als müssten wir uns zwangsläufig an ein Leben unter dieser Barbarei anpassen. Dies ist das Ergebnis der massenhaften Verbreitung der bürgerlichen Ideologie, welche genau auf die Passivität der Massen, den Individualismus und die Akzeptanz der bestehenden Ordnung abzielt. Um diese Situation zu überwinden, ist es unerlässlich, durch die Verbreitung marxistisch-leninistischer Auffassungen und Analysen einen ständigen ideologischen Kampf zu führen.

KOMMUNISTISCHE PARTEI SPANIENS (MARXISTEN-LENINISTEN) (PCE (ML))

TUNESIEN

Die chinesische Wirtschaft im Lichte der leninistischen Merkmale des Imperialismus

von Hamma Hammami

In seinem Buch „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ hat Lenin die grundlegenden Merkmale des Imperialismus herausgearbeitet:

1. Die Konzentration von Produktion und Kapital bis hin zur Entstehung von Monopolen, die eine entscheidende Rolle im Wirtschaftsleben spielen.
2. Die Verschmelzung von Bank- und Industriekapital und die Bildung einer auf dem Finanzkapital basierenden Finanzoligarchie.
3. Der Kapitalexport, der mittlerweile eine äußerst wichtige Rolle spielt und sich vom Warenexport unterscheidet.
4. Die Bildung internationaler kapitalistischer Monopole, die die Welt unter sich aufgeteilt haben.
5. Die Vollendung der Aufteilung der globalen Einflussphären unter den großen kapitalistischen Mächten.

Dies sind die fünf Merkmale, mit denen Lenin den Imperialismus prägnant definierte. Inwieweit treffen sie auf die Situation in China zu?

1. Monopole in China

Lenin sah das Auftreten der Monopole als Hauptmerkmal des Imperialismus an. Er stellte klar: „Müsste man den Imperialismus so kurz wie möglich definieren, so müsste man sagen: Der Imperialismus ist die Monopolphase des Kapitalismus.“ Es ist daher angebracht, dieses grundlegende Merkmal des Imperialismus am Beispiel Chinas zu untersuchen.

Monopole sind in China eine greifbare Realität und lassen sich in zwei Kategorien einteilen. Die erste Kategorie umfasst staatliche Monopole, die von der staatlichen Bürokratie kontrolliert werden und sowohl im Inland als auch international nach den Maßstäben multinationaler und transnationaler Konzerne agieren. Die zweite Kategorie umfasst private Monopole. Beide Arten zielen auf Gewinnmaximierung ab. Die Zahlen verdeutlichen die rasante Entwicklung chinesischer Monopole auf der globalen Bühne. Anfang 2000 überholte China laut „Forbes Global“ Japan im Ranking der 500 größten Unternehmen der Welt. Im Jahr 2021 belegte China mit 73 Unternehmen den zweiten Platz, während die

Vereinigten Staaten mit 132 Unternehmen an der Spitze standen. Bis 2024 holte China gegenüber den Vereinigten Staaten auf: 133 Unternehmen standen 139 US-Unternehmen gegenüber. Diese Unternehmen erwirtschaften durch ihre inländischen und internationalen Aktivitäten enorme Gewinne, und einige haben in bestimmten Produktions- und Vermarktungssektoren sogar eine führende Position erreicht. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die sich wandelnde Rolle des Privatsektors in der chinesischen Wirtschaft zu beachten, wie aktuelle Zahlen zeigen. Privatunternehmen, insbesondere Monopole, machen 60 % des BIP, 70 % der Innovationskapazität Chinas, 80 % der Beschäftigung in den Städten und 90 % der neuen Arbeitsplätze aus. Private Produktionsunternehmen machen mittlerweile 96,1 % aller Unternehmen aus, gegenüber 95,9 % im Jahr 2019. Nach Angaben der staatlichen Marktregulierungsbehörde Chinas kontrolliert der Privatsektor 96,4 % der öffentlichen gewerblichen Unternehmen. Darüber hinaus kontrolliert er nun 94,4 % der Bereiche wissenschaftliche Forschung, technische Dienstleistungen und Transport, verglichen mit 91,9 % im Jahr 2019. Natürlich bedeuten diese Zahlen keinen Niedergang des öffentlichen Sektors, der nach wie vor strategische Bereiche wie das Bankwesen, die Technologiebranche, den Energiesektor und andere produktive Bereiche kontrolliert. Darüber hinaus spielt der Staat eine zentrale Rolle bei der Festlegung der wichtigsten Entwicklungsrichtungen des Landes, zumal die meisten der reichsten Menschen in China Führungskräfte der Kommunistischen Partei oder deren Kinder sind. Die Konzentration von Produktion und Kapital hat zu einer Konzentration des Reichtums in den Händen einer kleinen Minderheit superreicher Personen geführt, wie es auch in den traditionellen imperialistischen kapitalistischen Ländern der Fall ist. Die Zahl der Milliardäre in China, einschließlich Hongkong (das Ende des letzten Jahrhunderts vom Vereinigten Königreich zu China zurückgeholt wurde), belief sich im Jahr 2024 auf 814, verglichen mit 800 in den Vereinigten Staaten, 271 in Indien, 146 im Vereinigten Königreich, 140 in Deutschland, 76 in Russland, 53 in Kanada und 44 in Japan. An der Spitze der Liste der chinesischen Milliardäre stand im selben Jahr der 41-jährige Zhang Peiming, Gründer von TikTok, dessen Vermögen laut dem Hurun-Ranking der reichsten

Menschen Chinas 49,3 Milliarden US-Dollar betrug – fast doppelt so viel wie der Staatshaushalt Tunesiens. Es ist unbestreitbar, dass diese monopolistische Konzentration des Reichtums auf Kosten der chinesischen Arbeiter und der arbeitenden Bevölkerung erfolgte, die Opfer einer brutalen Ausbeutung wurden, deren Ziel die Gewinnmaximierung war. Diesen chinesischen Quellen zufolge führte der Prozess der ursprünglichen Akkumulation, der während der ersten und zweiten Reformrunde unter Zwang durchgeführt wurde, zur Abwanderung von 200 bis 300 Millionen verarmter Bauern, von denen 140 Millionen unter unmenschlichen Wohnbedingungen (in baufälligen Häusern, Zelten, Arkaden oder sogar Tunneln, usw.) sowie unzureichender Gesundheitsversorgung, Sozialversicherung und andere Formen des Schutzes arbeiten. Offizielle Statistiken zeigen, dass im formellen städtischen Sektor im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts nur 30 bis 37 % der erwerbstätigen Bevölkerung beschäftigt waren, wodurch der Rest der Bevölkerung zu prekären Beschäftigungsverhältnissen verdammt war. Darüber hinaus zögerten die Monopolunternehmen, darunter auch ausländische, nicht, die schwierigen Bedingungen der Arbeitnehmer auszunutzen, um deren Löhne zu senken. Offizielle Zahlen belegen zudem einen Rückgang des Anteils der Löhne am Nationaleinkommen: Dieser Anteil sank von 57 % im Jahr 1983 auf nur noch 37 % im Jahr 2005. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Entwicklung von Monopolen in China, deren zunehmender Wettbewerb mit den Monopolen der traditionellen imperialistischen Länder und ihr Aufstieg zur dominierenden Macht weitgehend auf die brutale Ausbeutung der chinesischen Arbeiter im Vergleich zu ihren Kollegen in diesen Ländern zurückzuführen sind.

2. Finanzkapital

Das zweite Merkmal des Imperialismus ist laut Lenin die Verschmelzung von Bankkapital und Industriekapital zum Finanzkapital sowie die Entstehung einer Finanzoligarchie. Dieses Phänomen trat in China auf, wo Banken begannen, Anteile an Industrieunternehmen zu erwerben, die ihrerseits Anteile an Banken erwarben. Auf diese Weise verschmolzen die beiden Sektoren und es entstand die chinesische Finanzoligarchie, die nach und nach

die Kontrolle über das Land, einschließlich der Regierung, übernahm. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass vier der zehn größten Banken der Welt im Besitz chinesischer Kapitalisten sind. Dabei handelt es sich um die Industrial and Commercial Bank of China (ICBC), die größte Bank (2,8 Billionen US-Dollar), die China Construction Bank (2,2 Billionen US-Dollar), die Agricultural Bank of China (2,1 Billionen US-Dollar) und die Bank of China (2 Billionen US-Dollar). Es ist wichtig zu betonen, dass diese vier Banken von Personen geleitet werden, die Schlüsselpositionen innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas und der Regierung innehaben. Wie bereits erwähnt, ermöglicht ihnen ihre Präsenz in diesen Positionen, die gesamtwirtschaftliche Politik des Landes zu kontrollieren und Investitionen in bestimmte Sektoren zu lenken.

Neben dieser finanziellen Konzentration in den Banken sind, wie in traditionellen imperialistischen kapitalistischen Ländern, Symbole der neuen Finanzoligarchie entstanden: Einzelpersonen und Familien, die entweder hinter den Kulissen oder direkt die Fäden ziehen. Zu diesen Persönlichkeiten zählen unter anderem der chinesische Milliardär Zhang Peiming, der Chef des Getränkekonzerns Hanzhou Wahana, die Familie Zhong Qin Guo, die Familie Wu Yujun (die das Unternehmen Long Four Properties Beijing leitet) sowie die Familie des ehemaligen Ministerpräsidenten (2003–2013) Wen Jiabao. Es ist offensichtlich, dass diese Finanzoligarchie sich, wie von Lenin beschrieben, auf die Arbeiterklasse stützt, indem sie eine Arbeiteraristokratie schafft, die sich von den Krümeln ernährt, die ihr von dieser Oligarchie zugeteilt werden. Diese Arbeiteraristokratie ist in den Gewerkschaften sowie in den von der Partei und dem Staat kontrollierten Berufs- und Bauernverbänden weit verbreitet. Diese Oligarchie hat sich auch innerhalb der Mittelschicht (dem Kleinbürgertum) ihre Handlanger geschaffen, deren Kreis sich mit der Entwicklung des Monopolkapitalismus erweitert hat und deren Zahl explosionsartig angestiegen ist, sodass sie mittlerweile mehrere zehn Millionen Ingenieure, Hochschulabsolventen, Juristen, Manager, kleine Zwischenhändler usw. umfasst. Auf sie stützt sie sich, um das Bewusstsein der Arbeiter und der arbeitenden Bevölkerung zu untergraben.

3. Kapitalexport

Der Kapitalexport ist eines der wichtigsten Merkmale des Imperialismus, also des Monopolkapitalismus. Wie Lenin in seinem klassischen Werk „Der Imperialismus als höchste Stufe des Kapitalismus“ feststellte, war der Warenexport „typisch für den alten Kapitalismus“, als der freie Wettbewerb noch vorherrschte. „Typisch für die neueste Stufe des Kapitalismus“, so argumentierte er, „ist der Kapitalexport.“ China schloss sich faktisch den Reihen der Kapitalexportnationen an, nachdem es sich zu einem imperialistischen Land gewandelt hatte, das von Monopolen, dem Finanzkapital und der daraus hervorgegangenen Finanzoligarchie beherrscht wurde. Wie bei den traditionellen imperialistischen Ländern ergab sich Chinas Notwendigkeit, Kapital zu exportieren, aus dem enormen Kapitalüberschuss, der während der Jahre rascher und fieberhafter Kapitalakkumulation angehäuft worden war. Dieser enorme Kapitalüberschuss wurde nicht zur Entwicklung des verarmten ländlichen Raums in China oder zur Verbesserung des Lebensstandards der arbeitenden Massen genutzt; solche Maßnahmen wären als unvereinbar angesehen worden. Trotz ihres klassenbasierten Charakters und ihrer klassenbasierten Ziele wird ihre Exportorientierung von dem unerbittlichen Streben nach immer größerer Gewinnakkumulation angetrieben. Während China seine Auslandsinvestitionen einerseits in die großen kapitalistischen Mächte und andererseits in Entwicklungsländer lenkt, sind diese Investitionen in den erstgenannten Ländern zugunsten der letzteren stetig zurückgegangen, da diese höhere Gewinne versprechen (hohe Kapitalnachfrage, billige Arbeitskräfte usw.). Mit anderen Worten: Der Kapitalexport ist zu einer unverzichtbaren Voraussetzung für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Kapitalismus in China geworden, der sich in einem erbitterten Kampf mit anderen Monopolstaaten um die Kontrolle über Rohstoffe, Märkte und strategische Gebiete befindet.

Als Erstes ist die massive Kapitalakkumulation der chinesischen Monopolbourgeoisie hervorzuheben, die sowohl den bürokratischen als auch den privaten Sektor umfasst. Das Volumen seiner Devisenreserven, sowohl in Landeswährung als auch in Fremdwährung, ist seit Beginn des 21. Jahrhunderts rasant gewachsen und stieg von 165 Milliarden US-Dollar

im Jahr 2000 auf 3,305 Billionen US-Dollar im Jahr 2012. Diese Reserven wurden sowohl für Kreditaufnahmen als auch für Direktinvestitionen genutzt. Derzeit ist China nach Japan der zweitgrößte ausländische Gläubiger der Vereinigten Staaten, wobei sich seine Bestände an US-Staatsanleihen von 101 Milliarden Dollar auf 885 Milliarden Dollar erhöht haben, verglichen mit 1 Billion Dollar für Japan, das nach wie vor der größte Gläubiger der Vereinigten Staaten ist.

Darüber hinaus vergibt China Kredite an Entwicklungsländer. Einigen Quellen (elektronischen Daten) zufolge beläuft sich das Gesamtvolumen der chinesischen Kredite an diese Länder auf mindestens 1,1 Billionen US-Dollar, ohne die Zinsen mitzurechnen. Achtzig Prozent dieser Kredite sind für Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika bestimmt, die sich in einer Finanzkrise befinden. In diesem Bereich übertrifft China die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds. Laut einem Bericht des US-Rechnungshofs (GAO) stellte China zwischen 2013 und 2021 im Rahmen der „Belt and Road“-Initiative Kredite in Höhe von 679 Milliarden US-Dollar zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten (Autobahnen, Kraftwerke, Telekommunikationsnetze usw.) in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen bereit und übertraf damit die Vereinigten Staaten, die lediglich 76 Milliarden US-Dollar bereitstellten. Diese Situation veranlasste die Europäische Union und die G7-Staaten dazu, ähnliche Initiativen zur Finanzierung entsprechender Projekte ins Leben zu rufen: das „Global Gateway“-Programm der EU und die Initiative „Rebuilding a Better World“ der G7. Viele Experten sind der Ansicht, dass diese Maßnahmen seitens dieser beiden Gruppen zu spät kam.

Was die ausländischen Direktinvestitionen betrifft, so bestätigen die Zahlen den Sprung nach vorne, den China im Vergleich zu seinem früheren Niveau gemacht hat, sowohl hinsichtlich des Volumens als auch hinsichtlich seiner relativen Position im Vergleich zu anderen Weltmächten. Zwischen 1991 und 2003 verzehnfachten sich die chinesischen ausländischen Direktinvestitionen, zwischen 2004 und 2013 stiegen sie dann um das 13,7-Fache und wuchsen von 45 Milliarden US-Dollar auf 613 Milliarden US-Dollar. Bis 2015 war China zum drittgrößten Investor der Welt aufgestiegen, und seine Kapitalabflüsse überstiegen die Zuflüsse. Zudem beliefen sich die chinesischen Auslandsinvestitionen allein im Jahr 2023 auf 147,85

Milliarden US-Dollar, was einem Anstieg von 5,7 % gegenüber 2022 entspricht. Man sollte nicht davon ausgehen, dass sich die von China an „Entwicklungsländer“ in Asien, Afrika und Lateinamerika gewährten Kredite oder die Investitionen, die es in diesen Ländern tätigt, in ihrer Art und ihren Zielen von den Krediten anderer imperialistischer Nationen unterscheiden. Es handelt sich hierbei um Kredite und Investitionen, deren einziger Zweck darin besteht, auf Kosten der Bevölkerung der betroffenen Länder – ihrer Arbeiter, ihrer Bauern und ihrer ärmsten Bürger – sowie auf Kosten ihres Reichtums, ihrer nationalen Souveränität und ihrer Umwelt Ausbeutung zu betreiben und Gewinne anzuhäufen. Angesichts der wachsenden Kritik am chinesischen Kreditsystem, dessen Fallstricken und verheerenden Folgen erklärte der Sprecher des Außenministeriums zu Beginn des Jahres unmissverständlich, dass „die Zusammenarbeit zwischen China und den Entwicklungsländern im Bereich der Investitionen und Finanzen im Einklang mit internationalen Gepflogenheiten, Marktregeln und den Grundsätzen der Schuldentragfähigkeit erfolgt“ – mit anderen Worten: gemäß den Regeln, die für die imperialistischen kapitalistischen Mächte der Welt gelten.

China gewährt Regierungen und öffentlichen Einrichtungen Kredite zur Finanzierung von Infrastruktur-, Wirtschafts- oder Landwirtschaftsprojekten oder um ihnen bei der Überwindung schwerer Finanzkrisen zu helfen. Der Zinssatz für Kredite, die China an Entwicklungsländer vergibt, insbesondere an solche, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden, liegt bei 4 %, ein hoher Zinssatz, der nahe am Marktzins liegt und viermal so hoch ist wie der von ähnlichen Darlehen der Weltbank und sogar höher als der einiger Länder (Frankreich, Deutschland usw.). Zudem beträgt die Laufzeit in der Regel nicht mehr als 10 Jahre, verglichen mit 28 Jahren bei anderen Kreditgebern. China knüpft die Kreditrückzahlung in der Regel an strenge Auflagen. Zu diesen Bedingungen gehört die Verpflichtung, die Kredite in Hartwährung aus Mitteln zurückzuzahlen, die durch den Verkauf natürlicher Ressourcen erwirtschaftet werden. Sollten die betroffenen Länder ihre Schulden nicht zurückzahlen, könnte China die Kontrolle über wichtige Vermögenswerte in diesen Ländern übernehmen (eine Form der Zwangsverwaltung). Es versteht sich von selbst, dass Chinas einziges Anliegen – sowohl bei der Vergabe die-

ser Kredite als auch bei seinen Auslandsinvestitionen – der Gewinn ist. Unter dem Deckmantel der „Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Länder“ zögert China, ebenso wie andere imperialistische Mächte, nicht, diktatorische und blutrünstige Marionettenregime zu unterstützen, die ihr Volk unterdrücken und dessen grundlegendste Rechte verletzen. Dies spiegelt die pragmatische Denkweise der chinesischen Regierung und ihrer Führungskräfte wider, ganz im Sinne der berühmten Maxime des Vaters der Wirtschaftsreformen, Deng Xiaoping: „Es spielt keine Rolle, welche Farbe eine Katze hat, solange sie Mäuse fängt.“ Mit anderen Worten: Dies ermöglicht es China, sich die Ressourcen anderer Nationen, insbesondere von Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen, anzueignen, sie auszubeuten und enorme Gewinne zu erzielen. Natürlich sind die Auswirkungen dieser Kredite auf „Entwicklungsländer“ in Schwierigkeiten dieselben wie – oder manchmal sogar noch schwerwiegender als – die von Krediten traditioneller imperialistischer Mächte und internationaler Finanzinstitutionen, da sie mit höheren Zinssätzen und kürzeren Rückzahlungsfristen verbunden sind.

Chinesische Kredite stellen eine schwere Belastung für Kreditnehmerländer mit niedrigem und mittlerem Einkommen dar, insbesondere da die Zinssätze weiter steigen, was zu sinkenden Investitionen und einem langsameren Wachstum führt. So machen beispielsweise allein die Schulden von Ländern wie Dschibuti, Sambia und Kirgisistan gegenüber China 20 % ihres jährlichen BIP aus. Daher geraten Länder, die Kredite bei China aufnehmen – oder zumindest einige von ihnen –, in eine Schuldenfalle und sind nicht mehr in der Lage, ihre Kredite fristgerecht zurückzuzahlen. China übt daraufhin auf vielfältige Weise erheblichen Einfluss auf das betroffene Land aus. Dieses Jahr ist außergewöhnlich – manche bezeichnen es sogar als finanziellen Tsunami –, da viele Entwicklungsländer Kredite und Zinsen an China zurückzahlen müssen. Es wird erwartet, dass die 75 ärmsten Länder der Welt einen Rekordbetrag zwischen 19 und 22 Milliarden US-Dollar an China zurückzahlen werden. Es ist unwahrscheinlich, dass alle von ihnen in der Lage sein werden, ihre Schulden zu begleichen.

Chinesische Direktinvestitionen im Ausland unterliegen derselben imperialistisch-kapitalistischen Logik. China ist bestrebt, sein Kapital in Sektoren zu

investieren, die für seine Industrie von entscheidender Bedeutung sind und erhebliche Gewinne abwerfen, wie beispielsweise Kupfer, Eisen, Gold, Öl sowie andere Mineralien und Rohstoffe. Außerdem investiert das Land in die Infrastruktur, darunter Häfen, Straßen, Eisenbahnen, Kommunikationsnetze und die Landwirtschaft. Diese Investitionen erstrecken sich auf Asien, Afrika und Lateinamerika, wo chinesisches Kapital die lokale Bevölkerung mit denselben brutalen und traditionellen kolonialen Methoden und Praktiken ausbeutet und dadurch enorme Gewinne erzielt.

3.1 Kapitalexporte nach Asien, Lateinamerika und Afrika

3.1.1 China ist bestrebt, den asiatischen Kontinent in einen Einflussbereich oder sogar eine strategische Einflusszone zu verwandeln, um seine Interessen gegenüber seinen Rivalen, vor allem den Vereinigten Staaten, zu schützen. Das Land ist in einer beträchtlichen Anzahl von Ländern dieses Kontinents vertreten. In Pakistan belaufen sich seine Investitionen derzeit auf 50 Milliarden US-Dollar, die hauptsächlich in den Bau von Straßen und Eisenbahnstrecken fließen. China investiert zudem massiv in den Bau eines strategischen Marinestützpunkts, der sowohl den Interessen beider Regime bei der Eindämmung Indiens, ihres „gemeinsamen Feindes“, dienen als auch Chinas eigenen Interessen angesichts der Konkurrenz durch die USA dienen könnte.

Chinesische Investitionen beschränken sich nicht auf wirtschaftliche oder strategische Sektoren; sie umfassen auch beträchtliche Summen, die dazu dienen, dem rechtsgerichteten, reaktionären pakistanischen Regime dabei zu helfen, sich auf den Umgang mit „Aufständen“ und „Rebellionen“ vorzubereiten und „Stabilität“ herzustellen. China ist auch in Laos präsent, wo es systematisch die Wald- und Bodenschätze dieses Landes ausbeutet, das ebenso wie Vietnam und Kambodscha unter US-Besatzung stand. Die Ausbeutung der laotischen Wälder hat die indigene Bevölkerung dazu gezwungen, ihr Land zu verlassen und sich in verarmten Stadtvierteln der Hauptstadt niederzulassen. Chinesisches Kapital, das in Laos tief verwurzelt ist, hat es geschafft, einen großen Teil der Kautschukplantagen zu erwerben. Um Holz, Kautschuk und Mineralien zu transportieren, baut China eine Eisenbahnstrecke im Wert

von 7,1 Milliarden Dollar. Letztendlich ist dieses kleine, verarmte Land zu einem chinesischen Protektorat geworden. Auch Sri Lanka veranschaulicht den imperialistischen und kolonialen Charakter der chinesischen Expansion in Asien. Angesichts der Unfähigkeit des Landes, seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, erwarb ein chinesisches Unternehmen 70 % der Anteile am Hafen „Hamba Ntoba“ für einen Zeitraum von 99 Jahren. Zahlreichen Studien zufolge belegt dies, dass China – wie jedes imperialistische Land – eine Methode anwendet, bei der das kreditnehmende Land in Schulden versenkt wird, um anschließend dessen „Vermögenswerte“ zu beschlagnahmen.

3.1.2 In Lateinamerika ist die Situation ähnlich wie im Rest der Welt. Chinesische Banken haben mehreren Ländern der Region Investitionskredite in Höhe von 137 Milliarden US-Dollar zur Finanzierung von Infrastruktur-, Energie- und Bergbauprojekten gewährt. Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen haben 26 chinesische Investitionsprojekte in Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Mexiko, Venezuela, Kolumbien, Peru und Ecuador untersucht und sind zu dem Schluss gekommen, dass sich die von China angewandten Methoden nicht von denen anderer imperialistischer Mächte unterscheiden, die nach Profit streben und darauf aus sind, ihre Vorherrschaft auszuweiten.

Systematische Menschenrechtsverletzungen, die Vertreibung der lokalen Bevölkerung und Umweltzerstörung sind an allen Orten an der Tagesordnung, an denen chinesische Investitionen in Bergwerke und Großprojekte getätigt werden. Zwei eindrucksvolle Beispiele veranschaulichen dies. Der erste Fall betrifft die Kupfermine in der peruanischen Provinz Apurimac, eine der größten der Welt, die vom chinesischen Unternehmen MMG betrieben wird. Angesichts der durch das Unternehmen verursachten Verwüstungen erhoben sich die Anwohner, woraufhin MMG die peruanische Regierung um Hilfe bat, die Sicherheitsdienste an ausländische Unternehmen „verkauft“, um deren Betriebe zu schützen. Bei Zusammenstößen mit den Anwohnern kamen Dutzende Menschen ums Leben. Ein solches Verhalten des chinesischen Unternehmens ist typisch für Monopolkonzerne, die die Sicherheitskräfte des Landes einsetzen, um die lokale Bevölkerung zu vertreiben und so günstige Bedingungen für die Ausbeutung

der Ressourcen des Landes zu schaffen.

Neben dem Beispiel aus Peru gibt es auch das bereits erwähnte Beispiel aus Venezuela. Chinesische Investitionen konzentrieren sich vor allem auf den Ölsektor. China verlangt von der venezolanischen Regierung, dass sie die Deviseneinnahmen aus Ölverkäufen direkt auf ein Bankkonto unter seiner Kontrolle einzahlt, damit es im Falle eines Zahlungsausfalls Mittel abheben kann. Lateinamerika ist nicht nur eine Quelle für Kapitalexporte, sondern auch ein bedeutender Markt für China, der es dem Land ermöglicht, erhebliche Gewinne zu erzielen. Der Handel zwischen China und den Ländern Lateinamerikas und der Karibik hat laut einer Erklärung des chinesischen Präsidenten die Marke von 500 Milliarden US-Dollar überschritten und liegt damit mehr als 40-mal so hoch wie zu Beginn des Jahrhunderts.

3.1.3 Darüber hinaus hat China schon immer Interesse an Afrika gezeigt, das über etwa 30 % der weltweiten Mineralvorkommen verfügt, darunter 8 % der Erdgasvorkommen, 12 % der Ölvorkommen, 42 % der Goldvorkommen, 90 % der Chrom- und Platinvorkommen, 48,1 % der Kobaltvorkommen, 38 % der Uranvorkommen, 47,6 % des Mangans, 42 % des Bauxits, 44 % des Chromits, 95 % Vanadium, 1 % Lithium und 5,9 % Kupfer. Im Jahr 2021 war China einer der wichtigsten, wenn nicht sogar der wichtigste Gläubiger des afrikanischen Kontinents. Nach Angaben der Weltbank hielt das Land 13 % der afrikanischen Staatsschulden und 41,8 % der bilateralen Schulden, was es zum größten bilateralen Gläubiger des Kontinents machte. Diese Kredite sind oft für Länder in Krisensituationen bestimmt.

Die chinesischen Investitionen in Afrika sind seit 2003 exponentiell gestiegen. Vor zwanzig Jahren lag dieser Wert noch unter 75 Millionen US-Dollar, bis 2023 hatte er jedoch 3,96 Milliarden US-Dollar erreicht. China investiert direkt in die Ölindustrie in Angola, Nigeria und im Sudan. Außerdem investiert es in die Öl- und Bergbauindustrie in der Demokratischen Republik Kongo, in den Bergbau in Sambia, in Eisenbahnprojekte in Uganda, in Textilfabriken in Lesotho und in die Holzgewinnung in der Zentralafrikanischen Republik. Wie in einigen asiatischen und lateinamerikanischen Ländern verursachen chinesische Unternehmen erhebliche Probleme für afrikanische Gemeinden, die in der Nähe

ihrer Betriebsstätten leben. So ist beispielsweise die Wasserverschmutzung in Ghana auf die Aktivitäten chinesischer Bergbauunternehmen zurückzuführen. Neben Kapitalabflüssen in Form von Krediten und Investitionen ist China Afrikas größter Handelspartner. Offiziellen chinesischen Quellen zufolge hat das Land diese Position sechs Jahre in Folge innegehabt, von 2018 bis Ende 2024. Die chinesische Zollbehörde gibt an, dass der China-Afrika-Handelsindex ein deutliches Wachstum verzeichnet hat und von 100 Punkten im Jahr 2000 auf 1.056,53 Punkte im Jahr 2024 gestiegen ist. Die neuesten offiziellen chinesischen Statistiken zeigen, dass das Handelsvolumen zwischen China und Afrika in den ersten fünf Monaten des Jahres 2025 einen neuen Rekordwert erreicht hat. Dieses Handelsvolumen belief sich auf 134 Milliarden US-Dollar, was einem jährlichen Anstieg von 12,4 % entspricht. Eine offensichtliche Folge des Zustroms chinesischer Waren in afrikanische Länder ist die Zerstörung der ohnehin schon unterentwickelten lokalen Industrien durch den Wettbewerb. Dieses Phänomen zementiert die Unterentwicklung dieser Länder, verschärft ihre Armut und verschlimmert das Elend der Arbeiterklasse und der unteren Schichten. In Verbindung mit den Kriegen und Konflikten, die von den Kolonialmächten und ihren lokalen Handlangern geschürt wurden, treibt dies Millionen von Menschen dazu, auf der Suche nach einem besseren Leben auszuwandern.

4. Bildung von Wirtschaftsblöcken

4.1 BRICS

Neben seinen bilateralen Beziehungen zu verschiedenen Ländern hat China intensiv daran gearbeitet, neue Wirtschaftsblöcke zu schaffen oder zu deren Entstehung beizutragen, um so seine Geschäftstätigkeit auszuweiten und seinen Konkurrenten aus den traditionellen imperialistischen Ländern entgegenzutreten, die sich in monopolistischen Blöcken wie der Europäischen Union, dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen, dem Raum für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der G7 und anderen zusammengeschlossen haben. Zu den wichtigsten Blöcken, zu deren Wiederbelebung China beigetragen hat, gehört die BRICS-Gruppe, die 2009 gegründet wurde und ursprünglich aus fünf Ländern bestand (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika). Andere Länder sind nach und

nach als Mitglieder oder Partner beigetreten. Entgegen der landläufigen Meinung handelt es sich bei dieser Gruppe, klassenmäßig betrachtet, um einen kapitalistischen Block, genau wie die anderen auch. Zu dieser Gruppe gehören zwar Supermächte und Beinahe-Supermächte, die nach Hegemonie und einer Neuverteilung der Einflusssphären streben (China, Russland, Indien usw.), aber auch andere kapitalistische Länder, die mitunter zutiefst reaktionär und volksfeindlich sind und ihre Interessen mit dem Ziel vertreten, zu Regionalmächten aufzusteigen (Südafrika, Iran, Äthiopien, Ägypten, Indonesien, Saudi-Arabien usw.). Folglich stellt diese Gruppe keine „fortschrittliche“ Alternative zu den traditionellen westlichen imperialistischen Ländern dar – allen voran den Vereinigten Staaten von Amerika – und kann dies auch nicht tun.

Heute zählt der Block nach dem Beitritt des Iran, Äthiopiens, Ägyptens, der Vereinigten Arabischen Emirate und Indonesiens zehn Mitglieder. Diese Länder machen 30 % der Landmasse der Erde, 45 % der Weltbevölkerung, 27 % des globalen BIP und 5,2 Billionen US-Dollar an Devisenreserven aus (Zahlen von 2024). Trotz ihrer internen Widersprüche streben die BRICS-Staaten danach, eine Alternative zur westlichen G7 zu sein. Die Mitgliedsländer treffen sich jährlich und haben die Neue Entwicklungsbank gegründet, die eine Alternative zur Weltbank werden soll. Ihr genehmigtes Kapital beläuft sich auf 100 Milliarden US-Dollar, von denen 52,7 Milliarden US-Dollar bereits ausgezahlt wurden. Sie hat Finanzierungen für 96 Projekte sowohl in ihren Mitgliedsländern als auch im Ausland in Höhe von insgesamt 32,8 Milliarden US-Dollar bewilligt.

Neben der Neuen Entwicklungsbank hat die BRICS-Gruppe im Jahr 2014 den Contingent Reserve Mechanism (CRM) mit Sitz in Shanghai, China, ins Leben gerufen. Dieser Fonds soll eine Alternative zum Internationalen Währungsfonds (IWF) darstellen, indem er Mitgliedsländer in Krisensituationen unterstützt und ihnen im Falle konjunkturbedingter Zahlungsbilanzengpässe Liquidität zur Verfügung stellt. China steuert 41 Milliarden US-Dollar zu diesem Fonds bei – der größte Beitrag unter den Mitgliedsländern –, wodurch es 26,06 % der Stimmrechte erhält. Auf China folgen Indien, Brasilien und Russland mit jeweils 18 Milliarden Dollar sowie Südafrika mit 5 Milliarden Dollar, was insgesamt 100 Milliarden Dollar ergibt. Ob es sich nun um die

Neue Entwicklungsbank oder den Notfallfonds handelt – das rasante Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas verschafft dem Land zunehmend Einfluss auf diese Institutionen. Darüber hinaus erwägen die BRICS-Staaten weiterhin die Schaffung einer Währungsunion und einer gemeinsamen Währung, um ihre Abhängigkeit vom US-Dollar zu verringern und die wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie den Handel zwischen ihren Mitgliedstaaten auszubauen.

4.2 Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO)

Neben seiner Mitgliedschaft in der BRICS-Gruppe war China an der Gründung der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) beteiligt, einer internationalen Organisation mit Schwerpunkt auf Politik, Wirtschaft und Sicherheit in Eurasien. Die SCO wurde 2001 in Shanghai von sechs Ländern – China, Russland, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan – gegründet und nahm 2017 Indien und Pakistan als Mitglieder auf. Der Iran trat 2023 bei, gefolgt von Weißrussland im Jahr 2024. Die Mongolei und Afghanistan haben Beobachterstatus. Die SCO, in der China eine zentrale Rolle spielt, konzentriert sich auf Sicherheitsfragen (Terrorismus, Separatismus, Extremismus), Wirtschaft und Kultur.

In diesem Zusammenhang führen die Mitgliedstaaten seit 2005 regelmäßig Militärübungen und Manöver durch, unter dem Vorwand, „Terrorismus und andere externe Bedrohungen zu bekämpfen sowie den regionalen Frieden und die Sicherheit zu wahren“ – ein klarer Verweis auf die Aktivitäten der Vereinigten Staaten, ihrer Verbündeten und Stellvertreter in der Region. Diese Situation kommt den Interessen Chinas zugute, das weltweit die größte strategische Herausforderung für die Vereinigten Staaten darstellt, sowie denen Russlands, da beide Länder jeglichen Konflikt oder Streit vermeiden wollen, der den Weg für eine Intervention der USA in ihren Nachbarregionen ebnen könnte. Folglich betrachten einige Beobachter diese Gruppe, zu der auch die Organisation des Kollektiven Sicherheitsvertrags (CSTO) gehört, als einen militärisch-politischen Block, der als Alternative zur NATO dienen könnte. Es sei darauf hingewiesen, dass die Vereinigten Staaten im Jahr 2005 den Beobachterstatus in der Organisation beantragt hatten, ihr Antrag jedoch abgelehnt wurde.

In wirtschaftlicher Hinsicht hat sich die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) rasch entwickelt, insbesondere in den Bereichen erneuerbare Energien, Infrastruktur, Bergbau und Petrochemie. In diesem Sektor wurden zahlreiche Projekte in Angriff genommen, insgesamt 18 Projekte, die von den acht Mitgliedern der Organisation durchgeführt wurden. Nach Angaben, die im April 2025 von einem Vertreter des chinesischen Handelsministeriums veröffentlicht wurden, erreichte Chinas Handel mit den Mitgliedstaaten, Beobachterstaaten und Dialogpartnern der SCO im Jahr 2024 einen Rekordwert von 890 Milliarden US-Dollar.

Somit stützt sich China auf die Shanghai Cooperation Organisation und die BRICS-Gruppe, um seinen Einfluss weltweit auszubauen und durch Kredite, Investitionen und Handel Gewinne zu erzielen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, an Chinas ehrgeizige „Belt and Road“-Initiative zu erinnern, eine moderne Wiederbelebung der alten Seidenstraße, die durch mehr als 50 Länder führte und China über Zentralasien und den Nahen Osten mit Europa verband. Diese alte Handelsroute wurde vom 2. Jahrhundert v. Chr. bis zum 16. Jahrhundert n. Chr. genutzt, um chinesische Waren, insbesondere Seide, in verschiedene Regionen der antiken Welt zu transportieren.

4.3 Die „Belt and Road“-Initiative

Das neue Projekt, die „Belt and Road Initiative“, die 2017 in der chinesischen Verfassung verankert wurde und bis 2049, dem hundertsten Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China, laufen soll, zielt darauf ab, einen riesigen, von China dominierten Markt zu schaffen. Dieses Projekt soll Infrastrukturinvestitionen in Höhe von Hunderten von Milliarden Dollar mobilisieren, um China mit Europa zu verbinden, und wird damit zum größten Infrastrukturprojekt der Geschichte. Es würde mehr als 68 Länder umfassen, 65 % der Weltbevölkerung, und im Jahr 2017 40 % des globalen BIP ausmachen. Das Projekt umfasst den Bau von Häfen, Straßen, Eisenbahnstrecken, Industriegebieten und vieles mehr. Dies ist unbestreitbar Chinas imperialistisches Projekt, das darauf abzielt, das im Niedergang begriffene US-Imperium herauszufordern, das der Populist und Faschist Donald Trump durch seine Programme „America First“ und „Stronger America“ wiederbeleben und stärken will, die er mit extremer Brutalität und Arroganz umsetzt.

5. Ausbau der militärischen Fähigkeiten Chinas

Es liegt auf der Hand, dass China, ein monopolkapitalistischer Staat, sein wirtschaftliches, finanzielles und handelspolitisches „Imperium“ nicht weltweit ausdehnen kann, ohne seine militärischen Fähigkeiten auszubauen. Es ist sich voll und ganz bewusst, dass seine Rivalen – allen voran die Vereinigten Staaten, die das globale kapitalistische System seit Jahrzehnten dominieren – über die mächtigsten und zerstörerischsten Waffen der Geschichte verfügen und dass ihre Flotten und Militärstützpunkte allgegenwärtig sind. Es wird nicht zulassen, dass eine andere Macht auf seine Kosten an Macht gewinnt. Die Geschichte des globalen kapitalistischen Systems bestätigt dies: Der Kampf um die Neuverteilung der Einflussphären hat zwei Weltkriege und Dutzende weiterer regionaler und lokaler Konflikte hervorgebracht. Nichts veranschaulicht dieses Phänomen besser als der verheerende Krieg, der derzeit den Nahen Osten heimsucht. Dieser Krieg zielt darauf ab, die Vorherrschaft der USA und des Westens über die Region zu bekräftigen und die Expansion Chinas und Russlands einzudämmen oder gar zu unterbinden, indem er sich gegen jene Regime und Kräfte richtet, die diese Expansion wahrscheinlich begünstigen würden. China, das sich zu einer wirtschaftlichen, finanziellen und handelspolitischen Supermacht und zu einem ernstzunehmenden Rivalen des US-Imperialismus entwickelt hat, baut seine Militärmacht weiter aus und strebt danach, so schnell wie möglich zu seinem Hauptkonkurrenten aufzuschließen, der es in diesem Bereich bei weitem übertrifft. Chinas Militärbudget ist seit Beginn des Jahrhunderts exponentiell gewachsen. Zwischen 2002 und 2011 stieg es um 170 %. Von 131 Milliarden US-Dollar im Jahr 2014 stieg er auf 146 Milliarden US-Dollar im Jahr 2016 und soll bis 2025 voraussichtlich 250 Milliarden US-Dollar erreichen. China wird damit zum Land mit den zweitgrößten Militärausgaben der Welt hinter den Vereinigten Staaten, die laut dem Haushalt des laufenden Jahres mit geschätzten Ausgaben von rund 900 Milliarden US-Dollar den ersten Platz einnehmen, wobei andere Ausgaben, die möglicherweise in diesem Sektor enthalten sind, nicht berücksichtigt sind. China belegt derzeit mit 600 Atomsprengköpfen den dritten Platz unter den Ländern mit den meisten Atomwaffen, hinter Russland (4.309 Atomsprengköpfe) und den Vereinigten Staaten von Amerika (3.700 Atomsprengköpfe) und vor Frank-

reich (290 Atomsprengköpfe) und Großbritannien (225 Atomsprengköpfe).

Auch in Bezug auf die Militärmacht belegt China laut der diesjährigen Rangliste weltweit den dritten Platz, hinter den Vereinigten Staaten (Platz 1) und Russland (Platz 2). Derzeit konzentriert China seine Bemühungen auf den Schutz seiner Grenzen, insbesondere im Südchinesischen Meer, einer wichtigen Seeverkehrsrouten für ein Drittel des weltweiten Seeverkehrs. Mehrere Länder (China, Vietnam, die Philippinen, Taiwan, Malaysia und Brunei) streiten sich um die Hoheitsrechte über Teile dieses Meeres, unter den wachsamen Augen der Vereinigten Staaten, die in der Region stark vertreten sind. Diese Konflikte im Südchinesischen Meer führen zu Spannungen zwischen China und Japan sowie zwischen den Philippinen und Vietnam. Darüber hinaus hat China in verschiedenen Ländern weltweit, darunter Nepal, Afghanistan und der Tschechien, eine Präsenz aufgebaut, und seine Waffennexporte sind gestiegen, auch wenn sie im Vergleich zu denen anderer imperialistischer Mächte, die ihm auf dem Rüstungsmarkt vorausgingen, nach wie vor relativ bescheiden ausfallen.

Fazit

Alle von uns vorgelegten Daten zu China belegen dessen Wandel zu einer imperialistischen Macht. Das Land strebt nicht nur danach, rasch einen Platz unter den großen imperialistischen Mächten einzunehmen, sondern diese auch zu dominieren – angetrieben von dem dringenden Expansionsbedürfnis, seine Rohstoffquellen zu sichern, seine Fabriken zu versorgen, Märkte für seine Produkte zu erschließen und Möglichkeiten für Exporte und Kapitalinvestitionen zu entwickeln. Dieses Bestreben führt jedoch unweigerlich zu Konflikten mit anderen imperialistischen Mächten, insbesondere mit den Vereinigten Staaten. Dies lässt große Konflikte ahnen, die zu einer militärischen Konfrontation eskalieren könnten. Darüber hinaus haben die Vereinigten Staaten China als strategischen Gegner eingestuft und bereiten sich gemeinsam mit ihren westlichen Verbündeten darauf vor, dem Land die Stirn zu bieten. Gleichzeitig ist China bestrebt, seinen militärischen und technologischen Rückstand aufzuholen, und schmiedet Bündnisse, insbesondere mit Russland, das selbst über ein starkes Militär verfügt.

PARTEI DER ARBEIT TUNESIEN (POT)

TÜRKEI

Der imperialistische Angriff auf Iran und was er offenbart¹

Am letzten Tag des Februars, als die Gespräche zwischen den beiden Ländern noch auf Anfang der Woche verschoben worden waren, griff der Banditenführer, der amerikanische Imperialismus, gemeinsam mit dem zionistischen Israel Iran mit einem schweren Luftbombardement an. ¹Die lächerlichen Begründungen der Angreifer kamen später. Trump verwies auf die gegen ihn gerichteten Attentatsversuche und sagte: „Hätte ich Khamenei nicht geholt, hätte er mich geholt!“, während Netanyahus Begründung, der unter Bezugnahme auf seine nuklearen Aktivitäten erklärte: „Iran hätte die USA vernichtet!“, nicht weniger lächerlich war.

Eine weitere absurde Begründung oder –die in den Tagen vor dem Angriff vorgebrachte Drohung Trumps, die die in Iran weit verbreiteten Proteste und die drückende Haltung seines Regimes ausnutzte– lautete: „Tötet keine Demonstranten, wir haben den Finger am Abzug!“ Trump, der alle für dumm verkaufen wollte, wollte, als wären nicht er und die Chefs der Einwanderungspolizei ICE es

gewesen, die in den USA drei Menschen töteten, die gegen die verfolgte migrationsfeindliche Politik protestiert hatten, und als wäre er nicht selbst es, der dieses Vorgehen verteidigte, glauben machen, er liebe und schütze die Regimegegner! Doch Trump, ein imperialistischer Führer, der die bestehende Ordnung verteidigt, billigt weder Regimegegnerschaft noch regimefeindliche Demonstrationen und Demonstranten. Es ist allgemein bekannt, dass er der Welt die amerikanischen Interessen und sein Regime aufzwingt.

Bekanntermaßen ist ein weiterer von Trump immer wieder vorgebrachter Vorwand des aggressiven Imperialismus Irans Nuklearforschung und Urananreicherung. Doch Irans Nuklearaktivitäten sind kein neues Thema. Die europäischen Länder und die USA hatten mit Iran Nuklearverhandlungen geführt und 2015 ein Abkommen unterzeichnet. Doch war es Trump, der nun dasselbe Problem zum Vorwand macht, der in seiner ersten Präsidentschaft 2018 aus diesem Abkommen ausgestiegen war, womit er beweist, dass die Nuklearforschung nur als Vorwand dient.

¹ Der Artikel wurde am 25. Tag des imperialistisch-zionistischen Angriffs auf Iran auf der Grundlage der bis zu diesem Tag eingetretenen Entwicklungen verfasst.

Die letzte von dem aggressiven amerikanischen Imperialismus vorgebrachte Begründung, der nicht nur das iranische Volk, von dem ein erheblicher Teil regimfeindliche Demonstrationen organisiert hatte, an den imperialistischen Plünderungs- und Versklavungsangriff gegen sein eigenes Land anhängen, sondern es auch als „Bodentruppe“ benutzen zu wollen träumte, zeigte, dass er mit Nationalität und nationalen Werten nichts mehr zu tun hat und ihre Bedeutung nicht mehr begreifen kann: Ausgehend von der Grausamkeit des iranischen Regimes, ruft ausgerechnet der imperialistische Aggressor das iranische Volk dazu auf, das Regime zu stürzen und hofft, dass das Volk nicht gegen den imperialistischen Angriff, sondern an der Seite des Angreifers gegen sein Land kämpft, dessen wahrer Eigentümer es mit seinen unter- und überirdischen Ressourcen ist!

Der imperialistische Aggressor dürfte wohl meinen, das iranische Volk habe die jüngere Geschichte der Plünderung und Unterdrückung durch die USA, die nicht zum ersten Mal zum Regimewechsel aufrufen, nicht erlebt. Hatte er doch im Irak zum Sturz des Saddam-Regimes aufgerufen, dem Irak nicht Schönheit und Demokratie, sondern Blut, Tod und Zerstörung gebracht; sein Aufruf führte zum Tod von 1,5 Millionen Irakern und dazu, dass dem Nahen Osten und sogar den Völkern der Welt die Plage des IS auf den Hals kam. In Libyen brachte der Aufruf zum Sturz des Gaddafi-Regimes diesem Land nur Katastrophe, zwei verfeindete Regierungen und einen bis heute andauernden Bürgerkrieg. Die USA, die Afghanistan unter dem Banner von Demokratie und vor allem Frauenrechten mit dem Aufruf angriffen, das Taliban-Regime zu stürzen, überließen Jahre später die Frauen und das afghanische Volk erneut den Taliban und verließen das Land. Als der amerikanische Imperialismus in Syrien mit dem Aufruf zum Regimewechsel das Assad-Regime durch das salafistische Terroristenregime von Dscholani und HTS ersetzte, blieb ein Syrien in Trümmern zurück, mit vertiefter Armut, von Bürgerkrieg zerrissen und gegeneinander aufgehetzt, im Süden von Israel und im Norden von der Türkei besetzt. Der jüngste Versuch der USA, einen Regimewechsel herbeizuführen, wurde in Venezuela bezeugt, wo sie Maduro und seine Frau entführen ließen und den an ihre Stelle tretenden ehemaligen Vizepräsidenten mittels Machtpolitik zur Kollaboration überredeten und

sich die Erdölvorräte des Landes aneigneten.

Überdies ist es nichts als kurzsichtig, zu hoffen, dass das iranische Volk, das die Kosten der vom amerikanischen Embargo gegen Iran verursachten Schwierigkeiten, insbesondere die Verbreitung von Krankheiten aufgrund mangelnder Medikamente, die Hungersnöte und die Vertiefung der Armut, am eigenen Leib trägt, auf diese Aufrufe positiv reagieren werde.

Die Ergebnisse der Regimewechselauftrufe der USA waren Massaker, Zerstörung, die Vertiefung des Elends der Bevölkerung und die Plünderung der unter- und überirdischen Ressourcen des Landes; die amerikanischen Aufrufe brachten ihren Adressaten nur Katastrophe.

Überdies ist bekannt, dass Trump und der amerikanische Imperialismus nicht nur Länder wie Iran, sondern ungeachtet ihrer behaupteten Bündnisverhältnisse offen Kanada und wegen Grönland auch Dänemark, ein EU-Land, mit Gewaltanwendung bedroht haben.

Festzustellen bleibt: Iran unter welchem Vorwand auch immer und ohne jegliche Achtung des Völkerrechts anzugreifen, ist schlicht und einfach Banditentum.

Der Angriff auf Iran lässt sich einfach mit Trump und seiner Rücksichtslosigkeit begründen!

Iran ist nicht erst jetzt auf die Tagesordnung des amerikanischen Imperialismus geraten. Seit dem Sturz des Schahs 1979 ist Iran ein Problem der USA.

- Im Rahmen vom „GMEI“ und dann „BMENA“² war Iran in den 1990er Jahren ein wichtiges Ziel der amerikanischen Versuche, ihre Hegemonie im Nahen Osten zu erneuern und zu festigen.
- Das amerikanische Embargo gegen Iran begann schon 1979 und wurde fortwährend verschärft.
- Unmittelbar nach dem Sturz des Schahs wurde Saddam zu einem acht Jahre andauernden Abnutzungskrieges gegen Iran bewegt.
- 1984 nahm die USA, als R. Reagan Präsident war, Iran in die Liste der „terrorfinanzierenden Länder“ auf. 2002 definierte G. Bush Iran zusammen mit dem Irak und Nordkorea als „Achse des Bösen“.
- Im 12-Tage-Krieg des vergangenen Jahres hatten die US-israelischen Angriffe erneut Iran zum

² „Greater Middle East Initiative“ und „Broader Middle East and North Africa Initiative“ Anm. d. Übers.

Ziel.

Mit Ausnahme des letzten war nichts davon Trumps Tat, und offensichtlich ist Iran nicht nur Ziel Trumps, sondern des amerikanischen Imperialismus.

Ist der Tonangeber der Aggression USA oder Israel?

Die Behauptung, die USA seien Israel auf den Leim gegangen, hätten sich instrumentalisieren lassen und deshalb Iran angegriffen, wurde und wird weiterhin vorgebracht.

Da Israel sich nur durch Rückendeckung der USA als Regionalmacht ausgeben kann, ist dies angesichts der Größe des amerikanischen Imperialismus wie auch seines Ziels, die Hegemonie im Nahen Osten und in der Welt zu erneuern, keine kluge Behauptung. Quelle dieser auch in den USA aus unterschiedlichen Gründen aufgeworfenen Behauptung sind die Herrschenden der muslimisch bevölkerten Länder des Nahen Ostens, deren apologetische Ansätze darauf hinauslaufen, die USA, mit denen sie gute und sogar kooperative Beziehungen zu haben sich rühmen, und damit auch ihre eigene Kollaboration reinzuwaschen. Auch dem Iran kommt es gelegen, den religiösen Aspekt hervorzuheben, mehr Israel als die USA und dessen Zielsetzungen sowie Aggressivität zu betonen, während es den Herrschenden in der Türkei nützt, die USA zu ignorieren und Israel, mit dem sie im regionalen Wettbewerb konkurrieren, aufzublähen und als Quelle allen Übels darzustellen.

Dennoch muss die besondere Beziehung zwischen dem amerikanischen Imperialismus und dem israelischen Zionismus –die weltweit ohnegleichen ist–, die solche Behauptungen stützt, und etwa die Tatsache, dass Israel von den USA fast immer bedingungslos unterstützt wird, erklärt werden.

Die amerikanischen und israelischen Finanzkapitalgruppen sind nahezu ineinander verflochten, und diese Verflechtung bildet die Hauptgrundlage sowohl für die bedingungslose amerikanische Unterstützung Israels als auch für Behauptungen wie „die Juden regieren die USA (und sogar die Welt)“, „auch den Angriff auf Iran hat Israel diktiert“ sowie für die Macht der einflussreichen „jüdischen Lobby“ in den USA. Bekannt ist, dass die Konzerne Coca-Cola und Nestlé wegen ihrer Investitionen in und Unterstützung für Israel boykottiert worden sind. Abgesehen

von den weit verbreiteten, aber nicht verifizierten Ansichten über den jüdischen Ursprung bestimmter führender amerikanischer Finanzkapitalgruppen wie Rockefeller, Morgan und Dupont sind insbesondere die Eigentümer, CEOs und Familien der amerikanischen Hightech- und Finanzinvestitionsunternehmen Juden. Neben ihren direkten Hilfen sind auch ihre nicht gering zu schätzenden Investitionen in Israel sowie Partnerschaften und Kooperationen in den USA und anderen Ländern Aktivitäten, die auf ihre Verbundenheit mit diesem Land in den USA aufbauen. Als Beispiele können Mark Zuckerberg (Gründer und CEO von Facebook), Larry Ellison (Oracle), Larry Page und Sergey Brin (beides Google-Gründer), Michael Bloomberg (ehem. Bürgermeister von New York, Investor), Michael Dell (Gründer von Dell Technologies), Steve Ballmer (ehem. Microsoft-CEO, neuer Eigentümer der LA Clippers), Jan Koum (WhatsApp), Marc Benioff (Gründungspräsident von Salesforce und Eigentümer von TIME), Goldman Sachs, Lehman Brothers, Schiff, das später mit Lehman Brothers fusionierte, sowie dessen CEO Kuhn Loeb und George Soros angeführt werden.

Warum hat sich der Angriff auf Iran jetzt verschärft?

Der Angriff der HAMAS auf Israel am 7. Oktober 2023 wurde zum Anlass genommen, den Nahen Osten auf das Reißbrett für eine Neugestaltung zu legen, um die amerikanische Hegemonie zu erneuern und zu festigen. Das Hauptziel der Neugestaltung der Region war Iran.

Während die sogenannten „schiitischen Halbmond“ genannten, antiamerikanischen Kräfte, die sich um den Iran herum gesammelt haben, vor allem HAMAS und die libanesische Hisbollah, in diesem Neugestaltungsprozess durch die primären Angriffe geschwächt wurden, wurde durch den Sturz des Assad-Regimes in Syrien und der Isolation der Al-Ha-schd asch-Schaabi im Irak sowie der Ansarullah im Jemen gegen Iran vorgerückt.

Warum Iran ins Fadenkreuz geraten ist

Zunächst einmal ist Iran ein Erdöl- und Erdgasland. Es verfügt über Reserven von solcher Größe, dass Imperialisten sie nicht ignorieren können. Jeder im-

perialistische Staat möchte diese Reserven für einen Spottpreis oder zumindest billig erwerben.

Zweitens gehören der Persische Golf und die Straße von Hormus zusammen mit der Bab-al-Mandab-Straße und dem Suezkanal zu den wichtigsten Wasserwegen der Welt. Vor allem in Bezug auf die Energieversorgungsketten und Transportwege ist die strategische Bedeutung Irans, das die Straße von Hormus beherrscht, keineswegs zu vernachlässigen. Durch diese Meerenge werden nicht nur das Öl und Gas Irans, sondern auch ein entscheidender Teil des Öls und Gases Saudi-Arabiens und der Golfstaaten transportiert.

Drittens hat Iran als Mitglied der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit politische und strategische Bedeutung, da er die Stütze des russischen und chinesischen Imperialismus in der Region ist. Und bekanntlich begnügen sich Imperialisten nicht damit, sich Rohstoffe und Transitwege zu unterwerfen; nicht minder wichtig ist es ihnen, ihren Rivalen die Nutzung dieser Ressourcen zu verwehren, um sie zu schwächen.

Das Ziel des amerikanischen Imperialismus ist nicht nur Iran

Es ist bekannt, dass das Ziel des amerikanischen Imperialismus nicht auf Iran und die Neugestaltung des Nahen Ostens beschränkt ist. Das grundlegende Ziel der USA ist die Weltherrschaft und ihr Hauptziel ist der rivalisierende chinesische Imperialismus sowie der russische Imperialismus als ihr hauptsächlichster Verbündeter. Die Unentbehrlichkeit des Nahen Ostens resultiert aus seiner Bedeutung für die Weltherrschaft.

Es ist richtig, dass das unmittelbare Ziel der USA, die den Nahen Osten von antiamerikanischen Kräften säubern und ihn mitsamt seinen Energiequellen und Verkehrswegen vollständig unter ihre Herrschaft bringen wollen, Iran als das Machtzentrum ist, das die antiamerikanischen Kräfte der Region sammelt, organisiert und führt. Doch ebenso wahr ist, dass das Ziel des amerikanischen Imperialismus nicht darauf beschränkt ist, Iran auszuschalten. Sein eigentliches Ziel ist es, die Region mit ihren Energiereserven und strategischen Transportwegen für die Rivalen China und Russland zu verschließen.

Gelingt es ihm, Iran auszuschalten, wird die USA ihren Rivalen die wichtigste Stütze in der Region

genommen haben. China, das 80 Prozent des iranischen Erdöls und Gases importiert, betreibt seine Expansion in der Region, indem es Iran als Zentrum nutzt, mit dem es ein Abkommen über 400 Milliarden Dollar unterzeichnet hat. Deshalb begnügte sich die USA im vergangenen Jahr nicht mit dem 12-Tage-Krieg, sondern erneuerte ihren Angriff mit noch größerem Aufmarsch.

Wenn die USA Iran niederwerfen, wird China nicht nur seiner wichtigsten Stütze in der Region beraubt werden, sondern auch ein wichtiges Energieversorgungszentrum verlieren, und die Möglichkeit, die Energie-Transportwege zu nutzen, wird ernsthaft beeinträchtigt.

Überdies ist die Bedeutung dieser Wasserwege für China nicht auf den Energieimport beschränkt. China wickelt mehr als 60 Prozent seiner Exporte in europäische und afrikanische Länder über dieselben Wasserwege und vor allem über die Häfen der VAE ab.

Den Verlust dieser Möglichkeiten würde den chinesischen Imperialismus ernste Probleme bereiten; dass das eigentliche Ziel des amerikanischen Imperialismus beim Angriff auf Iran das ihn zunehmend abhängende China ist, ist kein Geheimnis.

Den imperialistisch-zionistischen Angriff zu verurteilen und Irans Unabhängigkeit zu verteidigen heißt nicht, das blutvergießende klerikal-reaktionäre Regime zu billigen

Iran, in dem die Macht in den Händen des reaktionären Mullah-Regimes liegt, ist ein Land, in dem die Monopolbourgeoisie herrscht. Die von der Schia-Ideologie gestärkte, in Korruption versunkene Mullah-Herrschaft mit ihrem Monopolcharakter lässt der Arbeiterklasse und dem werktätigen Volk keine Luft zum Atmen. Die blutrünstige Diktatur gewährt keine demokratischen Rechte. Weder die Arbeitsrechte noch die Frauenrechte noch das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen! Das sind Tatsachen, und deshalb veranstaltet das Volk Irans häufig Demonstrationen, die sich in regimefeindliche Aufstände verwandeln.

Auf internationaler Ebene billigt und unterstützt fast kein Land das reaktionäre Mullah-Regime Irans, mit Ausnahme Chinas und Russlands.

Unter den imperialistischen Ländern erklärte Frankreich anfangs, sich einmischen zu wollen, verfolg-

te diese Haltung aber nicht weiter und unterstützt den amerikanisch-israelischen Angriff trotz Trumps offener Aufforderung nicht. Deutschland erklärte, seine Armee werde an diesem Krieg nicht teilnehmen. Auch England sagte „nein“, gewährt den USA aber schüchtern Unterstützung, indem es erklärte, seine Stützpunkte in der Region dürften „zu Verteidigungszwecken“ genutzt werden. Abgesehen von China und Russland, die den Angriff verurteilten, stellt sich außer Spanien kein Land offen gegen den amerikanisch-israelischen Angriff; vielmehr wird Iran dafür verurteilt, dass es die amerikanischen Stützpunkte in der Region angegriffen hat, mit den Worten „wir verurteilen den Angriff Irans auf Drittländer“. Der Grund für all das, die Tyrannei des iranischen Regimes.

Das ist auch die Haltung der Türkei. Die Türkei kennt Irans Stärke und fürchtet, dass der Krieg auf sie übergreift. Zugleich ist sie über Syrien an die Ziele und die Strategie des amerikanischen Imperialismus in der Region gebunden. Erdoğan will ihre Beziehungen nicht verderben und Trump nicht verärgern.

Die Türkei sagte gegen die USA nicht ein einziges Wort, beschuldigt offiziell Israel, aber ihren beiden amerikanischen Stützpunkte im Land liefern offen Aufklärung für den Angriff. Sie verurteilt Iran dafür, dass es die amerikanischen Stützpunkte im Golf angreift, als Angriff auf Nachbarn, doch gleichzeitig hält sie Ausschau nach einer Gelegenheit, als Vermittler zu fungieren. Dass Trump erklärte, die USA und Iran hätten Gespräche geführt und wollten eine Vereinbarung treffen, zeigt, dass die beiden Länder über Pakistan, die Türkei und Ägypten miteinander Nachrichten ausgetauscht haben.

Am 18. Tag des Angriffs auf Iran erwähnte die in Riad abgehaltene Konferenz mit Beteiligung der arabischen Länder der Region sowie der Türkei, Pakistans und Aserbaidschans in ihrer Erklärung ebenfalls mit keinem Wort die USA, Israel und ihre Angriffe. Allein Iran wurde für seine Angriffe auf die amerikanischen Stützpunkte in den angegriffenen Ländern der Region verurteilt und man fordert Iran auf, diese Angriffe einzustellen und damit die Blockade in der Straße von Hormus zu beenden.

Auf nationaler Ebene verurteilen die in wenigen wohlhabenden Viertel Teherans übrigen Monarchisten zusammen mit den Schah-Anhängern im Ausland das iranische Regime und unterstützen

den amerikanisch-israelischen Angriff. Sie trachten nach der Macht, werden aber zu Recht als nationale Verräter bezeichnet und verfügen nicht über ernsthafte Stärke.

Die Mehrheit der Regimeanhänger meint, der amerikanisch-israelische Angriff habe die Richtigkeit ihrer Unterstützung des Regimes bewiesen.

Die in Demonstrationen auftretenden Oppositionellen, vor allem Arbeiterorganisationen wie die Iranische Konföderation der Arbeit und die Iranische Arbeiterunion, haben eine regimefeindliche Tendenz, sind aber auch gegen den amerikanisch-israelischen Angriff. Sie betreiben keine Regimegegnerschaft im Windschatten der Angreifer und obwohl sie schwach organisiert sind, sind sie keine zu vernachlässigende Kraft.

Rechts- und linksgerichtete schüchterne Amerikafreunde in Ländern wie den europäischen und der Türkei und liberale Linke, die sich mit dem Imperialismus vertragen wollen, die den Kampf gegen Reaktion und für Demokratie auf die Verurteilung von religiöser Politik reduzieren, versuchen, die Verurteilung der imperialistischen Aggression mit der Verurteilung des iranischen Regimes ins Gleichgewicht zu bringen; am Ende bleiben sie entweder ohne Haltung oder billigen den amerikanischen Angriff schüchtern mit einem „aber die Mullahs auch...“. Gegenüber imperialistischer Aggression kann man keine Haltung des „weder das eine noch das andere“ einnehmen, noch ist sie zu rechtfertigen!

Der Charakter des Regimes eines Landes, ob fortschrittlich oder reaktionär, rechtfertigt weder einen imperialistischen Angriff auf dieses Land noch die Billigung eines solchen Angriffs. Die das Recht und die Souveränität Irans offen verletzende, gesetzlose imperialistische Aggression ist –unabhängig vom Charakter des Regimes– Banditentum und Irans Recht auf Selbstverteidigung gegen den imperialistischen Angriff ist legitim.

Zwei Dinge sind wichtig. Erstens ist, sich gegen den imperialistischen Angriff zu stellen, nicht dasselbe, wie das iranische Regime zu verteidigen; zwischen beidem kann kein Gleichheitszeichen gesetzt werden. Gegen den imperialistisch-zionistischen Angriff zu sein, bedeutet nicht, das Regime und seine Politik zu verteidigen oder regimefreundlich zu sein. Es ist möglich, sowohl gegen das Regime als auch gegen den imperialistischen Angriff zu sein, und unter Bedingungen des imperialistischen Angriffs

kann es keine richtigere Haltung geben, als wenn Kommunisten die „Speerspitze“ gegen die imperialistische Aggression richten. Kommunisten können den Mullah-Monopolstaat nur stürzen, indem sie Kraft im Kampf gegen den Imperialismus sammeln, und nicht als nationale Verräter oder als Kompromissler, die den imperialistischen Angriff unterstützen oder neutral bleiben.

Wenn man sich gegen den imperialistisch-zionistischen Angriff stellt, verteidigt man nicht das Regime. Der amerikanische Imperialismus greift gemeinsam mit dem israelischen Zionismus mit dem Ziel an, zig Millionen Arbeiter und Werktätige sowie die Nationen Irans, die Perser, Aserbaidshaner, Kurden, Belutschen, Araber... zu versklaven und insbesondere die Reichtümer, vor allem die Energiereserven, zu plündern und die Versorgungskette über die Energie-Transportwege in seine Hand zu bekommen. Wenn man sich gegen die nationale Versklavung der Völker, gegen die Plünderung ihres Reichtums stellt, verteidigt man damit die nationalen Interessen und Werte, die das iranische Volk und konkret seine eigene Freiheit und Unabhängigkeit verteidigt. Genau das unterstützen die Kommunisten.

Der zweite wichtige Punkt ist, sich nicht in den Strudel der Widersprüche und Konflikte zwischen den Imperialisten hineinziehen zu lassen. Es ist bekannt, dass Iran enge Beziehungen zu den rivalisierenden chinesischen und russischen Imperialismen unterhält und in einem bestimmten Bündnis mit ihnen steht. Doch der gegen Iran gerichtete heutige imperialistische Angriff ist, wenngleich er in seinem allgemeinen Rahmen vor dem Hintergrund imperialistischer Widersprüche und Konflikte steht, zumindest heute kein Bestandteil eines imperialistischen Krieges, sondern richtet sich vor allem gegen Irans Unabhängigkeit und Souveränität. Dennoch ist es von entscheidender Bedeutung, nicht die geringste Illusion über den russischen und chinesischen Imperialismus zu hegen und hinsichtlich ihrer Ziele und Strategien äußerste Wachsamkeit zu bewahren.

Die allgemeine Kriegslage, 25 Tage nach Beginn des Angriffs

Die USA und Israel haben erwartungsgemäß die Lufthoheit erlangt und bombardieren weiterhin Irans wichtigste Städte, insbesondere seine militärische Infrastruktur.

Doch die Bombardierungen sind nicht einseitig. Iran antwortet dem Angriff mit Raketen und Drohnen, deren Reichweite und Gefechtskopfgewichte es stetig erhöht. Es nimmt die in die Region verlegten amerikanischen Schiffe, die amerikanischen Militärstützpunkte im Golf und auf Zypern, ja selbst in Diego Garcia, sowie israelische Städte und militärische Einrichtungen, insbesondere Tel Aviv und Jerusalem, ins Visier.

Anders als im 12-Tage-Krieg können die iranischen Raketen und Drohnen dieses Mal „Präzisionsangriffe“ fliegen und ihre Ziele mit gewissem Erfolg treffen. Die amerikanischen Radar- und Raketenabwehr- und Angriffsanlagen in den Golfstaaten erlitten durch den iranischen Gegenangriff erheblichen Schaden. Der von Iran getroffene amerikanische Flugzeugträger Lincoln musste sich aus der Reichweite zurückziehen und kann sich Hormus nicht nähern. Der modernere amerikanische Flugzeugträger G. Ford wurde nach einem 35-stündigen Brand, der „in den Schlafsälen ausgebrochen“ sein soll, zur Wartung nach Kreta verlegt. Ein amerikanisches F-35-Flugzeug, das „für Radare nicht erfassbar“ und „nicht abzuschießen“ sei, wurde vom Himmel geholt. Angesichts der fortschrittlichen amerikanischen Aufklärung und elektronischen Kriegstechnologie drängt sich bei Irans erlangter Fähigkeit zum „Punkttreffer“ der Gedanke auf, dass Russland oder China dem nicht über Satelliten verfügenden Iran seine Raketen mit sofortiger Aufklärung aus dem Weltraum gelenkt haben könnten. Während westliche Imperialisten in der Ukraine der ukrainischen Armee solche Aufklärung verschafft hatten, hatten Russland und China bislang keinem Land antiame-rikanische Aufklärung geliefert. Der Grund war die Furcht vor einer amerikanischen Reaktion. Da China einen noch konsequenteren Kurs der „sanften Macht“ verfolgt und Kriegstreiberei vermeidet, ist es wahrscheinlicher, dass eine solche Aufklärung von Russland stammt, das mit Iran im vergangenen Jahr ein 47 Artikel umfassendes „Abkommen über die umfassende strategische Partnerschaft“ unterzeichnet hat. Ist diese Möglichkeit richtig, dann ist klar, dass dies die Widersprüche und Kämpfe zwischen den Imperialisten verschärfen wird.

Irans Raketen und Drohnen sind im Vergleich zu den amerikanischen und israelischen wesentlich billiger. Für die imperialistisch-zionistischen Raketenabwehrschirme sind mindestens fünf Raketen

nötig, um eine iranische Rakete abzufangen und in der Luft abzuschießen, und das ist keineswegs billig. Außerdem wird bereits darüber gesprochen, dass die amerikanischen Vorräte sich zu erschöpfen beginnen. Während der von Bomben getroffene Iran nicht zu unterschätzende Kosten trägt, ist offensichtlich, dass der Krieg schon jetzt auch für die USA zu teuer wird. Das Pentagon hat beim Kongress neue Mittel in Höhe von 200 Milliarden Dollar beantragt.

Noch wichtiger als Irans Raketen ist die Straße von Hormus. Indem Iran die Meerenge schließt, hat es die Welt in eine Energieknappheit getrieben und damit auf die USA erheblichen Druck ausgeübt. Die Schließung von Hormus, des wichtigsten Energieexportwegs der Golfstaaten, zeigte ihre Wirkung sofort durch einen Anstieg der Öl- und Erdgaspreise. Innerhalb weniger Tage schnellte das Fass Brent-Öl auf einen Höchststand von über 115 Dollar.

Und nachdem Iran als Vergeltung nicht nur israelische Raffinerien, sondern auch die strategische Raffinerie von Haifa sowie die Raffinerie von Ras Laffan in Katar angegriffen hatte und damit einen wichtigen Teil der weltweiten Gaslieferungen unmöglich machte, erklärte Trump, er habe Israel daran gehindert, Irans Erdölanlagen anzugreifen.

Die infolge des Angriffs entstandene Energieknappheit erzeugt mit dem Anstieg der Energiepreise einen inflationären Druck in der Welt, während die Bedeutung von Hormus für den Transport von Energie und von grundlegenden Industrievorprodukten, vor allem petrochemischen Produkten wie Kunststoffen und Düngemitteln, durch Brüche in den Liefer- und Produktionsketten Produktionsunterbrechungen auszulösen vermag. Deshalb war Trump gezwungen, von seiner Drohung „Irans Elektrizitätswerke innerhalb von 48 Stunden anzugreifen“ abzurücken und zu erklären, man führe Gespräche mit Iran und wolle eine Vereinbarung treffen.

Wie lange wird der Krieg dauern?

Die amerikanischen imperialistischen Führer haben die Zeit, die sie für den Erfolg ihres mit „er wird schnell vorbei sein“ begonnenen Angriffs zunächst mit 24 Stunden veranschlagt hatten, immer weiter verlängert. Schließlich, nachdem sie von September gesprochen hatten, begannen sie nach einem Weg zu suchen, den Krieg in einer nicht als Niederlage zu

deutenden Form zu beenden. Doch die Beendigung des Krieges durch Verhandlungen würde unter allen Umständen die Niederlage der Angreifer bedeuten. Offensichtlich ist Iran nicht Venezuela. Es hat eine 3000-jährige Staatstradition und ist vergleichsweise gut bewaffnet und organisiert. Überdies rief der imperialistisch-zionistische Angriff auch bei den regimegegnerischen oppositionellen Teilen des iranischen Volkes einen Aufschwung nationaler Gefühle hervor, sodass sie sich gegen die Angreifer stellten; damit spielte er dem Regime in die Hände. Als Maduro mit seiner Frau entführt wurde, ging Venezuela den Weg des Kompromisses, und die USA eignen sich venezolanisches Erdöl an. Auch Irans „Führer“ wurde getötet, doch der Widerstand konnte nicht gebrochen werden, und der amerikanische Imperialismus wägt ab, wie er zurückrudern soll.

Überdies ist unstrittig, dass der iranische Widerstand nicht allein durch eine Luftoperation gebrochen werden kann und dass Iran nur durch eine starke Bodenoperation zur Kapitulation „überzeugt werden“ kann. Anfangs suchte man für eine Bodenoperation Stellvertreterkräfte, und die ersten, die in den Sinn kamen, waren die iranischen –und irakischen– Kurden sowie die Belutschen. Doch die Kurden, die die USA in Syrien vor kurzem im Stich gelassen haben, sind nicht bereit, einen Stellvertreterkrieg zu führen.

Da selbst die Irak-Besatzung trotz gekaufter Generale und innerlich verfaulter Armee dem amerikanischen Imperialismus teuer zu stehen kam, ist klar, dass er in Iran kein Besatzungsabenteuer beginnen will. Am ehesten hält er noch eine Landung auf der Insel Charg im Golf, dem Energieverteilungsterminal Irans, sowie auf einigen weiteren Inseln in der Hinterhand, doch das erscheint wenig möglich. Selbst wenn aus den USA einige tausend amerikanische Marines in den Golf entsandt würden, würden Irans Widerstand, der auch den Beschuss der Unterkünfte dieser Truppen einschließt, sowie die in den USA aufkommende Antikriegshaltung diese Möglichkeit noch weiter erschweren. Außerdem ist Trump, der mit Friedensversprechen die Wahl gewann, nun aber die Welt in den Krieg treibt, im Innern ebenfalls in Schwierigkeiten; die Kongress-Zwischenwahlen stehen in diesem Jahr an.

Nach Trumps Aussagen über „Gespräche mit Iran und Bereitschaft zu einer Einigung“, die auch von Netanjahu bestätigt wurden, wird der Angriff auf

Iran zumindest bis auf weiteres unterbrochen werden. Doch auch das wird nicht leicht sein, denn während die Gespräche andauern, hat Iran erklärt, es werde sich nicht auf Verhandlungen einlassen, ohne Garantien und Kriegsentschädigung zu erhalten. Als Mittelweg kursiert das Gerücht, Iran könne von Schiffen, die durch Hormus fahren, eine Durchfahrtsgebühr erheben.

Was der Angriff auf den Iran offenbart

- Der amerikanische Imperialismus hat mit seinem Zug, insbesondere angesichts seines Rückgangs gegenüber China, seine Weltherrschaft zu erneuern, nach Venezuela nun auch Iran angegriffen und damit zusammen mit den Drohungen gegen Kuba, Kolumbien, Kanada und Grönland die mit Schönfärbereien über den Imperialismus konstruierten Illusionen in Trümmer gelegt. Unter Bedingungen, in denen anstelle der Bezeichnung Imperialismus verharmlosende Ausdrücke wie „imperial“ weit verbreitet verwendet werden, wurde die Welt in Iran erneut in ihrer ganzen Pracht mit Imperialismus und Aggression konfrontiert. Es zeigte sich erneut, dass es im Zeitalter des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen keinen Platz für Illusionen gibt.
- Der gegen Iran gerichtete imperialistische Angriff, der eine Verschärfung der Widersprüche, des Wettbewerbs und der Konflikte zwischen den Imperialisten darstellt und zugleich diese Widersprüche, den Wettbewerb und die Konflikte vertieft, deren Auswirkungen sich nicht auf die Region beschränken, sondern auf die ganze Welt ausdehnen, zeigt, dass die Möglichkeit eines Weltkriegs als keineswegs fern erscheint, was die Kurzsichtigkeit und den Unsinn der Ansicht, ein Weltkrieg sei „unmöglich“, hervorhebt. Die von dem Führer des modernen Revisionismus, Chruschtschow, aufgestellte, auch heute von zahlreichen Anhängern vertretene These, „ein Weltkrieg sei unmöglich, weil die Anhäufung von Kernwaffen und das ‚Gleichgewicht des Schreckens‘ den Krieg verhindern“, erwies sich nach der Ukraine, die die Beziehungen zwischen den Imperialisten bereits weiter angespannt hat, erneut in Iran als unrealistisch.
- Auch wenn der Imperialismus noch kein „Papiertiger“ ist, so ist er doch nicht von jener Kraft, die ihm durch übertriebene Propaganda angedichtet wird, sondern in einer Schwäche-lage. Es wurde im 25. Tag des Krieges, den der gegenwärtig nicht allein, aber vor allem militärisch stärkste amerikanische Imperialismus gegen Iran entfesselt hat, deutlich, dass der Imperialismus auf einem übermäßig „fragilen“ Boden steht. Vor allem wurde sichtbar, dass er nicht „allmächtig“ ist und nicht alles tun und jedes beabsichtigte Ziel erreichen kann. Die „Vorstöße“, die der als „unbesiegbare Armada“ geltende amerikanische Imperialismus zu machen versucht hat, treffen ihn selbst, oder der auf unversöhnlichen Gegensätzen beruhende Imperialismus sägt bei fast jedem Schritt „an dem Ast, auf dem er sitzt“! Die Planlosigkeit, die Iran unterschätzt, und die durch die Schließung der Straße von Hormus entstandene Energieknappheit, die er nicht verhindern konnte, mit den daraus resultierenden Preisschocks sind ein Beweis dafür. Die Antwort Katars auf Israel, das Irans Raffinerien angegriffen hat, und Trumps Stoppen israelischer Bombardements auf Irans Erdölraffinerien, sind ein weiterer Beweis. Dass Trump sogar China zur Intervention in Hormus auffordert, ist ein Zeichen sowohl des von ihm verursachten Dilemma als auch seiner Verwirrung.
- Russland war in der Ukraine auf einen unerwarteten Widerstand gestoßen. Zwar sind die rivalisierenden USA und europäischen Imperialisten nicht nur unterstützend, sondern als Kriegsparteien an der Ukraine beteiligt, und der Ukraine-Krieg läuft in Wirklichkeit als Krieg zwischen den von der Ukraine vertretenen USA und europäischen Imperialisten auf der einen und Russland auf der anderen Seite. Nun, anders als in der Ukraine, stieß auch die USA in ihrem Angriff auf Iran, der kein imperialistischer Krieg zwischen Imperialisten ist, auf unerwarteten Widerstand und gerät in Sackgassen. Zwar ist es angesichts des vierten Kriegsjahres in der Ukraine und des noch nicht einmal einen Monat alten Iran-Krieges richtig, definitive Feststellungen zu vermeiden, doch steckt sie in einer ausgewogenen Zwickmühle – wie man es auch dreht, sie schadet sich selbst. Und das, obwohl ihre Rivalen China und Russland nicht wie in der Ukraine Partei des Krieges sind und Iran nicht offen unterstützen; dennoch ist klar geworden,

dass sie nicht in kurzer Zeit siegen kann, und ist unschlüssig, ob weitermachen oder aufhören!- Die Mängel und die Schwachheit des Imperialismus wurden erneut bewiesen, doch leider ist auch die revolutionäre Bewegung und insbesondere die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung nicht stark, und die Schwächen des Imperialismus stärken bislang die proletarische Revolution nicht.

- Die einzige Erscheinung der Verschärfung der Widersprüche und der Konkurrenz zwischen den Imperialisten ist nicht allein die Verschärfung des Widerspruchs und der Konkurrenz zwischen den US- und den russischen und chinesischen Imperialismen als den hauptsächlichen Rivalen. Auch die Widersprüche und der Wettbewerb zwischen den USA, den europäischen Imperialisten und Kanada verschärfen sich nach den jüngsten Vorstößen des amerikanischen Imperialismus.

Was die USA im Hinblick auf das von Iran erwartete Ergebnis betrifft, so sieht die Sache auch hinsichtlich der Beziehungen zu den ihnen seit langem verbündeten imperialistischen Staaten, vor allem zu den Europäern, schwierig aus, da der amerikanische Imperialismus bereit ist, selbst seinen engsten Verbündeten zu schaden und seine Interessen mittels Machtpolitik durchzusetzen.

In der Ukraine missachteten die USA die Interessen der europäischen Imperialisten und strebten einen separaten „Frieden“ mit Russland an; gleichzeitig

drängten sie Kanada, ein Bundesland zu werden, und bedrohten die europäischen Imperialisten mit der Annexion Grönlands, das sie dem EU-Mitgliedsstaat Dänemark entreißen wollten, wodurch sie die Ministerpräsident:innen Kanadas und Italiens zu China-Besuchen und zum Abschluss von Vereinbarungen mit diesem Land veranlassten. Selbst England konnte China nicht mehr umgehen, während Deutschland und Frankreich dazu neigten, ihre Beziehungen zu Russland und China zu überdenken und ihre Erneuerung auf die Tagesordnung zu setzen. Die EU verschob etwa die Entscheidung, russisches Gas endgültig nicht mehr zu beziehen.

Bei der Bombardierung Jugoslawiens und beim Irakkrieg standen fast alle Imperialisten auf der Seite der USA. In Libyen hielt ein bedeutender Teil von ihnen Abstand zu den USA. Bei seinem Angriff auf Iran steht nunmehr nur Israel an der Seite der USA, und die USA isolieren sich durch ihre Aggression. Den Aufruf Trumps an alle Staaten, einschließlich China und Japan sowie vor allem der Imperialisten und NATO-Mitglieder, zum Eingreifen, um die Straße von Hormus wieder zu öffnen, lehnten zunächst die europäischen Imperialisten mit dem Hinweis ab, „die NATO habe für eine solche Mission kein Mandat“, und kümmerten sich um die Trumps Äußerungen im Gegenzug, wonach er sich von der NATO abwenden könne.

Unter den Bedingungen des Imperialismus gibt es keinen Platz für dauerhafte Bündnisse, der imperialistische Frieden besteht lediglich aus einem Waffenstillstand zwischen zwei Konflikten.

PARTEI DER ARBEIT TUNESIEN (POT)

URUGUAY

Die Erfahrungen des sozialistischen Albaniens und die Gegenwart

Obwohl inzwischen fast fünfunddreißig Jahre seit dem Sieg der Konterrevolution vergangen sind, die die proletarische Revolution in Albanien zu Fall brachte, haben die bürgerliche und revisionistische Propaganda seit jeher versucht, den revolutionären Prozess des albanischen Volkes aus dem historischen Bewusstsein zu verdrängen. Umso wichtiger ist es heute, das Erbe dieser Erfahrung wieder in den Mittelpunkt zu rücken, ihre fortschrittlichen Errungenschaften zu bewahren und ihre Bedeutung für die Entwicklung der proletarischen Revolution in der Gegenwart herauszuarbeiten.

Dies geschieht keineswegs aus nostalgischen oder folkloristischen Motiven. Vielmehr muss jede historische Erfahrung in Beziehung zur gegenwärtigen revolutionären Praxis gesetzt werden. Geschichte darf nicht bloß Gegenstand der Erinnerung sein. Sie muss dazu dienen, unser Handeln zu orientieren und zu verbessern. Das Vermächtnis der Partei der Arbeit Albaniens (PAA) und ihres Genossen Enver Hoxha ist zweifellos für viele ein Ärgernis, insbesondere für jene, die Tag für Tag bemüht sind, die Geschichte zu verfälschen oder in Vergessenheit

geraten zu lassen, weil sie ihre eigene Rolle entlarvt. Dies hat mehr als einmal zur Entstehung von Mythen und Anschuldigungen geführt, wie etwa, der albanische Sozialismus sei das Ergebnis sowjetischer Kredite, Lügen über angeblichen Dogmatismus und im schlimmsten Fall von prinzipienlosem Pragmatismus oder Opportunismus – wie sie derzeit aus den Reihen des Maoismus kommen, der sich darauf versteht, stets den Splitter im Auge des anderen zu sehen.

Deshalb muss die entscheidende Frage immer wieder gestellt werden: Wie gelang es dem albanischen Volk, den Sozialismus aufzubauen? Worin bestanden die wesentlichen Besonderheiten und Verdienste dieses Prozesses? Und weshalb ist es heute notwendiger denn je, das Erbe der Partei der Arbeit Albaniens zu verteidigen und unter den Volksmassen bekannt zu machen?

Zunächst muss hervorgehoben werden, dass der Aufbau des Sozialismus ein langer und schwieriger Prozess war, der sowohl von großen Erfolgen als auch von erheblichen Schwierigkeiten geprägt war. Ausgangspunkt war ein wirtschaftlich rückständiger

ges Albanien, das noch stark von feudalen Strukturen geprägt war. Jahrzehntelange Unterwerfung unter den Imperialismus sowie die verheerenden Folgen der nationalsozialistisch-faschistischen Besatzung hatten das Land in tiefe Verwüstung gestürzt. Unter diesen Bedingungen führte die Kommunistische Partei Albaniens, die später als Partei der Arbeit Albaniens bekannt wurde, die Bildung der Nationalen Befreiungsfront an. In ihr vereinigten sich die fortschrittlichen Kräfte der albanischen Gesellschaft mit dem Ziel, die faschistischen Besatzer aus dem Land zu vertreiben und zugleich die falschen „Patrioten“ der Balli Kombëtar¹ sowie deren Verbündete als das zu entlarven, was sie tatsächlich waren: das erste große Hindernis auf dem Weg zur nationalen Befreiung.

Um die Ausgangslage zu verdeutlichen: Albanien verfügte damals nur über schwach entwickelte kapitalistische Produktionsverhältnisse und war weiterhin von feudalen Überresten gekennzeichnet. Nach dem zweiten großen imperialistischen Krieg gehörte es zu den Ländern mit den höchsten Kriegsschäden pro Kopf in ganz Europa. Dennoch vermochte das albanische Volk nicht nur den Wiederaufbau in Angriff zu nehmen, sondern leistete zugleich einen bedeutenden Beitrag zur internationalen antifaschistischen Front. Vor Beginn des Krieges zählte Albanien kaum mehr als eine Million Einwohner. Dennoch brachte das albanische Volk 28.000 Kämpfer gegen den Nationalsozialismus und den Faschismus hervor. Die Nationale Befreiungsfront verfügte trotz der ungünstigen Ausgangsbedingungen über rund 70.000 Partisaninnen und Partisanen. Ihnen gelang es, etwa 27.000 faschistische Soldaten zu töten, mehr als 21.000 zu verwunden und weitere 20.800 gefangen zu nehmen; hinzu kamen erhebliche materielle Verluste auf Seiten der Besatzungstruppen. Doch selbst damit war der Beitrag Albaniens nicht erschöpft. Nach dem Rückzug

der deutschen Wehrmacht entsandte die Nationale Befreiungsfront weitere 20.000 Kämpfer, um an der vollständigen Befreiung des Balkans mitzuwirken. Damit leistete das albanische Volk einen weit über seine Größe hinausgehenden Beitrag zum gemeinsamen Sieg über den Faschismus.

Nach der Vertreibung der nationalsozialistisch-faschistischen Besatzungstruppen zeigten die Vertreter der kleinbürgerlichen Kräfte, die sich mit den sogenannten „nationalistischen“ Kollaborateuren verbündet hatten und von den anglo-amerikanischen Imperialisten unterstützt und finanziert wurden, ihre Entschlossenheit, ihre Klasseninteressen um jeden Preis zu verteidigen. Angesichts der drohenden gesellschaftlichen Veränderungen entfesselten sie einen Bürgerkrieg. Die Nationale Befreiungsfront sah sich daher gezwungen, erneut zu den Waffen zu greifen. Das albanische Volk stand vor einer grundlegenden Entscheidung: Entweder den Weg wirtschaftlicher Abhängigkeit und politischer Unterordnung unter den anglo-amerikanischen Imperialismus zu gehen, wie einst unter König Zogu, der das Land an den italienischen Imperialismus band oder den langwierigen Kampf für die Errichtung einer neuen volksdemokratischen Ordnung aufzunehmen.

Die albanischen Kommunisten beschränkten sich nicht darauf, den Sieg über die Besatzer zu verteidigen. Von Beginn an verbanden sie den nationalen Befreiungskampf mit dem Ziel einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Umgestaltung. Mit großer Entschlossenheit organisierten sie den Widerstand und schufen zugleich die Voraussetzungen für den Übergang zur Volksrepublik. Unter der Führung der Kommunistischen Partei zögerten die Partisanen keinen Augenblick. Am 29. November 1944 riefen sie offiziell die Volksrepublik Albanien aus und schlugen damit den Weg der Arbeiter-und-Bauern-Revolution sowie des sozialistischen Aufbaus ein. Unmittelbar nach der Machtübernahme wurden die ersten grundlegenden Maßnahmen zur sozialistischen Umgestaltung eingeleitet. Ohne den revolutionären Schwung zu verlieren, verabschiedete die neue Regierung das Agrarreformgesetz und verband dieses mit einem umfassenden Programm zur Modernisierung und Entwicklung der Landwirtschaft. Die Bedeutung dieser Reform kann kaum

¹ Der Balli Kombëtar war eine bürgerliche „nationalistische“ Organisation, die 1942 als vermeintlicher republikanischer Widerstand gegründet wurde, jedoch einen ausgeprägt antikommunistischen Charakter aufwies. Während des Zweiten Weltkriegs arbeitete sie mit der nationalsozialistischen deutschen Besatzungsmacht in deren Kampf gegen die von der Albanischen Arbeiterpartei angeführte Partisanenbewegung zusammen. Ihr Programm verband territorialen Nationalismus (einschließlich der Idee eines „Großalbanien“) mit der Verteidigung des Privateigentums, was sie objektiv gesehen angesichts des Vormarsches des Kampfes der von der PLA angeführten Befreiungsfront in das konterrevolutionäre Lager stellte.

überschätzt werden. Erstmals in der Geschichte Albaniens wurde der Boden an diejenigen verteilt, die ihn tatsächlich bearbeiteten. Der feudale Großgrundbesitz wurde vollständig beseitigt und die jahrhundertealten Eigentumsverhältnisse auf dem Land grundlegend umgewälzt. Dadurch konnten die noch ausstehenden bürgerlich-demokratischen Aufgaben in kurzer Zeit verwirklicht und zugleich das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft entscheidend gefestigt werden. Auf dieser Grundlage entstanden die Voraussetzungen, den Übergang zum Sozialismus auch in einem Land zu vollziehen, dessen Bevölkerung überwiegend aus Bauern bestand.

Die statistischen Daten verdeutlichen das Ausmaß dieser Umgestaltung. Vor Inkrafttreten der Agrarreform befanden sich 52,4 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den Händen weniger Großgrundbesitzer, während lediglich 18,7 Prozent Kleinbauern oder dem Staat gehörten. Nach der Reform verfügten die Großgrundbesitzer nur noch über 16,4 Prozent des Bodens. 43,17 Prozent gingen an Kleinbauern über, weitere 34,6 Prozent wurden an zuvor landlose Bauern verteilt. Damit vollzog der neue Staat den ersten grundlegenden Schritt zur sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft. Parallel zu diesen Maßnahmen begann in den Städten die Umsetzung eines umfassenden Industrialisierungsprogramms.

Den Auftakt bildete die Verstaatlichung der wenigen größeren Industriebetriebe, die im Land überhaupt existierten. Die Auswirkungen zeigten sich in bemerkenswert kurzer Zeit. Während sich vor Beginn der Verstaatlichungen lediglich 3 Prozent der Industrie in staatlichem Besitz befanden, stieg dieser Anteil bereits 1945 auf 17 Prozent und erreichte 1946 schließlich 89 Prozent. Diese Entwicklung verdeutlichte die Konsequenz, mit der die Partei der Arbeit Albaniens und der neue Volksstaat den Wiederaufbau und die sozialistische Umgestaltung der Industrie vorantrieben. Die wirtschaftlichen Ergebnisse ließen nicht lange auf sich warten.

Bereits 1945 wurde das Produktionsniveau der Vorkriegszeit wieder erreicht. Nur drei Jahre später hatte sich die Industrieproduktion gegenüber diesem Stand bereits verdoppelt. Diese Entwicklung galt als

deutlicher Beleg für den Erfolg der wirtschaftlichen Wiederaufbaupolitik der jungen Volksrepublik. Mit diesen Maßnahmen hatte Albanien den Weg zum Aufbau des Sozialismus eingeschlagen. Das Ziel bestand nun darin, ein Land, dessen Wirtschaft bislang von feudalen Produktionsverhältnissen geprägt gewesen war, schrittweise in eine moderne industriell-agrarische Volkswirtschaft zu verwandeln.

Nach dem Ersten Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens wurde die wirtschaftliche Entwicklung auf folgende grundlegende Prinzipien gestützt:

1. Die gleichzeitige und harmonische Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft, wobei die Industrie als führender Wirtschaftszweig und die Landwirtschaft als deren grundlegender Wirtschaftszweig betrachtet wird
2. der vorrangige Ausbau der Schwerindustrie als Herzstück der sozialistischen Industrialisierung
3. die Sicherung eines hohen Entwicklungstempos der Industrie
4. die Ausrichtung der Industrialisierung auf jene Bereiche, die den Grundsatz der Stützung auf die eigenen Kräfte gewährleisteten und festigten
5. die konsequente Förderung der Schwerindustrie, ohne dabei die Leichtindustrie und die Produktion von Konsumgütern zu vernachlässigen.

Auf dieser Grundlage begann der materielle Aufbau des neuen Albaniens. Gleichzeitig wurde die Macht der Arbeiter und Bauern weiter gefestigt. Die Beziehungen zu den neu entstandenen volksdemokratischen Staaten sowie zur Sowjetunion wurden ausgebaut, während sich Albanien zugleich gegen den Druck der anglo-amerikanischen Imperialisten und ihrer Verbündeten behauptete. Dazu gehörten die griechischen monarchistisch-faschistischen Kräfte, der italienische Imperialismus und später auch das von Tito geführte Jugoslawien, das mehrfach versuchte, die Unabhängigkeit Albaniens zu untergraben. Unter der Führung der PAA gelang es einem Land, das noch wenige Jahre zuvor zu den wirtschaftlich rückständigsten Europas gezählt hatte, die ökonomischen Grundlagen des Sozialismus zu schaffen. Bereits zu Beginn der 1960er Jahre war diese Basis weitgehend errichtet, und die Volksrepublik setzte sich das Ziel, den Übergang von einer industriell-agrarischen zu einer agrarisch-industriell-

len Volkswirtschaft zu vollziehen. Zu diesem Zweck wurden die technischen Grundlagen der Produktion kontinuierlich verbessert, die Industrie weiterentwickelt und zugleich die Lebensbedingungen der Bevölkerung nachhaltig angehoben. Arbeitslosigkeit war unbekannt, der Zugang zu sämtlichen Bildungsstufen stand allen Bürgern unentgeltlich offen, und die Produktionsmittel sowie die Staatsmacht befanden sich in den Händen der arbeitenden Bevölkerung. Die Fortschritte spiegelten sich besonders deutlich in der Landwirtschaft wider. Der Prozess der Kollektivierung, der 1956 eingeleitet worden war, wurde 1967 abgeschlossen. Parallel dazu stieg die landwirtschaftliche Produktion in bisher unbekanntem Ausmaß. Während 1950 noch rund 201.000 Tonnen landwirtschaftlicher Erzeugnisse produziert wurden, belief sich die Produktion 1985 bereits auf 887.000 Tonnen. Gleichzeitig vervielfachte sich der Hektarertrag, was die tiefgreifende Modernisierung der Landwirtschaft widerspiegelte. Einen besonderen Erfolg stellte das Jahr 1976 dar, als Albanien bei der Getreideproduktion zur Brotherstellung Selbstversorgung erreichte und damit einen wesentlichen Teil seiner Ernährungssouveränität sicherstellte. Ebenso eindrucksvoll entwickelte sich die Industrie. Der industrielle Produktionswert stieg von 442 Millionen Lek im Jahr 1950 auf 16.082 Millionen Lek im Jahr 1985. Mehr als 10.000 Millionen Lek entfielen dabei auf die Schwerindustrie, die als tragende Säule der sozialistischen Wirtschaft angesehen wurde. Die Dynamik dieses Entwicklungsprozesses wurde bereits Anfang der 1980er Jahre hervorgehoben.

Professor Papajorgji stellte 1981 fest, dass die Stromerzeugung gegenüber 1960 auf das Vierzehnfache angewachsen war. Die Kohleförderung hatte sich vervierfacht, die Chromförderung ebenfalls, die Kupferproduktion verfünfundzwanzigfacht, die chemische Industrie ihre Produktion auf das Fünfzigfache gesteigert und der Maschinenbau das Einundzwanzigfache seines früheren Umfangs erreicht. Diese Entwicklungen belegen die wirtschaftlichen Erfolge des sozialistischen Aufbaus in Albanien in eindrucksvoller Weise.

An dieser Stelle erscheint jedoch eine Klarstellung notwendig. Immer wieder wird behauptet, die wirtschaftlichen Erfolge Albaniens seien ausschließlich auf die Unterstützung Jugoslawiens, der Sowjetunion oder später der Volksrepublik China zurückzuführen. Eine

solche Darstellung greift zu kurz und wird den tatsächlichen historischen Entwicklungen nicht gerecht. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass das albanische Volk nach der Befreiung von der nationalsozialistisch-faschistischen Besatzung internationale Unterstützung erhielt.

Die solidarische Hilfe der Sowjetunion beim Wiederaufbau des Landes, die wirtschaftlichen Beziehungen zum damaligen Jugoslawien sowie später die Handelsabkommen mit der Volksrepublik China waren zweifellos von Bedeutung. Der eigentliche Verdienst der Partei der Arbeit Albaniens bestand jedoch nicht darin, Unterstützung erhalten zu haben, sondern darin, diese Hilfe stets den langfristigen Interessen des sozialistischen Aufbaus untergeordnet zu haben. Die Parteiführung verstand es, internationale Widersprüche taktisch auszunutzen, Bündnisse entsprechend der jeweiligen Lage einzugehen und dabei ihre politischen Grundsätze nicht preiszugeben.

Das strategische Ziel blieb jederzeit unverändert: der Aufbau des Sozialismus und die Sicherung der Macht der Arbeiter und Bauern. Gerade hierin unterschied sich Albanien von zahlreichen anderen Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe ebenso wie von Jugoslawien. Die Partei der Arbeit setzte konsequent auf die schöpferischen Kräfte des eigenen Volkes und auf die Nutzung der natürlichen Ressourcen des Landes. Die wirtschaftliche Entwicklung sollte sich in erster Linie auf die eigenen Möglichkeiten stützen und den grundlegenden Gesetzmäßigkeiten des Marxismus-Leninismus folgen, um den ökonomischen Aufbau des Sozialismus voranzutreiben. Trotz des politischen und wirtschaftlichen Drucks von außen räumte die Führung dem Ausbau der Schwerindustrie weiterhin höchste Priorität ein. Sie betrachtete diese als Motor der gesamten Volkswirtschaft und als Voraussetzung für die stetige Entwicklung der Produktivkräfte sowie für die Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit des Landes.

Nach dem Abbruch der Beziehungen zur Volksrepublik China im Jahr 1978 stand Albanien vor außerordentlichen Herausforderungen. Das Land sah sich gleichzeitig mit der feindseligen Haltung der westlichen Mächte, der Sowjetunion und Chinas konfrontiert und war wirtschaftlichen Blockademaßnahmen sowie inneren und äußeren Sabotageversuchen ausgesetzt. Dennoch hat Albanien auch unter diesen Bedingungen gezeigt, dass ein kleiner sozialistischer

Staat seine Souveränität bewahren und wirtschaftliche Beziehungen zu kapitalistischen Ländern auf der Grundlage der Gleichberechtigung unterhalten könne. Vor allem hat diese Entwicklung bewiesen, dass der Aufbau des Sozialismus auf der Grundlage der eigenen Kräfte möglich ist, sofern zuvor eine stabile wirtschaftliche Basis geschaffen worden ist.

Darin sieht man das zentrale Vermächtnis des sozialistischen Albaniens und der Partei der Arbeit: den praktischen Nachweis, dass der Sozialismus selbst unter den Bedingungen eines kleinen, überwiegend agrarisch geprägten und wirtschaftlich rückständigen Landes seine Überlegenheit als Gesellschafts- und Produktionsordnung entfalten kann. Innerhalb weniger Jahrzehnte hat sich Albanien von einem halbfeudalen Land zu einem Staat entwickelt, dessen Bevölkerung erstmals selbst über ihr gesellschaftliches Schicksal entschied.

Ein Blick auf diese Entwicklung zeige außerdem, dass die Volksrepublik Albanien weder vor den faschistischen Besatzern noch vor der inneren Reaktion oder dem anhaltenden Druck imperialistischer und revisionistischer Kräfte zurückgewichen ist. Die Volksrepublik hat die Bevölkerung organisiert, bewaffnet und politisch mobilisiert und den revolutionären Prozess auch unter schwierigsten Bedingungen fortgeführt. Trotz seiner geringen Größe und seiner begrenzten wirtschaftlichen Ausgangsmöglichkeiten überschritt Albanien die Grenzen einer bloß volksdemokratischen Umgestaltung und setzte den Übergang zum Sozialismus fort. Gerade darin unterscheidet sich seine Entwicklung von anderen Volksrepubliken, deren revolutionäre Prozesse auf halbem Wege stehen geblieben sind.²

2 Es würde einen eigenen Artikel verdienen, doch die Untersuchung der Volksdemokratien ist ein sehr anschauliches Beispiel dafür, dass die Machtübernahme durch die Volksmassen nur der erste Schritt ist. Man muss anerkennen, dass die Volksdemokratien Osteuropas unter dem Druck interner und externer reaktionärer Kräfte schnell ins Wanken gerieten, ohne den Sprung von einer Volksrepublik zu einer sozialistischen Republik schaffen zu können. Die revisionistische Geschichtsschreibung macht stets die Reaktion für die Degeneration revolutionärer Prozesse verantwortlich (insbesondere in Ungarn und der Tschechoslowakei), indem sie deren ständige Versuche, den Klassenkampf herunterzuspielen, minimiert. Die Konsequenz und das beständige Festhalten am revolutionären Kurs durch das sozialistische Albanien sind das Ergebnis von nichts anderem als der unzähligen Säuberungsaktionen, für die die PLA und insbesondere Enver Hoxha so stark kritisiert werden.

Zusammenfassend zeigt diese historische Erfahrung, dass ein Volk unter der Führung einer marxistisch-leninistischen Partei selbst unter äußerst schwierigen Bedingungen in der Lage ist, den sozialistischen Aufbau erfolgreich voranzutreiben. Geographische Größe, wirtschaftliche Rückständigkeit oder eine feindliche internationale Umgebung stellen demnach keine unüberwindbaren Hindernisse dar,³ sofern die revolutionäre Bewegung auf einer korrekten Anwendung der Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus beruht. Albanien hat trotz begrenzter materieller Voraussetzungen und einer außerordentlich schwierigen internationalen Lage den Weg des sozialistischen Aufbaus beschritten und fortgesetzt.

Diese Erfahrung lehrt, dass selbst unter den widrigsten Umständen das Vertrauen in die schöpferischen Kräfte des Volkes, seine Einheit sowie seine bewusste Organisation die entscheidenden Voraussetzungen für den Erfolg der sozialistischen Revolution bilden. Das sozialistische Albanien hat weder gegenüber der militärischen Übermacht des Nationalsozialismus kapituliert noch später unter dem Druck des sowjetischen Sozialimperialismus oder der chinesischen Führung seine wirtschaftliche und politische Eigenständigkeit aufgegeben.

Gerade hierin sieht man einen wesentlichen Beweis für die Tragfähigkeit des eingeschlagenen Entwicklungsweges. Zugleich wirkte der Kampf des albanischen Volkes weit über die eigenen Landesgrenzen hinaus. Für zahlreiche revolutionäre Bewegungen des 20. Jahrhunderts stellte er ein Beispiel des Widerstands gegen Imperialismus und Bourgeoisie dar und diente vielen neu gegründeten marxistisch-leninistischen Parteien als politische Orientierung.

Ebenso bedeutsam ist das theoretische Erbe, das die Partei der Arbeit Albaniens und Enver Hoxha während dieser Jahrzehnte hinterlassen haben. Eine eingehende Beschäftigung mit ihren Schriften zeigt, dass das verbreitete Bild Albaniens als eines lediglich isolierten oder eigensinnigen sozialistischen Staates den historischen Tatsachen nicht gerecht wird. Ebenso wenig lässt sich Enver Hoxhas Politik

3 Die Fläche Albaniens lässt sich mit der von Galicien und Katalonien in Spanien, den Provinzen Misiones und Tucumán in Argentinien oder einem Sechstel eines kleinen Landes wie Uruguay vergleichen.

auf persönliche Rivalitäten oder bloße außenpolitische Konflikte reduzieren. In mehr als vier Jahrzehnten entwickelte die Partei der Arbeit Albaniens einen umfangreichen theoretischen Erfahrungsschatz. Dieser reicht von den Grundfragen des Aufbaus einer marxistisch-leninistischen Partei über ihre fortwährende revolutionäre Erneuerung und den Kampf gegen bürokratische Tendenzen bis hin zur Ausarbeitung des Verhältnisses zwischen Partei und Massen. Hinzu kommen Beiträge zur Rolle der Kader, zur politischen Arbeit unter der Jugend, zur Festigung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und anderen werktätigen Schichten sowie zur Überwindung der Gegensätze zwischen Stadt und Land beziehungsweise zwischen geistiger und körperlicher Arbeit.

Ebenso hervorzuheben sind die theoretischen Arbeiten zum Kampf gegen den Revisionismus und zu den ökonomischen Grundlagen des sozialistischen Aufbaus. All diese Fragen können hier nur angedeutet werden, da sie jeweils eine eigene ausführliche Untersuchung erfordern. Das theoretische Vermächtnis der Partei der Arbeit Albaniens hat auch heute nichts von seiner Bedeutung eingebüßt und stellt weiterhin eine wichtige Grundlage für die marxistisch-leninistische Bewegung dar. Gerade deshalb sollten die historischen Erfahrungen des albanischen Sozialismus nicht aus nostalgischen Gründen in Erinnerung gerufen werden. Ihr Wert besteht vielmehr darin, den heutigen marxistisch-leninistischen Parteien praktische Orientierung zu geben und zu zeigen, welche Möglichkeiten sich eröffnen,

wenn die Arbeiterklasse ihre politische Organisation auf einer konsequent marxistisch-leninistischen Grundlage entwickelt. Die Geschichte des sozialistischen Albaniens verdeutlicht, dass die Fähigkeit eines Volkes, selbst die größten Schwierigkeiten zu überwinden, untrennbar mit der Existenz einer kommunistischen Partei verbunden ist, die sich an den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus orientiert. Unter dieser Voraussetzung verlieren geographische Grenzen oder wirtschaftliche Rückständigkeit ihren bestimmenden Charakter. Entscheidend wird vielmehr die Fähigkeit der Arbeiterklasse, die politische Macht zu erringen und den gesellschaftlichen Entwicklungsprozess bewusst zu gestalten. Gerade in einer Zeit, in der gesellschaftliche Probleme häufig auf individuelle Anpassungsleistungen reduziert und grundlegende soziale Veränderungen als unrealistisch dargestellt werden, gewinnt die Erfahrung des sozialistischen Albaniens neue Aktualität. Sie verweist auf die konkrete Möglichkeit, den Sozialismus auch unter schwierigen Bedingungen aufzubauen – gestützt auf die bewusste Organisation der Arbeiterklasse und die führende Rolle ihrer marxistisch-leninistischen Partei. Das Vermächtnis der Partei der Arbeit Albaniens erschöpft sich daher nicht in einer historischen Erinnerung oder in symbolischen Bekenntnissen. Es verweist vielmehr auf eine konkrete historische Erfahrung, die den Aufbau des Sozialismus erneut als praktische und gegenwärtige Aufgabe in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung rückt.

REVOLUTIONÄRE KOMMUNISTISCHE PARTEI URUGUAY



Die Zunahme von Intoleranz: Ein Verständnis des globalen Anstiegs von Xenophobie, Nationalismus und militärischer Annexion

von John M.

In einer Zeit, die sich durch extensive globale Handelsbeziehungen, Migration sowie digitale Netzwerke kennzeichnet, tendiert die menschliche Gesellschaft in scharfem Bogen zum Stammesdenken. Kennzeichnend für eine solche Entwicklung sind Xenophobie, welche als Feindschaft gegenüber Ausländern beschrieben werden kann; chauvinistischer Nationalismus, der als ein Glaube an nationale Überlegenheit und Durchsetzungskraft in Verbindung ausgrenzender Handlungen gekennzeichnet wird und militärisch-annexionistische Tendenzen, die durch den expansionistischen Drang durch militärische Gewalt zum Ausdruck kommen.

Diese eben genannten Ideologien üben erheblichen Einfluss auf gegenwärtige geopolitische Dynamiken, innerstaatliche Gesetzgebung und den Diskurs über Kultur aus. Der Aufstieg von ihnen ist nicht ausschließlich auf psychologischen Faktoren zurückzuführen, sondern letztlich auf die strukturelle Antwort auf die kapitalistische Krisentendenz, die voranschreitende Zentralisierung von Entscheidungsgewalt in die Hände einiger weniger Eliten und die strategische Manipulation der Interessen der Arbeiterklasse. Verschiedene Fraktionen der herr-

schenden Klasse setzen diese Erzählungen gezielt dazu ein, um die internationale Solidarität unter der Arbeiterklasse zu schwächen und die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage zur Rechtfertigung von imperialistischer Politik zu nutzen.

Angeheizt durch anhaltende Kriege, Wahlerfolge und Regierungsbeteiligungen von rechtsextremen Kräften sowie der sich verbreitenden sozioökonomischen Ungleichheit konnten sich diese Tendenzen verbreiten.

Das Wiederaufleben ethnonationalistischer und xenophober Positionen sorgt für ein erhebliches Risiko für die globale Stabilität, Menschenrechte und kontinuierlichen Wirtschaftsfortschritt. Diese Strategien schwächen internationale Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Problemen wie etwa der Klimakrise oder pandemischen Erscheinungen. Zum Beispiel haben einseitige Grenzsicherungen und Impfstoffnationalismus während der COVID-19 Pandemie dafür gesorgt, dass die gleichmäßige Impfstoffverteilung verzögert und somit die Gesundheitskrise vor allem in Regionen mit grenzüberschreitender Abhängigkeit verlängert wurde. Ethnonationalistische und chauvinistische Ideo-

logien stehen in einem engen Zusammenhang mit zunehmender politischer Unterdrückung und der Verfall von demokratischen Rechten. In den Vereinigten Staaten berichtet das FBI von einer Zunahme von Hassverbrechen um 11% im Vergleich von 2020 zu 2021, besonders anti-asiatische Zwischenfälle im Zusammenhang mit der hetzerischen „Chinesen Virus“ Rhetorik haben dazu beigetragen. Auch mit dem Blick über die US-Grenzen hinweg lassen sich Beispiele für die mediale Nutzung der Unterdrückung von Minderheiten finden, die für einen Anstieg nationalistischer Kräfte sorgen.

Aus einer ökonomischen Betrachtungsweise kann man sagen, dass ethnonationalistische Narrative als Vehikel zur Durchsetzung von Grenzneuziehungen und militärischer Eskalation gedient haben. Beispielsweise lässt sich die grenzüberschreitenden Einsätze türkischer Truppen im nördlichen Syrien (2016-2019), die von der AKP-Regierung als Schaffung einer „Sicherheitszone“ zum Schutz der ethnisch türkischen Bevölkerung, welche mit der Abschiebung syrischer Flüchtlinge und einer Zurückdrängung kurdischer YPG Kämpfer einherging und als existenzielle Bedrohung der nationalen Einheit der Türkei dargestellt wurde, anführen. Ungeprüft wird das Wiederaufleben solcher Vorgänge im Allgemeinen einen Wandel hin zu autoritären Regierungstilen und staatlich unterstütztem Chauvinismus ebnen und den Weg für sich verschärfende Ausbeutung und die Entmachtung der Arbeiterselbstorganisation weltweit durch Lohndrückerei, verfallende Arbeitsschutzmaßnahmen und der Schuldabwälzung auf migrantische- und Hilfsarbeiter frei machen.

Taktiken der militärischen Annexion dienen als ein strategisches Werkzeug mit dessen Hilfe die verschiedenen Kapitalfraktionen der herrschenden Klasse geeint gewaltvoll ihre Herrschaft ausbauen. Als Antwort auf stagnierende Profite und drohender Überakkumulation sorgen die Interessen der Wirtschaft für steigende nationalistische Einflüsse, um ungenutzte Arbeitskraft in den militärisch-industriellen Sektor zu drängen. Arbeitslose werden als Rekruten vor den Karren des Militarismus gespannt und öffentliche Gelder zur Erfüllung dieses Ziels in Namen der allgemeinen Profitrate genutzt. Annexionistische Konflikte zielen darauf ab den Zugang zu Ressourcen und billigen Arbeitskräften für transnationale Konzerne zu sichern. Oftmals geht

dies mit der Rekrutierung von Soldaten aus ökonomisch benachteiligten Gebieten einher. Etwa im von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten geführten Krieg im Jemen seit 2015. Die Angreiferkoalition ist auf die zehntausenden Kindersoldaten aus dem Sudan, die durch Rekrutierer aus Darfur und anderen benachteiligten Regionen angeworben werden, angewiesen. Während emiratistische und saudische Rüstungskonzerne und Logistikriesen (inklusive Firmen, die mit der herrschenden Familie verstrickt sind) Milliardenumsätze mit Rüstungsgeschäften machen und effektiv Kontrolle über die südlichen Häfen im Jemen sowie Ölterminals und die Sokotra-Insel (strategischen Lage nahe den globalen Schifffahrtsrouten zwischen dem Roten Meer und dem Indischen Ozean, Anm. d. Übersetzers) erlangen. Ebenfalls ist in den Vereinigten Staaten zu beobachten, dass die Anzahl der Rekruten aus Haushalten mit geringem Einkommen weit aus höher ist.

Die Arbeiterklasse ist durch mehrere Kostenfaktoren stark belastet: Direkt durch Kriegsdienste in Konflikten, aber auch durch die Reduktion von Sozialausgaben (Das US-Verteidigungsbudget übersteigt jene für Bildung, öffentliches Wohnen und Gesundheitsversorgung zusammengerechnet). Dazu kommt die inflationsbedingte Lohndrückerei, welche durch Sanktionen und Unterbrechungen in Lieferketten befeuert wird. Konsequenterweise führen annexionistische Bestrebungen dazu, dass die scheinbar gegenseitige Abhängigkeit von Kapital und Arbeit als Vehikel zur Durchsetzung des Narrativs des nationalen Gesamtinteresses genutzt wird.

Um diese Hindernisse zu überkommen ist es wichtig tatsächliche internationale Solidarität unter der arbeitenden Klasse herzustellen und konsequent zu entlarven, wie die herrschende Klasse mit Absicht nationalistische und chauvinistische Ideologie streut, um die weltweite Arbeiterklasse zu spalten und deren eigene Herrschaft auszubauen. Grenzüberschreitende Gewerkschaften und genossenschaftliche Strukturen zu schaffen, schafft die organisatorische Basis für koordinierte Handlungen, Netzwerke für gegenseitige Hilfe und unabhängige Kommunikationskanäle, welche zur Propagierung der weltweiten materiellen Bedürfnisse der Lohnabhängigen dienen. Solche Strukturen helfen dabei klarzustellen, dass imperialistische Konflikte, Grenzkonflikte und Kriege um Ressourcen hauptsächlich

zur Erzielung zur Erhöhung der Profitraten der Monopole und der ihnen zugehörigen Unternehmensgruppen dienen, anstatt den tatsächlichen Interessen der gewöhnlichen Bevölkerung zu entsprechen. Eine klare und materialistische Bildung, welche sich auf die Klassenpositionen anstatt künstlicher nationaler oder ethnischer Trennlinien beruft, erschüt-

tert die nationalistische Mystik und öffnet für die Menschen die Perspektive ihre tatsächlichen Interessen wahrzunehmen. Dies befähigt die Arbeiterklasse sich selbst als Teil eines vereinten globalen Kampfes zu sehen.

AMERIKANISCHE PARTEI DER ARBEIT (APL)

VENEZUELA

Der Prozess der Faschisierung setzt sich weltweit fort

Wir leben in einer besonderen Situation, die durch das beschleunigte Vorschreiten des Prozesses der Faschisierung geprägt ist, der von reaktionären Regierungen sowie von der internationalen Bewegung der extremen Rechten vorangetrieben wird. Diese Entwicklung wird dadurch verstärkt, dass die Sozialdemokratie außerstande ist, die grundlegenden Probleme der Bevölkerungsmehrheit zu lösen, und zudem eine schwere politische Wahlniederlage erlitten hat, während es der revolutionären Linken bislang nicht gelungen ist, zu einer wirklichen Alternative für die Massen zu werden.

Es ist offensichtlich, dass das Kapital – insbesondere die Vertreter des Finanzkapitals – seine Kontrolle über die verschiedenen Bereiche der Wirtschaft ausweitet, seine Interessen mithilfe unterschiedlicher Mechanismen der gesamten Gesellschaft aufzwingt und danach strebt, Regierungen unterzuordnen sowie die Vorherrschaft über die Märkte auf globaler Ebene durchzusetzen.

Um seine hegemonialen Ziele zu erreichen, greift das Finanzkapital auf die reaktionärsten Strömungen zurück. Deshalb beobachten wir, wie der Im-

perialismus zunehmend von faschistischen Ideen durchdrungen wird, insbesondere von deren gewalttätigster und verbrecherischster Ausprägung, dem Zionismus. Unter Berufung auf messianische Rechtfertigungen werden ganze Völker unterdrückt, Völkermorde und schwerste Verbrechen legitimiert sowie die Aneignung von Territorien und Reichtümern normalisiert – wie dies Israel in Palästina und im Libanon oder die Vereinigten Staaten in Venezuela tun, um nur einige jüngste Beispiele zu nennen.

Aus dieser verhängnisvollen Allianz zwischen den traditionellen faschistischen Formen des Finanzkapitals und den neuen zionistischen Formen entstehen äußerst gewalttätige Politiken, die selbst die elementarsten Regeln des Zusammenlebens zwischen Staaten oder innerhalb einzelner Länder missachten. Stattdessen setzen sie auf die brutale Aggression der extremen Diktatur des Kapitals gegen die Arbeit sowie des zionistisch-faschistischen Imperialismus gegen die Arbeiterklasse und die Völker.

Dieses verbrecherische Phänomen, das von Regierungen der extremen Rechten gefördert wird, ist weder neu noch entsteht es spontan. Es stellt eine

der Antworten der Bourgeoisie auf die Auswirkungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus und seiner zyklisch wiederkehrenden Krisen dar. Diese verursachen tiefgreifende Probleme innerhalb des Systems der bürgerlichen Ausbeutung und treiben es infolge der Zersetzung der kapitalistischen Produktionsweise seinem inneren Zusammenbruch entgegen. Unter diesen Bedingungen bleiben der Raub des Reichtums anderer Länder, die extreme Ausbeutung der Arbeitskraft und die willkürliche Aneignung von Märkten als Mittel übrig, mit denen versucht wird, einem erschöpften System in einer Situation tiefster Krise neues Leben einzuhauchen. Um das Überleben des Imperialismus als gegenwärtiger Form der kapitalistischen Produktionsweise zu sichern, sieht sich die Bourgeoisie gezwungen, zu Angriffs- und Raubkriegen zu greifen. Deshalb treibt sie die beschleunigte Militarisierung, die nationale Unterdrückung und die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse voran, um auf diese Weise ihre Krise zu überwinden. Zu diesem Zweck muss sie den militärisch-industriellen Komplex stärken und den direkten Raub ausweiten. Angesichts der Dringlichkeit, Mittel zur Linderung ihrer tiefen Krise zu finden, verbirgt sie ihre eigentlichen Ziele nicht länger. Die ersten Opfer sind das migrantische Proletariat und die abhängigen Länder, die sie unterwirft, überfällt und ausplündert, ohne dabei irgendeine Norm oder Regel zu achten.

Das Voranschreiten der Faschisierung muss in seinen wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Formen mit größter dialektischer Strenge analysiert, verstanden und bekämpft werden, um zu den besten Schlussfolgerungen zu gelangen, die das Handeln im Rahmen des Klassenkampfes leiten, um den Widerstand des Volkes und die revolutionäre Gegenoffensive auf einer soliden Grundlage in jedem Land und gemeinsam auf internationaler Ebene vorzubereiten.

Wenn wir nicht verstehen, dass wir es mit Faschismus zu tun haben, wenn wir seine wirtschaftlichen Ursachen nicht gründlich analysieren und glauben, dass er lediglich der egozentrischen und messianischen Wahnvorstellung einiger Herrscher entspringt, wäre dies ein schwerwiegender Fehler, der dem internationalen Proletariat und der revolutionären Avantgarde viel Leid zufügen wird.

Der Auseinandersetzung mit diesem Prozess der Ausbreitung und Normalisierung faschistischer Ide-

en bedeutet, organisatorische Räume für den Kampf, für Volksdemokratie, Souveränität, Unabhängigkeit, nationale Befreiung und Sozialismus durch die Volksfront zu entwickeln sowie weitere Initiativen einer antiimperialistischen und antifaschistischen revolutionären Einheit auf internationaler Ebene und in jedem einzelnen Land voranzutreiben.

Die Situation in Venezuela

Angesichts der gegenwärtigen Realität können wir den Vormarsch der faschistischen Offensive in Lateinamerika deutlich erkennen. Wir haben gesehen, wie Organisationen mit Führungen und Programmen, die typisch für den Faschismus sind, eine Regierung bilden und reaktionäre Maßnahmen umsetzen konnten, wobei sie sich durch die Unterwerfung der Völker weiter ausbreiten. Gleichzeitig haben die imperialistischen Länder ihre Offensive gegen die abhängigen Länder verstärkt.

In diesem Zusammenhang ist es angebracht, die Situation in Venezuela im Besonderen zu analysieren – nicht nur wegen der militärischen Aggression, der Attentate und der Entführung von Präsident Maduro und seiner Ehefrau, der Abgeordneten Cilia Flores, die am 3. Januar stattfanden und alle Normen verletzen sowie einen weiteren Beweis für die Willkür lieferten, mit der versucht wird, die Kämpfe zu unterdrücken und die im Rahmen einer neuen Aufteilung der Welt entstehenden Widersprüche durch Gewalt zu lösen.

Dies gilt auch aufgrund der bedeutenden und weitgehend entscheidenden Tatsache der kollaborierenden Haltung der neuen Regierung der amtierenden Präsidentin Delcy Rodríguez, die zweifellos einen tiefgreifenden Wandel zwischen der derzeitigen Exekutive und der Regierung Maduros markiert.

Vor allem zeigt sich der Unterschied in der Politik gegenüber dem US-Imperialismus: Dieser war zuvor der grundlegende Feind der Regierung und ist nun derjenige, der die Politik bestimmt und von der venezolanischen Führung als Verbündeter betrachtet wird.

Auch die Methode der direkten und indirekten Unterwerfung der Regierungen abhängiger Länder durch einen faschistischen Imperialismus unter zionistischem Einfluss, der die US-Regierung übernommen hat, ist ein wichtiger Punkt, der bewertet werden muss.

Es ist sehr deutlich, dass die Regierung Venezuelas davon übergeht, ein Hauptakteur des Widerstands gegen die Offensive des Imperialismus und der extremen Rechten in der Region und im eigenen Land sowie eine Förderin der regionalen Einheit gewesen zu sein, zu einer Kollaborateurin mit dem US-Imperialismus zu werden, indem sie Öl, Gold und andere Ressourcen bereitstellt. Die neue Regierung ermöglicht es dem US-zionistischen faschistischen Imperialismus, innerhalb des Landes die Kontrolle über strategische Elemente auszubauen, die nach außen hin dazu dienen, andere Völker zu schwächen, die im Kampf gegen die Aggressoren standhaft geblieben sind, wie beispielsweise der Iran.

Ebenso ist es möglich, dass die Trump-Regierung in naher Zukunft die derzeitige venezolanische Regierung dazu bringen könnte, aus der OPEC auszutreten, um sie zu schwächen, wie es gerade mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und anderen Ländern geschehen ist. Dies ist Teil einer Politik, die darauf abzielt, die Kontrolle über die Erdölproduktion und den Erdölhandel zu beenden.

Die Regierungspolitik von Delcy Rodríguez führt zu einer deutlichen Verschiebung der internationalen Politik ihrer Vorgänger Chávez und Maduro: weg von einer Ausrichtung auf den Block China-Russland, verbunden mit Ansätzen lateinamerikanischer Souveränität sowie Solidarität mit Iran, Nicaragua und Kuba, hin zu einer Unterwerfung unter den US-EU-Block und einer Distanzierung von den früheren Verbündeten.

Viele Menschen auf der ganzen Welt stellen Fragen zu den Ereignissen vom 3. Januar und zum unmittelbaren schwachen militärischen Widerstand sowie zu den geringen antiimperialistischen Reaktionen, die darauf folgten.

Aus unserer Sicht war bereits vor dem imperialistischen Angriff, während der Vorbereitung der Widerstandspläne, die Sichtweise des Kleinbürgertums auf die Verteidigung der nationalen Souveränität erkennbar.

Die Vorstellung des bürgerlichen Pazifismus und die Angst vor Klassenkonflikten zeigen die ideologische Schwäche des Kleinbürgertums, das in Venezuela an der Regierung beteiligt ist. Es hat nicht verstanden, wie die Praktiken des Faschismus voranschreiten, und hat darüber hinaus die Rolle des Proletariats beim Aufbau praktischer Mechanismen des bewaffneten und unbewaffneten Widerstands gegen den

Imperialismus ignoriert.

Zunächst ließ die zionistisch-faschistische imperialistische Gewalt die politische und militärische Führung der Regierung Maduro orientierungslos zurück. Es ist offensichtlich, dass es ideologische Agenten des US-Imperialismus gab - und weiterhin gibt, die die Entführung Maduros und den schwachen Widerstand sowie die anschließende Unterwerfung mit der Begründung ermöglichten, „weil ihnen eine Waffe an den Kopf gehalten wurde“. Dies verhinderte die Umsetzung der in den Dekreten über den inneren Ausnahmezustand [entspricht einem „Ausnahmezustand“ bzw. „Staatsnotstand“ – Anmerkung des Übersetzers] festgelegten Widerstandspläne, die niemals angewandt wurden.

Weder einen wirklichen Plan für den Volkskrieg zu haben noch eine entsprechende Volksarmee vorzuschlagen, sondern sich lediglich auf eine Miliz zu beschränken, ohne bewaffnete, aktive und dezentralisierte volksmilitärische Strukturen aufzubauen, war ein typischer Fehler der kleinbürgerlichen Sichtweise auf Kriegführung. Wir müssen diesen Irrtum untersuchen, weil ein solches Verhalten dem Imperialismus und dem Faschismus als Mittel zum Eindringen dient.

In der Volksbewegung bestehen große Befürchtungen, dass die Regierung selbst versucht hat, sie im Rahmen des politischen und ideologischen Kampfes mit verschiedenen Mitteln zu neutralisieren. Die Bewegung war nicht in der Lage, Fragen, Meinungsverschiedenheiten und Forderungen zu vermeiden, die von Tag zu Tag zunehmen – insbesondere angesichts des unterwürfigen Verhaltens der Regierungsführer gegenüber der Trump-Regierung.

Allmählich verfestigt sich in den revolutionären Organisationen und im Volk eine kritische Haltung sowie eine Forderung nach einer Bewertung der Regierung Rodríguez', da die antiimperialistischen Merkmale, die während der früheren Regierungsperioden des bolivarianischen Prozesses bestanden, verschwunden sind und stattdessen Haltungen der Unterwerfung unter die Vorgaben verschiedener Institutionen der US-Regierung zu beobachten sind, darunter auch der CIA oder des Außenministeriums. Der Kampf um die Wiederherstellung von Unabhängigkeit und nationaler Souveränität wird in der kommenden Zeit im Mittelpunkt stehen, da die Auswirkungen des politischen Kurswechsels und die abrupte Ersetzung der Maduro-Regierung durch

Rodríguez bei einem großen Teil der Bevölkerung ein stark ausgeprägtes Gefühl von Verwirrung und Misstrauen hinterlassen.

Angesichts einer derart komplexen und vielschichtigen Realität ist die Organisierung des Volkswiderstands und der Gegenoffensive eine dringende Aufgabe für die revolutionäre Bewegung.

Wir sind den Menschen Venezuelas, die angesichts einer gewaltsamen imperialistischen Aggression im

Rahmen eines Verrats an revolutionären Prinzipien Widerstand leisten und kämpfen, dankbar für die internationale Solidarität und rufen dazu auf, die Solidaritätsbekundungen für die Volksbewegung und die Revolutionäre fortzusetzen – insbesondere für die Marxisten-Leninisten, die sich zunehmend den verschiedenen Kämpfen gegen Imperialismus und Faschismus sowie für nationale Befreiung und Sozialismus widmen.

MARXISTISCH-LENINISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI VENEZUELA (PCMLV)

THEORIE & PRAXIS

„Theorie und Praxis“ ist eine Plattform zur Bildung und zur Diskussion des wissenschaftlichen Sozialismus.

In einer Gesellschaft, die auf dem Kampf von zwei Klassen mit gegensätzlichen Interessen aufgebaut ist, kann es keine unparteiische Wissenschaft geben. Die herrschende Klasse der Kapitalisten ist auf die Wissenschaft nur noch angewiesen, um ihre Profite zu maximieren oder ihre Herrschaft zu organisieren und legitimieren. Demgegenüber ist es die Arbeiterklasse, die die erdrückende Mehrheit der Gesellschaft bildet und als gesellschaftsverändernde Kraft darauf angewiesen ist, die Welt und ihre Widersprüche objektiv und so wie sind zu verstehen, um sie in ihrem Sinne zu verändern. Der wissenschaftliche Sozialismus ist das weltanschauliche Werkzeug dafür und die Arbeiterklasse sowohl inhaltlich als auch historisch ihr gesellschaftlicher Träger.

Das bedeutet auch, dass die reine Theoriebildung heute nicht mehr möglich ist – mit dem Klassenkampf und dem Aufbau einer neuen, sozialistischen Gesellschaft wird es unverzichtbar, die Theorie mit der Praxis zu verbinden. Wir müssen zum Beispiel verstehen, wie die Profitmaximierung des Kapitals funktioniert, um zu wissen, wo der Streik am meisten wehtut und begreifen, was der Faschismus ist und wem er nützt, um den Kampf dagegen zu orga-

nisieren. Sowohl für den Klassenkampf im Hier und Jetzt als auch für den Aufbau einer neuen Gesellschaft ist eine wissenschaftliche Weltanschauung unverzichtbar.

In diesem Sinne will die Plattform „Theorie und Praxis“ einen Beitrag dazu leisten, weltanschauliche Fragen des Klassenkampfes zu diskutieren, um den Kampf der Arbeiterklasse als Ganzes zu stärken. Zu diesem Zweck veranstalten wir Einführungsveranstaltungen in den Marxismus, Diskussionsveranstaltungen zu verschiedenen aktuellen Debatten, veröffentlichten Grundlagentexte, veranstalten Lesekreise zum Studium des wissenschaftlichen Sozialismus und veröffentlichen Artikel und Debattenbeiträge, die wir zur Klärung aktueller Fragen für hilfreich halten (darunter historische Dokumente und Artikel aus der kommunistischen- und Arbeiterbewegung) sowie Beiträge aus der Redaktion, aus der Internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen (IKMLPO) und weiterer Zeitschriften.

Wir laden alle Interessierten dazu ein, mit uns in die Diskussion zu treten! Kontakt kann unter ... aufgenommen werden.

theorieundpraxis.org



ARBEIT ZUKUNFT

Jeden Monat
Abo ab 40 € im Jahr

Infos und Artikel
unter arbeitzukunft.de

Unity & Struggle
Unité et Lutte
Birlik ve Mücadele
Unidad y Lucha



Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!